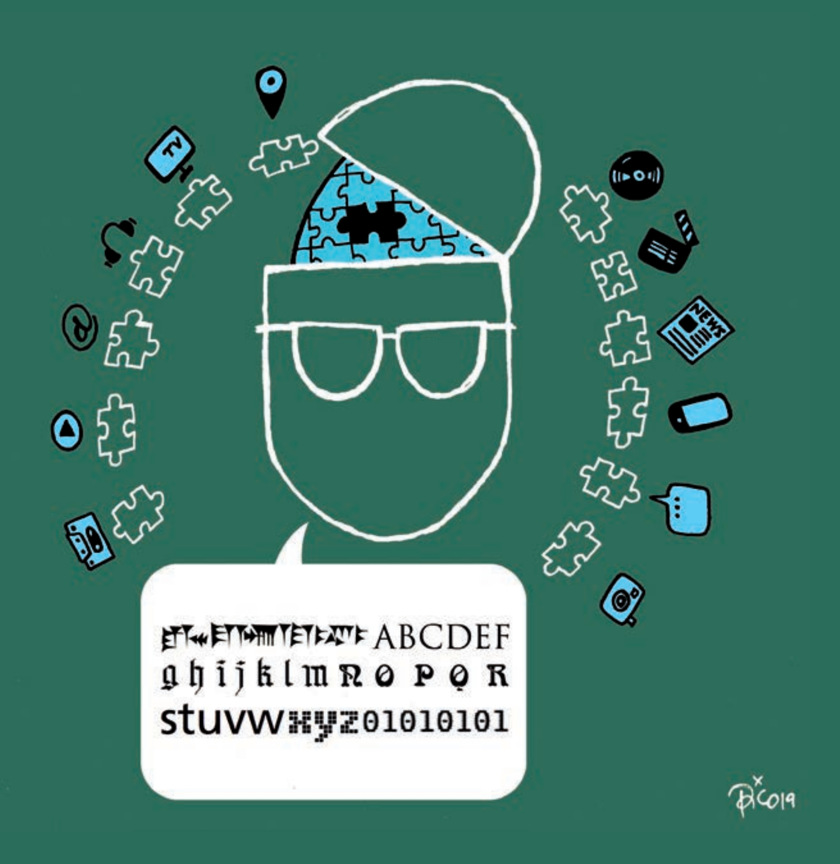
MEDIEN – WISSEN – BILDUNG

Katharina Holzmann, Theo Hug, Günther Pallaver (Hg.)

Das Ende der Vielfalt? Zur Diversität der Medien



innsbruck university press

MEDIEN – WISSEN – BILDUNG

innsbruck university press



Katharina Holzmann, Theo Hug, Günther Pallaver (Hg.)

Das Ende der Vielfalt? Zur Diversität der Medien

Katharina Holzmann
Theo Hug
Günther Pallaver
Institut für Medien, Gesellschaft und Kommunikation, Universität Innsbruck

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Moser Holding AG, der Austria Presse Agentur (APA), des Interfakultären Forums *Innsbruck Media Studies* sowie des Vizerektorats für Forschung der Universität Innsbruck.







Universität Innsbruck
1. Auflage

www.uibk.ac.at/iup
Titelgrafik: Christoph Pirker
ISBN 978-3-903187-83-2

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Katharina Holzmann, Theo Hug, Günther Pallaver

Die Diversität der Medien begegnet uns auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Sie erscheint in einer Trias aus vielfältigen Medienformen, zahlreichen Medienoutlets und der Darstellung von gesellschaftlicher Vielgestaltigkeit. In Zeiten anhaltender Globalisierung, Individualisierung, Digitalisierung und Medialisierung der Gesellschaft gilt sie als kostbares, auch demokratisierendes Gut, das angesichts lokalisierender, nationaler und autoritärer Tendenzen zunehmend in Bedrängnis gerät.

Die Medienlandschaft spiegelt die Vielfalt der Gesellschaft wider. Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen produzieren verschiedenste Medieninhalte und -formate. Nicht nur durch neue Technologien werden auch die Formen und Möglichkeiten medialer Kommunikation vielfältiger. Darüber hinaus wird die wachsende Vielfalt medialer Formen immer wieder auch als Überforderung oder neue Herausforderung für die Medienlandschaft wahrgenommen.

Doch wie realisiert sich Medienvielfalt rechtlich, politisch, kulturell und in der journalistischen Praxis? Welche Medienformen waren, sind und werden kommen? Welche Rahmenbedingungen sind entscheidend für aktuelle und künftige Entwicklungen? Wie konstruieren, formen und zeigen Medienoutlets gesellschaftliche Vielfalt?

Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigte sich im Wintersemester 2018/19 der Medientag 2018 und die Ringvorlesung „Mediendiversität“. Sowohl der Medientag unter dem Titel „Das Ende der Vielfalt? Zur Diversität der Medien“ als auch die Ringvorlesung wurden vom interfakultären Forschungsforum Innsbruck Media Studies in Kooperation mit den Veranstaltungspartnern, der Moser Holding AG und der Austria Presse Agentur an der Universität Innsbruck durchgeführt.

Den Rahmen der beiden Veranstaltungen bildete ein sehr breites Verständnis von Diversität. Es wurden nicht allein die Erscheinungsformen oder die Inhalte betrachtet, sondern auch die Vielfalt der Medienproduzenten und -produzentinnen sowie Mediennutzer und -nutzerinnen und ihre Nutzungsweisen thematisiert. Diese unterschiedlichen Zugänge zeigen sich auch in den Beiträgen in diesem Sammelband.

Die Relevanz der Thematik wird nicht zuletzt durch nationale, internationale und globale gesellschaftliche, politische und mediale Entwicklungen bekräftigt. All diese Entwicklungen gehen im Wesentlichen in Richtung Reduzierung der Medienvielfalt und der Mediendiversität. Diese Reduzierung ist durchaus mit der ständigen Verringerung der Artenvielfalt zu vergleichen, die eine nicht von der Hand zu weisende Gefahr für unsere menschliche Zukunft ist. Die Reduzierung von (unabhängiger) Medienvielfalt und Mediendiversität

stellt wiederum eine Gefahr für die Gesellschaft, für die Demokratie dar. Denn Demokratie bedeutet Vielfalt, Wettbewerb. Nicht umsonst wird als konstitutive Voraussetzung für ein liberaldemokratisches System immer die Meinungs- und Medienvielfalt eingefordert.

Solche Fragen betreffen auch die innenpolitischen Diskussionen in Österreich während der Zeit der Vorbereitung der Ring-Vorlesung und des Sammelbandes. In den Reaktionen auf potenzielle Einschränkungen in der Vielfalt der Medien zeigte sich, dass sie ein vielgestaltiges und sensibles Element unseres Demokratieverständnisses darstellt. Immer wieder steht sie in enger Beziehung zu Meinungsfreiheit und dem Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft.

Die Beiträge des Sammelbandes thematisieren verschiedene Aspekte dieses wichtigen Gutes aus verschiedenen Perspektiven und diskutieren theoretische Grundlagen und Relevanzstrukturen vielfältiger Medienformen. Sie zeigen Beispiele auf, wie Medienvielfalt gefördert oder beschränkt werden kann und regen zum Nachdenken über die eigene Mediennutzung und Medieninhalte an.

Der vorliegende Band führt theoretische und anwendungsorientierte Beiträge des Medientags zum Thema „Das Ende der Vielfalt? Zur Diversität der Medien“ und der erweiternden Ringvorlesung „Mediendiversität“ zusammen, ergänzt durch einen abschließenden Beitrag von Claudia Paganini aus dem Kreis des Forums *Innsbruck Media Studies.*

Nach den Grußworten von *Tilmann Märk*, Rektor der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, *Hermann Petz*, CEO der Moser Holding und *Clemens Pig,* CEO der APA, eröffnet der Beitrag *Biocultural and Media Diversities* von *Anthony Löwstedt* und *Josipa Palac* diesen Sammelband. Er stellt verschiedene Einflüsse auf Diversität in den Medien vor. Neben Eigentum und Kontrolle nennen die Autorin und der Autor dabei auch Sponsoren, verschiedene Typen von Medien und die Perspektiven, die in den Inhalten widergespiegelt werden. Der Beitrag betrachtet Medien in Verbindung zu kulturellen und biokulturellen Diversitäten in der Gesellschaft. Das Internet sehen Palac und Löwstedt als einen bedeutsamen Ort für eine globale Demokratie. Als Voraussetzung dafür müsste aber die Mediendiversität auch online gesichert werden.

Jürgen Wilke stellte im Rahmen der Ringvorlesung die historischen Determinanten von Mediendiversität vor. Nicht nur technische Voraussetzungen, sondern auch politische, rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen sowie kulturelle und gesellschaftliche Zugänge und das professionelle Verständnis müssen stimmen, damit sich Vielfalt entwickeln kann. In seinem Beitrag stellt er das (historische) Zusammenspiel dieser Faktoren dar.

Um Gefahren für die Öffentlichkeit durch den digitalen Kapitalismus geht es in *Christian Fuchs* Beitrag *Öffentlichkeit im digitalen Kapitalismus.* Digitale Monopole, beispielsweise die Dominanz einzelner Unternehmen und Betriebssysteme, digitale Überwachung, unter anderem zu Werbezwecken, und der digitale Autoritarismus, die Nutzung von Onlinemedien durch autokratische politische Kräfte, wirken sich auf das demokratische Element

der Öffentlichkeit aus. Es sei eine wichtige Aufgabe der Politik die Einheit in der Vielfalt der demokratischen Öffentlichkeit wieder zu stärken.

Rainer Leschke beschäftigt sich mit dem Einfluss technologischer Entwicklungen auf die Mediennutzung. Mit der zunehmenden Diversität an Mediendarstellungsformen tragen die Fragen, wie welches Medium, mit welcher Absicht, wann für welche Adressatinnen und Adressaten nutzt, zur Ausdifferenzierung unterschiedlicher Nutzungsstile bei. In seinem Beitrag *„Alles eine Frage des Stils" – Zur Logik medienvermittelter gesellschaftlicher Differenzierung* zeigt er, anhand einer Kritik an Bourdieus feinen Unterschieden, dass die Voraussetzung diverser Mediennutzung das Interesse an sozialer Differenzierung ist.

Gudrun Marci-Boehncke und *Matthias Rath* sprechen die Diversität der Mediennutzer und Mediennutzerinnen an. Sie argumentieren, dass digitale Medien Zugangsmöglichkeiten zur Gesellschaft darstellen, die besonders Menschen mit erschwerter Teilhabe an der Mehrheitsgesellschaft entgegenkommen. Daher sehen sie die Medienkompetenz werdender Lehrkräfte als besonders bedeutsam. Sie beantworten in ihrem Beitrag die Frage: *Medienbildung, Diversität und das Recht auf Teilhabe: Warum für Lehrkräfte die Vermittlung von digital literacy eine ethische Frage ihres Professionsverständnisses ist.*

Agnieszka Szymanska beschäftigt sich in ihrem Beitrag *Hoffnung ohne Grenzen: die deutschen und polnischen Journalisten und Journalistinnen über die künftige Rolle der Medien in Europa* mit der Qualität der Inhalte, das bedeutet mit der Vielfalt der Meinungen in Printmedien und der Reichweite der Debatte. Die von ihr geführten Interviews mit deutschen und polnischen Journalistinnen und Journalisten betonen, dass die Diversität der verfügbaren Meinungen die Meinungsvielfalt erweitern kann. Sie garantieren sie aber nicht.

Die Medienvielfalt in Russland steht im Mittelpunkt des Beitrags *Kremlnah vs. kremlkritisch. Mediendiversität trotz Lenkung in Russland* von *Eva Binder*. Sie zeigt, dass trotz schwieriger Umstände für Journalisten und Journalistinnen in Russland dennoch eine eingeschränkte Medienvielfalt besteht. Binder zeigt, dass kritische Beiträge nicht nur aus dem Exil kommen, sondern neben machtpolitischen Positionen auch neue Medien, wie Youtube, die Unabhängigkeit von Medienmachern unterstützen können.

Digitale Spiele beschäftigen sich nicht unbedingt mit Diversität. Dass es aber durchaus Ausnahmen gibt, zeigt *Christina Gmeinbauer* in ihrem Beitrag *„Wer sagt, dass ich genauso bin".* An konkreten Beispielen stellt sie Spielszenarien vor, die die Begegnung mit dem Fremden oder das Aushandeln eines gemeinsamen Miteinanders zum Thema machen. Auch die Entwicklung von diverseren Frauenfiguren spiegelt die zunehmende Aufmerksamkeit auf die Diversität der Spieler und vor allem Spielerinnen wider.

Auch *Claudia Paganini* widmet sich in ihrem Beitrag *Audiovisuelle Diversität. Wandel von Geschlechterrollen am Beispiel von zwei Jahrzehnten SOKO Kitzbühel* der Diversität von Genderdarstellungen. Sie analysiert die Geschlechterbilder in 17 Staffeln der Serien *SOKO Donau.* Dabei untersucht sie Veränderungen im Verhältnis der männlichen Charak-

tere und weiblichen Protagonistinnen, aber auch die Entwicklung einzelner Personen und ihre Rolle innerhalb der erzählten Geschichten.

Sowohl die Veranstaltungsorganisation als auch die Herausgabe des Sammelwerkes waren ein kollaboratives Unterfangen, für das wir in mehrfacher Hinsicht zu danken haben: Ganz besonders danken wir unseren beiden Veranstaltungspartnern, der Moser Holding AG – insbesondere Herrn Mag. Hermann Petz, und der Austria Presse Agentur, Herrn Dr. Clemens Pig, für ihre Unterstützung, und Frau Mag. Lisa Berger-Rudisch, Frau Barbara Rauchwarter und Herrn Mag. (FH) Norbert Adlassnigg für die sehr anregende und konstruktive Zusammenarbeit sowie allen Helfern und Helferinnen am Ort für die technische Betreuung, Herrn Georg Laich vom ORF für die Moderation der Podiumsdiskussion, Frau Ina Fleischer, Frau Viktoria Lechtaler und Frau Michelle Fetka für die studentische Mitarbeit bei der Ring-Vorlesung sowie den MitarbeiterInnen vom Büro für Öffentlichkeitsarbeit und Kulturservice für die gute Zusammenarbeit. Die Publikation wäre ohne die finanzielle Unterstützung des Vizerektorats für Forschung der Universität Innsbruck sowie der beiden Veranstaltungspartner nicht möglich gewesen. Zu danken haben wir weiters Julia Brader für die Layout-Unterstützung sowie Dr. Birgit Holzner und Carmen Drolshagen von *innsbruck university press* für die verlegerische Betreuung.

Innsbruck, im Juli 2019 Katharina Holzmann, Theo Hug & Günther Pallaver

Grußworte zum Medientag 2018

Tilmann Märk, Rektor der Universität Innsbruck

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe KollegInnen,

der Medientag und die parallel dazu laufende Ringvorlesung der „Innsbruck Media Studies“ ist mittlerweile zu einem fixen Bestandteil im Jahreskalender der Universität Innsbruck geworden. Auch in diesem Jahr wird unter dem Titel „Das Ende der Vielfalt? Zur Diversität der Medien“ ein hochaktuelles Thema von ausgewiesenen Expertinnen und Experten aus Forschung und Praxis diskutiert.

Wie bereits in der Einladung formuliert, ist die Ausgestaltung der Medienlandschaft ein Spiegel der Gesellschaft. Insofern verweist eine diverse Medienlandschaft sowohl in puncto Medienformen, Medienoutlets als auch Medienkonsumation auf eine die Vielfalt lebende und ermöglichende Gesellschaft. Die rasanten technischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte im Kontext der digitalen Revolution haben ungemein vielartige und vor allem auch tiefgreifende Veränderungen nicht nur in der Medienlandschaft selbst, sondern damit einhergehend auch gesamtgesellschaftlich bzw. die Menschen in allen Lebensbereichen betreffend mit sich gebracht. Die entstandene Vielfältigkeit der Medien- und damit Informationsarten und -formen birgt Chancen und Gefahren. Als (auch demokratiepolitischer) Vorteil kann die einfache Zugänglichkeit und rasche Verfügbarkeit von Information angesehen werden, bei gleichzeitiger Gefahr, dass der jeweilige Qualitäts- und Wahrheitsgehalt oftmals nicht überprüfbar ist (Stichwort ‚Fake News‘). Als nachteilig erweisen kann sich mitunter die Fülle an Informationen, der man tagtäglich ausgesetzt ist (‚Informationsflut‘) und die durch die neuen Medien bedingte Veränderung unserer Kommunikationsart (zB kein direkter persönlicher Kontakt, stattdessen Kommunikation via Kurznachrichtendienste bzw. das Internet), die eine kognitive Überforderung, soziale Isolation oder gar emotionale Verarmung der Userinnen und User mit sich bringen können.

Technische Entwicklungen – und das gilt natürlich auch für den Bereich der Medien – bergen immer Chancen und Gefahren, wobei letztlich entscheidend ist, wie die Menschen mit diesen umgehen (lernen) – und hier kommt nun den Bildungseinrichtungen, neben den Schulen natürlich den Universitäten insbesondere, große Verantwortung zu. Gemäß unserem Leitbild versteht sich die Universität Innsbruck entsprechend auch als Einrichtung der Bildung und der Kultur, die formend und gestaltend auf die positive Entwicklung der Gesellschaft einwirkt, die Wissen generiert, die Orientierung gibt, und die Zusammenhänge erklärt, sowie das Zweifeln und Hinterfragen lehrt und somit die Kritik- und Urteilsfähigkeit stärken möchte. Dementsprechend ist der Medientag 2018 und die Ringvorlesung „Mediendiversität“ ein Wahrnehmen dieser Verantwortung von

Universitätsseite und beide Veranstaltungen zeugen von der gewünschten und geforderten Auseinandersetzung mit einer gesamtgesellschaftlich so hochaktuellen Fragestellung wie jener betreffend die Medienvielfalt, deren Vor- und Nachteile, Chancen und Gefahren. Auch hiermit bringt sich die Universität in den zugehörigen Diskurs ein und wird einen wichtigen Beitrag für eine stärkere Sensibilisierung betreffend diese Thematik leisten.

Ich möchte in diesem Sinne sowohl den Veranstaltern, den „Innsbruck Media Studies“ und dessen Sprecher Kollegen Theo Hug, aber auch allen anderen KooperationspartnerInnen, Vortragenden und Mitdiskutierenden für ihren Beitrag und ihren Einsatz hierzu danken.

Grußworte zur Eröffnung des Medientags 2018

Hermann Petz, Vorstandsvorsitzender der Moser Holding AG

Sehr geehrter Herr Rektor, sehr geehrte Herren Professoren Hug und Pallaver, liebe VeranstaltungsteilnehmerInnen,

der Titel der Veranstaltung „Das Ende der Vielfalt" mag beinahe ironisch anmuten in einer Zeit des schier unbegrenzten Informationsangebots, in der wir mehr Möglichkeiten haben als je zuvor, uns auf allen Kanälen sozusagen „instant" zu informieren. Dennoch wurde der Titel äußerst passend gewählt und ist wohl so aktuell wie nie zuvor. Zum einen ist auch die digitale Medienwirtschaft mit einer steigenden Globalisierung konfrontiert. Zum anderen entscheiden zusehends Algorithmen darüber, welche Nachrichten uns erreichen.

Wenn es um die Bedrohung der medialen Vielfalt geht, möchte ich jedoch als bekennender Optimist zunächst auch Entwarnung geben: In Österreich verzeichnen wir nach wie vor eine außerordentlich große Medienvielfalt und -dichte, die so hoch ist wie in kaum einem anderen Land der Welt. Einen besonderen Beitrag dazu leisten auch die starken Regionalmedien in den Bundesländern. Ihnen hat die Digitalisierung in aller Regel eine Reichweitensteigerung gebracht, da sie nunmehr nicht nur über das gedruckte Papier, sondern auch über viele weitere digitale Kanäle ihr Informationsangebot verbreiten können.

Worin liegt nun aber die berechtigte Sorge, was die Zukunft der Medien und damit auch der Meinungsvielfalt betrifft? Wir sehen bei all den Möglichkeiten im digitalen Zeitalter mittlerweile sehr deutlich deren negative Auswirkungen auf uns als Medienrezipienten. Viele Menschen verwenden ihre Twitter- oder Facebook-Timeline als wichtigste Nachrichtenquelle, und dadurch wird gezielter Manipulation Tür und Tor geöffnet. Viele Nutzer bewegen sich zusehends in einer Bubble, in der es mitunter nicht um die Unterscheidung von wahr und falsch, sondern um Entrüstung und Falschaussagen, leider auch um Hetze geht.

Journalismus als Gatekeeper, im Sinne von Prüfung auf Wahrheitsgehalt, Einholung von Meinungen und Bewertung dieser fällt in diesem Bezugssystem weg. Kombiniert mit einer heute speziell in den USA zu beobachtenden Anti-Stimmung gegen Medien und Journalisten ergibt sich daraus eine gefährliche Mischung.

In Österreich wurde gerade in Zusammenhang mit den Feierlichkeiten um das 100-Jahr-Jubiläum der Republik das Thema Gemeinsamkeit, Meinungsvielfalt und Diskursfähigkeit stark betont. Untrennbar verbunden damit ist die vierte Macht im Staat, die Medien mit ihrer unverzichtbaren Aufgabe der unabhängigen Recherche, und auch der Kritik. Dieses

Gleichgewicht gilt es zu wahren, denn Medien- und Meinungsvielfalt gehören zu den großen gesellschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Sie sind letztlich Garant für Demokratie und Frieden.

Für diese Werte müssen wir auch aktiv werden, beispielsweise durch Bewusstmachung in unserem eigenen Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis. Darüber hinaus ergibt sich auch insbesondere für den Bildungsbereich eine große Herausforderung für Schulen, Hochschulen und im Bereich der Erwachsenenbildung.

Einen wichtigen Beitrag dazu leistet auch das Interfakultäre Medienforum der Universität Innsbruck. Ich bedanke mich deshalb bei den Verantwortlichen, insbesondere dem Leiter Theo Hug und seinem Team für die bewährte Vorbereitung und Organisation dieses Schwerpunkts und wünsche viele neue Einsichten und Erkenntnisse.

Grußworte zur Eröffnung des Medientags Innsbruck 2018

Clemens Pig, Vorsitzender der Geschäftsführung, APA – Austria Presse Agentur

Sehr geehrter Herr Rektor Märk, liebe Herren Professoren Hug und Pallaver, geschätzte Damen und Herren,

wieder einmal ist es den Veranstaltern des Medientages an der Universität Innsbruck gelungen, ein hochaktuelles Medien- und Kommunikationsthema zu besetzen. Die Beantwortung der Frage nach der Medienvielfalt eines Landes gilt ja als einer der wesentlichsten Indikatoren für Qualität und Reifegrad des demokratischen politischen Kommunikationssystems.

Ich darf das Thema einleitend in fünf kurzen Thesen aus Sicht einer unabhängigen nationalen Nachrichtenagentur im Eigentum der Medien, der Austria Presse Agentur, abstecken.

These 1: Die Quantität an Information bedeutet nicht gleichermaßen die Vielfalt von Medien, oder konkreter die Vielfalt von Journalismus.

Die einleitende Kernfrage lautet, wer oder was sind überhaupt Medien, oder wieder konkreter: Was sind journalistische Angebote?

Nicht jeder Tweet, nicht jeder Blogbeitrag und nicht jedes Posting sind gesellschaftlich relevant. Mein Einsprungspunkt ist damit: Aufgabe und Funktion von Medien und Journalismus sind gesamtgesellschaftlich relevant.

Relevanz bedeutet zwingend Selektion (also Limitierung und Gewichtung von Information), Ausgewogenheit (also Quellen-Vielfalt) und Transparenz (also Quellen-Glaubwürdigkeit). Relevanz entsteht somit durch Reflexion, oder anders ausgedrückt: durch professionelle journalistische Standards.

Medien und Journalismus konstituieren in diesem Prozess die gesellschaftliche Agenda, sie erfüllen eine wesentliche soziale Funktion. Die sogenannten „sozialen Medien“ tun das nicht, sie sind eben weder „sozial“ noch „Medien“.

These 2: Medien und Journalismus haben mit den sogenannten „sozialen Medien“ (besser: technischen Netzwerken) neue Freunde gefunden, aber zweifelhafte Freunde mit schlechten Manieren.

Die Explosion der User-generierten Information in der digitalen und globalen Plattformökonomie von Facebook, Twitter, Google und Co soll zunächst als elementare

Bereicherung betrachtet werden: Die theoretischen Möglichkeiten, die sich in der Plattformökonomie eröffnen, waren eine paradiesische Vorstellung für das pluralistische Demokratie-Modell und die Partizipation der Bürger. Die Quellenvielfalt würde sich dramatisch erhöhen – und irgendwie tut sie das ja auch – ebenso wie Informationen über die Welt – ob diese relevant sind, steht auf einem anderen Blatt.

Die salopp gesagt „schlechten Manieren“ sind damit allerdings einhergegangen und zeigen sich in den Stichworten Hass im Netz, Manipulation, Trolle oder auch Bots zur Meinungsbeeinflussung.

Die viel zitierte „Blase“ oder „Echokammer“ im Netz, in der sich vielfach diese negativen Seiten der „neuen“ oder „sozialen“ Medien zeigen, sind eigentlich kein neues Phänomen. Die Abgrenzung der Gesellschaft in ihre jeweiligen Bezugsgruppen – sei es politisch, ökonomisch, religiös, etc. – war in den vergangenen Jahrzehnten sicherlich stärker ausgeprägt.

Der Unterschied zu heute: die „Digital-Blase“ ist ziemlich transparent, einseh- und kommentierbar. Meines Erachtens ist auf diesem Weg in Teilen des Netzes die Toleranz verloren gegangen.

These 3: Nur ein diverses, professionelles und qualitätsorientiertes Medienangebot kann diese Toleranz im gesellschaftlichen Austausch aufrecht halten, im doppelten Sinn:

Dass es erstens eben vielfältige professionelle Medienangebote gibt.

Dass es zweitens eine ausgewogene Berichterstattung gibt nach den Prinzipien „audiatur et altera pars“ (Quellenvielfalt) und „check, recheck, doublecheck“ (Quellenglaubwürdigkeit). Das ist die Essenz von Agenturjournalismus, wo Richtigkeit und Genauigkeit vor Schnelligkeit geht.

Diese These wird zumindest so lange Gültigkeit besitzen, bis der „mündige Bürger/die mündige Bürgerin“ tatsächlich in der digitalen Realität angekommen ist, und diese Realität besteht nicht aus dem Angebot der technischen Netzwerke, sondern aus dem richtigen Umgang damit.

These 4: Solange das Konzept dieses „digital citizen“ nicht auch kulturell verankert ist – und es scheint ein langer Weg dorthin zu sein – werden auch zukünftig die etablierten Medien – wie die Politik – die Aufgabe haben, den Bürger und Medien-Konsumenten in der digitalen Überforderung zu entlasten.

Die permanente Information und die Delegation von Problemlagen und Entscheidungen in die digitalen Netzwerke sind ein wesentlicher Mitgrund für eine Verweigerung an der Teilnahme am oder eine Radikalisierung im Diskurs.

In diesem Sinne benötigen Medien zur Wahrung der Vielfalt die entsprechenden rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (die Stichworte lauten z.B. Copyright und Förderung von journalistischen Ausbildungsprogrammen).

These 5: Professionelle Medienangebote und redaktionelle Outlets der Zukunft werden sich noch mehr und zwingend am USP und den Stärken des Journalismus orientieren.

Die etablierten Medien erleben keinen journalistischen Bedeutungsverlust, die ökonomischen Herausforderungen sind allerdings groß.

Nach einer Dekade des exzessiven Information-Overloads ist das Bedürfnis und sohin der Bedarf nach einem moderierten redaktionellen Raum für Medienkonsumenten größer denn je. Aber auch die Herausforderung an die Medien ist größer denn je, den „homo digitalis" in dieses Angebot zu integrieren, kennen zu lernen und in Verbindung mit den gesamtgesellschaftlich relevanten Themen zu bringen: dieser Kitt ist auch das Geschäftsmodell der Zukunft für die Medien.

Die Ausgangslage dafür – und damit für eine Gesellschaft und einen Markt mit einem vielfältigen Medienangebot unter Einbeziehung der User, nicht der technischen Netzwerke, ist ebenfalls besser denn je.

Technologie wird dafür als neue Kompetenz, neben der redaktionellen Stärke der Medien, eine Schlüsselrolle erhalten. Insbesondere wird Artificial Intelligence im Zentrum stehen. AI wird den Journalismus nicht ersetzen und Roboter werden eben genau nicht in der Lage sein, diesen Kitt herzustellen, sondern AI wird die journalistischen Produktionsprozesse für Redakteurinnen und Redakteure wesentlich einfacher gestalten, um eben mehr Raum und Zeit im Journalismus für dessen eigentliche Stärken herzustellen.

Die APA als nationale österreichische Nachrichtenagentur-Gruppe und viertälteste Nachrichtenagentur der Welt hat deshalb das News-Tech-Programm gestartet, die Verbindung aus Nachrichten und Technologie zur Gestaltung des Newsrooms der Zukunft. Mit dem Ziel, die Vielfalt ihrer Eigentümer, also der Medien, nachhaltig zu stärken.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Veranstaltung und freue mich, dass die Austria Presse Agentur auch in diesem Jahr wieder Partner des Medientages an der Universität Innsbruck sein kann.

Danke.

Media and Other Biocultural Diversities

Anthony Löwstedt/Josipa Palac

Abstract

This chapter outlines media diversities differently from other leading concepts and theories, including the EU Media Pluralism Monitor, the FCC Diversity Index, and Herman & Chomsky's propaganda model. We distinguish seven different media diversities: ownership and control, sponsorship, censorship (in a wide sense), type, employment, content, and perspective/opinion. As the definition of media is currently going through an extensive reconstruction phase, largely due to technological developments, we also provide additional orientation by means of a context employing the wider concepts of cultural diversity and biocultural diversity as well as some of the ethical dimensions involved. Finally, we speculate briefly on a not-so-distant future world, in which the Internet penetrates the entire biosphere, and the concomitant convergence of these two concepts.

Introduction

There is still no agreement on how to define 'media diversity' and 'media pluralism', but the latter tends to be more about media ownership and control and the former about media content. Researchers in Europe, especially, seem to prefer the term 'media pluralism'. By differing slightly on the understanding of media pluralism/diversity from the EU Media Pluralism Monitor (MPM) and by taking a more anthropological approach, we have chosen to use the term 'media diversity'.

Since 2011, the EU Media Pluralism Monitor distinguishes between external and internal media pluralism and between five dimensions of media pluralism. The first of these is ownership, as in our categorization of media diversity. The other four dimensions (types/genres, political, cultural, and geographic pluralism in the media) are also represented below (Centre for Media Pluralism and Media Freedom, 2019; Valcke, Picard & Sükösd, 2015, p. 6). However, our terminology and categorizations differ somewhat from the MPM's.

The United States Federal Communication Commission had introduced a more ambitious, quantitative version of the EU's MPM, called the 'diversity index' in 2002, almost entirely dedicated to the concentration of media ownership. It was, however, widely criticized and then declared invalid and dropped by the commission a few years later (Napoli, 2015, pp. 142-7). These developments may help to explain why the media research community currently employs the term 'media pluralism' more often than 'media diversity'. Our understanding starts from a common-sense observation: Whereas 'pluralism' is more about quantity, 'diversity' is a term more closely related to quality, at least in the use of ordinary language.

Seven Media Diversities

Ownership and Control: There are eighteen major media owners among the 75 most powerful people in the world, according to Forbes (2019). They are seen as constituting the second most powerful professional group, after politicians but ahead of religious and military as well as all other (non-media) corporate and cultural leaders.

Unlike political leaders, who are (currently) most often elected for terms in democratic elections, media owners are not elected by the people. Demographic groups are accordingly represented disproportionally. Among the eighteen current ones, there are no women, no black people, but eleven white Americans (including the four most powerful media owners): Bezos, Gates, Page, Zuckerberg, Cook, Brin, Murdoch, Iger, Bloomberg, Dell and Hastings, one American with Indian ancestry; Nadella, one Indian: Ambani, one Mexican, Slim Helu, and four Chinese: Ma, Huateng, Jianlin and Li, media owners.

Interestingly, there are no Europeans, either. It is possible that the EU anti-oligopoly rules and laws, and perhaps also self-regulation, have so far helped to prevent extreme concentrations of media ownership and power in the EU. But there are also other ways in which the wider European media elites may subtly dominate media and exert power on societies, including, for example, through the widespread use and class prestige of some western European languages, or the numbers and locations of centers of diffuse and shifting networks of shared ownership and influence.

In Herman & Chomsky's 'propaganda model', one of the most influential theories about the mass media, the first media filter mechanism is "size, ownership, and profit orientation" (Herman & Chomsky, 1988, pp. 3-14). It is a filter that excludes the vast majority of the population. In order to own and control mass media, you must be rich, usually exceptionally rich. There is some spread of ownership through the shareholder system. But shareholders are extremely unequal. Those with few shares either have no voting rights at all or do not usually show up at shareholder meetings, because their votes would be so minuscule and unlikely to change any kind of policy at all, since the shareholder vote is not a democratic one. But it is not a totalitarian system either, so some pluralism must be noted.

Yet, that pluralism is challenged further on a deeper level. The main shareholders of the world's largest media companies are largely the same companies: the Vanguard Group, BlackRock, and SSgA Funds Management have shares in (almost) every one of them. Capital Research & Management (World Investors/Global Investors), TCI Fund Management and Dodge & Cox are also represented widely (MarketScreener, 2019).

Of course, the propaganda model came about before the Internet became a mass medium, and it was a theory about privately-owned media, applied especially to the USA, where they are more dominant than in other first- and second-world countries. In the rest of the world, there are still state-owned and publicly-owned media that can make a big difference. And the Internet has of course spread control over media content in many new directions, including that of normal, not necessarily super-rich, people. But the people who

get through this very fine-meshed filter are still predominantly male, white westerners who speak English.
So, the model is still eminently applicable to today's world, perhaps even more so now. In many places, state- and publicly-owned media are disappearing, shrinking and/or increasingly indistinguishable in content from privately-owned, profit-seeking media. In recent years, public media have therefore come under fire, either as too costly (the shutdown of public broadcasting in Greece during the financial crisis in 2013) or as an unfair imposition on citizens (the referendum in Switzerland to abolish license fees for public broadcasting in 2018). And the rich media owners apparently keep getting richer and more powerful. Any start-up found to have the potential to reach and influence large audiences today is quickly bought up by a giant corporation or a network of corporations, centered in the USA or western Europe (Arsenault & Castells 2008), and increasingly also in China (Artz, 2016).

Sponsorship: Herman & Chomsky's second filter is "advertising" (1988, pp. 14-18). It filters content (rather than people) and makes sure that media audiences do not depart too far from a pro-shopping, pro-consumption attitude in general, whether for unhealthy foods, burglar alarm systems, attorneys-at-law, or anything else. Especially critical attitudes towards and reports about specific industries or companies, e.g. for unethical treatment of laborers or environmental damage caused, will be punished with sponsorship withdrawal. Criticism of government may also result in withdrawal of state advertising (Nesbitt-Larking, 2007, p. 128). Thus, there is a corresponding lack of attitudes, especially critical attitudes, inherent to the media: the more dependent they are, the less likely they are to reflect the dependee in a negative light. The sponsors expect it.
Mediated communication takes place today especially in a globalized capitalist system, in which sponsorship is institutionalized chiefly through mechanisms of advertising, increasingly including product placement, advertorials, etc., (which may include illegal ads for legal products). There are also other kinds of sponsorship, for instance for charity organizations by other organizations or by individuals. Political ads and other media contents are often sponsored by lobbies and pressure groups. There is also Illegal sponsorship of illegal organizations, such as terrorist organizations, for example Al-Qaeda or Islamic State, whose videos and other media materials have received support from diverse sources and developed sophistication in their "war machine," an ever-shifting combination of humans and technology' (Kraidy, 2014, p. 270).
Media sponsorship thus consists of a wide spectrum from commercial to non-commercial institutions and actors. It has a strong filtering effect, like ownership. Much potential media content is still-born; it is filtered out because it does not get the required or desired sponsorship.

Censorship: In general, the more censorship there is, the less media diversity there will be. This works in direct as well as indirect ways. If there are censorship laws and

mechanisms that are only there in theory and not being implemented, or even if they are just being threatened or suggested, they can have a "chilling effect" on the communication climate and thus encourage self-censorship (McQuail, 2010, p. 154).
Altogether, we may distinguish three forms:

- Hard censorship: by law, law enforcers, prohibition, violence against communicators, including assassinations, torture, detention, threats, fines, extortion etc. The perhaps most employed excuse or reason for hard censorship is 'national security'.
- Soft censorship: deletion of posts, accounts, content editing, editorial rejection, etc. but no penalties beyond that.
- Self-censorship: the perhaps most pervasive of all. We stop ourselves from writing, saying or even thinking things because of our in-built mechanisms. Many of these mechanisms are learned and taken over from previous generations, from peers, authorities, and the media. But the author her- or himself is ultimately responsible.

In liberal societies, censorship may not filter out content like ownership or sponsorship do. But especially when one considers self- and soft censorship it becomes obvious that all human societies so far have probably been characterized by pervasive and fundamental censorship.
In general, but not necessarily, the more censorship there is, the less media diversity there will be. There are exceptions. In particular, if we would allow any radical hate speech, this could, in the long term, lead to less diversity, through the establishment of a government led by an emboldened and encouraged radical hate group, such as the German Nazi party in the 1920s and '30s. Within just a few years of being in power, the Nazis destroyed or turned all mass media of a very liberal democracy, the Weimar Republic, into propaganda instruments of the new regime. They appropriated cinema and broadcasting, closed down newspapers and book publishers and burned the books that did not fit the new ideology, while jailing, killing and expelling any critical communicators (C, 2018). Since then, at the latest, it is generally agreed that there can be limits to the freedom of communication, namely, that intolerance must not be tolerated, and that forms of "marginal" censorship, in order to safeguard diversities against the intolerant, the hateful, the reckless and the insincere, may therefore be necessary.
The latter two will mainly be dealt with by civil law and not usually determined as censorship: we are free to publish defamation and reckless disregard for the truth, but we may have to pay dearly for it in terms of being sued and fined. Incitement to violence, hate speech and other forms of censorship commonly deemed necessary, such as prohibition of child pornography or of advertisement for forbidden products and services, will, however, be dealt with by criminal law and hard censorship. The more fine-tuned and well-balanced the system of state censorship (a part of hard censorship) is, the less it will interfere in communication. Thus, a certain, wise constellation of diversity of censorship, including

also soft and self-censorship, will contribute to more diversity in the media overall. Unwise, insensitive, overbearing and oppressive censorship, the vast majority of instances of censorship, however, will lead to less diversity in the media.

Type: Ever since the Stone Age, there is great diversity in media types, in the tools humans use to store and deliver information or data. They can be classified in various ways, for example with regard to their sensory impact on audiences. There are audio, visual, audiovisual, and haptic (sculpture and reliefs, Braille writing, and now also 5G Internet) media. Levels of physical production and distribution, types of code and functions are also important for the typology of media. Among others, there are electronic and non-electronic, analog and digital, decimal and sexagesimal, picto-, etho- phono- and prographic, mass, social and interpersonal, fictional and non-fictional, quality and tabloid, single and multi-, one-way and interactive media (Löwstedt, forthcoming).
Some types are seemingly rendered useless by technological, economic, cultural and political developments. The edged and angular Viking rune alphabet, for instance, was mainly used for engraving and carving, into stone, wood and leather. It was abandoned for the (slightly) curvier Latin script which was introduced to Scandinavia with softer screens, including parchment and paper, and with Christianity. There are often imperialist factors, especially cultural imperialisms, at work when media diversity is narrowed, but sometimes the losses seem bearable, such as when the runes (not widely used by the Viking populace) were replaced by Latin script, or when fax was replaced by email.
Developmental stages may be necessary for healthy and cognitive development. For example, to leave out the skill of writing by hand in schooling and to replace it with keyboards and touchscreens may impact the sensorimotor development of a child and slow down or even arrest its development of intelligence. However, hand-eye coordination is also developing in new directions since the use of touchscreens, especially, became widespread, and the overall effect is still uncertain (Mangen & Balsvik, 2016). A larger, related, question is whether writing and reading as a whole will become unnecessary once computers will hear, see, touch, and speak more efficiently and reliably (cf. Löwstedt, forthcoming).

Employment: Diversity in the workplace is proven to be beneficial to organizations as long as it is managed wisely. Total skin-colour-blindness, for example, may be detrimental in case historical injustices and their after-effects are ignored or suppressed, but it is still controversial to what extent affirmative action can be said to serve justice. In general, organizations and complex systems that fail are mostly ones that reject, ignore and/or lack diversity (Page, 2011, pp. 167-195; Roberge & Van Dick, 2010).
Women are very disadvantaged in various fields of media employment, similar to ownership. Women are a still a minority of media employees, but that is changing quickly. They are now coming close to 50 percent, up from 23 percent in 1960, of the entire media workforce in the USA (Potter 2016, p. 120). But the jobs they are getting are not the best

ones, as in other professions. In 2018 only 4.8 percent of CEOs of the world's largest corporations were women. Women account for only 24 percent of senior roles in organizations around the world. In 2017, 22 percent of executive positions in the Americas, 15 percent in Europe and four percent in Asia were held by women. Furthermore, women accounted for only 15 percent of board director seats worldwide in 2017 (Catalyst, 2018).

In the media, it may be even worse. According to the EU MPM social inclusiveness analysis and other research, women are the most underrepresented of all demographic groups in media management and executive positions, even more so than minorities, local/regional communities and community media, or people with disabilities, (Centre for Media Pluralism and Media Freedom, 2018, pp. 65-66). Ethnic minorities in media professions in the USA are under-represented similarly, especially those who are excluded and under-privileged in other ways, i.e. black, Latino and indigenous people (Potter, 2016, pp. 122-123).

Content: Media contents can be varied in overt ways, including language use, skin colour of the actors, with or without song and dance intermissions. On a deeper, implicit level there are also norms and values affirmed and transported in fictional as well as non-fictional content. According to Potter (2016, pp. 231-233) the values of American movies, for example, are exclusive and narrow: that material consumption is very satisfying, that the world is risky and mean place, individualism as opposed to collectivism, free market as opposed to alternatives, small towns as the most virtuous places, where the finest morals and the most upright people are located, versus big cities and wilderness, seen as dangerous and often amoral places. Contents are accordingly restricted by the dominant underlying norms and values that shape them. However, the audiences are not completely passive recipients of these norms, and they contribute to shaping the contents.

A major category of media content is *genre*: fiction, non-fiction, advertisement, news, drama, tragedy, comedy, satire, romance, telenovela, Western, documentary, poetry, game show, gladiator fight, etc. There are also sub-genres and sub-sub-genres, etc. Consider, for example, the many sub-divisions of contemporary rock music.

Another category is *style*, for example in film: Hollywood, Hollywood-on-Thames, Bollywood, and Nollywood have spread out around the world with their recognizable identifying features. But these four are also parts of a larger Anglo-American culture, whether consciously or not. The English language is at or near the center, and so are Anglo-American core values and norms, such as its legal culture with its heavy emphasis on property rights, as well as heavy doses of commercialism, patriarchalism, ethnocentrism, militarism, the ideology of aggressive individualism and of violence as the preferred solution to conflict. International attempts to achieve a more egalitarian system through empowerment of the media of other empires, nation-states and groups of nation-states (the New World Information and Communication Order, Universal Declaration on Cultural Diversity, or the Convention on the Protection and Promotion of the Diversity of

Cultural Expressions), have so far not led to any essential change. The most powerful competitors to the Anglo-American imperial complex, Russia, China, France, India, Germany, Brazil, etc., have very similar core values. (That is how they have also become powerful.) Many competing core values, anti-patriarchalism, anti-militarism, etc., however, find scant representation in media content. Ten months after the 2011 Arab Spring Revolt in Egypt, for example, 93.2 percent of the people interviewed by newspapers were still men (Abdulla, 2015, p. 230).
The phenomena of framing and stereotyping ensure that across several socio-cultural variables such as character role, profession, gender, age, income level, religious or minority group membership, consistent and repetitive portrayals frequently amount to discrimination. It is not enough to include those groups into the media contents; it must be done with sensitivity in order to be conducive to cultural diversity.

Perspective and Opinion: We subscribe to perspectivism, an epistemology and methodology based on actual and metaphoric uses of changing perspectives to improve knowledge. Just as the police use mugshots of suspects from (intelligently) differing perspectives (there are no mugshots of the backs of heads) science and good journalism should do the same (Bertalanffy, 1968, pp. 239-242). Yet, certain informative perspectives are systematically avoided, ignored and prevented by the media, and by those who control, regulate and own them. Moreover, some suspects are presented from the same perspective repeatedly, such as the royals of Saudi Arabia, who have been predominantly portrayed as 'reformers' for over 70 years by their mostly sympathetic observers at the New York Times (Al-Arian, 2017).
Another unhelpful or unhealthy mechanism, potentially equally harmful to the subtle bias provided by 'quality media' (see also Kramer, 2016), is polarization. Tabloids and tabloid formats use extreme opinions in order to raise controversy and provide media spectacles, thus distorting or burying potentially crucial information. Deniers of anthropogenic climate change, for example, are often provided equal time as expert sources on TV news, or equal space in the print media, to the 97% of climate change scientists who do not live in denial. The winners are not only the climate change deniers and their sponsors and supporters. The tabloid media, especially, may thus gain a false appearance of being balanced and neutral. Rather than being compared to the fist fights between scorned and betrayed lovers on the Jerry Springer Show, their debate platforms on climate change may even seem balanced and fair (Collomb, 2014).

Aside from these seven, there are still other possible media diversities. So far, we did not specifically mention geographic diversity, or Herman & Chomsky's last three filters, which ask the following, critical questions:

- Sourcing: What experts and witnesses are sought and used? Whose press conferences are attended by the mainstream media?

- Flak: Who organizes campaigns against specific media organizations? Which media are being targeted by such campaigns, how, and why?
- Ideology: Are the media with us or against us? Free world or Communist? Civilized or terrorist? (Herman & Chomsky, 1988, pp. 18-31).

Yet, these phenomena are somewhat contained in our model, which is wider than Herman & Chomsky's focus on news media. We also consider 'diversities' to provide a more useful and less ambiguous approach than 'filters', as it is not always quite clear in the propaganda model what is being filtered: people and organizations (size, ownership and profit orientation), or messages/content (advertising), or sources (sourcing), or media organizations (flak), or ideologies.

Media, linguistic, and cultural diversities

Technological media development is currently dominated by two powerful institutions, the nation-state and the for-profit corporation, both of which seem to suffocate cultural diversity. Since the 1970s the global population has doubled, but our rapidly globalizing society has simultaneously seen a possibly historically unparalleled deterioration of linguistic diversity (Austin & Sallabank, 2011, p. 2; Phillipson, 2009, pp. 47-49). Although technological progress is undeniable, the media revolution has had destructive effects on linguistic and cultural diversities.

According to Turin (2013), neither globalization nor any of its 'tools' (including the Internet), but monolingualism, especially prevalent in the West or the G8 countries, is to blame for the current, catastrophic loss of living languages. It is indeed chiefly a political question, not a dictate of technological development, if a language will live or die. According to Kornai (2013), on the other hand, the Internet is to blame after all, since only less than five percent of the world's languages, so far, have achieved 'digital ascent', and not many more will make it for much more than a century or so from now. '…[I]t is the final act of the Neolithic Revolution, with the urban agriculturalists moving on to a different, digital plane of existence, leaving the hunter-gatherers and nomad pastoralists behind' (Kornai, 2013, p. 10). Yet, we fail to see how the Internet will be *unable* to take in and allow and generate use of more than around five percent of all languages in the longer run. Wise political decisions could still reverse the trend of declining diversity. With this argument, we tend to agree more with Turin's anti-monolingualist approach, which may, however, underestimate the culturally destructive power of the unregulated global marketplace along with that of the nation-state.

In either scenario, not only linguistic, but also cultural diversity in general is now, paradoxically, under serious threat, although there are many more human beings, more levels and varieties of media, more means and channels of communication and expression at our disposal, and arguably more formal freedom and incentives to communicate, than ever before. Again, this paradox can only be solved with a multidimensional approach to cultural diversity, i.e. to diversities. There were corresponding losses of linguistic diversity

due to the spread of phonographic writing, starting 5,000 years ago already, also along with outgrowths of military, political and economic power, and a simultaneous rapid increase of vocabulary of the written languages, meaning simultaneous increase of (another form of) linguistic diversity. The current growth of artificial, formal and constructed languages may also partially countervail destructive consequences of further impoverishment of 'natural' languages (Petzold, 2015, pp. 164-9).

Diversities are not (yet) totally commensurable, i.e. mutually comparable in quantitative terms. The multidimensional approach also contains dangers, such as the possibility of justification of cultural imperialism ('if English replaces 50 aboriginal languages, it's OK, because English is the richer language'). Therefore, linguistic diversity must never be reduced to or be dominated by vocabulary size (Philippson, 2009). Uncritical progressivism, moreover, may threaten to de-politicize and turn media technology and media devices into 'fetishes' with supernatural powers (Budka, 2013, pp. 29-31).

Cultural diversities – Negative and positive aspects

One disturbing aspect of cultural diversity is that inequality may seem to enhance diversity. The argument goes like this: The more inequality a society manifests, for instance in income levels or life expectancies or levels of legal rights and privileges, the more diverse it is, and therefore the better it is (Wischermann & Thomas, 2008, pp. 7-8). Other potential or actual disadvantages of cultural diversity are lack of understanding, more misunderstandings, and lack of communication. This could lead to lack of efficiency, less trust, more suspicion, and loss of economic integration (Alesina et al., 2003; Patsiurko, Campbell, & Hall, 2012). The latter, however, are mainly short-term disadvantages. Once people who do not know each other's languages or cultures start working together, mutual understanding and trust will develop.

On the other hand, there are two kinds of positive aspects of cultural diversity. It can be *instrumentally good*: provide business opportunities and general enrichment. It can contribute to general tolerance, respect, and peace. Cultural diversity also makes us more intelligent, because a multiplicity of perspectives leads to more and better scientific knowledge (Phillips, 2014). Secondly, cultural diversity is arguably *intrinsically good*: "Variety is the spice of life", the saying goes. But it is actually much more than that. It is the flavor, the nutrition, and sometimes even the meaning of life.

Biocultural diversity and media diversity

Well, it is *one* meaning of life, especially if cultural diversity is joined by biodiversity in a single concept of diversity. In current evolutionary theory, selection/elimination and variation are the two most basic principles. Still, diversity cannot be *the* meaning. Wischermann and Thomas (2008) demonstrate that additional values are necessary. Diversity is central, not only for humans. But so are other values, other meanings of life, such as rights and duties, empathy, solidarity, love, progress, or absence of suffering.

Nevertheless, diversity is often essential for survival, enhancing both adaptation and innovation, as well as intrinsically good. It has many more advantages than disadvantages (Page, 2011). Therefore, it seems not just ethical, but also intelligent and strategically smart to minimize selection/elimination, especially of human individuals, families, communities, and also of grand bio-units, such as habitats, species, and large populations, and to increase variation or diversity at all levels.

But there are some interesting, marginal limits here, too, for instance large and destructive parasite populations. One may argue that these will cause a deterioration of bio- or cultural diversity in the long run, for example, the influenza virus of 1918 that wiped out two percent of the global human population, far more than World War I did. Again, one could argue similarly that keeping Nazi culture alive would not be good for cultural or media diversity because Nazis are opposed to media, political, cultural and human diversity in general, like the flu virus is opposed to biodiversity.

This may be more than just an analogy. There might be an essential continuity between cultural diversity and biodiversity. For this and other reasons, there are concerted efforts to develop a reliable biocultural diversity index (see Harmon & Loh, 2004; Maffi & Woodley, 2010). If we can measure biocultural diversity in a fairly accurate way, then we can develop policies and strategies to achieve it and increase it and also find indications when it becomes urgent to reverse destructive developments. And the media will no doubt be both necessary and important parts of it.

Biocultural diversity and globalism

In any event, cultural diversity and media diversity are increasingly seen as normal and even natural. Due to message dearth with earlier technologies (except language itself), media were luxuries, things that you went out of your way to use and enjoy, such as to the library, the bookstore, the cinema, or the café. But now, with easier access due to immense recent technological progress, monopolies and oligopolies are, at least in principle, becoming more difficult to maintain.

Cultural diversity is an essential and integral part of every society, globally. But if cultural diversity is present in every society, as something mostly and lastingly beneficial, how do we ensure that it can survive, how can we promote it, and how do we formulate its ethics, and what does that mean for media diversity and media regulation?

We may try to define cultural diversity ethics with moral relativism or universal ethics, or we can try to mix the two. The existing moral diversity in the world suggests moral relativism. Or do we share (some) values around the globe?

The hegemonic claim to the higher moral ground and to the right to impose it on others is still common in various political discourses, in science, academia, media, etc. Because of the fundamental, direct and phenomenological experience of life itself, one may argue that in different societies and cultures worldwide, life, especially human life, could and should be the highest priority and value. But different cultures protect and understand life in

various ways and customs; some of them also sacrifice life for what they believe are higher purposes.

If we take the example of the Mursi women in Ethiopia, who cut their lower lip and insert and wear a lip plate, there are claims that this tradition presents a threat to women's health, and to their very lives. The lip plate is regarded as a sign of backwardness (by some cultures) and a disadvantage because of exclusion from Ethiopian society and economic and social benefits and as an obstacle to education. But such a harsh judgment on a cultural tradition does not consider Mursi knowledge of traditional medicine and the treatments the Mursi use to prevent the infections of wounds. A fully healed bottom lip in this culture provides an enhanced experience of beauty and women choose freely to exercise this tradition (Girke, 2014). One could argue that, in much of the Western world, beauty may be seen in fuller lips, smaller noses, lighter skin color, larger breasts, or piercings and tattoos, where these sometimes equally painful practices for beauty also pose certain health hazards to practitioners but are not seen as backwards or considered for criminalization. Both of these examples from very different cultures involve certain medical risks. However, people tend to generalize and judge, and ethics does not always seem to be universal where and when it can be.

Another example in which health communication can be an instance where diversity ethics may draw a line is provided by the so-called 'Mingi' children of the Karo, also in Ethiopia. Children who are seen as "cursed" by their communities are sacrificed to ensure prosperity, health and life for other community members. The evil curse may manifest itself in children's teeth growing the wrong way, in an accidental pregnancy, injured genitals, twins, etc. Those children are "…pushed off high cliffs by the elders or thrown in the river to drown or be eaten by crocodiles", according to Grant (2012). Estimates are that 300 children were being killed each year until the practice was banned and outlawed by Ethiopia in 2012; yet the practice has reportedly continued in secret since then (Borkawa, 2013, pp 28-32; Grant, 2012).

Although this practice is seen as superstitious, the persistent Karo belief is that the child-killers are "saving the community" in some sense which might not, however, be ethically acceptable. The crucial consequences of such treatment of children or "cultural traditions" includes death. Diversity ethics and many forms of universal ethics, however, find the value of human life to be non-negotiable and human sacrifice based on traditional beliefs as unethical and unacceptable (cf. Christians et al., 2008).

There may be considerable complexity involved in finding and unearthing universal cultural diversity ethics; but we still argue that it is possible, among other things since cultural diversity exists in every society. There are also ethical challenges in connection with cultural diversity, for several reasons: 'One is that there are differences in moral perceptions and moral judgments among cultures, and consequently a tension appears between moral universalism (universal ethical principles or standards) and moral cultural relativism (local or cultural ethical norms as the exclusive source for ethical standards)' (Melé & Sánchez-Runde, 2013, p. 681).

At first glance, the universalization or globalization of values seems to entail loss of diversity. Yet, it is not necessarily so (Sassen, 2015, pp. 17-18). Universalist or globalist standards could instead protect, optimize and promote diversity (Nye, 2002).
One such standard could be realized through a global media competition authority, an antitrust commission for the world media, based on the argument for diversity of political opinion and perspective as serving truth and a relatively well-informed electorate, and therefore prohibiting monopolization and oligopolization of media ownership, in the way that it is done today on national levels (Bradford, 2007, pp. 438-439; Giddens & Hutton 2000, pp. 217-220). UNESCO and the Council of Europe also call for more attention to diversities in transnational legislation, especially in the Universal Declaration on Cultural Diversity (2001) and in the Convention on the Protection and Promotion of the Diversity of Cultural Expressions (2005). Other aspects of global media regulation for diversity, for example in order to foster tolerance and mutual respect between media users, could be done in a self-regulatory way, with ethics codes and rules instead of laws (Media Diversity Institute, 2019).

As we begin to grapple with regulating media on a global scale, technology is developing in leaps and bounds, and the biosphere and the internet are rapidly becoming convergent categories, with the same limits and the same geographical and cosmographical extensions. Wherever there is life and even beyond, apparently, there is going to be internet.
5G Internet, in particular, is bringing the sense of touch into the previously merely audiovisual Internet. This means artificial intelligence, robots, will become more like living beings than ever. The Braille moment of prographic media has now arrived. Machines will be able to feel as well as see and hear. It also means blind and deaf people will finally gain more from the Internet. The Internet will become a kind of super-organism with more information, sensory and symbolic, than any (other) organism. 5G has revolutionary implications, not least in the field of diversities (Kavanagh, 2018).
World democracy is still non-existent, but this is the perhaps most important form of communication: speaking truth to power. We still need a place where we can challenge global or transnational power institutionally. If it ever materializes, that place is likely to be on the Internet. In the interest of diversity, representation on the global level must leave behind the strict nation-state format. There are around 6,000 living languages left, and languages are far more representative units of culture than states are. Therefore, a legislative assembly on the global level should not consist of 190 seats, as the UN General Assembly or UNESCO do, but of 6,000 seats, distributed with cultural sensitivity. Moreover, there can and should be global referenda. But first, we need to make sure that there is enough media diversity, because media diversity is not only a consequence of democracy. It is also a prerequisite for it.

References

Abdulla, Rasha (2015): Media diversity in Egypt: Monitoring newspapers and talk shows during the first post-revolution parliamentary elections, in Valcke, Picard & Sükösd (eds.), pp. 226-236.

Alesina, Alberto; Devleeschauwer, Arnaud; Easterly, William; Kurlat, Sergio; & Wacziarg, Romain (2003): Fractionalization. *Journal of Economic Growth*, *8*(2) June, pp. 155-194.

Al-Arian, Abdullah (2017, November 27): Seventy years of the New York Times describing Saudi royals as reformers, Jadaliyya, http://www.jadaliyya.com/Details/34727

Arsenault, Amelia & Castells, Manuel (2008): The structure and dynamics of global multi-media business networks. *International Journal of Communication*, *2*: S. 707–748.

Artz, Lee (2016): Transnational media corporations and global division of cultural labor and consumption. *Les Enjeux de l'information et de la communication*, *17/2*(2), pp. 25-38. https://www.cairn.info/revue-les-enjeux-de-l-information-et-de-la-communication-2016-2-page-25.htm [Stand vom 03-03-2019].

Austin, Peter K., & Sallabank, Julia (2011): Introduction. In Austin, Peter K. & Sallabank, Julia (Hrsg.): *Cambridge handbook of endangered languages*, Cambridge: Cambridge University Press.

Bertalanffy, Ludwig von (1968). *General system theory: Foundations, development, applications*. London: Braziller.

Borkawa, Gezahegn Gelebo (2013, November): Abolishing "mingi" in southern Ethiopia, in Jorge Chavez-Tafur and Laura Eggens (Eds.): Learning for rural change: 14 stories from Ethiopia. Barnefeld, NL: International Fund for Agricultural Development (IFAD). pp. 27-32.

Bradford, Anu (2007): International antitrust negotiations and the false hope of the WTO. *Harvard International Law Journal*, *48*(2), pp. 383-439.

Budka, Philipp (2013): Digitale Medientechnologien aus kultur- und sozialanthropologischer Perspektive: Überlegungen zu Technologie als materielle Kultur und Fetisch. *Medien und Zeit*, *28*(1), pp. 22-34.

C, Sara (2018, July 19): How the Nazi party came to power in a democratic country, *Medium*, https://medium.com/@QSE/the-time-for-never-again-has-passed-americans-are-complicit-in-genocide-as-defined-by-the-un-940b368e63e5 [Stand vom 03-03-2019].

Catalyst (2018, October 31): Quick take: Women in the workforce: Global, https://www.catalyst.org/knowledge/women-workforce-global [Stand vom 03-03-2019].

Centre for Media Pluralism and Media Freedom (2019): European Union Media Pluralism Monitor, http://cmpf.eui.eu/media-pluralism-monitor/ [Stand vom 03-03-2019].

Centre for Media Pluralism and Media Freedom (2018): Monitoring media pluralism in Europe: Application of the Media Pluralism Monitor 2017 in the European Union, FYROM, Serbia & Turkey, http://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/60773/CMPF_PolicyReport2017.pdf?sequence=1&isAllowed=y [Stand vom 03-03-2019].

Christians Clifford G, Rao, Shakuntala, Ward, Stephen J. A., & Wasserman, Herman (2008): Toward a global media ethics: Theoretical perspectives. *Ecquid Novi: African Journalism Studies, 29*(2), pp. 135-172.

Collomb, Jean-Daniel (2014): The ideology of climate change denial in the United States, *European Journal of American Studies*, *9*(1), document 5, DOI: 10.4000/ejas.10305

Forbes (2018, August 4): The world's most powerful people, *Forbes*, https://www.forbes.com/powerful-people/list [Stand vom 04-08-2019].

Giddens, Anthony & Hutton, Will (2000): Fighting back. In Hutton, W. & Giddens, A. (Eds.), *On the edge: Living with global capitalism*. London: Jonathan Cape, pp. 213-223.

Grant, Richard (2012, April 14): Saving the condemned children of Ethiopia. The Telegraph. Abgerufen unter https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/ethiopia/9189136/Saving-the-condemned-children-of-Ethiopia.html [Stand vom 04-03-2019].

Harmon, David & Loh, Jonathan (2004): A global index of biocultural diversity. Discussion Paper for the International Congress on Ethnobiology, University of Kent. Abgerufen unter: http://www.terralingua.org/wp-content/uploads/2015/07/IBCD_ICE1.pdf [Stand vom 03-03-2019].

Kavanagh, Sacha (2018, October 29): What is the tactile Internet, *5G*, https://5g.co.uk/guides/what-is-the-tactile-internet/.

Kornai, András (2013): Digital language death, 22 October 2013, *PLoS ONE 8*(10): e77056.

Kraidy, Marwan M. (2018): Terror, territoriality, temporality: Hypermedia events in the age of Islamic State. *Television & New Media*, *19*(2), pp. 170–176. DOI: 10.1177/1527476417697197.

Kramer, Melody (2016, July 26): To get a different perspective on the media, we went beyond New York. Way, way beyond, Poynter. Abgerufen unter https://www.poynter.org/tech-tools/2016/to-get-a-different-perspective-on-the-media-we-went-beyond-new-york-way-way-beyond/ [Stand vom 03-03-2019].

Löwstedt, Anthony (1995): *Kultur oder Evolution? Eine anthropologische Philosophie*. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Löwstedt, Anthony (2018): Communication ethics and globalization. In Plaisance, Patrick Lee (Hrsg.) *Ethics in communication*, Handbooks of Communication Science, Volume 26, Berlin: De Gruyter Mouton, pp. 367-390.

Löwstedt, Anthony (2020): The development of information and communication technology, *Communication Theory*, forthcoming.

Mangen, Anne & Balsvik, Lillian (2016): Pen or keyboard in beginning writing instruction? Some perspectives from embodied cognition, *Trends in Neuroscience and Education*, *5*(3), pp. 99-106, DOI: 10.1016/j.tine.2016.06.003.

Maffi, Luisa & Woodley, Ellen (2010): *Biocultural diversity conservation: A global sourcebook.* London: Earthscan.

MarketScreener (2019), AT&T, Company, Shareholders, https://www.marketscreener.com/AT-T-14324/company/ Walt Disney, Company, Shareholders, https://www.marketscreener.com/WALT-DISNEY-COMPANY-THE-4842/company/, Comcast, Company, Shareholders, https://www.marketscreener.com/COMCAST-CORPORATION-4864/company/, Charter Communication, Company, Shareholders, https://www.marketscreener.com/CHARTER-COMMUNICATIONS-IN-27738754/company/, Twenty-first Century Fox, Company, Shareholders, https://www.marketscreener.com/TWENTY-FIRST-CENTURY-FOX-13440463/company/ [Stand vom 03-03-2019].

McQuail, Denis (2010): *McQuail's mass communication theory*. 6th edition. London: Sage.

Media Diversity Institute (2019): http://www.media-diversity.org/en/ [Stand vom 03-03-2019].

Melé, Domenec & Sánchez-Runde, Carlos (2013): Cultural diversity and universal ethics in a global world. *Journal of Business Ethics*, 116(4). pp. 681-687. DOI: 10.1007/s10551-013-1814-z

Napoli, Philip M. (2015): Assessing media diversity in the US: A comparative analysis of the FCC's Diversity Index and the EU's Media Pluralism Monitor, in Valcke, Picard & Sükösd (eds.), pp. 141-151.

Nesbitt-Larkin, Paul W. (2007): *Politics, society, and the media*, Second Edition, Peterborough, Ontario: Broadview.

Nye, Joseph (2002, April 15): Globalism versus globalization. The Globalist. https://www.theglobalist.com/globalism-versus-globalization/ [Stand vom 04-03-2019].

Page, Scott E. (2011): *Diversity and complexity*, Princeton & Oxford: Princeton University Press.

Patsiurko, Natalka; Campbell, John L. & Hall, John A. (2012): Measuring cultural diversity: Ethnic, linguistic and religious fractionalization in the OECD. *Ethnic and Racial Studies 35*(2), pp. 195–217.

Petzold, Thomas (2015): Human-algorithmic scaffolding. In de Been, Wouter, Arora, Payal & Hildebrandt, Mireille (Hrsg.): *Crossroads in new media, identity and law: The shape of diversity to come*. Basingstoke: Palgrave Macmillan. S. 156-171.

Phillips, Katherine W. (2014, October 1). 'How diversity makes us smarter', *Scientific American.* Retrieved from https://www.scientificamerican.com/article/how-

diversity-makes-us-smarter/?WT.mc_id=SA_FB_ARTC_OSNP [Stand vom 03-03-2019].

Phillipson, Robert (2009): *Linguistic imperialism continued*. Hyderabad: Orient BlackSwan.

Roberge, Marie-Élène & Van Dick, Rolf (2010): Recognizing the benefits of diversity: When and how does diversity increase group performance? *Human Resource Management Review*, 20 (4), pp. 295-308.

Sassen, Saskia (2015): From national borders to embedded borderings: One angle into the question of territory and space in a Global Age. In: de Been, W., Arora, P., Hildebrandt, M. (Eds.). *Crossroads in new media, identity and law: The shape of diversity to come.* Palgrave Macmillan, pp. 17-42.

Valcke, Peggy, Picard, Robert G. & Sükösd, Miklos (2015): A global perspective on media pluralism and diversity: Introduction, in Valcke, Peggy, Picard, Robert G. & Sükösd, Miklos (Hrsg.): *Media pluralism and diversity: Concepts, risks, and global trends*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Wischermann, Ulla & Thomas, Tanja (2008): Medien — Diversität — Ungleichheit: Ausgangspunkte. In: Wischermann, Ulla & Thomas, Tanja (Hrsg.): Medien — Diversität — Ungleichheit. VS Verlag für Sozialwissenschaften, DOI https://doi.org/10.1007/978-3-531-90860-1_1.

Medienvielfalt und ihre (historischen) Determinanten

Jürgen Wilke

Zusammenfassung

Die heutige Medienvielfalt gilt als Voraussetzung dafür, dass sich in einer Gesellschaft eine demokratische, die Interessen möglichst vieler Bürger berücksichtigende Meinungs- und Willensbildung vollziehen kann. Diese Vielfalt hat sich historisch in einem langen Prozess herausgebildet. Sechs Faktoren werden dabei als determinierende Einflussgrößen dargestellt: Durch technische Innovationen hat sich das Medienspektrum erweitert, von der gedruckten Presse bis zum Internet und den sozialen Medien. Politische und rechtliche Faktoren bestimmen den Spielraum der Medien innerhalb des jeweiligen politischen Systems. Ökonomische Faktoren, sowohl durch die Nachfrage als auch durch Anzeigenwerbung, determinieren den Medienmarkt. Medienprodukte sind kulturelle Objekte und folglich in ihrer Vielfalt auch durch kulturelle Faktoren bedingt. Zu den bestimmenden gesellschaftlichen Faktoren gehören die Bevölkerungsgröße und die soziale Ausdifferenzierung. Schließlich sind professionelle Faktoren für die Vielfalt relevant, d.h. solche, die durch das Mediensystem selbst und diejenigen bedingt sind, die dessen Leistungen erbringen. Besonders wirkungsvoll sind diese Faktoren, wenn sie in Zusammenhang miteinander auftreten.[1]

Ziel der Darstellung

Ziel der folgenden Darstellung ist es, eine Systematik der Determinanten der Vielfalt von Medien und Medienangeboten zu entwickeln – also jener Ursachen und Faktoren, die diese Vielfalt bedingt, herbeigeführt und gefördert, potentiell aber auch behindert haben. Belegt werden soll das an historischen Beispielen seit der Entstehung der gedruckten Presse. Folgende Determinanten lassen sich m. E. festmachen:

1. Technische
2. Politische und rechtliche
3. Ökonomische
4. Kulturelle
5. Gesellschaftliche
6. Professionelle

Begriffliche Differenzierungen

Zunächst sollen einige grundlegende Begriffsdifferenzierungen zu den Dimensionen der Medienvielfalt getroffen werden. McQuail und van Cuilenberg haben Medienvielfalt „ein

---

1 Adabtierte Version des Beitrages: *Wilke, Jürgen (2016): Pluralisierung von Medienangeboten: Historische Determinanten. In: Birkner, Thomas et.al. (Hrsg.): Neue Vielfalt. Medienpluralität und –konvergenz in historischer Perspektive. Köln: Herbert von Halem, S. 312–326.* Mit freundlicher Genehmigung des Autors.

relatives Konzept“ genannt (McQuail & van Cuilenberg 1982, S. 683). Es bezeichne „entweder den Grad von Verschiedenartigkeit in einem Medium im Vergleich zu einem anderen oder aber das Ausmaß der Verschiedenartigkeit der Medien unter einem bestimmten Aspekt im Verhältnis zu einem unabhängigen Standard.“ (ebd., S. 682) Ein solcher Standard könnte beispielsweise das Meinungsspektrum in der Gesellschaft sein. Für den Vergleich verschiedener mediengeschichtlicher Epochen könnte man auch den Gedanken einer historischen Relativität der Medienvielfalt einführen.

Die beiden Autoren differenzieren Medienvielfalt ferner nach verschiedenen „Ebenen der Evaluation“: Auf der Makro-Ebene bezieht sie sich auf das gesamte Mediensystem einer Gesellschaft. „Die ‚Meso-Ebene‘ bezieht sich auf einen bestimmten Sektor innerhalb eines Mediensystems und erlaubt Kategorisierungen wie zum Beispiel die Unterteilung in Tagespresse, periodische Presse, Fernsehen, Radio usw.“ (ebd., S. 684) Auf der Mikro-Ebene treten einzelne Medienorganisationen oder Medieneinheiten in den Blick, beispielsweise eine bestimmte Zeitung, Zeitschrift oder ein Fernsehkanal. Schließlich heben McQuail und van Cuilenberg noch *interne* von *externer* Vielfalt ab. Interne Vielfalt wird der Mikro-Ebene, also der jeweiligen einzelnen Medieneinheit, zugeordnet; externe Vielfalt hingegen der Meso-Ebene, und zwar dem „Ausmaß an Unterschieden, gemessen an bestimmten Dimensionen zwischen verschiedenen Medieneinheiten in einem gegebenen Sektor.“ (ebd., S. 685) Diese Unterscheidungen sind wichtig, weil die im Folgenden behandelten Determinanten sich jeweils auf spezifische Pluralitäts-Dimensionen beziehen. Zu bedenken ist schließlich noch der Unterschied zwischen quantitativer (rein zahlenmäßiger) Vielzahl und qualitativer (inhaltlicher) Vielfalt.

Technische Determinanten

(Massen-)Medien sind nach publizistikwissenschaftlichem Verständnis technische Mittel zur Verbreitung von Aussagen an eine Vielzahl von Empfängern und Empfängerinnen. Es leuchtet ein, dass es technische Erfindungen waren, welche die Vielfalt der heutigen Medien bewirkt haben. Die gedruckte Presse ist das älteste und war Jahrhunderte lang das einzige Mittel, das die Merkmale eines publizistischen Massenmediums aufwies. Johannes Gutenberg schuf Mitte des 15. Jahrhunderts die Voraussetzungen für die massenhafte Vervielfältigung von Druckwerken. Auf dieser Basis entwickelte sich neben dem Buch auch die periodische Presse, und zwar in zwei Gattungen: seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts die Zeitung und nur wenige Jahrzehnte später die Zeitschrift. Da mehr als drei Jahrhunderte keine grundlegenden technischen Neuerungen an der Gutenberg-Presse vorgenommen wurden, veränderte sich auch die Zeitung in ihrer Erscheinungsform so gut wie nicht, obschon die Zahl der Titel zunahm und die Auflagen anstiegen. Mittels der gleichen Technik wurden auch die Zeitschriften gedruckt, und zwar in noch größerer Titelzahl.

Diese Gattung unterschied sich weniger in der Erscheinungsform von der Zeitung als in den Inhalten, der Erscheinungshäufigkeit, den Zielgruppen und den Funktionen.

Entwickelte sich die Zeitung – wenn auch allmählich – zu thematischer Universalität, so war Spezialisierung das Prinzip der Zeitschrift. Die Neuerungen der Drucktechnik, die im 19. Jahrhundert gemacht wurden (Schnellpresse, Rotationspresse, Setzmaschine), haben dann die bis dahin bestehenden technischen Fesseln der periodischen Presse gesprengt und eine größere Vielfalt entstehen lassen: und zwar in Formaten, Typen, Aufmachung, Inhalten, Auflagen etc.

Erst am Ende des 19. Jahrhunderts aber gab es eine Technologie, welche die Eigenschaften und das Potential eines ganz neuen, andersartigen Mediums der Massenkommunikation in sich barg. Damit begann das Zeitalter der Plurimedialität, wie ich es in meiner Mediengeschichte genannt habe. (Wilke 2008, S. 303) In dieser Technik verbanden sich optische Aufnahme- und Wiedergabeverfahren (später auch akustische) mit chemischen Speicherungsprozessen. Sie gebaren zusammen den Film, das Medium der bewegten Bilder, das seinerseits die Fotografie voraussetzte. Mit dem Film erweiterte sich das Spektrum der medialen Darstellungsformen, und dieses Medium vermochte auch andere Rezeptionsfunktionen oder manche gehabte effizienter zu erfüllen als die gedruckte Presse (Stöber 2014). Von einer Konkurrenz zwischen Film und Presse kann man ihrer medialen Unterschiede wegen aber nicht sprechen. Eher handelte es sich um funktionale Ergänzung und Komplementarität.

Nicht lange währte es, bis mit der Funktechnik eine weitere Technologie zur massenhaften Verbreitung von Inhalten zur Verfügung stand. Sie wurde noch im 19. Jahrhundert entdeckt und zunächst für militärische Zwecke genutzt. Nach dem Ersten Weltkrieg beschäftigte man sich mit ihrer zivilen Nutzung und machte den Rundfunk zum Medium für alle. Damit wurde das Medienspektrum auf der Makro-Ebene abermals erweitert, jetzt durch ein Medium zunächst der zeitgleichen Übertragung akustischer Signale. Die Vielfalt verfügbarer massenmedialer Inhalte nahm zu, wenn auch – wegen der begrenzten Programmkapazität – erst nach und nach sowie sukzessive. Der Grundidee Hans Bredows, des „Vaters“ des deutschen Rundfunks entsprechend, dominierten Bildung und Unterhaltung die Programme. Der sogenannte Zeitfunk spielte nur eine Nebenrolle und bestand zunächst großteils ohnehin aus vorgelesenen Zeitungsausschnitten (Leonhard 1997; Heitger 2003). Eine ernsthafte Gefährdung für die Vielfalt des etablierten Pressewesens ging davon allerdings noch nicht aus.

Die Funktechnik barg noch das Potential für ein weiteres Medium, das dann das attraktivste werden sollte: das Fernsehen. Dessen technische Anfänge reichen noch ins 19. Jahrhundert zurück, es erlebte seine bescheidenen Anfänge in den 1930er Jahren und stieg nach dem Zweiten Weltkrieg zum Leitmedium auf (Hickethier 1998; Abramson 2002). Es übertraf das ältere Funkmedium durch seine audio-visuelle Doppelkanaligkeit und das breitere Funktionsspektrum. Anders als bei den zuvor geschilderten Medienumbrüchen bedrohte das Fernsehen die bereits existierenden und zwang sie zu Anpassungsleistungen. Das betraf vor allem das Radio, dessen Nutzung zumal am Feierabend abnahm und das –

wenn auch mehr oder minder zeitverzögert – mit neuen Programmformen auf die Konkurrenz reagierte. An die Stelle von vielfältigen Mischprogrammen traten einheitlich formatierte Flächenprogramme (Halefeld 1998).

Schwer zu leiden hatte unter dem Siegeszug des Fernsehens auch das Film- und Kinowesen. Die deutsche und österreichische Filmproduktion gingen Ende der 1950er Jahre drastisch zurück. Ihr Niedergang konnte schließlich nur durch aktive staatliche Filmförderung aufgefangen werden.

Verglichen mit dem Radio und dem Film schien das audio-visuelle Fernsehen die gedruckte Presse noch am wenigsten zu tangieren. Doch unberührt blieb sie davon auch nicht. Um der Gefahr einer drohenden Substitution zu begegnen, mussten sich auch die Zeitungen etwas einfallen lassen und sich ihrer Stärken bewusst werden (Noelle-Neumann 1986). Das taten sie auch, vor allem die wirtschaftlich erfolgreichen. Sie verstärkten die lokale und regionale Information, aber auch die Hintergrundinformation brachte mehr Ordnung und der Einsatz von Bildern mehr Visualität ins Blatt. Man war um mehr Vielfalt in den Kommentaren bemüht. Auf die Buntheit des Farbfernsehens reagierte man mit dem Einsatz von mehr Farbe (Schönbach 1997). Auf der Mikroebene hat die Konkurrenz durch das Fernsehen die Vielfalt eher gefördert.

Der Vielfalt der Funkmedien waren technologisch engere Grenzen gesetzt als der Presse. Diese Grenzen waren durch die terrestrischen Frequenzen bedingt, auf welche die Verbreitung der Funksignale angewiesen ist (oder war). Um Überlagerungen und Störungen dabei vorzubeugen, mussten hier internationale Absprachen auf den sogenannten Funkverwaltungskonferenzen getroffen werden. Erweiterungen der Programme waren nur durch die Erschließung neuer Frequenzbereiche möglich. Dies geschah beispielsweise durch die Ultrakurzwelle, den Aufbau entsprechender Sendernetze und die Produktion empfangsfähiger Geräte Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre. Daraus resultierte bei den deutschen Radiosendern im Hörfunk in der Regel eine Programmverdoppelung. (Mittelwelle/UKW) (Halefeld 1998; Dussel 2010, S. 207–213) Diese brachte zunächst aber nur „more of the same“. Konzeptionelle Veränderungen brauchten hingegen Jahre. Der Frequenzmangel bedingte also, dass es im Rundfunk eine Mängelverwaltung gab, ein Grund für die spezifische Organisationsform der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie in Österreich.

Es bedurfte neuer Übertragungs- und Speichertechniken, um eine Mehrzahl von Anbietern und Angeboten auch im Bereich der Funkmedien zu erzielen. Frequenzsplitting, dessen man sich auch bediente, bot nur begrenzte Möglichkeiten, und zwar zur Regionalisierung von Radio- und Dritten Fernsehprogrammen. Erst die Kabel- und Satellitentechnik bereiteten dem Frequenzmangel ein Ende und ebneten in der Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren den Weg zu einer größeren Vielfalt auch im Sektor der audio-visuellen Medien. Daraus resultierte das duale Rundfunksystem, wie wir es heute kennen. In Österreich vollzog sich dieser Umbruch erst später.

Am Ende des 20. Jahrhunderts hat nochmals ein technologischer Schub die mediale Vielfalt expandieren lassen. Digitale Verschlüsselung und Datenkompression einerseits sowie die Vernetzung von Computern andererseits haben in ihrem Zusammenwirken praktisch alle bisher bestehenden Grenzen der Kommunikation aufgehoben bzw. eine potentiell unbegrenzte Vielfalt von Medienangeboten ermöglicht. Zwar können die alten Medien selbst das Internet als zusätzlichen Vertriebskanal nutzen, doch sind ihnen daraus auch neue, gefährliche Konkurrenten erwachsen. Ob die gedruckte Zeitung überleben wird, wird ebenso diskutiert wie die Frage, ob sich das Fernsehen in ein individuell disponierbares Bewegtbild-Medium auflösen wird.

Politische und rechtliche Determinanten

Außer durch technische Voraussetzungen war und ist die Zahl der Medienangebote durch politische und rechtliche Rahmenbedingungen determiniert. Medien existier(t)en nicht im luftleeren Raum, sondern immer innerhalb bestimmter Staatsformen und politischer Systeme. Und von diesen waren und sind ihr rechtlicher Handlungsspielraum und dessen Grenzen abhängig. Generell haben föderalistische Systeme eine größere Medienvielfalt hervorgebracht als zentralistische, was man im Vergleich zwischen Deutschland und Österreich einerseits sowie Frankreich andererseits belegen kann. Zwei Jahrhunderte lang war die periodische Presse mehr oder weniger absolutistischen Herrschaften unterworfen. Diesen war eigen, dass sie dieses Medium Kontrollmaßnahmen unterwarfen. Diese wurden freilich unterschiedlich streng gehandhabt und nicht immer konsequent durchgesetzt. Akte der Zensur hatten stets die Konsequenz, die Medienvielfalt zu schmälern. Allerdings war die Haltung der Obrigkeiten zur Presse keineswegs nur prohibitiv. Die Vergabe von Privilegien trug ihrerseits vielmehr zur Entstehung von Zeitungen bei. Wo schließlich die Pressefreiheit gewährt wurde, führte dies in der Regel zu einer Erhöhung der Medienvielfalt. Während die Karlsbader Beschlüsse 1819 die Existenz von Zeitungen erschwerte, kam es durch die Aufhebung der jahrzehntelangen Zensur 1848 zunächst zu einer „Medienexplosion“ (Wilke 2008, S. 182ff. & 222ff.). Der Eindämmung der Revolution folgten allerdings erneut Reglementierungen der Presse.

Erst ab 1874 garantierte im Deutschen Kaiserreich das Reichspressegesetz die Pressefreiheit. In Österreich hatte das Pressegesetz von 1862 schon Hemmnisse der Pressefreiheit beseitigt (Olechowski 2004). 1867 dekretierte das Staatsgrundgesetz eine Garantie der Pressefreiheit. In beiden Ländern zog dies einen Gründungsboom im Pressewesen nach sich. 1881 wurden im Deutschen Reich fast 2.500 Zeitungen gezählt, doppelt so viele wie noch zwei Jahrzehnte vorher (Wilke 2008, S. 188). In Österreich verlief die Entwicklung ähnlich (Melischek & Seethaler 2006, S. 1558)

Gründungswellen wie diejenige nach der Aufhebung der Zensur und der Einführung der Pressefreiheit im 19. Jahrhundert wiederholten sich im 20. Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg. Als die zunächst praktizierte Lizenzierung durch die alliierten Besatzungs-

mächte endete, kehrten in der Bundesrepublik die zuvor davon ausgeschlossenen sogenannten „Altverleger“ in den Zeitungsmarkt zurück. Die Zahl der Verlagsbetriebe, die Zeitungen herausbrachten, stieg, sie vervierfachte sich (von ca. 144 [1949] auf 624 [1954]) (Schütz 2005, S. 29ff. & 39ff.). Dies führte jedoch zu einer Übersättigung des Marktes und einer beträchtlichen Konzentration, wenn auch weniger bei den Zeitungsausgaben als bei den Verlagen und den Vollredaktionen. Gleichwohl entstanden Befürchtungen eines Verlusts an Medienvielfalt und Überlegungen, diese einzudämmen (Seufert 2018). Auch in Österreich halbierte sich nahezu die Zahl der Verlage als Herausgeber zwischen 1946 und 1996 (Melischek & Seethaler 1999, S. 136)

Das weitreichendste politische Medienkontrollsystem der deutschen Geschichte schufen die Nationalsozialisten im Dritten Reich. Beim Rundfunk hatten sie es am einfachsten, da dieser schon 1932 verstaatlicht worden war und so leicht übernommen werden konnte. An die Stelle des Prinzips der Regionalisierung trat die Zentralisierung (Diller 1980). Mit Notverordnungen und Gesetzen wurde 1933 zunächst die kommunistische und die sozialdemokratische Presse beseitigt und damit die politische Vielfalt des deutschen Pressewesens drastisch beschnitten. Weitere rechtliche, organisatorische und ökonomische Maßnahmen zielten darauf, auch die verbliebene bürgerliche Presse unternehmerisch und ideologisch zu vereinnahmen. Der inhaltlichen Beeinflussung diente auch das System der in Berlin an die Journalisten erteilten Presseanweisungen (Wilke 2007). Allerdings wollte man selbst in der Propagandaführung keine totale Gleichschaltung, was der Glaubwürdigkeit der Presse in der Bevölkerung abträglich gewesen wäre. Vielfalt und Glaubwürdigkeit stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander. Tatsächlich zeigen empirische Studien, dass es selbst in der NS-Diktatur auf der Mikro-Ebene der einzelnen Zeitungen eine beträchtliche externe Themenvielfalt und regionale Spezifik gegeben hat (Rössler & Pohl 2010). Im Prinzip ähnlich verfuhr die Medienlenkung nach 1945 in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) und späteren DDR, wo sich bei genauerem Hinsehen trotz großteils verordneter Linientreue eine gewisse Diversität bei einzelnen Organen (vor allem der sogenannten Blockparteien) festzustellen war. Meyen und Fiedler (2011) haben dafür die etwas paradoxe Formel „Uniformität mit Profil“ geprägt.

Mit der Gründung der Bundesrepublik wurden in Deutschland 1949 die politischen Voraussetzungen für eine liberal-demokratische Gesellschaftsordnung geschaffen, für welche Medienvielfalt konstitutiv ist. Unmittelbaren Ausdruck findet dies im Artikel 5 GG und in einer freiheitlichen Pressegesetzgebung. In Österreich geschah dies durch die Bundesverfassung. Gestützt wird das Vielfaltspostulat zudem durch das Kartellrecht. Das deutsche Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) legt fest, dass für die Genehmigungsbedürftigkeit von Fusionen im Presse- und Rundfunkbereich niedrigere Umsatzerlöse zugrunde gelegt werden als in der übrigen Wirtschaft („Aufgreifkriterium“) (http://www.gesetze-im-internet.de/gwb/ [Stand vom 6-3-2019]). Damit ist einem Fortschreiten der Pressekonzentration entgegengewirkt worden. Das GWB dürfte weniger bewirkt haben, dass Übernahmen untersagt wurden – was durchaus vorkam –, als vielmehr

dass solche, als chancenlos geltende Anträge erst gar nicht gestellt wurden. Allerdings blieb umstritten, inwieweit die kartellrechtlichen Vorschriften tatsächlich den fortschreitenden Entwicklungen im Presse- und Medienmarkt adäquat sind (Roth 2005).

Selbst wo Meinungs- bzw. Pressefreiheit bestehen, können rechtliche Normen die Vielfalt der Medien begrenzen, und zwar dann, wenn staatliche Prärogativen über die Einführung neuer Techniken bestimmen. Das gilt schon für die Telegrafie des 19. Jahrhunderts und für die Funkmedien, die (zumindest in Deutschland und Österreich) auch nach dem Zweiten Weltkrieg reguliert geblieben sind. Das hatte technische und politische Gründe. Wegen des schon erwähnten Frequenzmangels war es nicht möglich, eine Vielzahl konkurrierender Sender zu errichten. Daraus resultierte die Gründung öffentlich-rechtlicher Anstalten (nach britischem Vorbild). Dabei spielten auch politische Gründe eine Rolle, nämlich die Absicht, eine einseitige Instrumentalisierung des Rundfunks, wie es sie im Dritten Reich gegeben hatte, auszuschließen. Aber politische Gründe waren es auch, deretwegen die sozialdemokratisch geführte Regierung in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik die Verkabelung und damit die Einführung des privaten Rundfunks zu verhindern oder zumindest hinauszuschieben suchte.

Da kein Außenpluralismus von Rundfunkangeboten möglich war, wurde stattdessen ein Binnenpluralismus verordnet, der vor allem mittels der Kontrolle durch gesellschaftlich relevante Gruppen gesichert werden sollte. Dieses Prinzip fand in beiden Ländern allgemein Akzeptanz, wenngleich strittig geblieben ist, inwieweit diese Kontrolle tatsächlich funktionierte. Zumindest hat es darum immer wieder Konflikte gegeben. Und dieses Vielfaltsgebot hat sich noch in dem Prinzip der Grundversorgung niedergeschlagen, welches das Bundesverfassungsgericht den öffentlich-rechtlichen Sendern aufgetragen hat – im Unterschied zu den privaten, die lediglich einen Grundstandard erfüllen müssen.

Seit Mitte der 1980er Jahre kam es in Deutschland (wie in anderen europäischen Ländern auch) zu einer Deregulierung des Rundfunks. Dieser war durch neue Übertragungswege möglich geworden, verdankte sich aber auch einer individualrechtlichen Interpretation der im Grundgesetz garantierten Rundfunkfreiheit. Durch die Deregulierung wurden jetzt auch private Rundfunkanbieter zugelassen, das Rundfunksystem pluralisierte sich. Aber gerade hier ist ebenfalls umstritten geblieben, ob die Vermehrung der Anbieter und Angebote auch eine Erhöhung der Programmvielfalt nach sich zog. Das bleibt – wie immer – eine Frage des Maßstabs. Die empirischen Untersuchungen widersprachen sich jedenfalls: Während die im Auftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten durchgeführten Studien von Udo Michael Krüger die fortbestehende Vielfalt von ARD- und ZDF-Programmen untermauern wollten (zuletzt Krüger 2017), konstatierten andere Untersuchungen konträre Befunde und sprachen von einer zunehmenden Anpassung der öffentlich-rechtlichen Programme an die privaten (vgl. Merten 1996). Die vorliegenden Indizien wurden auch als Zeichen wechselseitiger Konvergenz interpretiert (vgl. ALM 2014).

Ökonomische Determinanten

Drittens ist die Medienvielfalt von ökonomischen Determinanten abhängig. Seit seinen Anfängen war das Pressewesen im Deutschen Reich privatwirtschaftlich organisiert. Das heißt, das Angebot gedruckter Medien richtete sich nach den Gestehungskosten der Produktion einerseits und nach der Nachfrage durch das Publikum bzw. dessen Kaufkraft und Bereitschaft, dafür Entgelte zu bezahlen, andererseits. Zu hohe Abonnements- oder Einzelverkaufspreise limitierten den Zugang zu Zeitungen und Zeitschriften auf finanziell dafür gerüstete Kreise (und deren Interessenlagen), auch wenn kollektive Rezeptionsformen – wie wir wissen – den Eigenanteil reduzieren und zugleich die Reichweite darüber hinaus vergrößern konnten.

Eine Pluralisierung des Mediensektors wird generell durch wirtschaftliche Aufschwünge gefördert, während Rezessionen Marktverluste zur Folge haben (können). Das ist so seit der Frühzeit der Presse. Wenn man sieht, dass die Zahl der gedruckten Zeitungen und der erfolgreichen Neugründungen beispielsweise in den 1630er Jahren in Deutschland zurückging, so ist das gewiss (auch) auf die wirtschaftliche Verelendung im Laufe des Dreißigjährigen Krieges zurückzuführen (Wilke 2008, S. 52–53). Der sukzessive Anstieg der Zahl der Zeitungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist dann auch auf die merkantilistische Wirtschaftspolitik und die Gewerbeförderung der damaligen Herrscher zurückzuführen. Das zeigt sich insbesondere an dem Anstieg der Anzeigen- bzw. Intelligenzblätter (ebd., S. 21ff.).

Der Pluralisierung der Presse kam nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 der Boom der sogenannten Gründerzeit zugute. Andererseits wirkte sich die vom Ersten Weltkrieg ausgelöste wirtschaftliche Not dezimierend auf das Pressewesen aus. Die Zahl der Zeitungen sank von 4.200 (1914) auf 3.200 (1917/18) (ebd., S. 188ff.). Auf einen leichten Wiederanstieg auf 3.448 Zeitungen 1921 folgte durch die Hyperinflation ein neuerlicher Rückgang auf 3.100 Zeitungen 1925 (ebd., S. 258ff.). Bei den bestehenden Zeitungen kam es zu Kürzungen der Seitenzahl. Dergleichen wiederholte sich unter noch schwierigeren Umständen im Zweiten Weltkrieg.

Das „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik Deutschland hat dann seit den 1950er Jahren auch für die Presse ein prosperierendes ökonomisches Umfeld geschaffen. Das schloss Schwankungen nicht aus: so schon bei der ersten Rezession in den frühen 1960er Jahren und zuletzt Anfang des dritten Jahrtausends mit der sogenannten Zeitungskrise, als die Anzeigeneinnahmen infolge des Zusammenbruchs des sogenannten „Neuen Markts“ einbrachen.

Denn das Anzeigenwesen und die Werbung sind die zweite ökonomische Säule der Medien. Auf ihrer Grundlage vervielfältigte sich das Medienangebot im 18. Jahrhundert mit dem Hinzukommen der Intelligenzblätter. Sie vermittelten nicht nur zwischen Angebot und Nachfrage, sondern brachten auch neue Inhalte in die periodische Presse: das, was man heute alltägliche Nutzwertinformation nennt, aber auch Unterhaltungsstoff.

Im 19. Jahrhundert konnte sich das Anzeigenwesen auch pluralisierend auf das politische Zeitungswesen auswirken. Den Verlegern eröffnete sich dadurch eine zweite Finanzierungsquelle, sodass sie nicht nur den Abonnements- und Einzelverkaufspreis niedriger ansetzen konnten (mit der Folge der Auflagensteigerung), sondern zugleich über Mittel verfügten, das publizistische Angebot zu verbessern. Insofern trugen ökonomische Ursachen zur Medienpluralisierung und Erhöhung der Vielfalt bei.

Ökonomische Determinanten haben auch Einfluss auf die anderen Medien. Im Kino sind massenattraktive Filme gefragt, wofür in der Regel hohe Produktionskosten anfallen. Diese müssen durch die Einspielergebnisse refinanziert werden, was nicht immer gelingt und ein hohes Risiko bedeutet. Um dieses zu verringern und eine gewisse Vielfalt des Filmangebots zu erreichen, sind in Deutschland seit den 1960er Jahren Mittel der wirtschaftlichen und kulturellen Filmförderung eingeführt worden. Österreich besitzt zur Vielfaltssicherung in der Presse ein ausgeklügeltes Förderungssystem (https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreichische_Pressef%C3%B6rderung).

Beim Rundfunk lief die Finanzierung in Deutschland und Österreich von Beginn an über Gebühren, welche für die Inbetriebnahme eines Radio- und später Fernsehgeräts zu entrichten waren. Infolgedessen (und durch den Ausschluss des Wettbewerbs) war die Programmgestaltung von Hörfunk und Fernsehen weitgehend unabhängig von wirtschaftlichen Erwägungen und solchen der Nachfrage – auch wenn Einschaltquoten nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem festen Maßstab der Programmplanung wurden. Für den privaten Rundfunk wurden diese Quoten jedoch zur Existenzbedingung, um hinreichend Werbeeinnahmen, aus denen er sich ausschließlich finanzieren muss, akquirieren zu können. 1975 belief sich die (öffentlich-rechtliche) Fernsehwerbung in der Bundesrepublik auf umgerechnet 432,0 Mio. Euro (ZAW 1976, S. 133), 1987 – kurz nach Einführung des privaten Rundfunks – waren es 827 Mio. Euro, von denen auf RTL plus und SAT.1 zusammen lediglich 44 Mio. Euro fallen (ZAW 1992, S. 206). Im Jahr 2016 betrugen die Werbeumsätze im Fernsehen jedoch 4,56 Mrd. Euro; davon entfielen auf die privaten Anbieter allein 4,21 Mrd. Euro, auf ARD und ZDF zusammen genommen nur 3,66 Mio. Euro (ZAW 2017, S. 122).

Kulturelle Determinanten

Medien bestehen nicht nur aus Technik – also Hardware –, sondern sie inkludieren auch Software, worunter man ihre Inhalte, Stoffe, Programme begreifen kann. Diese stellen Kulturprodukte dar und werden durch kulturelle Faktoren (Werte, Normen usw.) determiniert. Insofern werden die Medien durch die kulturelle Umwelt der Räume geprägt, in denen sie agieren. Sie können dieser Vielfalt Ausdruck verleihen, sie zugleich aber auch verändern und vergrößern. Ob Medien kulturell homogenisierend oder diversifizierend wirken, ist eine Frage, die sich nicht einfach beantworten lässt. Unstrittig ist, dass Medien im Zusammenhang stehen mit dem Wandel von „geschlossenen“ zu „offenen“ Kulturen.

Gesellschaftliche Determinanten

Dass – viertens – gesellschaftliche Determinanten die Vielfalt des Medienangebots beeinflussen, leuchtet ein, weil aus der Gesellschaft die Nachfrage nach den Massenmedien hervorgeht. Historisch ist die Nachfrage allein schon durch das Wachstum der Bevölkerung angestiegen (Schäfer 1989, S. 25 & 58). Um 1600, als die ersten periodischen Zeitungen erschienen, lebten im deutschen Reichsgebiet ca. 16 bis 18 Mio. Menschen, 1816 waren es 22 Mio., 1852 33 Mio., 1900 56 Mio. und 1933 66 Mio.. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es auf dem Gebiet der Bundesrepublik ca. 48 Mio. und 1974 62 Mio.. Rein quantitativ resultierte daraus eine Vervielfachung des potentiellen Medienpublikums.

Bedeutsamer als die absolute Vermehrung der Bevölkerung war jedoch deren soziale Ausdifferenzierung – vor allem der Aufstieg des Bürgertums im 18. und der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert. Dadurch wurden neue Interessenslagen an die Presse herangetragen, auf welche diese mit einer zunehmenden Diversifizierung ihrer Inhalte antwortete. Damit einher ging ein langfristig gewachsener Bildungsgrad, durch den sich der Bedarf an vielfältigen Medienangeboten erhöhen musste. Die gedruckte Presse erforderte die Fähigkeit zu lesen, deren gesellschaftsweiter Erwerb sich über Jahrhunderte hinzog. Für Film, Funk und Fernsehen benötigt(e) man hingegen keine formal mühsam zu erwerbenden Dekodierungsfähigkeiten, sodass hier eher wirtschaftliche als bildungsmäßige Schwellen bei der Durchsetzung dieser Medien überwunden werden mussten. Die Anschaffung der Empfangsgeräte stellte eher ein Problem dar als ihre Bedienung. Erst das Internet hat zuletzt wieder höhere technische Anforderungen an die Fertigkeiten der Nutzer gestellt.

Die in den letzten Jahrzehnten fortschreitende Individualisierung ging mit einer wachsenden medialen Vielfalt auf der Meso- und Mikroebene einher. Sie war einerseits eine Folge der medialen Vielfalt, hat andererseits aber auf diese zurückgewirkt.

Professionelle Determinanten

Unter professionellen Determinanten der Medienvielfalt sollen Faktoren verstanden werden, die durch das Mediensystem selbst und diejenigen bedingt sind, die dessen Leistungen erbringen. Damit bewegen wir uns auf der Akteursebene. Das sind bei der Presse in erster Linie die Journalisten und Journalistinnen, in den anderen Medien auch sonstige, an der Programmproduktion beteiligte Berufe. Vielfalt ist auch hier von rechtlichen Rahmenbedingungen abhängig – in erster Linie von der Zugangsfreiheit. Wird diese unterbunden – wie es durch das Schriftleitergesetz im Dritten Reich geschehen ist –, folgt zwangsläufig eine Minderung der Vielfalt. Langfristig ist die Zahl der Journalisten und Journalistinnen angestiegen. Mit deren Vermehrung haben sich auch die Medienangebote erhöht, andererseits bildeten sich durch die Verberuflichung spezifische gemeinsame Routinen heraus.

Weil die Quellen in der Frühzeit der Presse begrenzt waren, war der Inhalt der Zeitungen sehr ähnlich. Wie meine Studie zur Nachrichtenselektion gezeigt hat, stieg die Varianz in der Berichterstattung langfristig gesehen an (Wilke 1984). Diese hing von der Verfügbarkeit eigener Korrespondenten und Korresprondentinnen ab. Die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen Nachrichtenagenturen haben – je mehr sie genutzt wurden (und werden) – eher homogenisierend auf die Berichterstattung gewirkt.

Dass trotz der Zugangsfreiheit im Journalismus keine absolute Pluralität entsteht, hat u.a. zwei Gründe. Zum einen wegen der bevorzugten Selbstrekrutierung und der in diesem Beruf verbreiteten Peer Group-Orientierung (Zerback.2013, S. 145ff.). Beides kann zu einer Verkürzung des Meinungsspektrums in den Medien führen. Andererseits wirkt auch der Einfluss des Publikums möglicherweise verengend. Hierzu fehlt es bisher an historischen Vergleichen.

Fazit

Die vorgenannten Determinanten der Vielfalt der Medienangebote wirken nicht isoliert, sondern sind besonders wirksam, wenn sie im Zusammenhang auftreten. Ein Beispiel dafür ist die Koinzidenz zwischen technischen Innovationen, der Deregulierung und den ökonomischen Antriebskräften im späten 19. Jahrhundert. Ähnliches wiederholte sich in den 1970er/80er Jahren (nicht nur in Deutschland). Dabei stellt sich allerdings nochmals die Frage, was Pluralisierung der Medien bedeutet: lediglich eine quantitative Vermehrung (des Gleichen) oder eine qualitative Diversifizierung bzw. Steigerung der Varianz. Hier spielen wiederum gesellschaftliche Faktoren eine Rolle, nämlich wie groß die Varianz der Interessenlagen ist, die durch den Medienkonsum befriedigt werden soll. Wie mir scheint, kann man durchaus gegenläufige Entwicklungen beobachten. Auf der einen Seite wächst die Diversifizierung, ablesbar beispielsweise an der Vielzahl spezieller Zeitschriften und Internetportale. Auf der anderen Seite deuten Indizien auf eine beträchtliche Konvergenz bei den präferierten Medieninhalten.

Das zeigt sich heutzutage m.E. etwa an dem Übermaß von Kriminalfilmen und Krimiserien in den TV-Vollprogrammen (auch den öffentlich-rechtlichen). Dieses Beispiel illustriert nochmals die Ambivalenz der Vielfaltsbestimmung: Während sich im Gesamtprogramm durch diese Sendungen die Vielfalt verringert, nimmt sie auf der Ebene der Programmgattung und des Formats möglicherweise zu.

Literatur

Abramson, Albert (2002): *Die Geschichte des Fernsehens*. München: Wilhelm Fink.

Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) (2014): *Programmbericht 2013. Fernsehen in Deutschand*. Berlin.

Diller, Ansgar (1980): *Rundfunk im Dritten Reich*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Dussel, Konrad (2010): *Deutsche Rundfunkgeschichte*. 3., erweiterte Auflage. Konstanz: UVK.

Halefeldt, Horst O. (1999): Programmgeschichte des Hörfunks. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Köln, Weimar & Wien: Böhlau, S. 211–230.

Heitger, Ulrich (2003): *Vom Zeitzeichen zum politischen Führungsmittel*. Münster: LIT Verlag.

Hickethier, Knut (1998): *Geschichte des deutschen Fernsehens*. Stuttgart & Weimar: Metzler.

Krüger, Udo Michael (2017): Profile deutscher Fernsehprogramme – Angebotsentwicklung zur Gesamt- und Hauptsendezeit. Programmanalyse 2016 (Teil 1): Sparten, Formen, Inhalte. *Media Perspektiven,* 4, S. 186–205.

Krüger, Udo Michael; Zapf-Schramm, Thomas; Jung, Maria (2017): Sendungsformen, Themen und Akteure im Nonfictionangebot von ARD, ZDF, RTL und Sat.1. Programmanalyse 2017 (Teil 2). *Media Perspektiven,* 5, S. 273–297.

Leonhard, Joachim-Felix (Hrsg.) (1997): *Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik*. 2 Bände. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

McQuail, Denis & van Cuilenberg, Jan (1982): Vielfalt als medienpolitisches Ziel. Beschreibung eines evaluativen Forschungsansatzes am Beispiel der Niederlande. *Media Perspektiven,* 11, S.681-692.

Melischek, Gabriele & Seethaler, Josef (Hrsg.) (1999): *Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation.* Band 5: 1945–1955. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang.

Melischek, Gabriele & Seethaler, Josef (2006): Presse und Modernisierung in der Habsburgermonarchie. In: Rumpler, Helmut & Urbanitsch, Peter (Hrsg.): *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*. Band VIII, Teilband 2. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Merten, Klaus (1996): Konvergenz der Fernsehprogramme im privaten Rundfunk. In: Hömberg, Walter & Pürer, Heinz (Hrsg.): *Medien-Transformation. Zehn Jahre dualer Rundfunk in Deutschland*. Konstanz: UVK, S. 152–171.

Meyen, Michael & Fiedler, Anke (2011): Uniformität mit Profil. Eine Zusammenfassung. In: Fiedler, Anke & Meyen, Michael (Hrsg.): *Filktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument*. Münster: LIT Verlag, S. 321–332.

Noelle-Neumann, Elisabeth (1996): *Die Antwort der Zeitung auf das Fernsehen. Geschichte einer Herausforderung*. Konstanz: UVK.

Olechowski, Thomas (2004): *Die Entwicklung des Preßrechts in Österreich bis 1918. Ein Beitrag zur österreichischen Medienrechtsgeschichte.* Wien: Manz.

Rössler, Patrick & Pohl, Sebastian (2010): Wie gleichgeschaltet war die Tagespresse? Eine Fallstudie zur Themenvielfalt in Thüringer Zeitungen 1936-1938. In: Reinemann, Carsten & Stöber, Rudolf (Hrsg.): *Wer die Vergangenheit kenmnt, hat eine Zukunft. Festschrift für Jürgen Wilke*. Köln: Herbert von Halem, S. 162–194.

Roth, Stefanie (2005): *Effizienz und Konsequenzen der Pressefusionskontrolle auf dem deutschen Pressemarkz seit 1976. Untersuchung anhand von Fallbeispielen und Bewertung der aktuellen Diskussion zur Novellierung des GWB*. Magisterarbeit Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Schäfer, Hermann (Hrsg.) (1989): *PLOETZ. Wirtschaftsgeschichte der deutschsprachigen Länder vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart*. Würzburg: Verlag Ploetz.

Schönbach, Klaus (Hrsg.) (1997): *Zeitungen in den Neunzigern: Faktoren ihres Erfolgs. 350 Tageszeitungen auf dem Prüfstand.* Bonn: BdZV.

Schütz, Walter J. (2005): *Zeitungen in Deutschland. Verlage und ihr publizistisches Angebot 1949-2004.* Teil I. Berlin: Vistas.

Seufert, Wolfgang (2018): Medienkonzentration und Medienvielfalt. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 68(40–41), S. 11–16.

Stöber, Rudolf (2014): Effizienzvorteile und ihre Grenzen: Wie sich Medienwandel erklärt. *Publizistik,* 59, S. 179–197.

Wilke, Jürgen (1984): *Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten. Eine Modellstudie zur Verbindung von historischer und empirischer Publizistikwisenschaft*. Berlin & New York: de Gruyter.

Wilke, Jürgen (2007): *Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg- Drittes Reich – DDR*. Köln, Weimar & Wien. Böhlau.

Wilke, Jürgen (2008): *Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte*. 2., durchgesehene und ergäntzte Auflage. Köln, Weimar & Wien: Böhlau.

Wilke, Jürgen (2016): Pluralisierung von Medienangeboten: Historische Determinanten. In: Birkner, Thomas et.al. (Hrsg.): *Neue Vielfalt. Medienpluralität und –konvergenz in historischer Perspektive.* Köln: Herbert von Halem, S. 312–326.

Zentralausschuss der Werbewirtschaft (ZAW) (Hrsg.) (1976): *Werbung 1975/76*. Bonn: ZAW.

Zentralausschuss der Werebewirtschaft (ZAW) (Hrsg.) (1992): *Werbung in Deutschland 1992*. Bonn: ZAW.

Zentralausschuss der Werbewirtschaft (ZAW) (Hrsg.) (2017): *Werbung 2017*. Berlin.

Zerback, Thomas (2013): *Publizistische Vielfalt. Demokratischer Nutzen und Einflussfaktoren*. Konstanz & München: UVK.

Öffentlichkeit im Digitalen Kapitalismus

Christian Fuchs

Zusammenfassung

Dieser Beitrag stellt die Frage, welche Gefahren es für die Öffentlichkeit im Zeitalter des digitalen Kapitalismus gibt. Das Mediensystem spielt durch die Veröffentlichung von Information eine entscheidende Rolle in der politischen Willensbildung. Welche Qualitäten es hat, ob es demokratisch oder autoritär ist, ist daher eine entscheidende demokratiepolitische Fragestellung. Der Beitrag verortet die Rolle der Medien in der Öffentlichkeit (Abschnitt 2) und bezieht den Öffentlichkeitsbegriff auf digitale und soziale Medien. Es werden drei Aspekte der Vermachtung und Kolonialisierung der digitalen Öffentlichkeit diskutiert: digitale Monopole (Abschnitt 3), die digitale Überwachung (Abschnitt 4) und der digitale Autoritarismus (Abschnitt 5). In Zeiten von Donald Trump, Cambridge Analytica, neuen Nationalismen, politischen Bots, Fake News, Big Data, algorithmischer und personalisierter Werbung bedarf es der Schaffung und Stärkung eines öffentlich-rechtlichen und zivilgesellschaftlichen Internets, um die Demokratie und die demokratische Öffentlichkeit vor dem autoritären Kapitalismus zu retten.

Einleitung

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, welche Gefahren es für die Öffentlichkeit im Zeitalter des digitalen Kapitalismus gibt. Das Mediensystem ist Teil der Öffentlichkeit, da in ihm Information öffentlich gemacht wird (Fuchs 2014b). Die Frage, wie universell, plural oder eindimensional die Medien sind, ist daher eine Frage nach der Qualität der Öffentlichkeit.

In Abschnitt 2 wird ein Modell der Öffentlichkeit vorgestellt. Abschnitt 3 diskutiert digitale Monopole, Abschnitt 4 Aspekte der digitalen Überwachung und Abschnitt 5 den digitalen Autoritarismus. Es wird gezeigt, dass diese drei Tendenzen den demokratischen Charakter der Öffentlichkeit einschränken.

Öffentlichkeit

Für Jürgen Habermas (1962, S. 86) ist die Öffentlichkeit ein politischer Raum, zu dem alle Menschen Zugang haben und in dem Fragen, die von allgemeinem Interesse sind, uneingeschränkt diskutiert werden können, sodass politische Debatten stattfinden und sich eine öffentliche Meinung herausbildet. Die Öffentlichkeit ist eine Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft und der kulturellen Lebenswelt. Zu Letzterer zählen die Privatsphäre und die privaten Aktivitäten der Menschen. Abbildung 1 veranschaulicht die Rolle des Mediensystems als Teil der Öffentlichkeit in der modernen Gesellschaft.

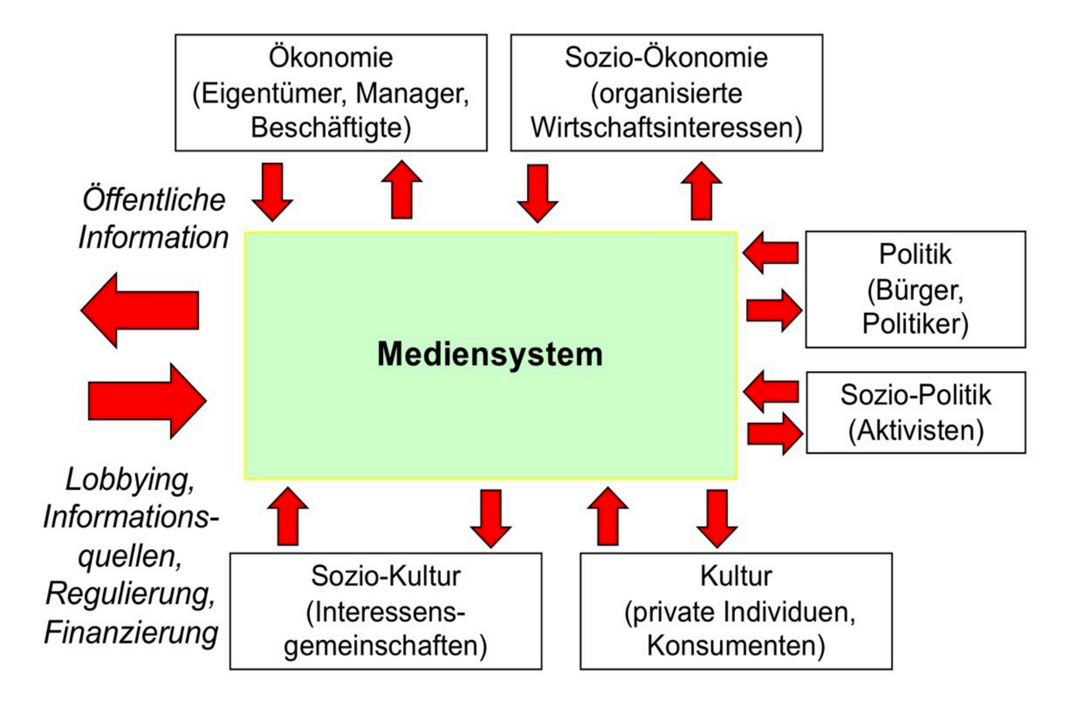


Abbildung 1: Die Rolle der Medien in der modernen Gesellschaft (Fuchs 2014b)

Das moderne Mediensystem stellt Information öffentlich bereit und hat dadurch die gesellschaftliche Rolle, Inputs für öffentliche Debatten und Meinungsbildung zu liefern. Medien haben daher eine gewisse Macht, durch die versucht wird, die Öffentlichkeit zu beeinflussen. Medienorganisationen sind daher auch mit Lobbyingversuchen (durch politische und wirtschaftliche Interessensgruppen, Aktivisten und sozialen Bewegungen, Einzelpersonen, Konsumenten und Konsumentinnen, Bürgern und Bürgerinnen) konfrontiert. Zugleich benötigen Medienorganisationen auch Informationsquellen, sind also von gesellschaftlichen Akteuren abhängig. Außerdem ist das moderne Mediensystem von staatlicher Regulierung, also dem politischen System, und von seiner Finanzierung, also dem wirtschaftlichen System, abhängig.

Es gibt zwei inhärente Beschränkungen der Diversität der Öffentlichkeit, die Habermas (1962, S. 331-333) diskutiert:

- Die Beschränkung der Meinungsfreiheit und der öffentlichen Meinung: Wenn die Menschen nicht denselben formalen Bildungsgrad und dieselben materiellen Ressourcen zur Verfügung haben, so stellt dies oft Beschränkungen des Zugangs zur Öffentlichkeit dar.

- Die Beschränkung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit: Mächtige politische und wirtschaftliche Organisation besitzen „ein Oligopol der publizistisch effektiven und politisch relevanten Versammlungs- und Vereinsbildung“ (Habermas 1962, S. 333)

Zu Beschränkungen („Kolonialisierung“, „Feudalisierung“) der Öffentlichkeit kommt es, wenn Machtstrukturen dazu führen, dass die politische Kommunikation von mächtigen Akteuren instrumentalisiert wird. Nimmt man an, dass die Gesellschaft aus drei Teilsystemen, nämlich der Wirtschaft, der Politik und der Kultur besteht (Fuchs 2008), so gibt es drei Formen der Vermachtung/Feudalisierung/ Kolonialisierung der Öffentlichkeit, nämlich die Kommodifizierung, die Bürokratisierung und die Ideologisierung:

- Bei der *Kommodifizierung* nehmen Aspekte der Öffentlichkeit die Kapital- und Warenform an. Aufgrund der ungleichen Konkurrenzbedingungen im Kapitalismus schlägt marktförmige Konkurrenz immer wieder in Kapitalmonopole um. Das Monopol ist der Konkurrenz also nicht äußerlich, sondern mit dieser und der Kapitalform immanent verbunden. Die Kommodifizierung führt zu einer mangelnden Diversität des Eigentums der Medien, insbesondere zu einer Vorherrschaft der kapitalistischen Medien über die öffentlich-rechtlichen Medien und die zivilgesellschaftlichen Alternativmedien.
- *Bürokratisierung* bedeutet, dass organisatorische Maßnahmen dazu führen, dass es eine politische Kontrolle von Institutionen der Öffentlichkeit gibt, was zu einer mangelnden Sichtbarkeit oder der Unterdrückung von nicht dominanten politischen Standpunkten und Akteuren führt.
- *Ideologisierung* bedeutet den Versuch, das Bewusstsein der Menschen durch Ideologien zu manipulieren, sodass Weltanschauungen vorherrschen, die herrschaftsförmige Interessen repräsentieren.

Eine Öffentlichkeit setzt die Teilhabe aller voraus, also eine Gesellschaft, die öffentliche Güter, Gemeingüter, ein gutes Leben für alle und die Einheit in der Vielfalt fördert. Partikularistische Interessen führen zu einer Einheit ohne Vielfalt oder einer Vielfalt ohne Einheit. Zu derartigen partikularistischen Interessen sind partikularistisches Eigentum an wichtigen Ressourcen, die partikularistische politische Kontrolle gesellschaftlich bedeutender Organisationen und die partikularistische intellektuelle Vorherrschaft zu zählen. Der Begriff der Öffentlichkeit wird oft als Idealbild der Gesellschaft missverstanden. Sicherlich impliziert diese Kategorie, wenn man sie zu Ende denkt, die partizipative Demokratie. Sie ist aber vor allem ein Kritikbegriff, der die instrumentelle Vernunft in Wirtschaft, Politik und Kultur in Frage stellt. Instrumentelle Vernunft ist eine Logik, bei der die Menschen (also ihre Arbeit, ihr Bewusstsein, ihr politisches Denken und Handeln, ihre Gefühle, ihre Bedürfnisse, ihre Wünsche und Sehnsüchte sowie ihre Normen und Wertvorstellungen) für partikularistische Ziele herrschender Gruppen instrumentalisiert werden.

Der digitale Kapitalismus hat neue Formen der instrumentellen Vernunft hervorgebracht, durch die die Öffentlichkeit gefährdet wird (Fuchs 2018b; Fuchs 2019). In den nächsten drei Abschnitten werden einige Aspekte dieser digitalen Instrumentalität diskutiert.

Digitale Monopole

Der Kapitalismus ist nicht einfach ein Wirtschaftssystem, das auf der Akkumulation von Geldkapital beruht. Es handelt sich vielmehr um eine Gesellschaftsformation, die auf der Logik der Akkumulation von Geldkapital in der Wirtschaft, der Akkumulation von Entscheidungsmacht in der Politik und der Akkumulation von Definitionsmacht in der Kultur beruht (Fuchs 2017a). Bei Geld, politischem Einfluss und Reputationen handelt es sich nicht, wie von Pierre Bourdieu (1987) angenommen wird, um drei Formen des Kapitals, sondern um drei Formen der Macht, die im Kapitalismus akkumuliert werden, wodurch es zu Verteilungsungerechtigkeiten kommt.

Der digitale Kapitalismus ist die Gesamtheit all jener Aspekte der kapitalistischen Gesellschaft, bei denen die Akkumulation (von Geld, Entscheidungs- und Definitionsmacht) mit der Hilfe digitaler Technologien organisiert wird. In der Welt der digitalen Medien gibt es digitale Infrastrukturen (digitale Kommunikationsnetze), digitale Plattformen (Software und Hardware) und digitale Inhalte. Das digitale Kapital hat wie jede Form des Kapitals eine inhärente Monopoltendenz. Infrastrukturmonopole, Plattformmonopole und Inhaltsmonopole sind drei Formen des digitalen Monopols.

Der Herfindahl-Hirschman-Index (HHI) ist eine mathematische Methode zur Berechnung des Konzentrationsgrades eines Marktes. Er wird folgendermaßen berechnet:

$$HHI_j = \sum_{i=1}^{f} {S_{ij}}^2$$

f = Anzahl der Firmen in einer Industrie, S_{ij} = Firma s Marktanteil des Unternehmens i in Industrie j.

Je höher der HHI, desto stärker ist der untersuchte Markt konzentriert. Der HHI hat maximal einen Wert von 10,000, nämlich dann, wenn ein Unternehmen 100 Prozent des Marktanteils kontrolliert. Dabei nimmt man folgende Konzentrationsgrade an:

HHI < 1000: geringe Marktkonzentration,

1000 < HHI < 1800: mittlere Marktkonzentration,

HHI > 1800: hohe Marktkonzentration.

In den Tabellen 1-4 werden einige Beispielrechnungen für die Konzentration digitaler Märkte veranschaulicht.

#	**Unternehmen**	**Plattform**	**Land**	**Anteil (a)**	**a²**
1	Alphabet	Google	USA	70.85%	5019.7
2	Microsoft	Bing	USA	11.61%	134.8
3	Baidu	Baidu	China	8.14%	66.3
4	Yahoo	Yahoo	USA	7.48%	56.0
5	IAC	Ask, Excite	USA	0.25%	0.1
6	AOL Inc.	AOL	USA	0.13%	0.0
		Andere		1.54%	
				HHI:	> 5276.8

Tabelle 1: Die Konzentration der Suchmaschinenanfragen, Abgerufen unter: http://www.netmarketshare.com [Stand vom 21-05-2019].

#	**Unternehmen**	**Profile (in Millionen)**	**Plattform(en)**	**Land**	**Anteil (a)**	**a²**
1	Facebook	3890	Facebook, WhatsApp, FB Messenger, Instagram	USA	42.9%	1842.3
2	Tencent	2190	QQ, WeChat, Qzone	China	24.2%	583.9
3	Yahoo!	555	Tumblr	USA	6.1%	37.5
4	Microsoft	400	Skype, LinkedIn	USA	4.4%	19.5
5	Twitter	320	Twitter	USA	3.5%	12.5
6	Baidu	300	Baidu	China	3.3%	11.0
7	Rakuten	249	Viber	Japan	2.7%	7.5
8	Sina	222	Sina Weibo	China	2.4%	6.0
9	Naver	215	LINE	Südkorea	2.4%	5.6
10	Snap Inc.	200	Snapchat	USA	2.2%	4.9
11	Yy	122	yy	China	1.3%	1.8
12	Mail.ru Group	100	Vkontakte	Russland	1.1%	1.2
13	Pinterest	100	Pinterest	USA	1.1%	1.2
14	BlackBerry	100	BBM	Kanada	1.1%	1.2
15	Telegram Messenger LLP	100	Telegram		1.1%	1.2
	Total:	9,063			**HHI:**	**2536.1**

Tabelle 2: Die Konzentration sozialer Netzwerkplattformen, Abgerufen unter: http://www.statista.com [Stand vom 02-01-2017].

Desktop/Laptop-Betriebssystem	**Marktanteil (a)**	**a^2**
Windows	88.59%	7848.2
Mac OS	8.69%	75.5
Linux	2.29%	5.2
Chrome OS	0.31%	0.1
BSD	0.01%	0.0
		HHI = 7929.0

Tabelle 3: Die Konzentration der Desktop- und Laptop-Betriebssysteme, Abgerufen unter: https://netmarketshare.com/operating-system-market-share.aspx [Stand vom 01-03-2017].

Mobiles Betriebssystem	**Marktanteil (a)**	**a^2**
Android (Google)	69.75%	7848.2
iOS (Apple)	28.86%	75.5
		HHI > 5698.0

Tabelle 4: Die Konzentration der Mobiltelefon-Betriebssysteme, Abgerufen unter: https://netmarketshare.com/operating-system-market-share.aspx [Stand vom 01-03-2017].

Die digitale Wirtschaft ist hochkonzentriert und hat dadurch starke Monopoltendenzen. Da öffentliche Kommunikation heute zu einem signifikanten Grad über digitale Netze und digitale Plattformen organisiert wird und die Inhalte der öffentlichen Kommunikation oft die Digitalform annehmen, schränken digitale Eigentumsmonopole die digitale und allgemeine Öffentlichkeit ein. In diesem Kontext spielen die Ausbeutung digitaler Arbeit, die Verletzung der Privatsphäre durch digitale Überwachung sowie die Verbreitung von Falschmeldungen, Hass und Ideologie wesentliche Rollen (Fuchs 2019, 2018b).

Digitale Überwachung

Google und Facebook sind die weltgrößten Werbeagenturen (Fuchs 2019). Ihr Kapitalakkumulationsmodell ist jenes der personalisierten Online-Werbung. Diese ist nur möglich durch ein System der konstanten Überwachung der Nutzeraktivitäten, wodurch Big Data entstehen, die verwertet und vermarktet werden, um auf die Nutzer und Nutzerinnen zugeschnittene Werbungen zu verkaufen. Die Nutzer von Google und Facebook sind nicht nur Konsumenten von Information, sondern auch Produzenten und digitale Arbeiter. Der Begriff der digitalen Arbeit wurde zunächst geprägt, um den Umstand zu beschreiben, dass die Nutzer von werbebasierten digitalen Plattformen ökonomischen Wert und eine Datenware produzieren, die durch den Verkauf von personalisierter Werbung in Profit verwandelt werden. Später wurde die Kategorie der digitalen Arbeit dann aber so erweitert, dass darunter alle Arbeit (also nicht nur Wissensarbeit, sondern auch körperliche Arbeit) verstanden wird, die zur Produktion

digitaler Produkte (Hardware, Software, digitale Inhalte, digitale Netzwerke) direkt beiträgt (Fuchs 2014a).

Das Kapitalakkumulationsmodell werbebasierter sozialer Medienplattformen kombiniert die Datenware, die konstante Überwachung der Nutzer und Nutzerinnen in Echtzeit, die Erfassung der Totalität der Nutzeraktivitäten, personalisierte Werbung, algorithmischen Werbehandel und die algorithmische Steuerung der Aufmerksamkeit und der Sichtbarkeit der Information. Der Anteil der Onlinewerbung am globalen Werbeumsatz hat stetig zugenommen, während jener der Printmedien stark abgenommen hat (Abbildung 2). Die Krise des Journalismus und der Tageszeitungen steht im Kontext der Kombination der Kommerzialisierung, Monopolisierung und Digitalisierung der Medien. Personalisierte Online-Werbung erscheint vielen Unternehmen eine sicherere Anlagequelle ihrer Werbegelder als traditionelle Werbung. Die Personalisierung der Werbung verspricht höhere Verkaufszahlen der angepriesenen Waren, obwohl die Effektivität dieser Art der Werbung unklar ist.

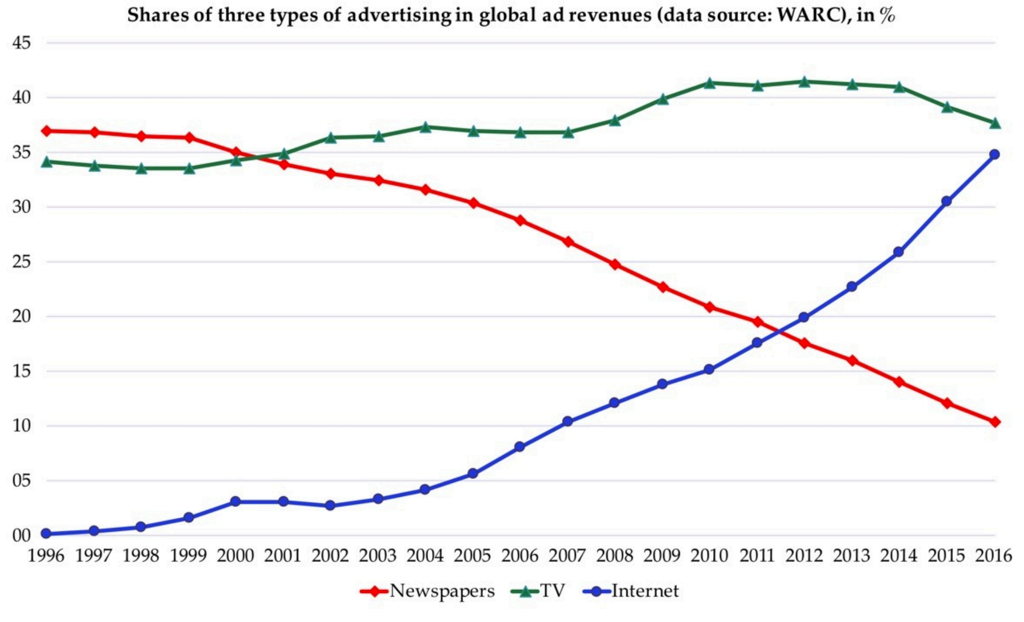


Abbildung 2: Der Anteil von drei Werbeformen am globalen Werbeumsatz

Big Data ist nicht nur das Resultat der Kommodifizierung des Digitalen und der Information, sondern auch der Ausbreitung und Intensivierung der politischen Überwachung. Staatliche Institutionen wie Polizei, Geheimdienste und Militär haben ein Interesse an der Überwachung der Bürger und Bürgerinnen, da sie davon ausgehen, dass durch Überwachungstechnologien die Kontrolle von Kriminellen, Terroristen und Staatsfeinden effektiver und effizienter wird und illegale Tätigkeiten verhindert werden

können. Insbesondere seit 9/11 hat sich eine Überwachungsideologie durchgesetzt, die mehr Einsatz von Überwachungstechnologien mit mehr Sicherheit gleichsetzt, zugleich aber Grundrechte aushöhlt. Sowohl kapitalistische digitale Unternehmen als auch Staatsapparate haben ein Interesse an der Personalisierung, Sammlung, ewigen Speicherung, Auswertung und Nutzung von Big Data. Das Ergebnis dieses politisch-ökonomischen Prozesses, in dem politische und wirtschaftliche Interessen an Big Data kombiniert werden, ist die Existenz eines überwachungsindustriellen Komplexes, dessen Funktionsweise Edward Snowden im Bereich des Internets aufgezeigt hat.

Dass der überwachungsindustrielle Internetkomplex eine Gefahr für die demokratische Öffentlichkeit darstellt, wurde auch durch den Cambridge Analytica-Skandal verdeutlicht. Cambridge Analytica bezahlte Global Science Research (GSR) dafür, Online-Persönlichkeitstests auf Facebook durchzuführen, wodurch persönliche Daten von 90 Millionen Nutzern gesammelt wurden, die unter anderem im US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 zur Personalisierung von politscher Online-Werbung und Fake News verwendet wurden. Dabei spielten drei Faktoren eine Rolle: rechts-rechte Ideologie, digitaler Kapitalismus und die neoliberale Regulationsweise:

1. *Rechts-rechte Ideologie*: Rechts-rechte Demagogen machen alles, um Wahlen zu gewinnen und ihre Politik durchzusetzen, wozu auch der Datenmissbrauch im Internet zählt.
2. *Digitaler Kapitalismus*: Onlinekonzerne sehen Datengenerierung als Profitmöglichkeit und agieren daher nach der Logik „Je mehr Daten geschaffen, gespeichert, geteilt und genutzt werden, desto besser ist das für unseren Profit".
3. *Neoliberale Regulationsweise*: Eine konzernfreundliche Datenschutzgesetz-gebung geht davon aus, dass die staatliche Regulierung des digitalen Kapitals dem Wirtschaftsstandort schadet. Daher werden digitale Konzerne und ihre Datensammlungspraktiken kaum bzw. unzureichend reguliert. Insofern es Gesetze gibt, werden Gesetzesverletzungen in der Regel kaum verfolgt und kaum bestraft.

Der Effekt der Kombination dieser Faktoren ist der Aufstieg einer Überwachungs-gesellschaft, in der Falschmeldungen mit der Hilfe von Online-Werbung personalisiert werden und politische Bots falsche Information und falsche Aufmerksamkeit erzeugen, womit versucht wird, politische Prozesse wie Wahlen zu manipulieren. Die demokratische Öffentlichkeit wird dadurch unterminiert.

Digitaler Autoritarismus

Der neoliberale neue Imperialismus, der auf dem Prinzip der Akkumulation durch Enteignung beruht und sich seit den 1970er-Jahren ausgebreitet hat (Harvey 2005), hat in einer negativen Dialektik die politischen Grundlagen des Liberalismus unterminiert und die Krisentendenzen des Kapitalismus verstärkt. Die zunehmende Ungleichheit, Individualisierung und universelle Entfremdung schlugen an einem Bifurkationspunkt,

nämlich in Folge der Krise des Jahres 2008, in die neue Qualität des autoritären Kapitalismus um (Fuchs 2018a).

Die Kategorie des Rechtspopulismus oder des neuen Populismus (vgl. z.B. Müller 2015) erfasst diese neuen Entwicklungen nicht zureichend, da die Theorie des Populismus oft linke und rechte Entwicklungen gleichsetzt und damit den Rechtsextremismus verharmlost. Ein weiteres Problem ist, dass der Populismusbegriff unscharf ist. Er hat eine Fülle von Bedeutungen. Dazu gehören Aspekte wie Popularität, die Verwendung von Popkultur in der Politik, die Simplifizierung, Skandalisierung und Boulevardisierung politischer Sachverhalte, Sündenbockpolitik, das Schüren von Vorurteilen, Nationalismus, Rassismus oder Xenophobie oder nationalistische, rassistische und xenophobe Politik (Fuchs 2018a). Der Begriff des Autoritarismus hat eine viel größere Begriffsschärfe als jener des Populismus.

Erich Fromm (1997, S. 330) argumentiert, dass eine autoritäre Charakterstruktur sadomasochistisch ist, sich also durch „die Beherrschung der Untergebenen und Unterwürfigkeit gegenüber den Vorgesetzten" auszeichnet. Ein autoritärer Mensch empfindet Lust daran, andere zu unterdrücken und unterdrückt zu werden und hegt Unterdrückungswünsche. Autoritäre Persönlichkeiten haben laut Fromm auch nekrophile Tendenzen. Sie fetischieren den Tod. Fromm (1997) charakterisiert Hitler als autoritären, nekrophilen Menschen. Die gesamte Sozialisierungsgeschichte eines Individuums, die Rolle von Hass und Liebe in dieser Geschichte sowie der Einfluss wirtschaftlicher, politischer, kultureller, ideologischer, familiärer und interpersoneller Faktoren spielt eine Rolle in der Ausbildung oder dem Ausbleiben autoritärer Persönlichkeiten.

Abbildung 3 veranschaulicht ein Modell des rechten Autoritarismus.

Rechter Autoritarismus (RA)
Individuum ⇔ Gruppe ⇔ Institution ⇔ Gesellschaft
Rolle des RA in Gesellschaft: Ablenkung von Klassenstrukturen, Kapitalismus und Herrschaft
Autoritäre Führung (in wirtschaftlichen, politischen & kulturellen Systemen)
„WIR"= Führer
Volk
Nationalismus (politischer Fetischismus, konstruiert fiktive Ethnizität)
„WIR"
Freund/Feind-Schema
Der Marxismus ist der Schutzengel des Kapitalismus
Wählt Nationalsozialisten Liste 1
„DIE ANDEREN"
Patriarchat & Militarismus
„WIR" ⟷ „DIE ANDEREN"
Autoritäre, rechtsextreme, faschistische ideologische Praktiken
Antifaschistische, sozialistische Praxis-Kommunikation

Abbildung 3: Ein Modell des rechten Autoritarismus (Fuchs 2018b)

Führerdenken, Nationalismus, das Freund/Feind-Schema, die Idealisierung des männlichen Soldaten und Militanz sind Elemente des rechten Autoritarismus (Fuchs 2018b). Auf der Ebene der kapitalistischen Gesellschaft als Totalität erfüllt der rechte Autoritarismus die ideologische Rolle, von den komplexen Ursachen gesellschaftlicher Probleme abzulenken, indem diese auf Feindbilder reduziert werden. Der rechte Autoritarismus ist nicht einfach nur eine Persönlichkeitsstruktur auf der Ebene des Individuums, sondern kann auch auf den Ebenen der Gruppen, der Institutionen und der Gesamtgesellschaft auftreten. Jede höhere Ebene setzt dabei die niedrigeren Ebenen voraus. Eine Ebene führt nicht automatisch und nicht notwendigerweise zur nächsten Ebene. Ein derartiger Sprung von einer Ebene zu einer höheren findet hingegen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen (wie einer allgemeinen Krise) statt. Der Rechtsextremismus spricht sich für die Durchsetzung der Ziele des rechten Autoritarismus mit der Hilfe von Gewalt aus. Der Faschismus ist eine Formation, in der diese Ziele durch Terror und die Vernichtung der definierten Feinde umgesetzt wird.

Im Kontext der neuen Krise des Kapitalismus hat sich der rechte Autoritarismus weit ausgebreitet. Donald Trump, die Freiheitliche Partei Österreichs, die Alternative für Deutschland, die UK Independence Party, Brexit, Recep Erdoğan, Narendra Modi oder Viktor Orbán sind Beispiele für diese Entwicklung. In den 1990er-Jahren und auch noch im ersten Jahrzehnt des neuen Millenniums war die Ansicht vorherrschend, dass das Internet eine progressive Technologie ist, die vor allem von politisch progressiv denkenden Menschen in der Politik genutzt wird. Heute ist deutlich geworden, dass diese Annahme falsch ist. Während die Faschisten der 1920er- und 1930er-Jahre das Radio, die Zeitung und das Megaphon als Propagandamittel nutzten, setzen die Vertreter und Vertreterinnen des neuen Autoritarismus Kommunikationsplattformen wie Facebook, Twitter und YouTube als ideologische Kampfmittel ein.

Der Autoritarismus wird durch Twitter und Facebooks ich-zentrierte Struktur unterstützt. Twitter, Facebook und YouTube sind eigentlich keine „sozialen Medien", sondern individualisierende Medien, die zur Kommodifizierung des Selbst beitragen, indem sie zu den Prinzipien der Akkumulation individueller Aufmerksamkeit beitragen. Es handelt sich um Technologien des Neoliberalismus.

In dem Buch *Digitale Demagogie: Autoritärer Kapitalismus in Zeiten von Trump und Twitter* (Fuchs 2018b) habe ich eine Analyse von Trumps Tweets durchgeführt, um zu überprüfen, ob und wie sich die Dimensionen des rechten Autoritarismus in seinem politischen Kommunikationsverhalten wiederfinden. Alle vier Dimensionen konnten nachgewiesen werden. Vergleichbare Ergebnisse finden sich bei der Untersuchung der Nutzung sozialer Medien durch Parteien wie der AfD in Deutschland, der FPÖ in Österreich oder UKIP in Großbritannien sowie deren Anhänger (Fuchs in Vorbereitung; Fuchs 2018d; Fuchs 2016).

Es kann hier nur ein Beispiel der Analyse des Online-Autoritarismus gegeben werden. Im geschriebenen amerikanischen Englisch treten laut Statistiken Personalpronomen in der ersten Person Einzahl (ich, meiner, mir, mich) 17.3 Prozent häufiger auf als Personalpronomen in der ersten Person Mehrzahl (wir, unser, uns) (Uz 2014). Es wurden 1,815 Tweets von Donald Trump, die er während und unmittelbar nach dem Präsidentschaftswahlkampf 2016 produzierte, dahingehend analysiert, wie häufig er Personalpronomen verwendet (vgl. Tabelle 3).

Personalpronomen in der ersten Person Einzahl	**Absolute Häufigkeit**	**Personalpronomen in der ersten Person Plural**	**Absolute Häufigkeit**
"I"	363	"We"	252
"I'll"	4	"We'll"	1
"I'm"	3	"We're"	4
"I've"	4	"We've"	3
"Me"	188	"Us"	57
	Σ = 562		Σ = 317

Trump verwendet in den Tweets des analysierten Datensatzes Personalpronomen in der ersten Person Einzahl (562 – 317) / (562+317) = 0.2787 = 27,9% häufiger als Personalpronomen in der ersten Person Mehrzahl.

Tabelle 3: Trumps Verwendung von Pronomen in einem Datensatz von 1,815 Tweets, die im Zeitraum von 18. Juli 2016 bis 21. Jänner 2017 gesammelt wurden (Fuchs 2018b)

Die Analyse zeigte, dass Trump in dem analysierten Datensatz Personalpronomen in der ersten Person Singular 27,9 Prozent häufiger verwendete als Personalpronomen in der ersten Person Plural. Er spricht also sehr gerne und zu einem stark überdurchschnittlichen Grad von sich selbst, was auf eine narzisstische Persönlichkeitsstruktur hinweist. Trump sieht und präsentiert sich gerne als der Überlegene, als starker Mann, der überlegen ist und immer gewinnt. Er sieht sich selbst als Führer und liebt es, als Führer behandelt zu werden. Es ist kein Zufall, dass Trump gerne Twitter und Reality-TV Sendungen wie *The Apprentice* als Kommunikationsmittel verwendet. Beides sind ich-zentrierte Medien, die es Trump erlauben, seinen Narzissmus auszuleben. Twitter ist ein individualistisches Medium, das auf dem Prinzip der Akkumulation von Followern und Zustimmung (durch Likes und Re-Tweets) beruht. Das kapitalistische Prinzip der Akkumulation wird dabei in einem öffentlichen Kommunikationsraum angewendet. Trump betreibt Politik in der ersten Person Einzahl, wozu sich Twitter hervorragend als Medium der politischen Kommunikation eignet. Seine Propagandaslogans sind nationalistisch und vereinfachend, wozu sich kurze Botschaften auf Twitter gut verwenden lassen (Fuchs 2018b). Die hohe Geschwindigkeit und Oberflächlichkeit von Twitter unterstützen die simplifizierenden Botschaften Trumps.

Trump ist auch eine Fake News-Fabrik (Holloway 2017). Er hat mit der Hilfe von Medien wie Twitter Falschnachrichten verbreitet, wie etwa jene, dass Barack Obama ein kenianischer Muslim sei, dass Hillary Clinton zu krank sei, um Präsidentin zu werden, dass tausende Muslime 9/11 in den USA öffentlich feierten oder dass Millionen Amerikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2016 illegal wählten. Trump hat sich auch immer wieder positiv auf Berichte der rechten Nachrichtenplattform Breitbart, die eine Zeit lang vom ehemaligen Trump-Berater Steve Bannon betrieben wurde, bezogen. Breitbart war am 24. November 2018 im Ranking der meistgenutzten Webplattformen global auf Platz 251 und in den USA auf Platz 56[1]. Es handelt sich also um eine der meistgenutzten Nachrichtenplattformen. Während im Bereich der webbasierten Nachrichtenplattformen die Huffington Post liberale, linksliberale und linke Leser und Leserinnen anspricht, wendet sich Breitbart an all jene, die nach Bestätigung ihres Hasses Sündenböcke suchen.

Falschnachrichten sind so alt wie die Boulevardmedien und kapitalistische Medien. Das neue an Falschnachrichten in Zeiten des digitalen und autoritären Kapitalismus ist, dass sie von Nutzern generiert werden können und sich komprimiert in kurze Nachrichten, Meme,

---

[1] https://www.alexa.com/siteinfo/breitbart.com [Stand vom 24-11-2018].

Bilder und Videos im global vernetzten Informationsraum des Internets und der sozialen Medien schnell verbreiten können. Analysen geben Hinweise darauf, dass Fake News-Geschichten großteils einen rechten Charakter haben und dass Menschen mit rechter Gesinnung diesen Nachrichten mehr glauben als jene mit linker oder liberaler Weltanschauung (Allcott und Gentzkow 2017; Silverman 2016; Silverman/Singer-Vine 2016).

Im US-Präsidentschaftswahlkampf und in anderen Wahlkämpfen konnte auch der massive Einsatz von politischen Bots beobachtet werden. Politische Bots sind Softwareprogramme, die im Internet mit der Hilfe von Algorithmen automatisch Aktionen durchführen und politische Informationen verbreiten. Bei der dritten Fernsehdebatte zwischen Trump und Clinton wurden laut einer Studie über 36 Prozent der Tweets, die Trump unterstützten, und 23.5 Prozent jener Tweets, die Clinton unterstützten, von Bots generiert (Kollanyi, Howard und Woolley 2016). Derartige Online-Roboter erzeugen oft falsche Zustimmung, verbreiten Falschnachrichten und fördern Online-Hass. Es wird dadurch schwieriger, zu unterscheiden, welche politische Kommunikation von einem Menschen oder einer Maschine stammt. Bots manipulieren mit der Hilfe von Algorithmen die öffentliche Wahrnehmung der Politik.

Schlussfolgerungen

Die Öffentlichkeit ist ein Raum der politischen Auseinandersetzung. Im Zeitalter digitaler Medien findet politische Information und Kommunikation unterstützt durch soziale Medien, Apps auf Mobiltelefonen und Tablets, Online-Videos, E-Mail, Mailinglisten, Online-Gästebücher, Online-Livechats, usw. statt. Politische Kommunikation ist nicht ausschließlich, aber zu einem gewissen Grad digitalisiert und mediatisiert. Wird die Öffentlichkeit durch Kommodifizierung, Bürokratisierung oder Ideologisierung vermachtet, so entstehen Gefahren für die Demokratie. Der demokratische Charakter der Öffentlichkeit wird dann eingeschränkt oder zerstört. Die Öffentlichkeit wird feudalisiert und kolonialisiert.

Die Digitalisierung ist nicht die Ursache der Vermachtung der Öffentlichkeit. Digitale Medien können im Prinzip so gestaltet und eingesetzt werden, dass sie die Demokratie und die Einheit in der Vielfalt der Öffentlichkeit fördern. Der digitale Kapitalismus hat sich im Kontext des Neoliberalismus, des Überwachungsstaates, der Individualisierung und der Überwachungsideologie entwickelt. Medientechnologien entstehen nicht zufällig, sondern sind durch Interessen und Ziele geprägt. Gleichwohl sind gewisse Anwendungen und Auswirkungen nicht vorhersagbar, da der Zusammenhang von Technik und Gesellschaft komplex ist. Digitale Kapitalmonopole, digitale Überwachung und Autoritarismus online haben den demokratischen Charakter der Öffentlichkeit unterminiert, sodass wir heute mit autoritären Tendenzen konfrontiert sind. Die politische, ökonomische und soziale Krise des Kapitalismus hat diese Tendenzen verstärkt. Der Neoliberalismus schlägt nunmehr tendenziell in autoritären Kapitalismus um (Fuchs 2018b).

Rechte, autoritäre Politiker, Parteien, Bewegungen, Gruppen und Individuen nutzen digitale und soziale Medien, um Ideologien und Falschmeldungen zu verbreiten, falsche Aufmerksamkeit zu erzeugen, die öffentliche Meinung zu manipulieren und Hass gegen Feindbilder wie Flüchtlinge, Migranten und Migrantinnen, linke und liberale Politiker, Intellektuelle, Künstler oder Medien zu verbreiten.

Fake News, Filterblasen, falsche Aufmerksamkeit, Onlinehass haben politische, wirtschaftliche und ideologische Ursachen. Diese Phänomene sind Anzeichen für eine hochpolarisierte politische Welt, in der der Dialog versucht und sich Formen der symbolischen, ideologischen, kulturellen, strukturellen und direkten Gewalt ausbreiten. Die von Algorithmen, Big Data und personalisierter Werbung bestimmte Online-Ökonomie der Aufmerksamkeit ersetzt menschliche Aktivität tendenziell durch Maschinen und verbreitet eine Unmenge oberflächlicher Informationen in Echtzeit. Digitale Maschinen, die programmiert sind, Werbung zu verkaufen, kennen aber keine Moral. Die von digitalen Monopolen kontrollierten Algorithmen stehen außerdem im Privateigentum, sodass ihr Code intransparent ist. Der digitale Kapitalismus hat sich in einer hochgradig individualisierten und beschleunigten Kultur ausgebreitet, was dazu führt, dass es sich bei kapitalistischen sozialen Medien gar nicht um „soziale“, sondern um individualistische Medien handelt.

In einer Online-Kultur, die von Geschwindigkeit, Oberflächlichkeit, Konsumkultur, Werbung, Branding, Sensationsgier, Unterhaltungssucht und Boulevaridisierung geprägt ist, gibt es zu wenig Raum und Zeit zur politischen Auseinandersetzung. Sie ist anfällig für die Manipulation der Öffentlichkeit durch rechte Demagogen und Nationalisten, die über die komplexen Ursachen gesellschaftlicher Probleme hinwegtäuschen, indem sie Sündenböcke konstruieren, die in der Onlinewelt an den Pranger gestellt werden.

Es gibt keine einfachen Lösungen, um die demokratische Öffentlichkeit zu stärken. Es bedarf dazu einer Einheit von Medienreformen und gesellschaftlichen Reformen. Auf der Ebene der Medienreformen sollten die zivilgesellschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Medien gegenüber den kapitalistischen Medien gestärkt werden. Die digitalen und „sozialen“ Medien werden von kapitalistischen Konzernen dominiert. Dieser Umstand kann nur verändert werden, indem gemeingutorientierte Plattformen und öffentlich-rechtliche Plattformen geschaffen und unterstützt werden.

In Europa gibt es eine wichtige Tradition der öffentlich-rechtlichen Medien und der zivilgesellschaftlichen Alternativmedien. Beide sind jedoch im Bereich der digitalen Medien, der von US-Konzernen dominiert wird, marginalisiert. Ein alternatives Internet ist eine der Voraussetzungen einer demokratischen digitalen Öffentlichkeit. Um eine solche Öffentlichkeit zu erreichen, bedarf es eines Wandels auf den Ebenen der Medienregulierung, der Medienfinanzierung und der Medienkultur.

Auf der Ebene der Regulierung sind öffentlich-rechtliche Medien mit dem Problem konfrontiert, dass laut EU-Gesetzgebung bei der Einführung neuer Dienste ein Markttest

als Teil des Public Value-Test durchgeführt werden muss und ein neuer Dienst nicht mit privatwirtschaftlichen Diensten konkurrieren darf. Im Bereich der digitalen Plattformen sind die Konkurrenten der öffentlich-rechtlichen Medien vor allem Konzerne wie Google, Twitter und Facebook. Ihnen wird rechtlich durch neoliberale Gesetzgebung das Feld der sozialen Medien überlassen. Alle gesetzlichen Rahmenbedingungen, die es den öffentlich-rechtlichen Medien verbieten oder schwer machen, Online-Dienste (auch in Konkurrenz zu kommerziellen Angeboten) anzubieten, sollten aufgehoben werden. So listet etwa der Paragraph 4f des ORF-Gesetz 28 Online-Angebote auf, die der ORF nicht bereitstellen darf. Auch das Angebot von zivilgesellschaftlichen, nichtprofitorientierten, qualitativ hochwertigen Online-Diensten und Online-Alternativmedien, die die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft voranbringen, sollte gefördert werden, indem rechtliche Grundlagen für Steuererleichterungen und Förderungen für derartige Medien geschaffen und ausgebaut werden.

Auf der ökonomischen Ebene stellt die Steuervermeidung der globalen digitalen Konzerne ein wesentliches Problem dar. Der Neoliberalismus hat generell zu Steuergeschenken für Konzerne mit gleichzeitiger Lohnstagnation geführt, wodurch die Ungleichheit tendenziell zugenommen hat. Durch eine Besteuerung profitorientierter digitaler Konzerne könnte eine Finanzbasis für ein öffentlich-rechtliches und ein zivilgesellschaftliches Internet geschaffen werden. Eine Maßnahme dabei sollte die europaweit einheitliche Besteuerung der Online-Werbung sein (Fuchs 2018e). Aber auch andere profitorientierte digitale Dienste sollten besteuert werden (Fuchs 2018e). Die dadurch entstehenden Staatseinnahmen sollten einerseits für die Finanzierung von öffentlich-rechtlichen Internetplattformen und öffentlich-rechtlichen digitalen Spartenunternehmen verwendet werden. Andererseits sollte damit auch ein Medien-Bürgerscheck geschaffen werden, den jeder Bürger und jede Bürgerin in der Form von partizipativem Budgeting erhält und an eine nichtprofitorientierte, qualitativ hochwertige zivilgesellschaftliche Medieninitiative spenden muss. Rechtsextreme, faschistische, nationalistische, rassistische, xenophobe und andere hetzerische Initiativen müssen dabei vom Empfang derartiger Spenden ausgeschlossen werden.

Auf der kulturellen Ebene geht es um eine neue Form der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Hilfe sozialer Medien (Fuchs 2018c). Es geht um entschleunigte, soziale Medien, mit Hilfe derer sich die Menschen wahrhaft begegnen können und die Zeit und Raum für politische Debatten schaffen. Nichtprofitorientierte öffentlich-rechtliche und zivilgesellschaftliche Internetplattformen bieten dafür ideale Voraussetzungen. So sollten öffentlich-rechtliche Medien etwa gemeinsam ein öffentlich-rechtliches YouTube schaffen, auf dem sie Archivmaterialien (Dokumentationen, Nachrichten, Filme, etc.) auf der Basis einer nichtkommerziellen Creative Commons-Lizenz zur Verfügung stellen (Fuchs 2018c). Dadurch könnten Nutzer und Nutzerinnen diese Materialen weiterverwenden und remixen, um neue Videos, Audiosendungen,

Dokumentationen, etc. zu schaffen, die teilweise auch regulär im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgestrahlt werden könnten.

Da wir in einer politischen (Un-)Kultur leben, die von Oberflächlichkeit, hoher Geschwindigkeit, Sensationalismus, Filterblasen, Fake News, usw. geprägt wird, bedarf es einer neuen politischen Debattenkultur. Der vom ORF im Zeitraum von 5. Oktober 1976 bis 28. Februar 1995 ausgestrahlte Club 2 war der Inbegriff der Öffentlichkeit. Diese auf ORF 2 (bis 1992 trug der Kanal den Namen FS 2) gesendete Live-Diskussionssendung hatte kontroverse Themen, die von meist recht unterschiedlichen Gästen in Diskussionsrunden erörtert wurden. Das Studio war dunkel und ohne Publikum, um eine entspannte Atmosphäre zu erzeugen. Das wichtigste Prinzip war die offene Sendezeit. Der Club 2 bot Zeit und Raum für kontroverse Diskussionen, für die im heutigen digitalen Kapitalismus kein Platz ist. Er war ein politisches Slow Medium. Um die Debattenkultur zu stärken, benötigen wir einen von den öffentlich-rechtlichen Medien produzierten Club 2.0, also einen Club 2 im Zeitalter des Internets und der sozialen Medien (vgl. Fuchs 2018c; Fuchs 2018b, S. 288-293; Fuchs 2017b).

Die Grundprinzipien des klassischen Club 2 sollten beim Club 2.0 beibehalten werden und die Diskussion live im Fernsehen mit offener Sendezeit übertragen werden. Zusätzlich sollte diese auch über eine öffentlich-rechtliche Videoplattform ausgestrahlt werden und es sollte Möglichkeiten zur Publikumsdiskussion und zur Publikumsbeteiligung geben. Die Plattformnutzer, die an der Diskussion teilnehmen, sollten registriert und nicht anonym sein. Die Diskussion sollte entschleunigt werden, d.h. nur eine bestimmte Anzahl von Diskutanten sollte zu einem Zeitpunkt aktiv sein, indem man die Teilnehmerzahl an der Diskussion zum Beispiel durch Zufallsauswahl limitiert. Die Club 2.0-Nutzerdiskussionen sollten text-, audio- und videobasiert erfolgen und es sollte dabei keine Maximal-, sondern gewisse Mindestlängen der Beiträge geben. Zu einzelnen Zeitpunkten in der Fernsehdiskussion sollten ausgewählt Nutzervideos als Inputs für die Studiodiskussion fungieren. Diese Videos sollten genauso wie die im Studio diskutierten Inhalte von den Nutzern und Nutzerinnen auf der Videoplattform diskutiert werden können. Der Club 2.0 sollte die Individualisierung der heutigen „sozialen" Medien durchbrechen, indem er die gemeinsame Produktion von Video-Inputs und Video-Kommentaren in sozialen Zusammenhängen wie Schulen, Universitäten, Volkshochschulen, Arbeiterbildungs-vereinen, Erwachsenenbildungsvereinen, Fortbildungsinitiativen, lokalen Gemeinschaften, Gewerkschaften, philosophischen und religiösen Gemeinschaften sowie anderen zivilgesellschaftlichen Vereinen und Organisationen fördert.

Medienreformen allein reichen aber nicht aus, um die (digitale) Öffentlichkeit zu vitalisieren und ihren demokratischen Charakter zu stärken. Die Menschen brauchen Möglichkeiten, Raum, Zeit, Chancen, Motivation und Fertigkeiten, um an politischen Debatten teilzunehmen. Und genau daran mangelt es heute. Die Rettung der Demokratie und der Öffentlichkeit kann daher nur gelingen, wenn Medienreformen durch progressive gesellschaftspolitische Reformen flankiert werden. Dazu gehören zum Beispiel die

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, wodurch Zeit für politische Auseinandersetzung als freiwillige Bürgerarbeit entsteht, eine gemeinsame Mittelschule für alle Jugendlichen, in der politische Bildung, Medienbildung und digitale Kompetenzen integriert werden, eine stärkere steuerliche Umverteilung von Oben nach Unten, die Schaffung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 15 Euro und von Arbeitsbedingungen, die prekäre Arbeit beenden, Versuche mit bedingungslosem Grundeinkommen, etc.

„Wir müssen die Bedingungen dafür schaffen, dass die Entwicklung des Menschen […] zum obersten Ziel aller sozialen Bestrebungen gemacht wird" (Fromm 1997, S. 27). Es ist eine entscheidende politische Aufgabe, die antihumanistischen Tendenzen des Neoliberalismus und des autoritären Kapitalismus durch einen neuen Humanismus aufzuheben, in Rahmen dessen Medienpolitik die Einheit in der Vielfalt der demokratischen Öffentlichkeit stärkt.

Literatur

Allcott, Hunt; & Gentzkow, Matthew (2017): Social Media and Fake News in the 2016 Election. Abgerufen unter: https://web.stanford.edu/~gentzkow/research/fakenews.pdf [Stand vom 08-05-2019].

Bourdieu, Pierre (1987): *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Holloway, Kali (2017): 14 Fake News Stories Created or Publicized by Donald Trump. Abgerufen unter: http://www.alternet.org/media/14-fake-news-stories-created-or-publicized-donald-trump [Stand vom 08-05-2019].

Fromm, Erich (1997): *Anatomie der menschlichen Destruktivität.* Hamburg: Rowohlt.

Fuchs, Christian (in Vorbereitung): *Nationalism 2.0: Theorising Nationalism in the Age of Social Media and Fake News.*

Fuchs, Christian (2019): *Soziale Medien und kritische Theorie: Eine Einführung.* München: UVK Verlag.

Fuchs, Christian (2018a): Authoritarian Capitalism, Authoritarian Movements, Authoritarian Communication. *Media, Culture & Society*, 40 (5), S. 779–791.

Fuchs, Christian (2018b): *Digitale Demagogie: Autoritärer Kapitalismus in Zeiten von Trump und Twitter*. Hamburg: VSA Verlag.

Fuchs, Christian (2018c): Digitale Demokratie und Öffentlich-Rechtliche Medien. In: *ORF Public Value Studie 2017/2018: Der Auftrag: Demokratie* . Wien: ORF, S. 94–138. Abgerufen unter: https://zukunft.orf.at/show_content.php?sid=147&pvi_id=1986&pvi_medientyp=t&oti_tag=studie [Stand vom 08-05-2019].

Fuchs, Christian (2018d): *Nationalism 2.0. The Making of Brexit on Social Media*. London: Pluto Press.

Fuchs, Christian (2018e): *The Online Advertising Tax as the Foundation of a Public Service Internet.* London: University of Westminster Press.

Fuchs, Christian (2017a): *Marx lesen im Informationszeitalter. Eine medien- und kommunikationswissenschaftliche Perspektive auf »Das Kapital. Band 1«.* Münster: Unrast Verlag.

Fuchs, Christian (2017b): Towards the Public Service Internet as Alternative to the Commercial Internet. *ORF Texte - Öffentlich-Rechtliche Qualität im Diskurs*, 20, S. 43–50.

Fuchs, Christian. (2016): Racism, Nationalism and Right-Wing Extremism Online: The Austrian Presidential Election 2016 on Facebook. *Momentum Quarterly – Zeitschrift für sozialen Fortschritt*, 5 (3), S. 172–196.

Fuchs, Christian (2014a): *Digital Labour and Karl Marx.* New York: Routledge.

Fuchs, Christian (2014b): Social Media and the Public Sphere. *Triple C: Communication, Capitalism & Critique*, 12 (1), S. 57–101.

Fuchs, Christian (2008): *Internet and Society: Social Theory in the Information Age.* New York: Routledge.

Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*. Hamburg: VSA Verlag.

Kollanyi, Bence; Howard, Philip N. & Woolley, Samuel C. (2016): Bots and Automation over Twitter during the Third U.S. Presidential Debate. Abgerufen unter: http://comprop.oii.ox.ac.uk/wp-content/uploads/sites/89/2016/10/Data-Memo-Third-Presidential-Debate.pdf [Stand vom 08-05-2019].

Müller, Jan-Werner (2015): *Was ist Populismus?.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Silverman, Craig (2016): This Analysis Shows how Viral Fake Election News Stories Outperformed Real News on Facebook. Abgerufen unter: https://www.buzzfeednews.com/article/craigsilverman/viral-fake-election-news-outperformed-real-news-on-facebook [Stand vom 08-05-2019].

Silverman, Craig/Jeremy Singer-Vine (2016): Most Americans Who See Fake News Believe It, New Survey Says. Abgerufen unter: https://www.buzzfeednews.com/article/craigsilverman/fake-news-survey [Stand vom 08-05-2019].

Uz, Irem (2014): Individualism and First Person Pronoun Use in Written Texts across Languages. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 45 (10), S. 1671–1678.

„Alles eine Frage des Stils“ – Zur Logik medienvermittelter gesellschaftlicher Differenzierung

Rainer Leschke

Zusammenfassung

Die Nutzung von Medien scheint trotz ihrer immer umfassenderen Erfassung immer schwerer kalkulierbar zu sein. Die einst geradezu hermetischen Grenzen zwischen den Einzelmedien sind nahezu vollständig erodiert und mediales Material ist problemlos zwischen den Medien zu transferieren, da sie über eine einheitliche technologische Basis verfügen. Medien stellen so keine materiellen oder technischen Entitäten mehr dar, sondern symbolische und stilistische. Das hat Auswirkungen auf die Mediennutzung, denn es gibt praktisch keine medientechnischen Determinanten, die sie einschränkte.

Dieser ursprünglich techno-kulturell notwendige Sachverhalt ist auf die Mediennutzung durchgeschlagen: Welches Medium man wann, mit welcher Absicht, für welchen Adressaten bzw. Adressatin, wie nutzt, ist zu einer Frage des persönlichen Stils oder des Habitus einer sozialen Gruppe geworden und gewinnt damit zunehmend eine symbolische Qualität, die zur sozialen Distinktion genutzt werden kann. Statt mit einer erhöhten Konformität der Mediennutzung hat man es so mit einer zunehmenden Ausdifferenzierung unterschiedlicher Nutzungsstile zu tun. Bourdieus Konzept der feinen Unterschiede versucht u.a. auch Mediennutzungsstile zu beschreiben. Allerdings geht Bourdieu von einem analogen Verhältnis von ästhetischer Kompetenz und sozialer Schichtung aus, der einem vergleichsweise einfachen sozialen Modell einer einheitlichen, durch ökonomische Indikatoren determinierten Strukturierung folgt und zugleich normativ ziemlich eindeutige Urteile fällt. Für den Transfer auf den Medienbereich erscheint das Modell jedoch zu unterkomplex angelegt zu sein. Denn es lassen sich zwar in dem neuen Feld analoger und digitaler Medien zweifellos deutlich diverse Mediennutzungsstile feststellen, die auch sozial und kulturell codiert werden können, allerdings ist der Schluss vom Mediennutzungsverhalten auf eine mediale, soziale oder kulturelle Urteilskraft und Kompetenz kaum möglich. Denn mit dem Verlust ihres materiellen Grundes hat die Diversität der Mediennutzung auch ihren Sachgrund verloren, sodass irgendein Rückschluss auf eine Divergenz von Vermögen und Fähigkeiten praktisch unmöglich ist. Das unterläuft zugleich vorschnelle Thesen kultureller oder gar kognitiver Deprivation und deren notorische soziale Attribuierung, vielmehr weist es darauf hin, dass es sich bei der Mediennutzung um arbiträre Zeichen handelt, die erst sekundär mit einer sozialen oder kulturellen Codierung versehen werden, für die es nur einen einzigen Grund gibt, nämlich das Interesse an sozialer Differenzierung.

Haltlose Medien

Seit die Medien mit ihrem materiellen Grund auch ihren ontologischen Halt verloren haben, sind auch ihre Praktiken grundlos geworden. Sie wurden gleichsam dematerialisiert und d.h., sie wurden von einer schlichten materiellen bzw. technischen Notwendigkeit in eine soziale Ordnung überführt. Die „Materialitäten der Kommunikation“ (Gumbrecht/

Pfeiffer 1988), die einst noch den philologischen Idealismus unterminierten, fielen so wieder an die Gesetze der Kommunikation zurück. Dieser Prozess ist gegenwärtig zu beobachten, und er ist nicht nur wegen der idealistischen Roll back Bewegung so interessant, sondern vor allem weil er soziale und kulturelle Systeme quasi bei der Arbeit zeigt und den Funktionsprozess einer sozialen und kulturellen Codierung offener technischer Systeme transparent werden lässt.

Dabei ist die Ausgangslage, die diesen Prozess letztlich angestoßen hat, ebenso technisch wie banal: Die Digitalisierung sorgte dafür, dass alle bislang sich unterscheidenden Medien auf dieselbe technische Grundlage gestellt wurden. War bis dato noch der Grund für die Identität von Medien ihre technologische Eigenart, die dann in einem Dispositiv um spezifische Geräte, Produktionsformen, Rezeptionspraktiken, Archive und Inhalte ergänzt wurde, so fällt dieser Grund nach der Digitalisierung schlicht weg. All die unterschiedlichen Einzelmedien verfügen über keine technologisch definierbare Identität mehr: In Anlehnung an Karl Krauss ließe sich sagen, dass nach der Digitalisierung alle Medien grau wurden, besonders die bunten und lauten. Wenn solcherart also technisch seit Ende der 90er Jahre sukzessive die Unterschiede zwischen den Medien verschwanden und letztlich ein banales Smart Phone nicht weniger als Telefon, Computer, Videokamera, Fotoapparat, DVD-Player, Taschenrechner, Kompass, Seekarte, Taschenlampe, Rundfunk- und Fernsehempfänger sein konnte, dann gab es auch keinen Grund mehr für die Existenz eines einzelnen Mediums. Dennoch sind die traditionellen Medien keineswegs ins Handy implodiert, sondern es gibt die traditionellen Einzelmedien nach wie vor, jetzt jedoch nicht mehr als technische, sondern als kulturelle Einheiten. Und dieser Switch von der technischen Definition eines Mediums zu einer ausschließlich kulturellen Bestimmung von Medien generiert zugleich einen neuen Raum für kulturelle Codierungen.

Die kulturellen Codierungen von Medien sind zumindest technisch grundlos, denn die technischen Unterschiede hatten sich ja erfolgreich nivelliert. Wenn die Unterscheidungen so willkürlich geworden und Medien nunmehr einen Komplex aus kulturellen Codes, spezifischem Content und einer ebenso spezifischen Ästhetik darstellen, dann sind Medien insgesamt zu einer Stilfrage geworden. Dabei ist die ursprünglich aus schlichter technischer Not geborene Diversität der Medien, die gleichsam kulturell rekonstruiert und auf gewisse Weise zugleich auch tradiert wurde, keineswegs unendlich offen, sondern die Differenz der Medien stellte immer schon ein kulturell verwendetes Ordnungsschema dar. Denn grundsätzlich ist kulturell eine reine Differenzproduktion so lange uninteressant, solange sie nicht gruppiert oder aggregiert und in eine wie auch immer codierte Ordnung überführt werden kann. Die reine Differenz eines radikal individuellen Mediums, was nur von einer Person zu einem Zeitpunkt an einem Ort aktiviert würde, wäre nämlich nur als die abstrakte Negation aller anderen medialen Äußerungen lesbar. Die medialen Differenzen sind stets organisiert, um überhaupt so etwas wie kulturelles Kapital[1]

[1] Zu diesem mit äußerster Vorsicht zu verwendendem Terminus Bourdieus vgl. a. S. 3

generieren zu können, und sie verfügen über einen weiteren Vorteil: Sie sind sichtbar zu machen. Es steht also mit dem traditionellen Mediensystem und seinen in Dispositiven der Einzelmedien organisierten Differenzen ein System signifikanter Differenzen zur Verfügung, das quasi heimatlos geworden ist, eine Art Schrift ohne Sprache.

Dieses freigewordene System organisierter medialer Differenzen steht nun für eine rein kulturelle Codierung zur Verfügung und d.h. Gesellschaften können über organisierte mediale Differenzen kulturelle und soziale Unterschiede codieren. Dabei kommt interessanter Weise die ästhetische Codierung der kulturellen und sozialen zuvor, denn die Differenzen müssen zunächst einmal überhaupt kenntlich gemacht werden, bevor sie mit Bedeutung versehen werden können. Nun verfügte das traditionelle Mediensystem über ganze Serien ästhetischer Differenzen und jeder Rezipient bzw. Rezipientin wusste, was er an ästhetischer Leistung, ästhetischen Formen und Formaten von einem Medium zu erwarten hatte. Dieser historische Fundus an ästhetischen Differenzen, der genauso funktionslos geworden ist wie die analoge Technologie der Einzelmedien, wird nun trotz seiner technologischen Überflüssigkeit tradiert und ist offen für eine neue kulturelle Codierung. Die klassischen Medien werden mit Bedeutung versehen und sie stützen sich dabei auf die Bedeutungen, die ihnen in analogen Zeiten bereits zugeschrieben worden waren. Nun allerdings sind die Zeichen nicht motiviert – wie Metz einst für den Film nachwies – sondern sie sind arbiträr geworden und taugen damit erstmals für eine richtige Sprache. Insofern hat man es bei dem Mediensystem selbst – und nicht bei seinem Content und seinen Programmen – mit einer einigermaßen eigenständigen Sprachschicht zu tun, die kulturell und sozial genutzt werden kann. Dabei ist diese sekundäre kulturelle oder soziale Ordnung den Medien als technologischen Artefakten gegenüber stets äußerlich, sie wird dem postkonventionellen Mediensystem im Prozess seiner Enkulturation aufmoduliert und reicht keineswegs an das Wesen der Dinge – zumindest nicht an das technische Wesen der Medien – heran.

Dass das Mediensystem eine eigene Sprache ganz unabhängig von der Sprache, welche die Medien sprechen, darstellt, ist im Prinzip seit McLuhan bekannt. Neu ist, dass diese Sprache und ihre Bedeutung sozial und kulturell einigermaßen frei definierbar sind und dass wir uns inmitten eines solchen Prozesses der Definition von Medien und medialen Handlungen befinden.

Zugleich ist auch das, was dem Mediensystem und seinen Praktiken aufmoduliert wird, keineswegs neu. Es sind ästhetische, kulturelle und soziale Differenzen und dass diese Differenzen immer zugleich machtcodiert sind, darauf verweist selbst die Mediengeschichte der analogen Medien. Medien und Medienpraktiken haben immer schon soziale Gruppen definiert und soziale Hierarchien begründet und das wird sich unter den Konditionen des postkonventionellen Mediensystems nicht ändern. Im Gegenteil: Die bloße Zahl der Differenzen vergrößert sich rapide und mit ihr die Zahl der dadurch darstellbaren sozialen und kulturellen Unterschiede. Die Sprache der Medien, die im

konventionellen analogen Mediensystem noch ziemlich grob und undifferenziert ausfiel, hat so deutlich an Prägnanz und Beschreibungsleistung gewonnen.

Grobe Gegensätze und feine Unterscheidungen

Vor diesem Hintergrund gewinnen Mediennutzungsstile eine ganz neue Bedeutung: die soziale und kulturelle Codierung von medialen Differenzen lässt ziemlich genaue Schlüsse vom individuellen Mediengebrauch auf eben jene kulturellen und sozialen Parameter zu, mit denen die Instrumente der individuellen Medienpraxis zuvor codiert wurden. Insofern hat die Devise: Zeige mir deinen Mediengebrauch und ich sage dir, wer du bist, erheblich an Valenz gewonnen.

Solche Codierungsprozesse von gesellschaftlichen Praktiken sind im Prinzip nichts Neues: Bereits Bourdieu hatte die soziale Diskriminierungsleistung von ästhetischen Differenzen beschrieben. Die Differenz von Kunst und populärer Kultur macht trotz ihrer postmodernen Erosion immer noch vor allem einen sozialen Unterschied und wird so zwangläufig auch zu einem sozialen Indikator (vgl. Bourdieu 1979, S. 64). Und solche ästhetischen Indikatoren gewinnen in der Beobachtung Bourdieus eine solche Valenz, dass der ästhetischen Urteilskraft Kants[2] eine „Kritik der sozialen Urteilskraft" (Bourdieu 1979) folgen müsse. Nun ist die Vorstellung einer Erweiterung des Repertoires der Kantschen Kritiken selbst nicht besonders neu: So billigt Dessauer seiner Technikphilosophie eben nicht weniger als den Status einer vierten Kritik zu (vgl. Dessauer 1927, S. 49ff.), wenn ihm auch eher an einer Erweiterung der Erkenntnistheorie durch eine Theorie der Potentialität gelegen zu sein scheint.[3] Interessanterweise fällt gegenwärtig im Medienbereich beides in Eins: Das technische Potential der Digitalisierung provoziert die

---

[2] Dass Bourdieu sich dabei in der Kantsche Kritik der Urteilskraft nur bedingt auszukennen scheint und die Ästhetik des Erhabenen, die gerade für die Einschätzung von Phänomenen populärer Kultur von eminenter Bedeutung ist, vollständig ignoriert, mindert den Wert von Bourdieus ästhetischem Urteil erheblich. Kants Ästhetik zeichnet sich ja gerade dadurch aus, dass sie im Gegensatz zu Hegel oder Schiller die Trennung von Kunst und Ästhetik noch nicht vollzogen hat. Insofern ist eine Beschreibung des Kunstsystems und seiner normativen Ästhetik, die für das Kunstsystem von grundlegender Bedeutung ist, auf Basis der Kantschen Ästhetik kaum sinnvoll (vgl. Bourdieu 1979, S. 82). Zumindest die auf eine Überwältigung des Rezipienten bzw. der Rezipientin setzenden Teile der populären Ästhetik wären so auf Grundlage der „Kritik der Urteilskraft" durchaus zu erklären gewesen, die auf einem Originalitätsimperativ und einer Steigerungslogik basierenden Mechanismen des Kunstsystems hingegen nicht. Im Übrigen ignoriert Bourdieu, dass es sich bei der Unterscheidung von Kunst und populärer Ästhetik um zwei unterschiedliche Bezugssysteme – nämlich das Kunst- und das Mediensystem – handelt und die beobachteten Differenzen insofern auf unterschiedliche Systemrationalitäten zurückgehen, die dann zugleich sozial codiert werden. Das, was also genau sekundär sozial codiert wird, ist eine Systemdifferenz und nicht – wie Bourdieu meint – ein ästhetischer Unterschied.

[3] Was im Übrigen eher in die Richtung von Peirces Vorstellung von Abduktion weist.

Notwendigkeit einer neuen sozialen Urteilskraft und d.h. eben auch einer neuen Medienkompetenz.

> „Die ästhetische Einstellung bildet somit eine Dimension eines objektiven, Sicherheit und Abstand voraussetzenden, distanzierten und selbstsicheren Verhaltens zur Welt; bildet eine Manifestation jenes Systems von Einstellungen, dessen Existenz sich gesellschaftlichen Bedingtheiten in Verbindung mit einer ganz besonderen Klasse von Daseinsbedingungen verdankt, nämlich Bedingtheiten, die zu einem bestimmten historischen Augenblick die paradoxe Form einer denkbar umfassendsten Freiheit gegenüber den Zwängen des ökonomisch Notwendigen annehmen.“ (Bourdieu 1979, S. 104)

> „Die Unterschichten wiederum spielen in diesem System ästhetischer Positionen wohl kaum eine andere Rolle als die einer Art Kontrastfolie, eines negativen Bezugspunkts, von dem sich alle Ästhetiken in fortschreitender Negation absetzen.“ (Bourdieu 1979, S. 107)

Mal ganz abgesehen davon, dass Negationen, wenn sie fortschreiten – also wenn die Operation wiederholt wird – zur Position oder im Falle Hegels zur Aufhebung tendieren und sich keineswegs verstärken, handelt es sich bei dem hier von Bourdieu beschriebenen Gegensatz um einen ziemlich groben Unterschied. Pure Systemwechsel – und das ist das, was hinter der von Bourdieu beobachteten ästhetischen Differenz steht – lassen sich ganz offenkundig nur binär codieren und geben daher eben auch nur ziemlich elementare Unterschiede wieder.

Wenn man also zur Erklärung der unterschiedlichen Mediennutzungsstile Bourdieus Konzept feiner Unterschiede heranziehen möchte, dann muss man zunächst einmal sicherstellen, dass das Mediensystem als System mehr zu machen im Stande ist, als nur binäre und d.h. ziemlich grobschlächtige Unterscheidungen. Die Sprache des Mediensystems als System funktioniert alles andere als binär: Es gibt entschieden mehr als nur eine einzige Differenz. Die Komplexität des Mediensystems und der in einem Mediensystem gängigen Praktiken ist einerseits abhängig von der schlichten Zahl identifizierbarer Einzelmedien. Andererseits hängt die Bewertung der Mediennutzung von definierten funktionalen Kontexten ab. Diese sind sicherlich zu typisieren, sie sind jedoch genauso sicher nicht endlich, sodass es sich bei dem Mediensystem und seinen Praktiken um ein prinzipiell offenes Zeichensystem handelt. Das wiederum heißt, dass das Mediennutzungsverhalten sicher hinreichend feine Unterschiede aufweist, um soziale und kulturelle Differenzen zu codieren.

Analoge Welt und metaphorische Theorie

Bourdieus Vertrauen darauf, dass Geschmack und Klasse sich einigermaßen analog verhalten, dass also die Differenzierung ästhetischer Schemata synchron zur sozialen

Differenzierung verlaufe, kann aufgrund seines ihn beherrschenden, ziemlich blinden Optimismus kaum mehr ernstlich geteilt werden.

> „Der gesellschaftlich anerkannten Hierarchie der Künste und innerhalb derselben Gattungen, Schulen und Epochen korrespondiert die gesellschaftliche Hierarchie der Konsumenten.“ (Bourdieu 1979, S. 18)

Denn eigentlich stimmte diese Analogie bereits historisch nicht: Das Bildungsbürgertum, das den elitären Geschmack quasi gepachtet hatte, war ökonomisch alles andere als tonangebend, sondern wenigstens ökonomisch eher depraviert und anderseits waren die Geschmacklosigkeiten des schnöden Kapitals geradezu sprichwörtlich. Insofern werden hier von Bourdieu Muster synchronisiert, welche die bürgerliche Gesellschaft seit Mitte des 18. Jhs. sorgsam getrennt hatte: Kunst und Ökonomie. Beide Systeme operieren mit einer vollständig anderen Logik und beide Systeme schließen sich bereits qua Definition wechselseitig aus.

Bourdieu sucht jedoch diese kategoriale Differenz von ökonomischem und Kunstsystem, die immerhin Grundlage des Kritikbegriffs der Kritischen Theorie ist, durch seine Kapitaltheorie zu unterlaufen. Bourdieu transferiert im Zuge eines ziemlich rabiaten Analogieschlusses den ökonomischen Begriff des Kapitals auf die Gegenstandsbereiche der Kultur und des Sozialen und kommt so zu der Trias von ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital. Dass eine solche Übertragung allenfalls als Metapher funktionieren kann und dass die Bedingungen für die Gültigkeit eines solchen Analogieschlusses ganz sicher nicht gegeben sind, ignoriert Bourdieu geflissentlich.

> „Die einfache Warenzirkulation – der Verkauf für den Kauf – dient zum Mittel für einen außerhalb der Zirkulation liegenden Endzweck, die Aneignung von Gebrauchswerten, die Befriedigung von Bedürfnissen. Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.“ (Marx 1867, S. 167)

> „Die rastlose Vermehrung des Werts, die der Schatzbildner anstrebt, indem er das Geld vor der Zirkulation zu retten sucht, erreicht der klügere Kapitalist, indem er es stets von neuem der Zirkulation preisgibt.“ (Marx 1867, S. 168)

> „In der Tat also ist G-W-G‘ die allgemeine Formel des Kapitals, wie es unmittelbar in der Zirkulationssphäre erscheint.“ (Marx 1867, S. 170)

Und in der Tat gibt es nichts, was in der sozialen und der kulturellen Sphäre auch nur ansatzweise mit dieser Kategorie des Kapitals vergleichbar wäre. Ganz abgesehen davon besteht ja bekanntlich das Marxsche Konzept des historischen Materialismus in einer

linearen Determination des Sozialen und bedingt auch das Kulturelle[4], was durch die unzulässige Übertragung des Kapitalbegriffes quasi ausgeschlossen wird.[5]

Bourdieu verschiebt den Marxschen Kapitalbegriff folgendermaßen:

> „Dem Kapital wohnt eine Überlebenstendenz inne; es kann ebenso Profite produzieren wie sich selbst reproduzieren oder auch wachsen. Das Kapital ist eine der Objektivität der Dinge innewohnende Kraft, die dafür sorgt, dass nicht alles gleich möglich oder gleich unmöglich ist.“ (Bourdieu 1983, S. 50)

Die von Marx historisch und ausschließlich prozessual gedachte Kategorie wird so von Bourdieu ontologisiert und damit enthistorisiert. Danach wird ein wenig Vitalismus hinzugefügt und das Ganze anthropomorphisiert: Dann erst haben wir den desinfizierten und kraftstrotzenden Kapitalbegriff Bourdieus, der jedoch gleichzeitig als ökonomische Kategorie nichts mehr taugt. Und erst eine derart kastrierte Kategorie ist dann für die Übertragung bereit.

> „Die zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebene Verteilungsstruktur verschiedener Arten und Unterarten von Kapital entspricht der immanenten Struktur der gesellschaftlichen Welt, d.h. der Gesamtheit der ihr innewohnenden Zwänge, durch die das dauerhafte Funktionieren der gesellschaftlichen Wirklichkeit bestimmt und über die Erfolgsaussichten der Praxis entschieden wird.“ (Bourdieu 1983, S. 50)

Die mit keinem Satz begründete Analogie wird – und das ist eine geradezu klassische Strategie der Ideologieproduktion – moralisch abgesichert, denn wer wäre nicht gegen gesellschaftliche Zwänge welcher Art auch immer. Wie gesagt: Bourdieu liefert nicht den geringsten Beleg für die Zulässigkeit dieser weitreichenden Analogie, die im Übrigen die Grundlage für sämtliche pädagogischen Weiterverwertungen bildet, und er wäre – hätte er den Marxschen Begriff nicht nur rudimentär zur Kenntnis genommen – zweifellos auch auf den Marxschen Zweifel angesichts solcher Übertragungsversuche gestoßen:

> „Bei der Kunst bekannt, daß bestimmte Blütezeiten derselben keineswegs im Verhältnis zur allgemeinen Entwicklung der Gesellschaft, also auch der materiellen Grundlage, gleichsam des Knochenbaus ihrer Organisation, stehen. […] Nehmen wir z. B. das Verhältnis der griechischen Kunst und dann Shakespeares zur Gegenwart. Bekannt, daß die griechische Mythologie nicht nur das Arsenal der griechischen Kunst, sondern ihr Boden. Ist die Anschauung der Natur und der gesellschaftlichen Verhältnisse, die der

---

[4] Hier lässt Marx ja durchaus Ausnahmen zu.

[5] Damit funktionierte im Übrigen auch Marx‘ Revolutionstheorie nicht mehr und d.h. durch diese unzulässige Übertragung des Kapitalbegriffs wird die historische Logik des Marxschen Konzepts unterminiert. Der Transfer ist daher nicht nur dilettantisch, sondern gerade auch politisch folgenreich, was Bourdieu schlicht verschweigt.

> griechischen Phantasie und daher der griechischen [Mythologie] zugrunde liegt, möglich mit self actors und Eisenbahnen und Lokomotiven und elektrischen Telegraphen? Wo bleibt Vulkan gegen Roberts et Co., Jupiter gegen den Blitzableiter und Hermes gegen den Crédit mobilier?“ (Marx 1857/1858, S. 30)

Die Rede von kulturellem Kapital ist im Marxschen Sinne in jedem Fall grober Unfug und die von sozialem Kapital ebenso, konterkariert sie doch letztlich die gesamte Marxsche Geschichtsphilosophie. Um solche Kategorienbildung in aller Unbefangenheit herstellen zu können, ist eine enorme philosophiehistorische Unwissenheit zwingende Voraussetzung.

Zugleich soll die schlichte Analogiebildung in einer Art sekundärer Verallgemeinerung – nämlich in einer „allgemeinen Wissenschaft von der Ökonomie der Praxis“ (Bourdieu 1983, S. 51) – grundgelegt werden, bei der es jedoch das kleine Problem gibt, dass sie niemals ausgeführt worden ist. Es handelt sich also bei den sektoriellen Ökonomien Bourdieus streng genommen um Ableitungen ohne Grund.

> „Eine allgemeine ökonomische Praxiswissenschaft muss sich deshalb bemühen, das Kapital und den Profit in allen ihren Erscheinungsformen zu erfassen und die Gesetze zu bestimmen, nach denen die verschiedenen Arten von Kapital (oder, was auf dasselbe herauskommt, die verschiedenen Arten von Macht) gegenseitig ineinander transformiert werden.“ (Bourdieu 1983. S. 52)

Allerdings sind die annoncierten ‚Gesetze‘ bei einem abwesenden theoretischen Zusammenhang schlicht nicht zu entwerfen, sodass es bei ihnen wie im Übrigen auch bei der Macht bei einem bloß metaphorischen Zusammenhang bleibt. Ähnlichkeit und Wunsch treten so bei Bourdieu an die Stelle von Gesetzen. Zudem wird selbst auf diesem denkbar bescheidenen Niveau noch nicht einmal der angekündigte generelle Zusammenhang realisiert, sondern auf jene von Marx eingeführte Währung zurückgegriffen:

> „Das ökonomische Kapital ist unmittelbar und direkt in Geld[6] konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in der Form des Eigentumsrechts; das kulturelle Kapital ist unter bestimmten Voraussetzungen in ökonomisches Kapital konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in Form von schulischen Titeln; das soziale Kapital, das Kapital der sozialen Verpflichtung oder „Beziehungen“, ist unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls in

---

[6] Bekanntlich macht Marx zwischen der Äquivalentform des Geldes und dem Kapital einen konstitutiven und eben auch einen historischen Unterschied, um den sich immerhin der ganze erste Band des Kapitals dreht. Bourdieu ignoriert diese Differenzen, die immerhin vollständig andere Sozial-, Wirtschafts- und eben auch kulturelle Formen umfassen, vollständig.

> ökonomisches Kapital konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in Form von Adelstiteln[7].“ (Bourdieu 1983, S. 52f.)

Dass hier so ziemlich gar nichts mehr stimmt und man es mit einer äußerst rabiaten, einzig dem Wunsch, dass es so sein solle, geschuldeten Analogie zu tun hat, wird selbst dem unbefangenen Betrachter bzw. der Betrachterin deutlich. Bourdieu versucht mithin seine Theorie auf einer Art Treibsand aus bloßen Wünschen zu errichten. Dass die Konstruktion und vor allem sämtliche ihrer Ableitungen dann zwangsläufig einsturzgefährdet sind, verwundert kaum. So haben die von Bourdieu gebildeten Formen des Kapitals – inkorporiert, objektiviert und institutionalisiert – mehr mit den gängigen Differenzen soziologischen Denkens – Person, materieller Gegenstand und soziales System – als mit einer Theorie des Kapitals zu tun. Es geht mithin einzig um das Wiederfinden von einem bestimmten Feld vertrauten Unterscheidungen, nun jedoch in einem grundlegend anderen theoretischen Feld und d.h., selbst Bourdieus Kernidee verdankt sich einer ziemlich schlichten Analogie:[8] einer Art soziologischer Projektion.

Solche unbedarften Analogien bleiben jedoch nicht ohne Folgen: So fällt die Transformationsarbeit, die nach Bourdieu aufgewandt werden muss, um die metaphorischen Kapitalsorten in ökonomisches Kapital zu verwandeln, selbst aus dem entworfenen kategorialen System heraus: Sie hat weder etwas mit dem ökonomischen noch mit einem kulturellen oder sozialen Arbeitsbegriff zu tun, d.h., es gibt überhaupt keine theoretische Grundlage für eine solche Arbeit. Die wilden Metaphernketten verknoten sich dabei geradezu unentwirrbar.

Das, was Bourdieu so scheinbar bruchlos metaphorisch zusammenfügt, ist also alles andere als selbstverständlich und es funktioniert historisch eben auch nicht zuverlässig, d.h., es ist nicht nur theoretisch unzuverlässig, sondern es beschreibt noch nicht einmal historische Sachverhalte.

Bourdieu transferiert seine Kapitaltheorie ja im Zuge seiner Analogieschlüsse auch auf eine personale Ebene: etwa als inkorporiertes Kulturkapital. Das Konzept des Habitus repräsentiert dabei gleichsam die in Personen sich manifestierende Kapitalform. Die Analogie stiftet einen – wenn auch unbegründeten – durchgehenden Zusammenhang zwischen Ökonomie, Kultur und Sozialsystem und das bedeutet, dass es nur noch eine einzige relevante Differenz gibt, nämlich die zwischen wenig und viel Kapital. Alle

---

7 Dass sich Kapital und feudale Titel in einer konstitutiven Distanz befinden, wird von Bourdieu hier ziemlich großzügig übersehen.

8 Dass Bourdieu gleich ganze Serien von Metaphern wie: „Wechselkurs“ (Bourdieu 1983, S. 62), „Kreditwürdigkeit“ (Bourdieu 1983, S. 63), „Profit“ (Bourdieu 1983, S. 64), „Monopol“ (Bourdieu 1983, S. 68) etc. - dem dann noch hinzufügt, macht die Sache zweifellos nicht besser.

Dass Bourdieu praktisch keine Grenzen für seine Analogieschlüsse kennt, wird spätestens dann deutlich, wenn er von dem „Prinzip der Erhaltung sozialer Energie“ (Bourdieu 1983, S. 71) schwadroniert und damit auch noch die Physik und Physikerinnen plündert.

gesellschaftlichen Unterscheidungen sind so synchronisiert und diese Synchronizität findet ihren Grund in der universalen Analogie.

Wenn jedoch alles seinen Grund hat, dann gibt es auch keine zufälligen Unterscheidungen. Der Habitus ist also alles andere als zufällig, sondern determiniert. Dennoch spricht einiges gerade für eine solche Zufälligkeit, also den Zeichencharakter des Habitus, der Schemata und Praxisformen. Denn diese müssen nicht zwangsläufig synchron zu anderen Unterscheidungen verlaufen, um Sinn machen zu können: Gesellschaftliche Differenzierung braucht nicht zwangsläufig auch einen ökonomischen Grund. Dass Bourdieu über weite Strecken den Verlockungen von Analogieschlüssen erliegt, ist bekannt und letztlich auch Grund seiner verwirrenden Rede von kulturellem Kapital. Die einfachen Analogieschlüsse verstellen jedoch letztlich den Blick darauf, dass die wirklichen Verhältnisse in der Regel ein wenig komplexer liegen. Denn die immanenten Logiken der in die Analogie gezwungenen Systeme sind nun einmal nicht kompatibel: Originalität und Differenzproduktion im Kunstsystem entsprechen eben in nichts der Kapitalakkumulation und Mehrwertproduktion. Zugleich inhäriert die Synchronisation im Prinzip inkompatibler Sphären die Idee, dass dem Ganzen ein immanenter Sinn unterliege: Die ästhetische und die ökonomische Elite werden parallelisiert und es wird implizit unterstellt, dass es einen rationalen Grund für diese Hierarchisierung gäbe. Diese Rationalitätsvermutung unterlegt der sozialen Differenzierung damit letztlich eine Art Sinn.

Fast so scheint es, als würde Bourdieu der Tragfähigkeit des eigenen Konzepts nicht so recht trauen, denn das Kapital ist keineswegs die einzige Kategorie, die für eine transversale Systemsynchronisation sorgen soll: Habitus, Raum[9] und Macht sollen ebenso ansonsten weitgehend inkompatible Systeme symbolisch gleichschalten. Dabei beruht die Systemangleichung auf bloßen Analogien und d.h., sie bleibt imaginär oder symbolisch. Es handelt sich insofern um bloße Sprachpolitik.

Der Abschied von den Metaphern

Solche Rationalitätsvermutungen werden vielen kulturellen und sozialen Differenzierungen[10] unterlegt und sie haben sich bislang samt und sonders als

---

[9] „Die als Konstruktionsprinzipien des sozialen Raums fungierenden Eigenschaften (bzw. Merkmale) bilden die verschiedenen Sorten von Macht oder Kapital, die innerhalb der einzelnen Felder jeweils in Kurs sind.“ (Bourdieu 1984, S. 10)

[10] So ging etwa die Defizithypothese der Soziolinguistik von einer ähnlichen Rationalitätsvermutung aus, indem sie einem bestimmten Sprachverhalten eine optimalere Denkleistung und Komplexitätsreproduktion unterstellte als einem anderen. Zugleich waren die Sprechweisen entsprechend sozial codiert. Bourdieu überträgt mit seinem Habituskonzept Basil Bernsteins Vorstellung restringierter und elaborierter Codes auf den ästhetischen Bereich und er scheitert hierbei genauso krachend wie Bernstein von der Differenzhypothese Labovs widerlegt wurde. Dennoch war

unangemessene Strategien der Komplexitätsreduktion erwiesen. Also gilt es die Analogie des Habituskonzepts[11] als Resultat einer soziologischen Wunschvorstellung zu verabschieden. Dennoch ist die Beobachtung von einer signifikanten Differenzproduktion und der Möglichkeit ihrer sozialen oder kulturellen Codierung durchaus zutreffend. Allerdings verhalten sich beide zueinander – wie bei einer ordentlichen Sprache eben auch – grundsätzlich arbiträr: Sie sind beliebig definierbar und ihnen wohnt kein geheimer Sinn und eben auch keine unterschwellige Logik inne. Das ist nicht zuletzt enorm bedeutsam für die Vorstellung von Kompetenz, denn die orientiert sich an einer der ökonomischen Logik wenigstens prinzipiell vergleichbaren Rationalität, wodurch Kompetenz eben mit Notwendigkeit und Sinn ausgestattet werden. Vollkommen zu Unrecht übrigens, wenigstens wenn der Gedanke der Arbitrarität ernst genommen wird.

> „Als Vermittlungsglied zwischen der Position oder Stellung innerhalb des sozialen Raumes und spezifischen Praktiken, Vorlieben usw. fungiert das, was ich „Habitus“ nenne, das ist eine allgemeine Grundhaltung, eine Disposition gegenüber der Welt, die zu systematischen Stellungnahmen führt.“ (Bourdieu 1982, S. 31)

> „Die Lebensstile bilden also systematische Produkte des Habitus, die in ihren Wechselbeziehungen entsprechend den Schemata des Habitus wahrgenommen, Systeme gesellschaftlich qualifizierter Merkmale (…) konstituieren. Grundlage jenes alchemistischen Prozesses, worin die Verteilungsstruktur des in seiner objektiven Wahrheit verkannten, symbolischen und legitimen Kapitals verwandelt wird, ist die Dialektik von sozialer Lage und Habitus.“ (Bourdieu 1979, S. 281)

Der Zusammenhang von Habitus, Lebensstilen und normativer Bewertung, den Bourdieu hier konstatiert, lässt sich zweifellos beobachten, allerdings verkennt Bourdieu die Struktur des alchemistischen Prozesses, nämlich seine prinzipielle Willkür.

---

der Analogieschluss der Defizithypothese so attraktiv, dass ihr noch Habermas unterlag und er sie in seinem Konzept der kommunikativen Kompetenz quasi fortschrieb.

[11] Bei Bourdieu wird sie als eine „Homologie der Räume“ (vgl. Bourdieu 1979, S. 286ff; Bourdieu 1972, S. 188) beschrieben, womit nur eine weitere Metapher benutzt wird, um so etwas wie eine sozio-kulturelle Konformität zu erklären. Mal ganz davon abgesehen, dass Bourdieu hier mit der gewohnten begrifflichen Inkonsequenz operiert, hat die Beschreibungsleistung der zugrundeliegenden These jedoch fühlbar abgenommen. Denn genau diese Homologie scheint unter digitalen Konditionen verloren gegangen zu sein, ohne dass sich an der grundlegenden ökonomischen Differenz etwas geändert hätte – ja im Gegenteil: der zunehmenden ökonomischen Spreizung der Gesellschaft tritt genau der gegenläufige Prozess im Bereich der Mediennutzung und der kulturellen Differenzierung gegenüber. Damit aber hat die Analogie ihren Grund verloren. Im Übrigen setzt das Vertrauen auf einfache Analogien eher die Aneignungslogik von Friedrich Engels als die von Marx fort.

> „Wir neigen dazu, die Wirksamkeit derjenigen Formen der Macht zu unterschätzen, die mit der symbolischen Gewalt zusammenhängen.“ (Bourdieu 1977, S. 17)

Was von Bourdieu überraschenderweise jedoch vor allem unterschätzt wird, ist die Leistung von Sprache als System. Er bleibt den Inhalten verhaftet und dringt nicht zur Form vor. Denn die Leistung des Habitus ist die eines reinen Distinktionsmerkmals und nicht die einer Qualität, Kompetenz oder Leistung. Der Habitus ist allenfalls historisch motiviert und d.h. tradiert, ganz einfach, weil es leichter ist, bekannte Unterscheidungen zu benutzen, als neue einzuführen und durchzusetzen.

Der Habitus als arbiträres soziales Zeichen

> „Jedes Sprachsystem ist immer ein Mittel des Ausdrucks, aber zugleich auch ein Mittel der Zensur. Paradoxerweise besteht eine Sprache immer aus jenen Dingen, die sie auszusprechen erlaubt, aber auch aus jenen, die sie auszusprechen und zu denken verbietet, die aber von anderen Sprachsystemen wiederum zugelassen werden.“ (Bourdieu 1977, S. 19f.)

Wenn jedoch der Habitus in seinem Kern ein willkürlich und prinzipiell frei wählbares Zeichen ist, mit dessen Hilfe soziale Differenzen codiert und sichtbar gemacht werden, dann hat das Konsequenzen für den Umgang mit Mediennutzungsverhalten. Medien und Medienpraktiken sind hinreichend divers, dass Differenzen in sie eingeschrieben werden können. Und da der Mediengebrauch (etwa über die Differenz von Hochkultur und Volkskultur[12]) immer schon historisch als soziales Distinktionsmerkmal fungierte, wäre es verwunderlich, wenn dieses Distinktionspotential nicht genutzt würde.

> „Der Habitus erzeugt fortwährend praktische Metaphern, bzw., in einer anderen Sprache, Übertragungen (…) oder besser, durch die spezifischen Bedingungen seiner praktischen Umsetzung erzwungene systematische Transpositionen …“ (Bourdieu 1979, S. 281)

> „Was gemeinhin *Metapher* genannt wird, stellt nur ein Resultat unter anderen jener *Übertragungen von Schemata* dar, die durch Anwendung praktischer Wahrnehmungs- und Handlungsschemata auf neuartige Bereiche neue Bedeutungen hervorbringen: …“ (Bourdieu 1972, S. 169)

Wenn aber der Habitus von einer Art metaphorischer ‚Logik‘ – also einem System von Analogien – reguliert wird, dann ist deutlich, dass Bourdieu bei seinem Modell mit

---

[12] An diese Differenz schließen sich zahlreiche auch sozial codierte Differenzen an: etwa die von Tragödie und Komödie, institutionalisiertem Theater und Jahrmarkt, auratisierte Kunst vs. Freak Show und Attraktionstheater, Kunstmusik vs. Volkslied, Oper und Operette, Theater und Varieté, Bildende Kunst und Fotografie, Kunst und Unterhaltung. Allein an der Vielzahl der historisch eingeführten Differenzen, die soziale Differenzen codieren, wird deutlich, dass der Distinktionsleistung ästhetischer Merkmale eine enorme soziale Bedeutung zugemessen wird.

abgeschwächten Notwendigkeiten operiert und die schlichte Sichtbarkeit der Differenz wesentlicher ist als deren kognitive oder analytische Leistung. Es lassen sich keine gesetzmäßigen oder notwendigen Beziehungen konstatieren, sondern bestenfalls durch Ähnlichkeit motivierte Bezüge feststellen. Dass Bourdieu dann letztlich doch nicht bereit ist, den Schritt zur vollständigen Arbitrarität[13] zu gehen, sondern er quasi in der Mitte der Differenz stecken bleibt, liegt an einer symbolischen Überbewertung der Bedeutsamkeit von Analogien.

> „Die *stilistische Affinität* der Praxisformen eines Akteurs oder aller Akteure einer Klasse, die jede Einzelpraxis zu einer „Metapher“ einer beliebig anderen werden läßt, leitet sich daraus ab, daß sie alle aus Übertragungen derselben Handlungsschemata auf die verschiedenen Felder hervorgehen.“ (Bourdieu 1979, S. 282)

Die Affinität unterschiedlicher Elemente und Aspekte des Habitus zueinander wird von Bourdieu auf eine Übertragung desselben Prinzips auf unterschiedliche Bereiche zurückgeführt. Das setzt jedoch einen gesellschaftlich geplanten, einigermaßen komplexen Organisationsprozess voraus, für den es keinerlei Indikatoren gibt. Denn die Affinitäten könnten genauso gut das Resultat einer Serie von assoziativen Kopplungen sein, die sekundär übercodiert werden. Bourdieu will von einem Rest an Notwendigkeit, den er im Übrigen nie nachzuweisen vermag, ganz offenkundig nicht lassen. Man hat es also mit einer wunschgeleiteten nachträglichen Rationalisierung zu tun, die der ganzen kulturellen Arbeit, der Askese und der Freundlosigkeit, denen sich das Bürgertum zur Produktion von deutlichen Distinktionsmerkmalen unterworfen hat, wenigstens noch einen finalen Sinn unterstellt.

Das Distinktionssystem der medialen Praxen

Demgegenüber muss davon ausgegangen werden, dass Medienpraktiken weder technologisch motiviert, noch sozial vorgeschrieben oder geplant sind, sondern dass emergierende Praxisformen sekundär sozial und kulturell codiert werden. Dabei ist das Zeichensystem, das die Praxen des Mediengebrauchs bereitstellen, vergleichsweise diffus und offen. Es gibt keinen endlichen Katalog eindeutig identifizierbarer Mediennutzungspraktiken, sondern allenfalls ein Feld von Praxisformen, die mehr oder minder ähnlich oder aber verschieden sind. D.h. man hat es mit einem Feld unterschiedlicher und nur begrenzt systematisierbarer Praxisformen mit unscharfen Rändern zu tun, dem sekundär soziale und kulturelle Bewertungen zugeschrieben werden. Dabei gibt es zwei Routinen für die Bewertung: eine historische, die tradierte und bereits sozial und kulturell codierte Muster fortschreibt, und die inverse, die Praktiken, die sich bei bestimmten sozialen oder kulturellen Gruppen entwickelt haben, aufnimmt und

[13] Bourdieu kennt Arbitrarität allenfalls bei der Form der Kapitalaneignung (vgl. Bourdieu 1983, S. 74), also ausgerechnet dort, wo die Kategorie ohne allen Zweifel deplatziert ist.

entsprechend des sozialen Status ihrer Akteure bewertet. Beide Codierungsvorgänge werden im Prozess der Enkulturation von neuen Medien etabliert und können danach als einigermaßen stabil gelten, sodass ein spezifischer Mediengebrauch weitgehend verlässliche Rückschlüsse auf den sozialen Status und kulturelle Präferenzen zulässt. Diese Abfolge ist umso bedeutsamer, als im Zuge der Digitalisierung die ökonomischen oder technologischen Indikatoren ihre Aussagekraft nahezu vollständig eingebüßt haben und man im Bereich der Medienpraxen so einen weitgehend bedeutungsoffenen kulturellen Raum zur Verfügung hatte.

Bourdieus Versuch, sich mit seinem praxeologischen, produktionsorientierten Konzept zwischen Subjektivismus und Objektivismus (vgl. Bourdieu 1972, S. 169) mittels einer geradezu hegelianischen Aufhebung (vgl. Bourdieu 1972, S. 175) durchzulavieren – was im Übrigen kaum etwas anderes als den Versuch bezeichnet – Hermeneutik und Szientismus ohne die erforderlichen wissenschaftstheoretischen Konsequenzen zusammenzuführen, verfährt mit seinem analogischen Halt und metaphorischen Denken – was eigentlich allenfalls eine Schrumpfform des Denkens darstellt – letztlich nicht konsequent genug. Bourdieus Habitus-Konzept bildet quasi das Komplement zu Foucaults Dispositiv-Begriff und passt solcherart prinzipiell durchaus in die Welt medialer Dispositionen und Infrastrukturen – nur dass Bourdieu der konstruktiven gesellschaftlichen Kraft nicht hinreichend traut, sodass er ihr eine motivierende Krücke verschreibt. Dass der Habitus rein willkürlichen, dem bloßen Willen zur Dezision sich verdankenden Ursprungs sein könnte – was eigentlich das Konstrukt noch entschieden stärker machte – wagt Bourdieu offenkundig nicht zu denken, da es die formgebende ökonomische Determinationskraft schwächte. Er benötigt die Krücke der Analogie und damit einen Rest Notwendigkeit, um die gesellschaftliche Kohärenz zu erklären und sie nicht dem Zufall einer mehr oder minder willkürlichen Setzung zu überlassen. Nun gut, es gelingt Bourdieu letztlich nicht, diese Notwendigkeit auch nur einigermaßen zuverlässig unter Beweis zu stellen und offen gestanden spricht in zentralen Anwendungsfeldern – nämlich Kunst und Medien – ziemlich wenig für eine solche Synchronisation mit der ökonomischen Strukturierung der Gesellschaft.

Wenn aber die soziale Distinktion mittels differenter Medienpraktiken mit willkürlichen Zeichen operiert und nicht motiviert ist, dann kann man sie auch nicht mittels sachlicher Notwendigkeit ableiten und quasi durch eine rückwirkende Rekonstruktion legitimieren, sondern dann muss dieses Distinktionsinstrument gelernt werden wie alle anderen Sprachen auch. Es gibt keine Gründe für die Distinktion außer dem bloßen Willen dazu. So gesehen ist das Habituskonzept von Bourdieu letztlich pädagogisch kontraproduktiv, lassen sich doch die verschiedenen Spielarten des Habitus aus seiner Motiviertheit erschließen. Die guten Gründe machen die pädagogische Intervention überflüssig, denn es ginge ja auch ohne organisierte Lernprozesse. Erst wenn die soziale Distinktion nicht mehr selbsterklärend ist, muss sie notwendig zum Gegenstand von formaler Bildung werden.

Wenn also der Wille zur Unterscheidung auf ein prinzipiell offenes und kaum präformiertes System wie das postkonventionelle Mediensystem und die in ihm ermöglichten Praktiken trifft, dann wird deutlich, dass sich prinzipiell alle möglichen für wünschenswert oder für notwendig erachteten sozio-kulturellen Unterscheidungen in es einschreiben lassen und dass das vollkommen willkürlich erfolgen kann.

Mediennutzungsstile sind insofern prinzipiell weder notwendig an bestimmte soziale Klassenlagen oder entsprechende kulturelle Bildungsniveaus gebunden, sie können jedoch jederzeit mit Klassenlagen und Bildungsniveaus eine kulturell relativ stabile Bindung eingehen, sie müssen das jedoch nicht zwangsläufig tun, sondern können es genauso gut lassen und rein kulturelle Differenzen konstituieren und codieren. Mediennutzungsstile beschreiben, welche Medien in welchen Kontexten für welche Funktionen und welche Aussagen oder Handlungen verwendet werden und sie stiften dadurch, dass die Praktiken niemals isoliert sind, sondern stets soziale Ereignisse darstellen, so etwas wie einen sozialen Zusammenhalt. Die Grenzen zwischen den sozialen Gruppen sind dabei alles andere als unüberwindlich,[14] sondern die Möglichkeit zum Transfer ist in die digitale Medienwirklichkeit fest eingebaut. Allein von daher wäre die binäre Codierung im Sinne einer durch einen zentralen ökonomischen Widerspruch determinierten Klassenlage durch ein postkonventionelles Mediensystem geradezu widersinnig. Die feinen Unterschiede des Mediensystems codieren ebenso feine soziale und kulturelle Differenzen, die nur wenig Unterstützung für brachial materialistische Determinationsmodelle bieten.

Wir haben es also mit einem System möglicher, aber eben nicht notwendiger Relationen zu tun, denen jeweils soziale oder kulturelle Unterschiede zugeschrieben werden können. Dabei ist die Logik des Mediensystems keineswegs einheitlich und das macht die Angelegenheit selbst nicht unbedingt einfach. Neben den formal-ästhetischen Differenzen zwischen den Medien, also ihren ästhetischen oder sinnlichen Qualitäten, die ebensolche Differenzen organisieren, gibt es noch das System der traditionellen Bedeutungen, die an den analogen Medien historisch festgemacht wurden und die unter digitalen Konditionen als kultureller Rest mitgeschleppt wurden. Das digitale Mediensystem verlängert solcherart die soziale und kulturelle Diskriminierungsleistung des analogen Mediensystems. Es eröffnet aber darüber hinaus neue Kombinationsmöglichkeiten, die noch nicht zwangsläufig kulturell oder sozial besetzt sind.

Mediennutzungsstile stellen jeweils spezifische Kombinationen von medialen Handlungsfunktionen, Medien, Medientechnologien, Apparaten und Kontexten dar, die über eine eminente Varianzbreite verfügen. Wenn man etwa die Serie medialer Handlungsfunktionen analysiert – nämlich Beobachten, Rezipieren, Dokumentieren, Archivieren, Aussagen, Diskutieren, Darstellen, Gestalten, Spielen – so sind für die Realisation all dieser Handlungsfunktionen stets unterschiedliche Medien denkbar. So sind

---

[14] Da es auch keiner apparativen Investitionen mehr bedarf, liegt die nächste soziale Schicht immer nur ein paar Bits neben der eigenen. Es gibt also keine materiellen Gründe für die Differenz.

etwa für die Dokumentation neben der Medienpraxis der Schrift, der Fotografie, der akustischen Dokumentation, der Zeichnung und der Erzählung oder des Nachstellens/Nachmachens genauso alle denkbaren Kombinationen aus ihnen vorstellbar.

Die einzelnen Medienpraxen sind dann wiederum mittels unterschiedlicher Medientechnologien zu aktualisieren: So ist etwa die Schrift als Handschrift, als Maschinenschrift, als Druck oder als digitaler Text bzw. Ausdruck zu realisieren. Die Realisierung operiert dabei zudem auf unterschiedlichen technologischen Niveaus – nämlich dem manuellen, dem maschinellen und dem digitalen. Darüber hinaus können die eingesetzten Medientechnologien monofunktional wie Bleistift und Schreibmaschine oder aber universal wie Computer, Tablett oder Smart-Phone sein.

Allein dieser Komplex aus medialen Handlungsfunktionen, Medien, Medientechnologien und monofunktionalen bzw. universalen Apparaten lässt das prinzipielle Varianzspektrum des Systems deutlich werden, in das die sozialen und kulturellen Unterschiede eingeschrieben werden. Wenn dann noch bedacht wird, dass Medienpraktiken nur äußerst selten isoliert, sondern stets in komplexe Medienhandlungsprozesse integriert sind, sodass man es in der Regel mit einer Kombination von Medienhandlungen zu tun hat, dann wird die ganze Komplexität der medialen Sprache und ihres Distinktionspotentials deutlich.

Wie aus unendlichen Unterschieden eine endliche Geschichte wird

Das mediale Distinktionssystem ist in jedem Falle offen, denn jedes neue Medium und jede neue Medienpraxis sind zwangsläufig auf eben dieses Distinktionssystem bezogen und sie erweitern es zugleich, nicht zuletzt dadurch, dass sie neue Kombinationen und Assoziationen zulassen. Das wiederum bedeutet, dass sich – wenn auch nicht unendlich viele, so doch in jedem Fall außerordentlich viele – Unterschiede mittels dieses medialen Distinktionssystems codieren lassen. Es handelt sich also um eine recht leistungsfähige Sprache zur sozialen und kulturellen Differenzierung.

Allerdings sind die feinen Unterschiede in der Regel sozial erst in zweiter Linie relevant. Zunächst einmal geht es um ziemlich banale und grobe Differenzierungen, die quasi für eine Vorsortierung sorgen. D.h. sozial und eben auch kulturell sind die feinen Unterschiede gar nicht so interessant, sondern es geht um die groben mit dem nachhaltig strukturierenden Effekt. Das bedeutet, dass das mediale Distinktionssystem, wenn es denn kulturell und sozial funktionieren soll, sowohl grobe als auch feine Unterschiede codieren können muss. Dass Bourdieu die Vorsortierung an der Unterscheidung von Kunst und populärer Kunst festzumachen sucht, kommt dabei zweifellos nicht von ungefähr: Die historische Ausdifferenzierung des Mediensystems aus dem Kunstsystem[15] sorgte nicht

---

[15] Die sorgte im Übrigen dafür, dass das Kunstsystem für einen Großteil der frühen Medientheorien das allgemein als zuständig angesehene Referenzsystem und damit zugleich den Grund für seine normative Einordnung bildete, was man bei Eisenstein, Brecht, Arnheim, Kracauer etc. recht gut nachweisen kann.

nur für eine unterschiedliche soziale Adressierung, sondern eben auch für eine entsprechend angepasste kulturelle Bewertung. Die Differenz von Kunst und Unterhaltung beschrieb wenigstens bis zur Postmoderne in der Regel auch einen medialen Unterschied. Bourdieu nutzte diese historisch synchronisierten Differenzen und universalisierte diese.

Nun werden soziale und kulturelle Attribute nicht in jedem Fall jeder isolierten Medienhandlung zugeschrieben, sondern man bildet, um einigermaßen praktikable Attribuierungen vornehmen zu können, Komplexe aus standardisierten Handlungen, Medien, Technologien, Apparaten und Kontexten. Solche Mediennutzungsstile sind also nichts anderes als standardisierte Clusterungen oder Felder von Kombinationen von Handlungsfunktionen, Medien, Medientechnologien, Apparaten und sozio-kulturellen Kontexten. Die Zahl der identifizierten Stile ist dabei prinzipiell offen und sie wird eher pragmatisch als systematisch begrenzt.

Dabei ist über eine etwaige Leistungsfähigkeit solcher Mediennutzungsstile nichts gesagt: Bestimmten Medienhandlungen lässt sich vielleicht so etwas wie Professionalität nachweisen, aber außerhalb solcher Professionalisierungen, denen in der Regel eine apparative und mediale Ausdifferenzierung korrespondiert, sind sämtliche Kombinationen von Handlungsfunktionen, Medien, Medientechnologien und Apparaten Fragen freier Wahl, die weder eindeutige Hinweise auf Effizienz, Rationalität oder Komplexität geben, noch eine spezifische kulturelle oder ästhetische Leistungsfähigkeit aufweisen.

Interessant ist, dass solche Mediennutzungsstile – also die gruppenspezifische kontextsensitive Selektion von Medien, Apparaten und Praktiken – gerade erst im Begriff sind sich herauszubilden. Dass derartige Stile entstehen werden, lässt sich allein schon aufgrund der Geschichte an Einzelmedien festzumachender Nutzungsstile erwarten. Allerdings waren die traditionellen, an Einzelmediendispositive gekoppelten Nutzungsstile vergleichsweise einfach aufgebaut: Sie waren zumeist linear anhand der Achse künstlerisch, professionell, amateur- und laienhaft zu differenzieren, was zu ziemlich eindeutigen Hierarchisierungen, die zudem noch an spezifische, ebenfalls linear gestufte Kompetenzen gekoppelt waren, führte.

Derartige Eindeutigkeiten sind passé, sie sind vielmehr komplexen regionalen Kompetenzen und Präferenzen gewichen. Die einfache Ordnung, die mit einer singulären linearen Differenzierung operiert, ist einem mehrdimensionalen Feld mit einer ganzen Serie von Differenzierungen und Parametern gewichen. Differenziert wird so anhand des Alters von Technologien, des Alters der Akteure und Akteurinnen, deren Bildungsniveau, der Komplexität von Darstellungsweisen und Darstellungsformaten, der Intensität der Mediennutzung und der verwendeten Repertoires.

Wenn jedoch die lineare Stratifizierung der Gesellschaft zunehmend einer multidimensionalen Ausdifferenzierung in Milieus weicht und diese nicht zwangsläufig über einen sozialen Index verfügen, dann taugen Klassenidentitäten – sofern es so etwas überhaupt noch geben sollte – auch nicht mehr zur Beschreibung eines solchen Systems.

Wenn jedoch die Mediennutzungsstile die flachen und ziemlich fluiden Identitäten solcher sozio-kulturellen Milieus repräsentieren, dann wird ihre Lesbarkeit zu einer zentralen Orientierungsleistung, ohne dass dem zwangsläufig bestimmte Rationalitätsvermutungen oder Kompetenzunterstellungen korrespondieren müssten. Die Identifizierung von Mediennutzungsstilen berechtigt aber eben auch nur zu ziemlich begrenzten Folgerungen, die im Einzelnen vielleicht äußerst detailscharf ausfallen mögen, die aber eine vergleichsweise geringe Systematizität und Generalität aufweisen und wenig Auskunft über Tradierungsprozesse oder vergleichbare soziale Dynamiken geben.

Literatur

Bourdieu, Pierre (1972): *Entwurf einer Theorie der Praxis – auf der ethnologischen Grundlage der kabylischen Gesellschaft.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1977): Politik, Bildung und Sprache. In: Steinrücke, Margarete (Hrsg.): *Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur 1.* Hamburg: VSA, S.13–30.

Bourdieu, Pierre (1979): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. In: Steinrücke, Margarete (Hrsg.): *Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur 1.* Hamburg: VSA, S. 31–48.

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Steinrücke, Margarete (Hrsg.): *Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur 1.* Hamburg: VSA, S. 49–86.

Bourdieu, Pierre (1984): Sozialer Raum und ‚Klassen'. In: *Sozialer Raum und ‚Klassen. Lecon sur la lecon. Zwei Vorlesungen.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 7–46.

Dessauer, Friedrich (1927): *Philosophie der Technik. Das Problem der Realisierung.* Bonn: Cohen.

Gumbrecht, Hans Ulrich; Pfeiffer, K. Ludwig (1988): *Materialitäten der Kommunikation.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Marx, Karl (1857/58): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie.* (Rohentwurf) 2. Aufl. Berlin: Dietz.

Marx, Karl (1867): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 1. Bd., Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals.* 22. Aufl. Berlin: Dietz.

Medienbildung, Diversität und das Recht auf Teilhabe: Warum für Lehrkräfte die Vermittlung von *digital literacy* eine ethische Frage ihres Professionsverständnisses ist

Gudrun Marci-Boehncke/Matthias Rath

Zusammenfassung

Nur ca. 50% aller Lehramtsstudierenden haben einen digital-medienaffinen Habitus. Damit zeigen sich gerade diejenigen Studierenden besonders medienkonservativ, die für die Vermittlung zukunftsweisender Kompetenzen an die nachwachsenden Generationen verantwortlich sind. Da digitale Medien aufgrund ihres technischen *universal designs* wichtige Zugangsmöglichkeiten zur Gesellschaft bedeuten – die auch solche Bevölkerungsgruppen benötigen, deren Teilhabe zur Mehrheitsgesellschaft durch sprachliche, intellektuelle, motorische oder andere Umstände erschwert ist – ist die Vermittlung entsprechender technischer aber auch inhaltlicher Kompetenzen für alle Schüler und Schülerinnen keine Frage individuellen Beliebens von mehr oder minder versierten Lehrkräften, sondern ein ethischer Anspruch aller Lernenden und ihrer Eltern an staatliche Bildungsinstitutionen. Die Umsetzung von Medienkompetenzerlassen sollte deshalb nachhaltiger evaluiert werden als andere curriculare Veränderungen – etwa neue Rechtschreibregeln. Ein Versäumnis der Vermittlung digitaler Kompetenz ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte.

Bildung, Aufklärung und Teilhabe – Von den Grundwerten des Berufs als Lehrkraft

Die Vereidigung einer staatlich angestellten Lehrkraft auf die Verfassung ist mehr als das *billet d'entrée* in den Beamtenstand. Es ist die Zustimmung zu einem gesellschaftlich vorausgesetzten Grundkonsens. Die lehrende Person verpflichtet sich auf der Basis geteilter Werte und Rechtsansprüche Verantwortung für die Enkulturation (vgl. Wurzbacher 1968) der nachwachsenden Generationen zu übernehmen. Diese Werte werden in Deutschland durch das *Grundgesetz*, in Österreich durch die *Bundesverfassung* bestimmt und schließen auch solche internationalen Regularien mit ein, die diese nationalen Verfassungen rahmen. Das ist ganz prominent die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen von 1948 sowie die Europäische „Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten“, 1950 vom Europarat verabschiedet und seit 1953 in Kraft. Das bedeutet, dass bestimmte Rechte nicht nur für die jeweiligen nationalen StaatsbürgerInnen gelten, sondern für alle Menschen, die auf dem Boden dieser Nationen leben.

Die Zuweisung dieser Rechte an alle Menschen ist das eine, das andere ist die Möglichkeit, diese Rechte wahrzunehmen und für sich jeweils zu realisieren. Dies gilt z.B. für die Rechte auf Bildung, Gleichberechtigung, Informations- und Meinungsfreiheit. Sie bedürfen – häufig unausgesprochen – weiterer Kompetenzen, um diese Rechte überhaupt

einlösen, ja, zum Teil das Recht selbst erst einmal zur Kenntnis nehmen zu können. Den Zugang zu Informationen etwa kann man erst dann in Anspruch nehmen, wenn man die Voraussetzungen dazu besitzt: Man muss sprechen, Fragen stellen können, Zusammenhänge verstehen und dazu soziale und intellektuelle Kulturtechniken beherrschen. Die Realisierung der deklarierten Menschenrechte fußt demnach auf Vorannahmen, die durch die Deklaration noch keineswegs eingelöst sind. Es geht dabei um die Klärung der grundlegenden, Praxis allererst ermöglichenden Frage „how to measure the quality of life“ (Nußbaum & Sen 1993, S. 2).

Diese Vorannahmen meinen also vorausgesetzte Realisierungsbedingungen, die ungenannt, aber essentiell sind. Sie liegen teilweise auf der „Makroebene“ (vgl. Bronfenbrenner 1981), sind also Realisierungsbedingungen, die das jeweilige Gemeinwesen rechtlich und infrastrukturell erst noch schaffen muss (z.B. allgemeine Schulpflicht, eine Ausbildungsregelung für zukünftige Lehrkräften). Sie müssen auf „Mesoebene“ eingelöst werden, wo regionale Systeme Realisierungsbedingungen schaffen müssen (z.B. kommunaler Schulbau). Und schließlich müssen sie auf der „Mikroebene“ vorliegen. Sie betreffen also individuelle Voraussetzungen wie „Reading Literacy“ (EU High Level Group of Experts on Literacy 2012) oder „Media Literacy“ (Bennett 2008; Hobbes 2010; Kontovourki et al. 2016). Diese vorausgesetzten Realisierungsbedingungen sind nicht nur in einem instrumentellen Sinne zu fordern, sondern stehen selbst unter einem normativen Anspruch: Diese Vorannahmen sind als Bedingungen der Realisierung der normativ ausgezeichneten Rechte selbst moralisch geboten. Sie sind also elementare Ansprüche, die „als in den Ideen der Menschenwürde und des menschenwürdigen Lebens selbst enthalten aufgefasst werden“ (Nussbaum 2010, S. 218).

Diese Zugangsvoraussetzungen zur Verwirklichung von Teilhabe berücksichtigt Martha Nussbaum prominent in ihrem zusammen mit Amartya Sen entwickelten „Capability approach” (ebd., S. 19). Dieser Ausdruck wird häufig – auch in der deutschen Ausgabe Nussbaum (2010) – mit „Fähigkeitenansatz” übersetzt. Dieser Übersetzung schließen wir uns im Folgenden nicht an, sondern übernehmen die Übersetzung mit „Befähigungsansatz“. Beide Übersetzungsmöglichkeiten sind zwar semantisch möglich, aber sie perspektivieren jeweils einen anderen Aspekt. „Fähigkeitenansatz“ setzt an den (letztlich speziesistischen) grundsätzlichen Fähigkeiten des Menschen an, die u.U. durch das Individuum nicht aus eigener Kraft (oder überhaupt nicht) verwirklichen kann („Functioning“ oder „Tätigkeit“ bei Nussbaum, vgl. ebd., S. 19, Anm. d. Übers.). „Befähigungsansatz“ hingegen fokussiert auf die Notwendigkeit, die Voraussetzungen allererst zu schaffen, die es dann erlauben, grundsätzlich bestehende oder auch nur postulierte Fähigkeiten zu realisieren. Daraus resultiert in einer weitergehenden, *ethischen* Perspektive die moralische Pflicht der Gesellschaft und ihrer Individuen, diese nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um die artgemäßen Fähigkeiten zu realisieren und damit in individuelle Tätigkeit zu überführen. Gerade für die Thematik unseres Beitrags scheint uns daher die Übersetzung „Befähigungsansatz“ angemessener.

Nussbaum argumentiert ihren Befähigungsansatz als alternatives Verständnis einer Vertragstheorie, die sie in Auseinandersetzung mit der *Theory of Justice* des US-amerikanischen Philosophen John Rawls entwickelt. Sie reiht sich damit in den Kontext des insgesamt sehr breit gefassten *Politischen Liberalismus* ein. Nussbaum zufolge ist die bei Rawls postulierte Rechtfertigung eines Gesellschaftsvertrags angesichts gegenseitiger Vorteile (Utilitarismus), die von Parteien mit durchschnittlichen geistigen und körperlichen Fähigkeiten in einem Gedankenexperiment geleistet würde, fraglich. Es würden – so ihre Kritik – bereits in der Konstruktion des Gedankenexperiments „Welche gesellschaftliche Ordnung würde ich akzeptieren, wenn ich nicht wüsste welche Position ich in dieser Gesellschaft einnehme, ich aber von geistig und körperlich durchschnittlichen Fähigkeiten ausgehe?“ Vorannahmen getroffen, die behinderte Menschen systematisch ausschließen (vgl. ebd., S. 35). Diese Konstruktion sei jedoch, so Nussbaum, heute teilweise obsolet, weil es gerade hochentwickelten Gesellschaften nicht nur um ein Agreement zum gegenseitigen persönlichen Vorteil, sondern um die Verwirklichung universeller Prinzipien wie dem des Respekts vor der Würde des Menschen als Individuum gehe, unabhängig von individuellen Fähigkeitsvoraussetzungen. Erst mit einer Perspektive, die die individuellen Realisierungsfähigkeiten zunächst außer Acht lassen, kämen auch Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen (ebd., S. S. 33) in den Blick.

> „Da die Frage der Gerechtigkeit im Umgang mit Menschen mit Behinderungen heute ganz oben auf der Agenda einer jeden anständigen Gesellschaft steht, erscheint der Ausschluss all dieser Menschen von der Teilhabe an den grundlegenden politischen Entscheidungssituationen als äußerst problematisch, wenn man in Rechnung stellt, dass viele, wenn nicht die meisten von ihnen, offensichtlich in der Lage wären, an einer solchen Entscheidung teilzunehmen“ (ebd., S. 37-38).

Ohne auf die Detailkritik an Rawls’ Gedankenexperiment hier eingehen zu können, lässt sich feststellen, dass Nussbaum zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen eine öffentliche Planung und den Einsatz öffentlicher Ressourcen und damit auch öffentlicher Fürsorge fordert. Dieser Einsatz öffentlicher Ressourcen und damit auch öffentlicher Fürsorge hat für Nussbaum die Befähigung zur Realisierung der Fähigkeiten erst zu schaffen. D.h. im Gegensatz zu einem Fähigkeiten-Fokus, der den individuell Tätigen in den Blick nimmt, fokussiert der Befähigungsansatz auf die sozial obligatorische Befähigung des Tätigen durch die Gesellschaft. In einem zweiten Schritt differenziert Nussbaum diese Befähigung aus, um eine patriarchale Wendung auszuschließen. Alle Menschen – auch solche mit schweren Behinderungen – haben neben politischer Partizipation auch ein Recht auf Selbstachtung, Spiel und Lebensgenuss. Sofern die Förderung der Fähigkeiten und Tätigkeiten möglich ist und zu einer Entscheidung zur Partizipation führen kann, darf sie nicht unterlassen werden.

Für unsere weitere Vorgehensweise setzt hier die Frage nach der Teilhabe unter Bedingungen der Mediatisierung (Krotz 2001; 2007) an. „Mediatisierung“ meint dabei nicht die mediale Formung von an sich nicht medialer Lebenspraxis, sondern die Einsicht in einen grundsätzlich medial bestimmten gesellschaftlichen Wandel. Die Prozesse, die diese Veränderungen in der Menschheitsgeschichte erklärbar machen, nennt Krotz „Metaprozesse“, einer davon ist die Mediatisierung – medialer Wandel der Kommunikationstechnik im weitesten Sinne verändert die Kommunikationspraxen der Menschen und damit die kommunikationsbasierte gesellschaftliche Struktur, vor allem durch veränderte Partizipationsmöglichkeiten wie z.B. Reichweite, Nachhaltigkeit und Zugänglichkeit des gesellschaftlichen Diskurses. Rath (2014) hat diese zunächst mediensoziologische Theorie in zweifacher Weise differenziert. Zum einen hat er im Nachgang zu Ernst Cassirers 1944 erstmals formulierten Konstrukt des *animal symbolicum* (1996) die mediale Ausrichtung des Menschen an seiner grundsätzlichen anthropologisch rekonstruierbaren *Medialität* festgemacht. Zum anderen hat er *Mediatisierung* erweitert und als das gegenwärtige epochale Bewusstsein von dieser Medialität charakterisiert.

Mediale Teilhabe als Teil der Mediatisierung in historischer Perspektive

Wenn der Metaprozess der Mediatisierung, so wie ihn Rath (2014) versteht, an sich kein neuzeitliches Phänomen ist, sondern ein transhistorisches Phänomen darstellt, das als neuzeitliches Bewusstsein erst heute explizit geworden ist, dann stehen Medien und gesellschaftliche Kommunikationsformen auf individueller, institutioneller und gesellschaftlicher Ebene immer schon als Grundkonstanten menschlicher Symbolisierungs- und damit Verstehensprozesse in Wechselbeziehung. Sie werden nicht nur determiniert durch die technischen Gegebenheiten einer Zeit, sondern eben immer auch durch das jeweilige Verständnis von Gesellschaft. Historisch unterscheiden sich also Mediatisierungsprozesse auch dadurch, wer an ihnen beteiligt wurde. Gesellschaft war in Westeuropa auf dem Gebiet des heutigen Deutschland ab dem Mittelalter zunächst ständisch orientiert, nach dem Klerus wurden ab der frühen Neuzeit auch Bildungseliten, die zunächst aristokratisch, später bürgerlicher waren, einbezogen. Allerdings gab es nach wie vor eine Binnendiskriminierung, sodass etwa Frauen bis zum 19. Jahrhundert nur ausnahmsweise über die Institution der Familie oder der Klöster hinaus institutionell kommunizieren konnten. Für Kinder blieb Kommunikation gänzlich individuell und abhängig vom Überlieferungsregime ihrer Familie. Menschen, die innerhalb der Gesellschaft nicht berücksichtigt waren, wurden auch bei medialen Überlieferungsprozessen ausgeschlossen. Dazu zählten wesentlich Menschen mit Behinderungen – aber auch Menschen mit nicht-heterosexuellen Orientierungen, Durchreisende oder Menschen mit anderem als christlichem Glauben.

Dass Medien – in Inhalt und Form – eine gesellschaftskonstituierende Funktion besitzen, hat bereits Karl der Große als erster Kaiser des *Heiligen Römischen Reichs Deutscher*

Nation offensichtlich verstanden. Mit dem irischen Mönch Alkuin, der Bildung und gemeinsame Kultur als Bindeglieder für ein in seiner Entstehung heterogenes Gemeinwesen interpretieren und etablieren sollte, hatte er einen Organisator seines Reiches beauftragt, Klöster zu gründen und die Schriften aus der neu einzurichtenden Bibliothek mit Abschriften aus der Bibliothek von Alexandria weiter zu vervielfältigen. Gemeinsame Rechtsnormen und die Etablierung eines gemeinsamen Glaubens, begründet auf dem Christentum, gehörten für Karl als Maßnahmen für eine nationale Einheit und Frieden ebenfalls dazu (Scheibe 1959). Dennoch soll er wohl versucht haben, diverse heterogene Einflüsse zu berücksichtigen – etwa bei der Rechtsfindung. Seine Maßnahmen standen auf jeden Fall am Beginn einer für den Bereich des heutigen deutschsprachigen Raumes zentralen kulturellen, weil medialen Wende.

Auch in anderen Zusammenhängen erkennen wir heute Spuren von Reflexionen über Mediatisierung und ihren sozialen Geltungsbereich. Etwa in der Erziehungsschrift für den 11-jährigen Fürstensohn Heinrich von Burgund, erschienen 1530 und verfasst vom Humanisten Erasmus von Rotterdam (Zirfas 2013, S. 14). Erasmus steht am Übergang von der ritterlich-feudalen zur höfisch-absolutistischen Gesellschaft. Insofern zeigen sich auch dort soziale Neuvermessungen. Für den jungen Fürstensohn fokussiert Erasmus auf soziale Anpassung. Besonderes Augenmerk legt er hierzu auf soziale Umgangsformen, auf die Selbstinszenierung der Person durch Kleidung und Essverhalten. Für ihn spielen soziale Normen eine Rolle. Sie sind für ihn Grundlage sozialer Teilhabe. Es geht Erasmus im Speziellen um den Erwerb *kultureller Zeichensysteme*. Er betrachtet damit die grundlegende Medialität des Menschen – seine soziale Inszenierung, die nicht egoistisch, sondern auf die anderen auszurichten ist. „Man muss, im Doppelsinn des Wortes, einen sozialen Körper ausbilden, der sich an spezifischen Bildern und an einer permanenten Sichtbarkeit orientiert“ (Zirfas 2013, S. 16) Man muss also „sich selbst aus dem Blickwinkel der anderen beobachten“ (ebd.) können. Das „sich selbst“ zielt aber, so könnte man formulieren, auf die eigene „Medialität“ im Umgang mit primären und sekundären Medien (Pross 1972). Menschen, so konstatierte Erasmus, würden nicht als Menschen geboren, sondern als solche erzogen: „Homines non nascuntur, sed finguntur“.

Die Didaktik von Johan Amos Comenius in seinem erstmals 1658 in Nürnberg erschienenen *orbis sensualium pictus* (vgl. Comenius 1698) stellt nach dem Ende des 30-jährigen Krieges einen weiteren Leitfaden für medialen Umgang dar und hat damit soziale Veränderung begleitet. Comenius wollte allen das gesamte vorhandene Wissen der sichtbaren Welt zur Aneignung zur Verfügung stellen. Vor diesem Hintergrund hatte er sein didaktisches Grundlagenwerk geschaffen, das in seiner Struktur und mit seinem narrativen und mehrmedialen Vermittlungscharakter bis in die Gegenwart lerntheoretisch beeindruckt. Mit Bildern und in unterschiedlich komplexer Sprache und Ausführlichkeit, vermittelt über Schüler-Lehrer-Gespräche, die an sokratische Dialoge erinnern, hatte er ein Hilfsmittel für größere Bildungspartizipation schaffen wollen. Sein „universal design“ war in den Grenzen seiner Zeit angedacht (Meyer 2011, 38). Obwohl auch hier – wie in den

Bildungstheorien davor – bestimmte Normvorstellungen maßgebend für die Teilhabe blieben, waren diese weniger rigide und nicht nur altersflexibel, sondern sie ermöglichten auch die Teilhabe sozial weniger privilegierter Bevölkerungsteile, also auch explizit bürgerlicher (im Gegensatz zu klerikalen), die nicht mit Latein als Bildungssprache einstiegen.

Die Aufklärung im 18. und 19. Jahrhundert forderte dann zwar zur Überwindung des Absolutismus die Befreiung des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit und erteilte damit der resignativen Subsummierung aller menschlicher Existenz unter eine göttlichen Vorbestimmung im Schöpfungsplan eine Absage – oder konterkarierte sie doch zumindest. Aber sie wandte immer noch ihre Prinzipien nur auf bestimmte Teile der Bevölkerung an. Frauen, Kinder, Nicht-BürgerInnen waren nicht angesprochen. Die Bürgerrechte definierten, wessen Unmündigkeit überhaupt aufgehoben werden konnte. Und selbst Kant ging nicht so weit, diese politische Mündigkeit als normativen Rahmen konsequent in Frage zu stellen. Die, die das taten – etwa der Königsberger Verwaltungsjurist Johann Gottlieb von Hippel in Bezug auf die Frauen – wurden Opfer gesellschaftlicher Ächtung und landeten in der Psychiatrie (vgl. Marci-Boehncke 1994).

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde der wie selbstverständlich vorausgesetzte Ausschluss der Frauen aus dem Prozess der öffentlichen (und das heißt medialen) Kommunikation, wie er für bürgerliche Gesellschaften konstitutiv war (vgl. Habermas 1962), aufgeweicht und die mediale Partizipation, verstanden als Rezeption und Produktion, gewann an Boden (vgl. Brinker-Gabler 1988).

1907 konnten in Deutschland und Österreich zwar die Männer frei wählen – was einer Abschaffung der Standesgrenzen entsprechen sollte. Aber erst 1918, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, erhielten in beiden Ländern auch die Frauen das aktive und passive Wahlrecht – also fast 50 Jahre nach dem ersten nationalen Frauenwahlrecht der Neuzeit im späteren US-Bundesstaat Wyoming, der diesen ersten Schritt allerdings keineswegs aus Gerechtigkeitsgründen ging (vgl. Rea 2014). Auch die allgemeine Schulpflicht wurde eingeführt. Explizit wurden Menschen mit Behinderung in Deutschland erst 1994 durch eine Veränderung in Artikel 3 des Grundgesetzes formal gleichberechtigt: Hier erfolgte der Zusatz: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden." Für Österreich trat im Mai 2018 ein Bundesgesetz zur Behindertengleichstellung in Kraft, dem zufolge niemand wegen einer Behinderung unmittelbar oder mittelbar diskriminiert werden darf.

Mediale Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Die gesellschaftliche Teilhabe erfolgte also von jeher und auch heute wesentlich über Medien – und das bedeutet heute vor allem *digitale* Medien. Gerade Menschen mit geistiger Behinderung erweisen sich hier als besonders benachteiligt.

> „Menschen mit Lernschwierigkeiten gehören zu den Menschen in Deutschland, bei denen man noch von einer Kluft in Bezug auf den Zugang zu digitalen Medien sprechen kann. Nur die Hälfte der befragten verfügt über einen Computer oder Laptop mit Internetzugang im Haushalt, ein gutes Drittel besitzt ein Smartphone, nur jeder zehnte hat ein Tablet-PC. Wer in Privathaushalten wohnt, ist etwas besser mit digitalen Medien ausgestattet, das gleiche gilt für Befragte unter 50 Jahren." (Bosse & Hasebrink 2017, S. 100)

Im Internet gibt es nur fünf Bereiche, in denen sich aus dieser Teilgruppe mindestens die Hälfte der Befragten engagiert: Fernsehen online oder YouTube-Videos schauen über 60%, darunter liegen die Werte für Internetrecherche und Audiohören. Nur 50% kommunizieren in Online-Communities oder per Instant Messaging (WhatsApp etc.) oder Mail. Also gerade im kommunikativen Bereich mit allen weitreichenden Folgen für institutionelle oder gesellschaftliche Partizipation in der mediatisierten Gesellschaft sind Menschen mit geistiger Behinderung nachhaltig schlechter gestellt und zwar in doppelter Weise. Einerseits werden sie benachteiligt, weil sie – häufig in besonderen Einrichtungen untergebracht – dort keinen Zugang zu digitalen Mediengeräten haben, zum anderen, weil ihnen häufig vorschnell die Kompetenz zu Nutzung digitaler Medien grundsätzlich abgesprochen wird. Studien zum Umgang geistig behinderter Menschen mit digitalen Medien zeigen hingegen das Gegenteil, da digitale Medien Barrieren, die analoge Medien strukturell aufweisen – beispielsweise die Notwendigkeit der Lesekompetenz – überwinden (vgl. Edler & Rath 2014). Bei Menschen mit körperlich-motorischen Behinderungen sind es vor allem die mobilen Endgeräte, die diese Gruppe nicht vergleichbar intensiv nutzen kann wie andere Menschen. Auch hier sind Menschen in Einrichtungen eher benachteiligt als solche, die in Privathaushalten leben (Bosse & Hasebrink 2017, S. 93).

Partizipation an gesellschaftlichen, institutionellen und privaten Diskursen erfolgt heute über digitale Medien (Jenkins et al. 2006). In unserer mediatisierten Welt ist die Beteiligung an der medialen Öffentlichkeit und heute an der digitalen Öffentlichkeit ein Zeichen bürgerlicher Emanzipation und Gleichstellung. Eine digitale Benachteiligung erhöht also für Menschen mit Behinderung in ungleicher Weise die Schwierigkeit, gesellschaftlich zu partizipieren – etwa, weil sie an bestimmten Diskursen aus Mobilitätsgründen gar nicht teilnehmen könnten oder bei einer persönlichen Begegnung aufgrund von vermeintlich direkt erkennbaren Einschränkungen, die jedoch im digitalen Raum u.U. so gar nicht auftreten – etwa in Online-Communities oder Online Games – gar nicht in die Kommunikation einbezogen würden.

Lehrendenüberzeugungen als intersektionale Benachteiligung

Fassen wir kurz zusammen: Lehrpersonen in professionellen Bildungsinstitutionen sind gesellschaftlich konsensualen Grundwerten verpflichtet. Diese zielen – zumindest in

modernen, der Aufklärung verpflichteten Gesellschaften – auf grundsätzliche Partizipation ab. Partizipation ist jedoch untrennbar mit der Teilhabe an der *medialen* Öffentlichkeit verbunden. Ein Blick in die Geschichte zeigt beispielhaft, dass sich die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten medial vollzogen hat, dass aber diese Ausweitung immer auch unter den Vorbehalten der jeweiligen Zeit erfolgte – jede Teilhabe hatte Grenzen. Heute diskutieren wir unter dem Schlagwort der Inklusion die Partizipation von benachteiligten Menschen, primär durch Behinderung, aber auch durch Migrationserfahrung, familiäre Bildungsbenachteiligung etc. Zugespitzt auf Behinderungen zeigt sich beispielsweise, dass die generelle konstitutionelle Partizipationszusage unter dem ethischen Anspruch steht, zusätzliche Anstrengungen zu leisten, um die Fähigkeit zur Teilhabe zu realisieren (*capability approach*).

Nun zeigen aktuelle Studien (Rath/Delere 2018; Krommer/Biermann 2012; Friedrichs-Liesenkötter 2014), dass nur ca. 50 % alle Lehramtsstudierenden einen digital-medienaffinen Habitus haben. Gerade diejenigen Studierenden zeigen sich also besonders medienkonservativ, die für die Vermittlung zukunftsweisender Kompetenzen an die nachwachsenden Generationen verantwortlich sind. Blackwell, Lauricella und Wartella (2014) sowie Ertmer (2012) konnten zeigen, dass die *privaten* Einstellungen und Haltungen der Lehrkräfte zu digitalen Medien eine zentrale Rolle bei ihrer Bereitschaft spielen, digitale Medien in Bildungssituationen einzusetzen. Damit werden vorprofessionelle Überzeugungen zum Maß der enkulturierenden Praxis, welche die Voraussetzungen für die Teilhabe überhaupt erst leisten sollen.

Wenn also Lehrkräfte aus prinzipieller Ablehnung ohne digitale Medien unterrichten, führt das generell – aber v.a. bei Menschen mit Behinderungen – zu einer Verhinderung von Partizipationsmöglichkeiten – obwohl diese u.U. von den Lehrkräften gar nicht intendiert ist. Schüler und Schülerinnen ohne Behinderung haben in anderer Weise die Möglichkeit, diese punktuellen Einschränkungen aufgrund ihrer breiteren Handlungsmöglichkeiten außerhalb der Schule auszugleichen. Bei Menschen mit Behinderung scheint dies – auch institutionell als Begleiterscheinung von Fördereinrichtungen – nicht immer der Fall zu sein. Als Mensch mit Behinderung medial nicht beteiligt sein zu können, ist demnach eine „intersektionale" Diskriminierung (Walgenbach 2017): Die generelle Ablehnung digitaler Medien macht die *Befähigung* der betroffenen behinderten Schüler und Schülerinnen, ihre vorliegende Fähigkeit zur Partizipation zu realisieren, unmöglich.

Gerade zur Verhinderung einer solchen „doppelten Diskriminierung" – oder „intersektional" wirkender Benachteiligung – ist es heute in der Professionalisierung von Lehrenden wichtig, die Haltungen und Einstellungen, die „beliefs" gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Themen zur Reflexion zu stellen. „Beliefs" beziehen sich grundsätzlich auf unterschiedliche Kontexte und Objekte: ob Personen, soziale Gruppen oder Situationen, Sachverhalte oder Objekte (vgl. Rosenberg et al. 1960). Es gehören also sowohl die Inklusion digitaler Medien als auch von Menschen mit Behinderung als gesellschaftliche Forderung in diesen Rahmen. „Beliefs" gehören als Merkmale der

individuellen Persönlichkeit und als Folge der Sozialisation, Enkulturation und Personalisation (vgl. Wurzbacher 1968) zu jedem Individuum. Da sie eine rational-kognitive Komponente besitzen, sind sie auch bildungsabhängig. Daneben besitzen sie aber eine affektive Komponente und beeinflussen auch das Verhalten. Damit haben sie viele Merkmale, die sie vergleichbar machen mit „Vorurteilen“ (vgl. Allport 1954).

Nun sind „beliefs“ nicht generell moralisch verwerflich. Wir brauchen solche „beliefs“, um in neuen Situationen schnell und für uns individuell stimmig reagieren und handeln zu können – und zwar ohne dass wir dazu längere Abwägungsphasen benötigen. Evolutionär helfen sie uns bei der schnellen Anpassung an unsere sich ebenso schnell verändernde Umwelt. „Beliefs“ sind ein Produkt aus eigenen Erfahrungen, erworbenem Wissen, anerzogenen und modifizierten Werten und Gefühlen. In dieser Mischung sind sie außerordentlich stabil. Pajares hat 1992 die wesentlichen Merkmale der Beliefs-Forschung zusammengefasst. Besonders relevant für Bildungskontexte ist der Befund, dass beliefs eine Filterfunktion ausüben und neues Wissen je nach Passung zu bisherigen Beliefs selektieren. Man sucht in selektiver Wahrnehmung unwillkürlich nach bestätigenden Befunden und Erkenntnissen (*Bestätigungsbias*). Wird man mit gegenteiligen Befunden konfrontiert, führen die Beliefs eher zur Ausblendung. Sie gelten als so stabil, dass sie nur durch besonders wirkmächtige Autoritäten und nachhaltige plötzliche Erfahrungen veränderbar scheinen. Die Forschung spricht hier von der Möglichkeit eines „gestalt shift“ (ebd., 329), bei dem – ähnlich wie bei der Betrachtung eines Vexierbildes – durch ein plötzliches Ereignis oder eine besondere Erfahrung die Perspektive gewechselt werden kann (Marci-Boehncke 2019).

Bildungspolitisch und auch in der Verantwortung der Lehrendenausbildung muss es also zur Realisierung eines „capability approach“ in Bezug auf digitale Teilhabe von Menschen mit Behinderung darum gehen, die Ermöglichung von Teilhabe wahrscheinlich zu machen. Da die Ausgrenzung von Lernenden von der gesellschaftlichen Teilhabe aufgrund der handlungsleitenden Überzeugungen einer Lehrperson bei einer intersektionalen Diskriminierung über mehrere Bereiche erfolgen kann – über Einstellungen gegen Behinderte per se oder aber auch „nur“ über Ablehnung der Mittel, die Behinderten eine Teilhabe ermöglichen würden (also hier: digitale Medien) –, ist der *capability approach* von Martha Nussbaum in besonderer Weise geeignet, Folgenabschätzung des eigenen Lehrendenhandelns zu leisten.

Diversitäre Nutzung – diversitäre Kompetenzen: Eine Frage der Medienethik

Dass Medien kompetent genutzt werden können – und zwar in vollem Umfang des Verständnisses von „Kompetenz“, unter Berücksichtigung von Wissen, Fertigkeiten und Haltungen zu Technik, Zeichensystemen/Inhalten und Institutionen, reflektierend auf die unterschiedlichen Beteiligten – ist Ziel von Medienerziehung und -bildung, wie wir sie im deutschsprachigen Raum verstehen (Rath 2015). Hier orientieren sich die meisten Medienkompetenzdefinitionen zunächst an Dieter Baacke (1996, 1997), der – ausgehend

von der Medienkritik – Mediennutzung, Medienkunde und Mediengestaltung als Bereiche definiert hat. Stefan Aufenanger (1997) hat die Perspektive gewechselt und nicht mehr die Medien, sondern diejenigen, die sie nutzen, in den Blick genommen und deren Umgang verschiedenen Dimensionen zugeordnet: Der kognitiven, moralischen, sozialen, affektiven, ästhetischen und der Handlungsdimension. Gerhard Tulodziecki (2010) bleibt beim handelnden Subjekt und beschreibt keine Inhalte oder Dimensionen, sondern Kompetenzen. Er spricht vom Auswählen und Nutzen von Medienangeboten, Gestalten und Verbreiten von Medienbeiträgen, Verstehen und Bewerten von Mediengestaltungen, Erkennen und Aufarbeiten von Medieneinflüssen und vom Durchschauen und Beurteilen von Bedingungen der Medienproduktion und Medienverbreitung. Aus der Schweiz ergänzt Heinz Moser mit einem Modell, das wiederum synthetisiert: Er strukturiert nach Selbstorganisationsdispositionen – angelehnt an Erpenbeck und Rosenstiel (2003) – und versteht Medienkompetenz als Querschnittskompetenz, die sich in folgende Kompetenzklassen untergliedern lassen: reflexive personale Kompetenzen, Aktivitäts- und umsetzungsorientierte Kompetenzen, deren fachlich-methodische Erfassung und Veränderung und ihr Bezug auf die soziale Umwelt (Moser 2010, S. 60).

Bei allen Modellen – und es wären weitere aufzählbar – spielt die Ethik (verstanden als argumentativ plausibilisierende Wertewissenschaft der Philosophie) eine Rolle und alle würden für unterschiedliche Medienhandelnde unterschiedliche Perspektiven ermöglichen. Vielleicht ist es das Modell von Moser, das die größte Offenheit für sehr verschiedene MedienakteurInnen mitbringt und am wenigsten von vorne herein sozial unreflektierte Standards setzt. Er beschreibt zwar Kompetenzbereiche, diese geben aber keine gesellschaftlich selbstverständliche Normvorgabe (Normalität, bestehende oder nicht bestehende Fähigkeitsunterstellung) vor. *Erkennen, Aufarbeiten, Verstehen und Bewerten, Auswählen, Verbreiten* – diese handlungsstarken Verben geben – im Sinne Nussbaums – *funktionale* Ziele vor. Moser beschreibt eher Korridore einer Kompetenzansiedlung und bleibt damit ergebnisoffen.

Den breitesten Akzeptanzrahmen bringt wohl das European *DigCompEdu framework* (Vuorokari et al. 2016) mit, das sich in drei miteinander verbundene Bereiche gliedert: Es geht um die professionellen Kompetenzen, die zum pädagogischen Handeln der Lehrkraft führen, und letztlich um die Kompetenzen des Lernenden. Die Lehrkraft schaut also von dem, was sie aus ihrer Rolle als ihre Aufgabe definiert, auf das, was sie pädagogisch soll – Lehren und Lernen, Digitale Ressourcen auswählen und einsetzen (lassen), Prüfungen abnehmen und Lernende motivieren – bis hin zu dem-/derjenigen, die sie fördert. Dadurch wird noch einmal deutlich, dass die Handlungsdimensionen eine klare Orientierung bekommen je nachdem, wessen Perspektive eingenommen wird. Andererseits ist das Modell so unspezifisch, dass es auf verschiedenste Fragestellungen und Gruppen anwendbar ist. Es geht mithin um jegliche Lehr-/Lernsituationen – egal, ob schulisch oder in der Hochschulbildung. Allerdings wird hier – anders als in den deutschen Modellen – explizit digitale Nutzungskompetenz im Bereich der Lehrkompetenzen thematisiert.

International hat der *DICTE*-Bericht den jüngsten internationalen Forschungsstand zu verschiedenen Kompetenzmodellen zusammengestellt (vgl. McGarr & McDonagh 2019). Für unseren Zusammenhang interessant ist die offensichtliche Wende, die zumindest auf internationaler Ebene die didaktische Forschung zu den Kompetenzen der Lehrkräfte selbst in Hinblick auf die Vermittlung partizipationsermöglichender Kompetenzen vollzogen hat. Es wurde durch die inhaltliche Reflexion auf die handlungsorientierenden Überzeugungen und Einstellungen der Lehrenden nachvollziehbar, dass auch aus sozialwissenschaftlicher Sicht – gegen die übliche restriktive Deutung (Weischenberg 2014; Rath 2014, S. 150–155) des Weberschen Diktums von der „Werturteilsfreiheit der Sozialwissenschaften" (vgl. Weber 1904/1985, 1919/1985) – normative Plausibilisierung nicht nur nötig, sondern auch methodologisch nachvollziehbar ist (Rath 2013). McGarr und McDonagh (2019, S. 30–31) haben ein Kompetenzmodell für Lehrkräfte vorgestellt, das neben technischen und pädagogischen Kompetenzen explizit auf medienaffine Haltungen und in Bezug auf digitale Medien auf Cyber-Ethik abhebt.

> „This model therefore encapsulates the necessary technical competencies and pedagogical competencies that one would expect for teacher education but importantly also includes an ethical dimension. This ethical dimension would not only include personal ethical practices in ICT use but also a deeper understanding of the broader ethical questions brought about by digital technology use." (Ebd., S. 31)

Wir können daher feststellen, dass sich ein neues Bewusstsein der *normativen* Grundlagen der Medienbildung und damit des (medien-)pädagogischen und (medien-)didaktischen Handelns durchzusetzen beginnt. Die *vorprofessionellen* normativen Einstellungen und Haltungen der Lehrkräfte zwingen die didaktischen Disziplinen, sich diesen Normvorstellungen wissenschaftlich zu stellen – und das heißt eben auch, sich der interdisziplinären Kooperation mit *normbegründenden* Disziplinen, vor allem der philosophischen Ethik, zu versichern. Professionaliät der Lehre ist damit nicht nur eine methodische und sozialwissenschaftlich-deskriptive, sondern auch im eigentlichen Sinne eine pädagogisch-normative Frage. *Ethische* Medienbildung (vgl. Rath 2019) ist die rationale Antwort auf die ideologisch aufgeladene „Medienmoralisierung", die schon Dietrich Kerlen (2005, 45) als das eigentliche Problem in der Medienkompetenzvermittlung an die nachwachsende Generation sah.

Literatur

Allport, Gordon W. (1954): *The Nature of Prejudice*. Reading, MA: Addison-Wesley.

Aufenanger, Stefan (1997): Medienpädagogik und Medienkompetenz. Eine Bestandsaufnahme. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Medienkompetenz im Informationszeitalter* (Schriftenreihe „Enquete-Kommission – Zukunft der Medien", Band 4). Bonn: Zeitungsverl.-Service, S. 19–21.

Baacke, Dieter (1996): Medienkompetenz – Begrifflichkeit und sozialer Wandel. In: Rein, Antje von (Hrsg.): *Medienkompetenz als Schlüsselbegriff*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, S. 4–10.

Baacke, Dieter (1997): *Medienpädagogik* (Grundlagen der Medienkommunikation, Band 1). Tübingen: Niemeyer.

Bennett, W. Lance (2008): *Civic Life Online: Learning how Digital Media Can Engage Youth.* Cambridge, MA: MIT Press.

Blackwell, Courtney K.; Lauricella, Alexis R. & Wartella, Ellen Ann (2014): Factors Influencing Digital Technology Use in Early Childhood Education. *Computers & Education*, *77*, S. 82–90.

Bosse, Ingo & Hasebrinck, Uwe (2016): *Mediennutzung von Menschen mit Behinderungen. Forschungsbericht November 2016*. Berlin & Bonn: die medienanstalten, Aktion Mensch e.V. Abgerufen unter: https://www.aktion-mensch.de/dam/jcr:8b186ca0-b0f1-46f8-acb1-a59f295b5bb4/aktion-mensch-studie-mediennutzung-langfassung-2017-03.pdf [Stand vom 31-03-2019].

Brinker-Gabler, Gisela (1988): *Deutsche Literatur von Frauen. Band 2. Vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München: Beck.

Bronfenbrenner, Urie (1981): *Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Natürliche und geplante Experimente*. Stuttgart: Klett-Cotta.

Cassirer, Ernst (1996): *Versuch über den Menschen: Einführung in eine Philosophie der Kultur*. Hamburg: Meiner.

Comenius, Johann Amos (1698): *Joh. Amos Comenii Orbis Sensualium Pictus: Hoc est: Omnium fundamentalium in mondo rerum, & in vita actionum, Pictura & Nomenclatura*. Noribergæ: Michael et Johann Friedrich Endter. Abgerufen unter: http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/comenius1698/0001 [Stand vom 26-03-2019].

Edler, Cordula & Rath, Matthias (2014): People with Learning Disabilities Using the iPad as a Communication Tool – Conditions and Impact with Regard to e-inclusion. In: Miesenberger, Klaus, Fels, Deborah, Archambault, Dominique, Peňáz, Petr & Zagler, Wolfgang (Hrsg.): *Computers Helping People with Special Needs. 14th International Conference, ICCHP 2014, Paris, France, July 9-11, Proceedings. Part I*. Cham: Springer, S. 177–180.

Erpenbeck, John & Rosenstiel, Lutz von (2003): Einführung. In: Dies. (Hrsg.): *Handbuch Kompetenzmessung. Erkennen, verstehen und bewerten von Kompetenzen in der betrieblichen, pädagogischen und psychologischen Praxis*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, S. XVII–XLVI.

Ertmer, Peggy A.; Ottenbreit-Leftrich, Anne T.; Sadik, Olgun; Sendurur, Emine & Sendurur, Polat (2012): Teachers Beliefs and Technology Integration Practices: A Critical Relationship. *Computers & Education,* 59, S. 423–435.

EU High Level Group of Experts on Literacy (2012): *Final Report, September 2012*. Luxembourg: Publications Office of the European Union. Abgerufen unter: https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/96d782cc-7cad-4389-869a-bbc8e15e5aeb/language-en [Stand vom 25-03-2019].

Europarat (1950): Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Abgerufen unter: https://www.menschenrechtskonvention.eu [Stand vom 31-03-2019].

Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Hobbs, Renee (2010): *Digital Media Literacy. A Plan of Action. A White Paper on the Digital and Media Literacy Recommendations of the Knight Commission on the Information Needs of Communities in a Democracy*. Washington, D.C.: The Aspen Institute. Abgerufen unter: https://files.eric.ed.gov/fulltext/ED523244.pdf [Stand vom 25-03-2019].

Jenkins, Henry; Purushotma, Ravi; Weigel, Margaret; Clinton, Katie & Robison, Alice J. (2006): *Confronting the Challenges of Participatory Culture: Media Education for the 21st Century. An Occasional Paper on Digital Media and Learning*. Chicago, IL: The MacArthur Foundation. Abgerufen unter: https://www.macfound.org/media/article_pdfs/JENKINS_WHITE_PAPER.PDF [Stand vom 31-03-2019].

Kerlen, Dietrich (2005): *Jugend und Medien in Deutschland. Eine kulturhistorische Studie*. Hrsg. von Matthias Rath und Gudrun Marci-Boehncke. Weinheim: Beltz.

Kontovourki, Stavroula; Garoufallou, Emmanouel; Ivarsson, Lena; Klein, Michael; Korkeamaki, Riitta-Liisa; Koutsomiha, Damiana; Marci-Boehncke, Gudrun; Tafa, Eufimia & Virkus, Sirje (2016): Digital Literacy in the Early Years: Practices in Formal Settings, Teacher Education, and the Role of Informal Learning Spaces: A Review of the Literature. COST ACTION IS1410. Abgerufen unter: http://digilitey.eu/wp-content/uploads/2017/01/WG2-LR-March-2017-v2.pdf [Stand vom 25-03-2019].

Krotz, Friedrich (2001): *Die Mediatisierung kommunikativen Handelns. Der Wandel von Alltag und sozialen Beziehungen, Kultur und Gesellschaft durch die Medien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Krotz, Friedrich (2007): *Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*. Wiesbaden: VS.

Marci-Boehncke, Gudrun (2019): Media Literacy und Librarians Beliefs – wie Einstellungen auf das Professionsverständnis wirken. In: Hauke, Petra (Hrsg.): *Öffentliche Bibliothek 2030 – Herausforderungen, Konzepte, Visionen*. Bad Honnef: Bock+Herchen (in Druck).

McGarr, Oliver & McDonagh, Adrian (2019): Digital Competence in Teacher Education. Output 1 of the Erasmus+ funded Developing Student Teachers' Digital Competence (DICTE) project. Abgerufen unter: https://dicte.oslomet.no [Stand vom 31-03-2019].

Meyer, Thorsten (2011): Medien, Mimesis und historisches Apriori. In: Fromme, Johannes; Iske, Stefan & Marotzki, Winfried (Hrsg.): *Medialität und Realität. Zur konstitutiven Kraft der Medien*. Wiesbaden: VS, S. 31–51.

Moser, Heinz (2010): Die Medienkompetenz und die 'neue' erziehungswissenschaftliche Kompetenzdiskussion. In: Herzig, Bardo; Meister, Dorothee M.; Moser, Heinz & Niesyto, Horst (Hrsg.): *Medienkompetenz und Web 2.0* (Jahrbuch Medienpädagogik, Band 8). Wiesbaden: VS, S. 59–79.

Nussbaum, Martha (2010): *Die Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit.* Frankfurt: Suhrkamp.

Nussbaum, Martha & Sen, Amartya (1993): Introduction. In: Dies. (Hrsg.): *The Quality of Life. A Study Prepared for the World Institute for Development Economics Research (WIDER) of the United Nations University*. Oxford: Clarendon Press.

Pajares, M. Frank (1992): Teachers' Beliefs and Educational Research: Cleaning Up a Messy Construct. *Review of Educational Research,* 62 (3), S. 307–332. Abgerufen unter: http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.3102/00346543062003307 [Stand vom 26-03-2019].

Pross, Harry (1972): *Medienforschung. Film, Funk, Presse, Fernsehen*. Darmstadt: Carl Habel Verlagsbuchhandlung.

Rath, Matthias (2012): Wider einen normativen Taylorismus – Medienethik als Teildisziplin einer normativen Kommunikationswissenschaft. In: Fengler, Susanne; Eberwein, Tobias & Jorch, Julia (Hrsg.): *Theoretisch praktisch!? Anwendungsoptionen und gesellschaftliche Relevanz der Kommunikations- und Medienforschung.* Konstanz: UVK, S. 317–333.

Rath, Matthias (2013): Normativ-ethische Begründungsleistungen für die Kommunikationswissenschaft – Beispiel „Medienkompetenz". In: Karmasin, Matthias; Rath, Matthias & Thomaß, Barbara (Hrsg.): *Die Normativität in der Kommunikationswissenschaft.* Wiesbaden: VS, S. 443–466.

Rath, Matthias (2014): *Ethik der mediatisierten Welt. Grundlagen und Perspektiven.* Wiesbaden: VS.

Rath, Matthias (2015): Medienerziehung. In: *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online*. *Fachgebiet Medienpädagogik.* Abgerufen unter: http://www.erzwissonline.de [Stand vom 26-03-2019].

Rath, Matthias (2019): Medien – Ethik – Bildung: Zum normativen Fundament von „Medienbildung 2.0". In: Stapf, Ingrid; Prinzing, Marlis & Köberer, Nina (Hrsg.):

Aufwachsen mit Medien. Zur Ethik mediatisierter Kindheit und Jugend. Baden-Baden: Nomos, S. 39–56.

Rea, Tom (2014): Right Choice, Wrong Reasons: Wyoming Women Win the Right to Vote. Abgerufen unter: https://www.wyohistory.org/encyclopedia/right-choice-wrong-reasons-wyoming-women-win-right-vote [Stand vom 26-03-2019].

Rosenberg, Milton J.; Hovland, Carl I., McGuire, William J.; Abelson, Robert P. & Brehm, Jack W. (1960): Cognitive, Affective and Behavioral Components of Attitudes. In: Dies. (Hrsg.): *Attitude Organization and Change: An Analysis of Consistency among Attitude Components*. New Haven: Yale University Press, S. 1–14.

Scheibe, Friedrich-Carl (1959): Geschichtsbild, Zeitbewußtsein und Reformwille bei Alcuin. *Archiv für Kulturgeschichte*, 41 (1), S. 35–62.

Tulodziecki, Gerhard (2010): Standards für die Medienbildung als eine Grundlage für die empirische Erfassung von Medienkompetenz-Niveaus. In: Herzig, Bodo; Meister, Dorothee M.; Moser, Heinz & Niesyto, Horst (Hrsg.): *Medienkompetenz und Web 2.0* (Jahrbuch Medienpädagogik, Band 8). Wiesbaden: VS, S. 81–101.

Vereinte Nationen (1984): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Abgerufen unter: http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf [Stand vom 31-03-2019].

Vuorikari, Riina; Punie, Yves; Carretero, Stephanie & Van den Brande, Godelieve (2016): *DigComp 2.0: The Digital Competence Framework for Citizens. Update Phase 1: The Conceptual Reference Model*. Luxembourg: Publication Office of the European Union. Abgerufen unter: https://doi.org/10.2791/11517 [Stand vom 16-05-2019].

Walgenbach, Katharina (2017): *Heterogenität – Intersektionalität – Diversity in der Erziehungswissenschaft*. 2. durchgesehene Auflage. Opladen & Toronto: Verlag Barbara Budrich & UTB.

Weber, Max (1904 & 1985): Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Winckelmann, Johannes (Hrsg.): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr, S. 146–214.

Weber, Max (1919 & 1985): Wissenschaft als Beruf. In: Winckelmann, Johannes (Hrsg.): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr, S. 582–613.

Weischenberg, Siegfried (2014): *Max Weber und die Vermessung der Medienwelt. Empirie und Ethik des Journalismus – eine Spurenlese*. Wiesbaden: VS.

Wurzbacher, Gerhard (1968): Sozialisation, Enkulturation, Personalisation. In: Ders. (Hrsg.): *Sozialisation und Personalisation. Beiträge zu Begriff und Theorie der Sozialisation.* Stuttgart: Enke, S. 1–36.

Zirfas, Jörg (2013): Die Zivilisierung des Körpers. Zur Benimmerziehung bei Erasmus von Rotterdam. In: Bilstein, Johannes & Brumlik, Micha (Hrsg.): *Die Bildung des Körpers*. Weinheim, Basel: Beltz, S. 14–31.

Hoffnung ohne Grenzen: die deutschen und polnischen JournalistInnen über die künftige Rolle der Medien in Europa

Agnieszka Szymańska

Zusammenfassung

Die intensive Entwicklung der Kommunikationstechnologien beeinflusst viele Aspekte der politischen Kommunikation und bleibt nicht ohne Einfluss auf die Verfassung des heutigen Journalismus. Der Artikel präsentiert die Ergebnisse der qualitativen Interviews (IDI) mit deutschen (16) und polnischen (7) Journalisten und Journalistinnen, die im Rahmen von zwei aufeinander folgenden Forschungsprojekten durchgeführt worden sind. Das erste Projekt („Deutsches Europa oder europäisches Deutschland? Mediendiplomatie und (post)nationales Europa am Beispiel des europäischen politischen Diskurses in Deutschland") wurde 2015 realisiert und beinhaltete u.a. die Analyse der Einstellungen und Meinungen von Journalisten und Journalistinnen in Deutschland zur Rolle der Medien im Prozess der europäischen Integration. 2018 wurden seine Ergebnisse zum Ausgangspunkt für die Interviews mit den Journalisten in Polen (Projekt „Mediendiplomatie und Berichterstattung über Europa am Beispiel der meinungsführenden Wochenzeitschriften in Polen"). Die im Artikel präsentierten Aussagen der Journalisten und Journalistinnen bilden ihre Prognosen über die künftige Rolle und Aufgaben der Medien in Europa ab.

Einführung

Die intensive Entwicklung der Kommunikationstechnologien beeinflusst viele Aspekte der heutigen politischen Kommunikation. Die Vielfalt der Kommunikationskanäle unterstützt einerseits die Mediendiversität, die für die Demokratie unentbehrlich ist, bleibt aber nicht ohne Auswirkungen auf die Verfassung des Journalismus als Beruf. Besonders deutlich werden diese Veränderungen im Bereich des politischen Journalismus, wo als Folge der Entwicklung der neuen Medien, insbesondere der sozialen Medien sowie – was damit verbunden ist – der Vielzahl der Kanäle und Kommunikationsmittel, die den PolitikerInnen und dem Publikum derzeit zur Verfügung stehen, ein Paradigmenwechsel der Kommunikation stattgefunden hat, der einen spezifischen Wandel in der Struktur der wechselseitigen Beziehungen und Abhängigkeiten der Medien und Politik mit sich brachte (vgl. Szymańska 2017a). Auch die ökonomische Lage vieler Medien, vor allem aber der traditionellen Presse, die einen besonderen Status im Prozess der politischen Meinungsbildung (Bilandzic et al. 2016, S. 58; Ziegele et al. 2018, S. 151–154) und der internationalen politischen Kommunikation innehat (Soroka 2003, S. 42–43), wird immer

schwieriger, was sich in den stets sinkenden Auflagen manifestiert. Auch der neue Typ des, vor allem jungen, Medienrezipienten, der einerseits immer schneller und womöglich unentgeltlich seine Informationsbedürfnisse stillen möchte und anderseits oft eher unkritisch mit dem Content der genutzten Medien umgeht (vgl. Hipeli 2012, S. 48; Ecker et al. 2016, S. 560–561), macht den soliden Berichterstattern das Leben nicht einfach. Was heißt diese Entwicklung für die Zukunft der Medien und die Qualität des medialen politischen Diskurses? Welche Bedeutung hat sie für die Zukunft der liberalen Demokratie in Europa, die sich in der Zeit der omnipräsenten Fake News und Populismus immer schwerer tut, derer Medien aber einen notwendigen Bestandteil bilden? Gibt es etwas, was den MedienmacherInnen helfen könnte die Informationsbedürfnisse ihrer RezipientInnen auch in der Zukunft möglichst umfangreich und kompetent zu stillen? Das Ziel des Artikels ist, Einblick in die persönliche Perspektive der JournalistInnen als AutorInnen der politischen Berichterstattung zu gewähren und ihre eigenen Vorstellungen über die Zukunft der Medien in Europa zu präsentieren.

Methodologie der Forschung

Der Beitrag basiert auf den Ergebnissen der qualitativen Interviews (IDI), die mit deutschen und polnischen JournalistInnen im Rahmen von zwei aufeinander folgenden Forschungsprojekten durchgeführt worden sind. Das erste Projekt („Deutsches Europa oder europäisches Deutschland? Mediendiplomatie und (post)nationales Europa am Beispiel des europäischen politischen Diskurses in Deutschland“) wurde 2015 am Institut für Publizistik der Universität Mainz realisiert und beinhaltete u.a. die Analyse der Einstellungen und Meinungen von JournalistInnen in Deutschland – als AutorInnen der europabezogenen Berichterstattung – zur Rolle der Medien im Prozess der europäischen Integration. 2018 wurden seine Ergebnisse zum Ausgangspunkt für die Interviews mit den Journalisten in Polen im Rahmen des Projektes „Mediendiplomatie und Berichterstattung über Europa am Beispiel der meinungsführenden Wochenzeitschriften in Polen“, das am Institut für Journalistik, Medien und Soziale Kommunikation der Jagiellonen Universität in Krakau realisiert worden ist.

DEUTSCHE PRESSE		Inland	Auslands-korrespondent
Wochenzeitschriften (meinungsführend)			
Der Spiegel		Matthias Schepp	Christoph Schult
Focus		-	Gudrun Dometeit
Die Zeit		Marc Brost	Alice Bota
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung		Thomas Gutschker	-
Tageszeitungen (meinungsführend)			
Frankfurter Allgemeine Zeitung		-	Michael Stabenow
Süddeutsche Zeitung		-	Cathrin Kahlweit
Tabloids			
1. Springer Verlag	Bild	-	-
Die größten Verlagsgruppen der deutschen Tagespresse			
1. Springer Verlag (15,5%)	Die Welt	Holger Zschäpitz Thorsten Jungholt	-
2. Rheinpfalz Verlagsgruppe (9,5%)	Rheinpfalz	Ralf Joas	-
3. Funke Medien Gruppe (7,7%)	Zentralredaktion	-	Knut Pries
4. Madsack Medien Gruppe (5,2%)	Hannoversche Allgemeine	Marina Kornbaki	-
5. Du Mont Medien Gruppe (5%)	Frankfurter Rundschau	-	Viktor Funk
7. Verlagsgruppe Augsburger All. (3,3%)	Augsburger Allgemeine	Detlef Drewes	-
Lokale Presse			
… Rhein Main Presse	Mainzer Allgemeine	Lars Hennemann	-

Abbildung 1: Die deutschen Titel, die im Rahmen vom Mainzer Projekt 2015 untersucht wurden. Angaben zur Größe der Verlagsgruppen nach Media Perspektiven/Basisdaten 2014 , S. 53, Abgerufen unter: http://www.ard-werbung.de/media-perspektiven/publikationen/basisdaten/ [Stand vom 12-05-2015].

POLNISCHE WOCHENPRESSE	Januar 2019		Journalist
	Auflage	Verkauf	
Newsweek	140 008	86 130	-
Polityka	146 528	97 837	Łukasz Wójcik
Tygodnik Powszechny	51 564	27 301	Paweł Brawo
Gość Niedzielny	178 000	112 877	Jacek Dziedzina
Wprost	63 546	17 329	Jakub Mielnik
Do Rzeczy	91 982	34 775	Jacek Przybylski
W Sieci	110 615	45 173	Marcin Fijołek
Gazeta Polska	103 232	27 199	Wojciech Mucha

Abbildung 2: Die polnischen Titel, die im Rahmen vom Krakauer Projekt 2018 untersucht wurden. Angaben zu Auflage und durchschnittlichem Verkauf nach Daten von ZDKP, Abgerufen unter: https://www.prasaplus.pl/ [Stand vom 19-02-2019].

In beiden Projekten ging der Respondentenauswahl eine Inhaltsanalyse der europabezogenen Berichterstattung der jeweiligen Medien voraus. Auf dieser Grundlage wurden Listen von JournalistInnen erstellt, die sich mit europäischen Themen befassen. Schlusskriterium für die Auswahl der JournalistInnen für die Interviews war die Frequenz der von ihnen veröffentlichten Berichte, d. h. als erstes wurden jene JournalistInnen um ein Interview gebeten, deren Beiträge im Untersuchungszeitraum am häufigsten erschienen sind. Insgesamt wurden 16 deutsche (siehe Abb. 1) und sieben polnische (siehe Abb. 2) JournalistInnen interviewt.

Die Interviews wurden in Form eines halb standarisierten Interviews durchgeführt. Der Interview-Leitfaden beinhaltete 16 Fragen (vgl. Szymańska 2016, S. 300–301) im Falle der deutschen und 14 Fragen im Falle der polnischen MedienvertreterInnen. Der Umfang der Fragen war in beiden Projekten konvergent. Die im Artikel präsentierten Aussagen bilden die journalistischen Prognosen über die künftige Rolle und Aufgaben der Medien in Europa ab und bestehen aus den Antworten auf die Forschungsfrage: „Wie sehen Sie die Aufgabe der Medien in Europa in zehn Jahren?“, die in beiden Projekten während der Interviews gestellt wurde. Gemäß der in beiden Projekten angenommenen Regeln, werden die in Einzelinterviews eingeholten Aussagen und Meinungen anonym, d.h. unter Berücksichtigung der Anonymität ihrer AutorInnen präsentiert. Die Annahme solcher Vorgehensstandards war notwendig, um die oben genannten JournalistInnen für die Forschung zu gewinnen.

Die Aussagen der deutschen JournalistInnen

Nach Meinung der deutschen JournalistInnen hängt die Rolle der Medien im künftigen Europa von zumindest zwei Faktoren ab. Zum Ersten von der Verfassung der Medien selbst, zum Zweiten von der Verfassung der Europäischen Union und davon, wie man in der Zukunft den Sinn und das Ziel der Integration verstehen wird. Die Mehrheit der JournalistInnen war der Meinung, dass die Rolle der Medien in Zukunft prinzipiell konstant bleibt, da die Medien für uns unentbehrlich sind. Der Typ des Mediums, für das der Journalist bzw. die Journalistin arbeitet, schien dabei irrelevant für die Meinung über die künftige Rolle der Medien zu sein.

Im Kontext der Zukunft der Medien sind die Aussagen, die sich auf die ersten der Faktoren beziehen, von besonderem Interesse. Ein Teil der deutschen Respondenten war der Meinung, die Qualität des medialen Einflusses hänge von der ökonomischen Situation der Medien ab, weil eine solide Erfüllung der sozialen und politischen Aufgaben der Medien einfach ihren Preis habe:

> „Medien [...] müssen aufklären. [....] Szenarien hervorzuheben, [...] Krisen, [...] rechtzeitig wahrzunehmen und darüber berichten. Das geht natürlich nur, wenn man entsprechend Personal hat, wenn man Korrespondenten hat. Das ist alles nicht billig zu haben[...].“

Doch die ökonomische Situation der Medien, insbesondere der Printmedien, sei sehr schwierig und vieles deute darauf hin, dass sie in Zukunft noch schwieriger werde, was nicht ohne Einfluss auf die Wahrnehmung und das Weltbild ihrer RezipientInnen bleiben dürfte:

> „[...] Die Medien durchlaufen eine schwierige Phase. Das gilt natürlich für die Printmedien in erster Linie, die in Konkurrenz mit den Internetmedien leiden. [...] die Medien sind in einer ökonomischen Krise. [...] als erstes wird im Ausland gespart. [...] Und das prägt wiederrum ihre [der Rezipienten] Identität, weil sie weniger Sachen von außen wahrnehmen, nehmen sie hauptsächlich sozusagen das Naheliegende wahr und das verengt dann den Blick natürlich wieder.“

Im Lichte der Aussagen wurde deutlich, dass sich die JournalistInnen in Deutschland Sorgen um die Qualität ihrer Medien machen. Ihrer Meinung nach sinke die Qualität der Medien kontinuierlich. Zumindest indirekt schuld daran sei ihren Aussagen zufolge u.a. die rasche Entwicklung der neuen Medien und der Kommunikationstechnologien. Im Kontext der internationalen Kommunikation könne der sogenannte bürgerliche Journalismus dieses Vakuum nicht schließen (bei der Kontrollfunktion der Medien vielleicht ja, aber nicht bei der Information und Analyse):

> „Die Veränderungen [...] passieren durch die [...] technischen Veränderungen und dadurch, dass immer mehr Berichterstattungen in digitalen Medien im

> Internet erfolgen werden. [...] Das Problem ist [...], dass es weniger Journalisten gibt, dass es geringere Gehälter gibt und deshalb [...] die Qualität der Medien insgesamt abnimmt. [...] diese Wende von Printmedien zu den digitalen und Medien auf Planships, auf Smartphones – das wird sehr schmerzhaft werden und setzt zumindest vorübergehend mit einem Qualitätsverlust einhergehen und auch ein Verlust an Unabhängigkeit. [...] Also die Qualität der Medien wird abnehmen und ich glaube nicht, dass durch den [...] Bürgerjournalismus [geholfen werden kann]. [...] [vielleicht kann] die Funktion der Kontrolle besser und breiter erfüllt werden, aber nicht die Funktion von der nüchternen Analyse."

Das Problem der neuen Medien – insbesondere der sozialen Netzwerke – bedeute nach Auffassung der Befragten auch die Geburt eines neuen Rezipiententypus, der in den Medien nicht nach Information, sondern nach der Bestätigung eigener Meinung suche. Die Anwesenheit der neuen Medien bedeute aber vor allem die Dekonstruktion der strukturierten, landesweiten Debatte:

> „Das ist auch eine Frage nach der Rolle der Mediennutzer. [...] [Es wird] in zehn Jahren auch noch Tageszeitungen geben [...]Trotzdem wird sich da was verändern [...] durch das Netz [....] es muss hoffentlich dann in zehn Jahren stärker [...] jedem klar sein, [...] das es ja keine gesellschaftlich organisierte Debatte ist. [...] Facebook verengt ja in Wahrheit den Blick [...] Es darf aber nicht sein, dass wirklich dieser Prozess einer reflektierten Meinungsbildung, durch – auf Deutsch gesagt – ein völlig chaotisches Geschrei, ersetzt wird, wo [...] am Ende [der] gewinnt, der halt entweder die meiste Power hat, wie Google oder Facebook, oder am lautesten schreit [...]."

Die Respondenten wiesen auch auf die negativen Folgen des destruktiven Zeitdrucks hin, dem die heutigen MedienmacherInnen ausgesetzt sind. Das technologiebedingte Tempo der Berichterstattung mache sie flach und oberflächlich:

> „[...] die Rolle der Medien hat sich ja schon verändert, die wird sich weiter verändern. Wir sind quasi 24 Stunden lang online, oder was man auch real time nennt, also wir müssen eigentlich immer sofort parallel auf die Dinge reagieren und können sie weniger als es erforderlich wäre, sacken lassen."

Es gab allerdings auch Stimmen, denen eben diese Veränderungen der Struktur des Medienmarktes und die Anwesenheit des neuen – vielleicht doch vor allem selbständigeren? – Rezipienten bzw. der neuen Rezipientin Hoffnung mache. Der neue Rezipient bzw. die neue Rezipientin könne nämlich durch sein/ihr wählerisches Verhalten und seine/ihre kritische Einstellung zur Berichterstattung gewisse positive Veränderungen erzwingen – zumindest im europäischen Kontext:

> „[...] die Medien, wie wir sie heute kennen [...] werden nur überleben, wenn sie europäischer werden und wenn sie versuchen, europäisch zu sein. Das hat was damit zu tun, dass es heute [...] total einfach ist, sich überall in Europa auf Englisch zu informieren und sich ein Bild selber zu verschaffen. Und wenn man [...] mitbekommt die Berichterstattung in Italien über das Problem ist eine ganz andere als die aus Deutschland, [...][dann] frag ich mich irgendwann: ‚warum ist denn die Berichterstattung in Deutschland so national?' Und dann [...] lese ich vielleicht irgendwann keine deutschen Medien mehr, sondern informiere mich irgendwie anders."

Trotz all der Hindernisse und negativen Entwicklungen werden die Medien aber – so die Meinung der deutschen JournalistInnen – nicht an Bedeutung verlieren, weil sowohl die BürgerInnen als auch die PolitikerInnen die Medien weiterhin brauchen werden (genauso wie die Medien ihre RezipientInnen und PolitikerInnen). Sie werden es nur schwieriger haben:

> „Also ich denke, dass es die Medien nicht leichter haben werden, aber dass ihre Rolle nach wie vor bestehen wird und das geht auch gar nicht anders, weil auch im neuen Zeitalter die Politik auf die Medien angewiesen ist und wir auch umgekehrt auf sie [...]. Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass es zu einer wesentlichen Veränderung kommen wird […]. Ich weiß nicht, ob die sich großartig verändern wird, die Rolle der Medien. Was sich verändern wird, sind die Medien. [Wir werden] [...] andere Medien haben, über die sie [d.i. Leute] sich informieren, oder auch nicht informieren. [...] die Medienlandschaft oder die Struktur der Medien [...] wird sich sicherlich verändern. [...] aber die Rolle an sich [...] nicht. [...] was sollen die Medien da für eine andere Rolle übernehmen? Dann sind es keine Medien mehr. Also in dem Verständnis, wie ich sie verstehe."

Die Aussagen der polnischen JournalistInnen

Ähnlich wie ihre deutschen KollegInnen waren auch die polnischen JournalistInnen der Meinung, dass die Rolle der Medien im künftigen Europa vor allem von der Verfassung der Medien abhängen wird. Viele der Antworten fingen deshalb mit dem vielsagenden Vorbehalt „je nachdem welche Medien überleben" an. Generell aber dominierte die Meinung, dass die Bedeutung der Medien nicht sinken werde und ihre Form von sekundärer Bedeutung sei:

> „Eine schwierige Frage für jemanden, der in den Printmedien arbeitet, weil alle behaupten, in zehn Jahren werden keine Zeitungen mehr gelesen. [...], die Medien [Kommunikationskanäle] werden sich wahrscheinlich ändern, ich denke aber – und ich hoffe es auch – dass der Bedarf nach einem kritischen, professionell solide fundierten Journalismus, der keinen

> politischen Sympathien und Emotionen untergeordnet ist, wird immer bestehen. Und ob er im Internet realisiert wird oder in irgendeiner anderen, heute uns noch unbekannten Form, ist nebensächlich.“

Insbesondere die Rolle und Bedeutung der meinungsführenden Medien bleibe konstant, also derjenigen, welche die Regierenden kontrollieren und das Geschehen kompetent erklären, strukturieren und analysieren:

> „Die Frage ist, welche Medien wird es noch geben, ob nur noch Facebook oder Twitter, was möglich ist? [...] Ich denke, dass [die Rolle der Medien] gleichbleiben soll, wie sie heute ist, d.h. [...] ich glaube, dass die Rolle der Medien – sowohl heute als auch in zehn Jahren – ist, [den Regierenden] auf die Hände zu gucken [...]. Ich denke, das ist die Aufgabe der Presse und der Medien, und so soll sie in zehn Jahren immer noch sein“; „Sie [die Medien] werden tun, was sie sollen, d.i. [sie werden] [...] kontrollieren, vorwarnen und beurteilen. Das sind die Hauptaufgaben der Medien.“

Ähnlich wie die deutschen KollegInnen, sprachen auch die polnischen JournalistInnen das Thema der ökonomischen Konsequenzen der Anwesenheit der neuen Medien an. Auch die polnischen MedienvertreterInnen wiesen darauf hin, dass guter Journalismus seinen Preis habe. Die Finanzierungsprobleme der Medien könnten nach ihrer Einschätzung in Zukunft die Gefahr eines elitären – im Sinne sehr beschränkten – Zugangs zu solider Information mit sich bringen, was auf jeden Fall negative Auswirkungen für die Demokratie hätte:

> „[...] es kann sein, auf dem Schlachtfeld bleiben einige starke Medien, inhaltlich auf einem hohen Niveau, die ausschließlich die kognitiven und intellektuellen Bedürfnisse eines engen Teils der Gesellschaft bedienen werden [...] es bleibt eine dünne Schicht solcher Medien, die genug Geld haben werden [...] sehr meritorische Medien, aber auch teure, die eine enge Gruppe der Menschen erreichen.“

Die JournalistInnen in beiden Ländern stimmten darin überein, dass neue Medien, soziale Netzwerke insbesondere, indirekt für den Qualitätsverlust der Berichterstattung und für das Entstehen von solchen Phänomenen wie *Infotainment* oder *Informationsblasen*, welche die Debatte dekonstruieren, verantwortlich seien. Das stimmte einige der Befragten eher pessimistisch:

> „Medien – besonders die, die sich mit der Politik befassen, die die politische Einstellung/Haltung formen [...], haben es heute schwer [...] ich denke, das kann so enden, dass [...] viele der traditionellen Medien nicht überleben, weil die Menschen ihre Unterhaltung und generell Information im Internet bekommen und [dort] Zeit verbringen. Sie nutzen die *social media* und lassen die traditionellen Medien aus [...]. Ich weiß nicht, wie die Medien aussehen werden [...]. Ich bin [aber] kein Optimist. Die Medien gehen in eine

> solche Richtung [...]. Besucht doch irgendein Portal und versucht, irgendetwas zu erfahren! Es ist schwierig. Medien gehen jetzt vom Informieren zur Infounterhaltung [Infotainment] über. [....] D.h. wir [die Rezipienten] übernehmen irgendwelche Meinungen, anstatt uns selbstständig welche zu bilden. Es wird also immer schlimmer. Und diese soziale Kluft, die auch durch Medien gebildet wird, wird sich vertiefen. Wir verschließen uns immer mehr in unseren Informationsblasen, zu denen nur die [Medien] Zugang haben, die uns entsprechend formatiert haben.“

Einer der Respondenten wagte sogar die Prognose, dass die Rolle der Medien geringer werde. Allerdings machte auch dieser Journalist eine Ausnahme für die serösen Berichterstatter:

> „Ich denke leider [...] die Rolle der Medien wird immer kleiner. Die Rolle der heutigen Großredaktionen übernehmen immer öfter die social media und das [...] worüber man auf Twitter und Facebook redet. Diese Redaktionen werden natürlich nicht verschwinden, sie verbleiben als eine Art Wegweiser, Leuchtturm, der die Richtung vorgibt. Aber diese Rolle wird nicht mehr so groß sein wie vor zehn Jahren [...] Vor zehn, fünfzehn Jahren war der Einfluss der Medien viel größer als heute. Heutzutage guckt man auf die Publikationen der deutschen, der französischen oder der polnischen Zeitungen nicht mehr so genau und man macht sich nicht mehr so viel daraus. Ob es ein guter Trend ist, ist eine andere Frage, aber ich habe das Gefühl, dass die Rolle der Medien immer kleiner wird. Obwohl sie nicht verschwindet. Seriöse Titel überleben”.

Generell aber erwarten die polnischen Journalisten, dass die Medien in zehn Jahren dieselbe Funktion und Rolle erfüllen wie heute. Im europäischen Kontext müssten sie allerdings effektiver als heute ihre Kontrollfunktion ausüben:

> „Ich glaube, dass für die Europäische Union sonderbare Vorzugsbedingungen gelten. Ich verstehe nicht warum [....] es arbeiten dort über 20.000 Beamte, die die Projekte entwerfen, die einen realen Einfluss auf den Alltag der Bürger haben [....] hier ist es die Rolle der Medien auf die Hände der europäischen Macht zu gucken [....] die Realität beim Namen so zu nennen, wie sie ist [....] was schlecht ist und was Europa zum Abgrund führt [....] beim Namen zu nennen [....] Das ist, denke ich, die Rolle der Medien.“

Schlussbemerkungen

Die deutschen und polnischen JournalistInnen unterscheidet vieles. Es unterscheidet sie das mediale und politische System, in dem sie arbeiten und funktionieren. Es unterscheidet sie die Sprache und Kultur und der Status der Medien und des Journalismus als Beruf innerhalb der beiden Gesellschaften. Es unterscheidet sie schließlich auch die journalistische Tradition und die Tradition der politischen Debatte im jeweiligen Land. Besonders stark unterscheidet sie aber die aktuelle Situation der Medien in beiden Ländern, die mit den demokratischen Standards der öffentlichen Debatte und dem Stil der Politik in Polen und Deutschland in Verbindung steht und somit auch für den Arbeitsalltag der Journalisten ausschlaggebend ist. Die Ergebnisse des *Media Pluralism Monitors* zeigen deutlich, dass die Entwicklung des Medienpluralismus in beiden Ländern unterschiedlich verläuft (Klimkiewicz 2018; Steindl & Hanitzsch 2018). Es gibt Unterschiede in so grundlegenden Aspekten wie dem Grad der politischen Unabhängigkeit der Medien, den Schutzstandards der Pressefreiheit und des Rechts auf Information, den Schutzstandards des Journalisten bzw. der Journalistin, dem Risiko der Medienkonzentration und mangelnder Eigentumstransparenz auf dem Medienmarkt sowie beim Zugang einzelner Medienunternehmer zu den Einnahmen aus der Werbung staatlicher und/oder öffentlicher Institutionen (Brogi et al. 2018). Und auch wenn die ökonomische Situation des Medienmarktes in beiden Ländern den JournalistInnen Sorgen angesichts ihrer Zukunft macht, so haben im Moment die deutschen JournalistInnen im Gegensatz zu ihren polnischen KollegInnen wohl mit Recht weniger Angst vor den negativen Einflüssen der Politik auf ihren Job (vgl. Szymańska 2017b).

Im Lichte der Interviewergebnisse wird allerdings deutlich, dass die JournalistInnen in Polen und Deutschland auch vieles verbindet. Zum einem verbindet sie die schon erwähnte Sorge um die weitere wirtschaftliche Entwicklung ihrer Branche. Die JournalistInnen in beiden Ländern sind sich des Weiteren dessen bewusst, welche negativen gesellschaftlichen, sozialen und in der weiteren Perspektive politische Folgen (auch unabhängig von den neuesten politischen Entwicklungen in Polen) der weitere Fortschritt der neuen Kommunikationstechnologien mit sich bringen kann. Der ökonomisch und technologisch bedingte Qualitätsverlust der Berichterstattung und die Gefahr eines elitären – im Sinne nur auf kleine Gruppen der Bevölkerung beschränkten – Zugangs zu soliden Informationen ist für die Demokratie gefährlich, da sie in ihrem Grundmechanismus auf der Wahlentscheidung einer Mehrheit basiert. Je besser informiert und dadurch kritischer die Mehrheit an ihre Wahlentscheidung herangeht, desto besser für alle.

Nicht weniger gefährlich nehmen die polnischen und die deutschen JournalistInnen die Situation wahr, in der sich infolge der Zersplitterung der öffentlichen Debatte ein neues Verhaltensmuster des Rezipienten bzw. der Rezipientin verbreitet, der bzw. die in den Medien „nicht nach Information, sondern nach der Bestätigung eigener Meinung sucht" – was die Wahrnehmung und das Weltbild eines solchen Rezipienten bzw. einer solchen

Rezipientin verengt und beschränkt und dadurch auch seine politische Kompetenz (und oft Teilnahmebereitschaft) mindert. Die JournalistInnen der beiden Länder hoffen deshalb, dass in Zukunft insbesondere die Rolle und Bedeutung der meinungsführenden Medien konstant bleibt. Die polnischen und die deutschen JournalistInnen verbindet auch die Überzeugung, dass das Einzige, was in Zukunft zählen wird, die Qualität der Medien und nicht ihre Form ist. In beiden Ländern nannten die Journalisten dieselben Trends und Probleme, welche die Existenz der heutigen Medien erschweren oder gar gefährden. In beiden Ländern wurde dabei gleichzeitig sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass der Qualitätsjournalismus ihrer Meinung nach eine Überlebenschance hat.

Die Überzeugungen der JournalistInnen in beiden Ländern stimmen mit den Resultaten der neuesten Untersuchungen überein. Die Ergebnisse der letzten Welle der Mainzer Langzeitstudie zum Medienvertrauen beweist: „Etablierte journalistische Medien erfahren [...] eine Bestärkung oder eine Renaissance als vertrauenswürdige Quellen“ (Ziegele et al. 2018, S. 151). Die neueste Studie „Jugend, Information, Medien“ des *Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest* (JIM-Studie 2018) zeigt ebenfalls, dass mit der Zeit auch die jugendlichen RezipientInnen die Seriosität der öffentlichen Medien und der Presse zu schätzen lernen (Feierabend et al. 2018, S. 591–592). Diese empirischen Befunde bestätigen, dass die Qualität der Nachricht die richtige Waffe im Überlebenskampf der Medien ist.

Wie wichtig die Qualität der Berichterstattung ist, zeigen auch die letzten polnischen Erfahrungen. Die rasant sinkenden Zuschauer- und Zuhörerquoten zeigen, wie schnell der politisch bedingte Missbrauch der öffentlich-rechtlichen Medien nicht nur die Polarisierung innerhalb der Gesellschaft gefährlich verschärfen kann, sondern auch, wie zerstörerisch, gar vernichtend dies für die Medien ist. Dem Vertrauensverlust der RezipientInnen folgt sehr schnell der Umsatzrückgang, da die Werbungseinahmen stark von den Reichweiten dieser Medien abhängen. Während in Deutschland die öffentlich-rechtlichen Medien praktisch die gesamte Bevölkerung regelmäßig ansprechen und die Reichweite des Informationsangebots der *ARD* mit seriöser Berichterstattung über 80% der Bevölkerung erreicht (Krupp 2018, S. 461), sank alleine im ersten Quartal 2018 die Zuschauerquote der beiden wichtigsten Informationssendungen der *TVP1* (*Wiadomości, Teleekspress*) beinahe um 30% (wirtualnemedia.pl 2018). Die Abkehr der ZuschauerInnen des öffentlich-rechtlichen Senders (*TVP*) war so brisant, dass es zu einem Konflikt zwischen der Agentur *Nielsen Audience Measurement*, die mit der Analyse beauftragt wurde, und der *TVP*-Führung kam, welche die Richtigkeit der Analyse und deren Ergebnisse in Frage stellte (polskatimes.pl 2018). Die kommerziellen Werbeauftragsgeber ließen sich aber von diesem Trick nicht täuschen und zogen sich weitgehend zurück, was die finanzielle Situation der *TVP* so weit verschlechterte, dass sie Anfang dieses Jahres eine staatliche Subvention in Rekordhöhe von 1,26 Milliarden PLN (ca. 295 Millionen Euro) bekam (wirtualnemedia.pl 2019). Einen tiefgreifenden Vertrauensverlust gegenüber den Medien in Polen bestätigen auch die Ergebnisse der Meinungsumfragen. Im Jahr 2018

zeigten sie im Fall der Medien (Presse und Fernsehen allgemein) das niedrigste Vertrauensniveau seit 2002, d.h. seitdem es die Vertrauensstudie gibt (CBOS 2018, S. 8).

Die Qualität der Information, ihre Richtigkeit und Glaubwürdigkeit ist von zentraler Bedeutung. Die kostbarste Diversität der Medien hat deshalb weniger mit ihrer technologischen Vielfalt oder Anzahl der Medien zu tun, als vielmehr mit der Reichweite der genutzten Argumente und präsentierten Standpunkte auch innerhalb derselben Redaktion bzw. desselben Mediums. Gerade diese Art der Vielfalt macht es möglich, dass der Rezipient bzw. die Rezipientin nicht nur eine Bestätigung für seine Meinung bekommt, sondern auch die Möglichkeit, diese zu überprüfen und ggf. zu revidieren. Die Form des Mediums, das er bzw. sie dafür nutzt, ist egal, solange die Qualität der Nachricht stimmt, die mit einer soliden Recherche anfängt. Vielfalt von Medien, die nicht glaubwürdig sind, schadet mehr, als dass sie hilft. Deshalb heißt das wichtigste Postulat heute die Diversität der Meinungen und Standpunkte sowie die Reichweite der Debatten – die niemanden außerhalb des Diskurses auslassen – zu fordern. Wenn wir Diversität nur auf die technische Vielfalt bzw. Vielfalt der politischen Stimmen, die nie miteinander diskutieren, reduzieren, verlieren wir zuerst das Vertrauen in die Medien und schließlich auch in die Demokratie, da die Kommunikation, die durch die Medien und in den Medien erfolgt, ein *modus operandi* der modernen Gesellschaft ist.

Im europäischen Kontext bedeutet dies, dass die Medien keinen Sondertarif für die heutigen Probleme des Integrationsprozesses haben dürfen. Man muss über alles offen sein, aber eben auch meritorisch diskutieren können, damit man keinen Platz für die Entstehung einer Schweigespirale übrig lässt, die Teile der RezipientInnen aus der Diskussion ausschließt und sie somit aufgrund ihrer Ängste den Populisten ausliefert.

Als Medienrezipienten bzw. -rezipientin sollten wir nicht aus den Augen verlieren, dass die Diversität der existierenden Medien die Meinungsvielfalt innerhalb einer Gesellschaft zwar potenziell erweitern oder verstärken kann, aber nicht garantieren oder ersetzen muss. Sie bildet lediglich eine Chance. Ob sie genutzt wird, hängt nicht nur von den Personen ab, welche die Medien produzieren oder ihre Existenzregeln bestimmen, sondern auch von uns – also denjenigen, welche die Medien rezipieren bzw. nutzen und dadurch ihre Existenz auf dem Markt legitimieren. Daran sollten wir alle denken, bevor wir uns in unsere komfortablen *Infotainmentzonen* oder *Infoblasen* zurückziehen. Ohne uns werden auch die besten Medien nicht überleben. Und wenn sie einmal weg sind, haben wir in Europa ein großes Problem.

Literatur

Bilandzic, Helena; Koschel, Frederike; Springer, Nina & Pürer, Heinz (2016): *Rezipientenforschung: Mediennutzung – Medienrezeption – Medienwirkung*. Konstanz & München: UVK Verlagsgesellschaft mbH. & UVK Lucius.

Brogi, Elda; Nenadic, Iva & De Azevedo Cunha, Mario (2018): Media Pluralism Monitor. Application of the Media Pluralism Monitor 2017 in the European Union, FYROM, Serbia & Turkey. Policy Report: 2018. Abgerufen unter: http://cmpf.eui.eu/media-pluralism-monitor/ [Stand vom 14-02-2019].

CBOS (2018): O nieufności i zaufaniu. Komunikat z badań CBOS, 35/2018. Abgerufen unter: https://www.cbos.pl [Stand vom 27-02-2019].

Eckert, Mathias; Eisenblätter, Andrea; Feuerstein, Sylvia & Scholz, Sören (2017): Die MedienNutzerTypen und ihr emotionales Profil. *Media Perspektiven*, 11/2017, S. 555–566.

Feierabend, Sabine; Rathgeb, Thomas & Reutter, Theresa (2018): Jugend, Information, Medien. Ergebnisse der JIM-Studie 2018. *Media Perspektiven*, 12/2018, S. 587–600.

Hipeli, Evelin (2012): *Netzguidance für Jugendliche: Chancen und Grenzen der Internetkompetenzförderung und ihrer Vermittlung*. Wiesbaden: Springer VS Verlag.

Klimkiewicz, Beata (2018): Media Pluralism Monitor. Application of the Media Pluralism Monitor 2017 in the European Union, FYROM, Serbia & Turkey. Country Report: Poland. Abgerufen unter: http://cmpf.eui.eu/media-pluralism-monitor/ [Stand vom 14-02-2019].

Krupp, Manfred (2018): Editorial. *Media Perspektiven,* 10/2018, S. 461.

Polskatimes (2018): TVP kontra Nielsen, czyli ilu widzów ogląda telewizję publiczną. Abgerufen unter: https://polskatimes.pl/tvp-kontra-nielsen-czyli-ilu-widzow-oglada-telewizje-publiczna/ar/13497429 [Stand vom 27-02-2019].

Soroka, Stuart N. (2003): Media, Public Opinion, Foreign Policy. *The Harvard International Journal of Press/Politics,* 8 (1), S. 27–48.

Steindl, Nina & Hanitzsch, Thomas (2018): Media Pluralism Monitor. Application of the Media Pluralism Monitor 2017 in the European Union, FYROM, Serbia & Turkey. Country Report: Germany. Abgerufen unter: http://cmpf.eui.eu/media-pluralism-monitor/ [Stand vom 14-02-2019]

Szymańska, Agnieszka (2017a): Dziennikarstwo w epoce nowych mediów – przykład Niemiec. *Zeszyty Prasoznawcze,* 60/1 (229), S. 201–213.

Szymańska, Agnieszka (2017b): Polityka mniej groźna niż ekonomia? Relacje mediów i polityki w świetle wypowiedzi niemieckich dziennikarzy i polityków. *Political Preferences*, 16, S. 51–64.

Szymańska, Agnieszka (2016): *Europa dziennikarzy. Dyplomacja mediów i (post)narodowa Europa*. Kraków: Wydawnictwo Uniwersytetu Jagiellońskiego.

Wirtualmedia (2018): Wszystkie dzienniki straciły widzów w I połowie 2018 r. „Wiadomości” i „Teleexpress” w dół mimo emisji w TVP Info. Abgerufen unter: https://www.wirtualnemedia.pl/artykul/ogladalnosc-programow-informacyjnych-w-2018-roku [Stand vom 14-02-2019].

Wirtualmedia.pl (2019): Rekordowe wsparcie dla TVP i Polskiego Radia. Senatorowie PiS za przekazaniem 1 mld 260 mln zł. Abgerufen unter: https://www.wirtualnemedia.pl/artykul/rekordowe-wsparcie-dla-tvp-i-polskiego-radia-senatorowie-pis-za-przekazaniem-1-mld-260-mln-zl [Stand vom 27-02-2019].

Ziegele, Marc; Schultz, Tanjev; Jackob, Nikolaus; Granow, Viola; Quiring, Oliver & Schemer, Christian (2018): Lügenpresse-Hysterie ebbt ab. Mainzer Langzeitstudie „Medienvertrauen“. *Media Perspektiven*, 4/2018, S. 150–162.

Kremlnah vs. kremlkritisch: Mediendiversität trotz Lenkung in Russland

Eva Binder

Zusammenfassung

Russlands Medienlandschaft ist trotz unterschiedlicher Regulierungsmaßnahmen von Seiten der politischen Führung nach wie vor vielfältig, vielschichtig und dynamisch. Es gibt gesellschaftliche und politische Debatten, die öffentlich ausgetragen werden, und es gibt nach wie vor Freiräume für die mediale Artikulation von Kritik. Allerdings sind der mediale Diskurs und viel mehr noch (regierungs-) kritische Medien an die spezifischen Bedingungen gebunden, die sich im „System Putin" seit dem Jahr 2000 herausgebildet haben. Im folgenden Beitrag wird die komplexe, für Russland spezifische Situation thesenartig erfasst und mithilfe von drei oppositionellen Medien exemplarisch veranschaulicht. Dabei werden als konkrete Beispiele der Radiosender *Ėcho Moskvy*, die Web-Seiten *lentra.ru* und *Meduza* sowie das Interview-Projekt *вДудь* (vDud') des Sportjournalisten Jurij Dud' dienen.

Einleitung

Starke Polarisierungen waren immer wieder kennzeichnend für die Gesellschaft und öffentliche Meinung in Russland – und sie sind es auch heute wieder. In Bezug auf das russische Mediensystem dominieren staatliche, staatsnahe und staatlich gelenkte Medienanstalten insbesondere die Wahrnehmung von außerhalb. Die westlichen Demokratien und ihre Medien verurteilen Russland regelmäßig für seine Verstöße gegen die Meinungs- und Pressefreiheit. Entsprechend unrühmlich ist der Platz, den Russland seit Jahren im *Index der Pressefreiheit* der Organisation *Reporter ohne Grenzen* einnimmt. Demgegenüber steht eine wachsende Zahl an Internetplattformen, Youtube-Kanälen und Medienaktivisten und -aktivistinnen, die den sogenannten kremlnahen Mainstream-Medien Paroli bieten. Trotz der seit vielen Jahren von kritischen Beobachter und Beobachterinnen geäußerten Befürchtungen, Russland würde medial in die Sowjetzeit zurückkehren, kann daher mit Fug und Recht behauptet werden, dass es immer noch eine gewisse Medienvielfalt in Russland gibt. Wie es Medien und Medienaktivisten und -aktivistinnen gelingt, sich trotz staatlichem Druck zu behaupten, wie Freiräume für die mediale Artikulation von Kritik genützt werden und wie die autoritär agierende Staatsmacht darauf reagiert, soll im folgenden Beitrag thesenartig und anhand von konkreten Beispielen diskutiert werden.[1] Dabei kann vorab festgehalten werden, dass Russlands Medienlandschaft vielschichtig und dynamisch ist und dass – zumindest in der

[1] Für wichtige Anregungen zu diesem Beitrag und wertvolle Einsichten möchte ich dem Wissenschaftsredakteur der Russland-Medien-Plattform *дekoder [Russland entschlüsseln]* Leonid Klimov herzlich danken.

deutschsprachigen medialen Berichterstattung über Russland – die vorhandene Diversität tendenziell übersehen oder übergangen wird.

Zur Frage der Mediendiversität in Russland gilt es zwischen verschiedenen Faktoren zu unterscheiden, die diese Diversität möglich und überhaupt erst erkennbar machen. Zunächst einmal stellt sich insbesondere in Bezug auf Russland, dessen Mediensystem seit dem Ende der Sowjetunion einen tiefgreifenden Transformationsprozess durchlaufen hat, die Frage nach Meinungspluralismus und Meinungsfreiheit. Diese Frage ist vor allem mit einem Werturteil verbunden – insbesondere dann, wenn in westlichen Demokratien der Vorwurf erhoben wird, in Russland würde die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Etwas anders gelagert ist dagegen die Frage nach der Unabhängigkeit der Medien. Hier gilt es zwischen zwei unterschiedlichen Abhängigkeiten zu unterscheiden, nämlich zwischen politischen Abhängigkeiten einerseits und ökonomischen andererseits. Einen weiteren zentralen Faktor bilden die technologischen Voraussetzungen, die Mediendiversität heute begünstigen. So sind es die digitalen Medien und daran gebundene Medienformate und Kommunikationskanäle, die etwas ermöglichen, was vor Jahrzehnten noch undenkbar gewesen wäre.

Zum Mediensystem in Russland

Um das heutige Mediensystem in Russland zu verstehen, ist es notwendig, einen Blick in die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts – in die Sowjetzeit und die anschließende Transformationsperiode der 1990er Jahre – zu werfen. Transformation bezeichnet in diesem Zusammenhang die komplexen Prozesse des Wandels, die sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus vollzogen haben.

Russland ist das größte und bedeutendste der sogenannten Transformationsländer Osteuropas. Bis 1991 war Russland oder, um genau zu sein, die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (kurz RSFSR) die älteste und bevölkerungsreichste Unionsrepublik der Sowjetunion. Die UdSSR war, was heute in der Gesamtdimension nicht mehr so leicht vorstellbar ist, ein einheitlicher Informationsraum mit einem staatlichen Informations-, Meinungs- und Ideologiemonopol. Das bedeutet, dass bis zumindest 1985 alle Medien in der UdSSR unter direkter staatlicher Kontrolle standen und dass die gesamte mediale Produktion und Distribution dieses flächenmäßig größten Landes der Erde in letzter Konsequenz von Moskau aus gesteuert wurde.

Mit dem Amtsantritt von Michail Gorbačev[2] im Jahr 1985 und im Zuge der von ihm eingeleiteten Politik der Glasnost wurde eine begrenzte Meinungsvielfalt zugelassen. Die einmal zugestandenen Freiheiten und Möglichkeiten entwickelten innerhalb kürzester Zeit eine ungeahnte Dynamik, die zum Zerfall des gesamten politischen, gesellschaftlichen und medialen Systems im Jahr 1991 führte.

---

2 Russische Namen, Wörter und Titel werden nach der wissenschaftlichen Transliteration wiedergegeben, um eine Rückführung auf die original russische Schreibung zu ermöglichen.

Ähnlich wie der Wandel der sozialistischen Gesellschaftssysteme im Osten und Südosten Europas von der Idee der Freiheit im Allgemeinen und der Idee der Meinungs- und Pressefreiheit im Besonderen genährt wurde, ist auch die gesellschaftliche und politische Enttäuschung, die in diesen Ländern heute noch zu beobachten ist, eng mit einem abstrakt verstandenen Freiheitsbegriff verbunden. Wie Simone Schlindwein in ihrer Studie aus dem Jahr 2007 überzeugend darlegt, ist „Freiheit" im Kontext der Transformation der Medien als Begriff nicht zuletzt schon deshalb ungeeignet, weil die Menschen insbesondere in den postsozialistischen Ländern davon überzeugt sind, „dass die Medien immer und überall instrumentalisiert werden" (Schlindwein 2007, S. 3). In Russland ist, wie auch aus Meinungsumfragen hervorgeht, unter der Bevölkerung immer noch die Vorstellung verbreitet, Journalisten und Journalistinnen sollten von oben bestimmte Botschaften verbreiten und die Regierung in ihrer Arbeit unterstützen (vgl. Kutscher & Himmelspach 2018). Weit mehr noch ist der Begriff der Freiheit im Sinne von Unabhängigkeit deshalb problematisch, weil es in Russland keine klaren Trennlinien zwischen sogenannten unabhängigen Medien einerseits und kontrollierten Medien andererseits gibt. Das Bild, das sich uns heute zeigt, ist daher alles andere als schwarz-weiß.

Obwohl die russländische Mediengesetzgebung in den 1990er Jahren nach demokratisch-westlichem Vorbild gestaltet wurde, sind die Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit heute vielfältig. Sie lassen sich grob in vier Bereiche zusammenfassen, zu denen erstens Einschränkungen über die Strafgesetzgebung gehören. Bereits seit 1993 steht die journalistische Preisgabe von Staatsgeheimnissen unter Strafe. Später kamen vor allem strafrechtliche Maßnahmen gegen „Extremismus" hinzu, die es ermöglichen, oppositionelle Meinungen als „extremistische" Aktivitäten einzustufen. Eine weitere Möglichkeit stellt die Verurteilung von Journalisten und Journalistinnen wegen Diffamierung dar, die in den ersten beiden Amtsperioden von Vladimir Putin auffällig häufig praktiziert wurde – mit weniger als zehn solcher Fälle in den 1990er Jahren und bis zu 45 Fällen pro Jahr Mitte der 2000er Jahre (vgl. Orttung 2006, S. 5).

Neben strafrechtlichen Maßnahmen gibt es zweitens vielfältige Möglichkeiten, um Druck auf einzelne Journalisten und Journalistinnen wie auch auf unabhängige Medien als Ganzes auszuüben und die Medienberichterstattung zu Gunsten der politischen Macht zu beeinflussen. Zur sogenannten „Schere im Kopf", d.h. zur freiwilligen Selbstzensur der Journalisten und Journalistinnen als allgemeines Phänomen kommt in Russland verstärkend die reale Bedrohung von Leib und Leben hinzu. Dabei sprechen die Zahlen – mit 341 Mordfällen von 1992 bis 2012 (vgl. Orttung & Walker 2013, S. 5) – für sich und sind ein Grund für das schlechte Ranking Russlands im *Index der Pressefreiheit*. Hinzu kommen Machtpraktiken einer politischen Steuerung der Medien, wenn beispielsweise zu Pressekonferenzen nur regierungsfreundliche Journalisten und Journalistinnen zugelassen werden oder zu TV-Talkshows nur ein bestimmter Personenkreis eingeladen wird.

Gleichzeitig ist anderen Personen im Fernsehen jeder Auftritt verwehrt und ihre Existenz wird gewissermaßen totgeschwiegen. Das bekannteste Beispiel dafür ist der Oppositionspolitiker Aleksej Naval'nyj, der vom berühmten TV-Moderator Vladimir Solov'ev immer wieder diskreditiert wird, ohne dass sein Name dabei explizit fällt – das russische TV-Publikum weiß offensichtlich, wer gemeint ist.

Einen dritten zentralen Faktor der politischen Einflussnahme auf die Massenmedien bilden Besitzverhältnisse, wobei die dafür maßgeblichen Weichenstellungen insbesondere während Putins erster Amtszeit von 2000 bis 2004 erfolgten. So wurden in dieser Zeit private (insbesondere der TV-Sender *NTV*) und nach dem Ende der Sowjetunion teilprivatisierte Fernsehsender (das „Erste Programm") von regierungsnahen Unternehmen – allen voran der *Gazprom-Media Holding* – übernommen. Analoges lässt sich im Zeitungsbereich verfolgen, wie beispielsweise die Übernahme der Tageszeitung *Kommersant*, die von 1999 bis 2006 im Besitz von Boris Berezovskij war, durch den kremlnahen Oligarchen Ališer Usmanov. Andere große Massen- und Informationsmedien sind nie privatisiert worden und waren daher auch während der Transformationszeit in staatlichem Besitz. Ein Beispiel dafür ist die staatliche Medienholding *VGTRK* (Allrussische Staatliche Fernseh- und Radiogesellschaft), zu der heute nicht nur das zweite Fernsehprogramm *Rossija I* gehört, sondern auch die staatlichen regionalen Fernsehprogramme.

Während Vladimir Putins dritter Amtszeit ab 2012 lässt sich viertens auch eine andere Strategie der Staatsmacht gegenüber dem Internet verfolgen (vgl. Schmid 2015, S. 337), das bis dahin kaum angetastet wurde. Dies zeigt sich in mehreren Maßnahmen, wie der Möglichkeit der Sperrung von Web-Seiten ohne Gerichtsbeschluss zum Schutz von Kindern oder aufgrund extremistischer Inhalte (seit Juli 2012 bzw. Dezember 2013 möglich), dem 2014 beschlossenen Blogger-Gesetz, das festlegt, dass alle Web-Seiten, die pro Tag mindestens 3000 Besucher und Besucherinnen haben, als Massenmedien gelten und dass damit die Betreiber und Betreiberinnen für die Inhalte der Kommentare die Verantwortung tragen, oder – gehäuft im Jahr der Ukraine-Krise 2014 – in folgenreichen personellen Veränderungen, wie der Entlassung der Chefredakteurin des Online-Nachrichtenportals *lenta.ru* Galina Timčenko. Eine weitere Tendenz bei der Anwendung der oft „schwammigen" Gesetze zeigt sich darin, dass seit 2015 einzelne Nutzer und Nutzerinnen wegen Publikationen, Repostings oder sogar Likes gerichtlich verurteilt werden. Zuletzt unterzeichnete Präsident Putin im März 2019 zwei neue Gesetze, welche die Verbreitung von „Falschnachrichten" und „respektlose" Äußerungen über Vertreter und Vertreterinnen der Staatsmacht unter Strafe stellen und einmal mehr auf eine stärkere Regulierung der sozialen Medien abzielen (vgl. Litvinenko 2019).

Trotz all dieser Maßnahmen der politischen Einflussnahme und versuchten Steuerung der Massenmedien gibt es immer noch eine gewisse Medienvielfalt in Russland und einen öffentlich intensiv geführten kritischen Diskurs. Dieser ist jedoch an die spezifischen Bedingungen gebunden, die sich im „System Putin" seit dem Jahr 2000 herausgebildet

haben. Dazu werde ich drei Thesen formulieren und diese anhand exemplarischer oppositioneller Medien explizieren. Die erste These, die ich am Beispiel des Radiosenders *Ėcho Moskvy* darlegen werde, lautet, dass es kein klares Raster für die eindeutige Zuordnung von einerseits politisch kontrollierten, unfreien und andererseits unabhängigen, freien Medien gibt. Tamina Kutscher und Anton Himmelspach bringen folgendes Argument gegen ein derartiges vereinfachendes Schwarz-weiß-Bild vor: „Allein die Tatsache, dass ein Medium sich im Besitz einer Privatperson oder eines Privatunternehmens befindet, sagt noch nichts darüber aus, ob es auch unabhängig berichtet“ (Kutscher & Himmelpach 2018). Die zweite These, welche die Beispiele der Web-Seiten *lenta.ru* und *Meduza* illustrieren werden, lautet, dass jedes beliebige Medium jederzeit gesperrt oder geschlossen werden kann, wenn die politische Macht es für nötig befindet. Daraus kann schließlich die dritte These über das gegenwärtige Mediensystem in Russland abgeleitet werden, dessen Besonderheiten laut dem bekannten TV-Moderator Vladimir Pozner darin bestehen, dass es in Russland keine unabhängigen Medien und keinen Journalismus als solchen gibt, sondern lediglich einzelne Journalisten und Journalistinnen (vgl. Sotnikov 2015).

Der Radiosender *Ėcho Moskvy*

Der Radiosender *Ėcho Moskvy* (dt. Das Echo Moskaus) wurde 1990, also ein Jahr vor dem Ende der Sowjetunion, gegründet und ist damit der älteste unabhängige Rundfunksender Russlands. Obwohl es sich dabei um ein traditionelles, „altes“ Medium handelt, ist *Ėcho Moskvy* heute natürlich weit mehr als nur ein Radiosender mit einem linearen Programm. Vielmehr handelt es sich dabei um eine Internetplattform mit Blogs, Texten, einem frei zugänglichen Sendungsarchiv (was beispielsweise auch für die staatlichen Fernsehprogramme in Russland gilt) und Live-Video-Übertragungen der Sendungen. Der Sender erreicht täglich einige Millionen Zuhörer und Zuhörerinnen in Moskau wie auch in den Regionen Russlands und rangiert regelmäßig unter den Top Ten der Moskauer Radiosender (vgl. Echo Moskwy 2014).

Echo, wie der Sender umgangssprachlich auch genannt wird, ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Moskau, der journalistischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität MGU und der Zeitschrift *Ogonek*. Die Konzeption für diese damals neue Art von Radio, das im Wesentlichen ein Forum des Wortes und der Diskussion sein sollte, geht auf zwei Journalisten der Perestrojka-Jahre zurück – auf Sergej Korzun und Sergej Buntman. Zentral dabei waren die „Prinzipien des freien Journalismus“ und die „vollkommene Abwesenheit von Propaganda und Gehirnwäsche“ (vgl. Ėcho Moskvy 2014). Bekannt geworden ist der Sender dann durch seine Live-Sendungen während des Augustputsches 1991 – von seinem Mobilisierungspotenzial her sozusagen ein Facebook der Zeit vor der Erfindung des Internet.

Der Radiosender wird immer dann genannt, wenn von freien, unabhängigen Medien in Russland die Rede ist. Dies gilt sowohl für westliche Analysen als auch für den Kreml, der

den Sender immer wieder als Verteidigungsstrategie gegenüber Kritikern und Kritikerinnen benutzt. Der Vollständigkeit halber sollten an dieser Stelle noch die anderen beiden Medien genannt werden, auf die Unabhängigkeit im Sinne der Besitzverhältnisse tatsächlich weit stärker zutrifft als auf *Ėcho Moskvy*. Das ist zum einen die *Novaja gazeta* (dt. Die neue Zeitung), eine „klassische" Zeitung, die für ihren investigativen Journalismus zu Recht gepriesen wird, und zum anderen der Internet-Fernsehsender *Dožd'* (internationale Bezeichnung *TV-Rain*), der als audiovisuelles bzw. elektronisches Medium wie *Ėcho Moskvy* wesentlich zur Mediendiversität im Informationssektor beiträgt.

Im Fall von *Ėcho Moskvy* wird die Unabhängigkeit des Senders immer wieder in Frage gestellt und die Besitzverhältnisse lassen gerade das Gegenteil vermuten. Im Jahr 1994 erwarb der Medienmagnat der 1990er Jahre Vladimir Gusinskij mit seiner „Most-Gruppe" Anteile am Radiosender und 1998 wurde der Sender von der *Media-Most-Holding* gekauft. Im Jahr 2001 erfolgte dann die Übernahme des Senders durch die *Gazprom-Media Holding*, die mit der politischen Macht eng verwoben ist. Im Unterschied zu den anderen Medien, die – wie beispielsweise der ursprünglich private Fernsehsender *NTV* – im Besitz von *Gazprom-Media* stehen, bietet *Ėcho Moskvy* bis zum heutigen Tag am laufenden Band politisch und gesellschaftlich höchst kritische Sendungen. So lässt der Radiosender Stimmen zu Wort kommen, die in den offiziellen und staatsnahen Medien nicht zu hören sind. Dazu gehört u.a. der oppositionelle Politiker Aleksej Naval'nyj und auch das letzte Interview mit Boris Nemcov am Abend seiner Ermordung im Februar 2015 fand in den Redaktionsräumen von *Ėcho Moskvy* statt. All diese Sendungen sind bis heute auf der Web-Seite von *Ėcho Moskvy* abrufbar.

Daran, dass es den Sender als regierungs- und gesellschaftskritische Instanz immer noch gibt und an der Tatsache, dass gleichzeitig seine Unabhängigkeit strittig ist, hat der Chefredakteur des Senders, der sich seit 1998 im Amt befindliche Aleksej Venediktov, einen wesentlichen Anteil. Venediktov selbst nennt im Interview mit Jurij Dud' drei Hauptgründe, warum die politische Elite mit Vladimir Putin an der Spitze ein Interesse am Fortbestand des Senders hat.[3] Auf die Frage von Dud', was es mit den mehrmaligen Entlassungen Venediktovs und dem kolportierten Einschreiten durch Putin auf sich habe – das dritte und bisher letzte Mal erfolgte eine derartige Entlassung durch den damaligen Generaldirektor der *Gazprom-Media Holding* Michail Lesin im Dezember 2014 – führt Venediktov folgende Gründe für die privilegierte Stellung des Radiosenders an: Erstens gelte *Ėcho Moskvy* als „Vitrine der Freiheit des Wortes in diesem Land", zweitens würde der Präsident nur zu gut wissen, dass der Sender niemanden politisch unterstützen und niemals einen „Krieg" gegen ihn führen würde und drittens gäbe es von der Seite Putins Venediktov gegenüber persönliche, vielleicht sogar sentimentale Beziehungen aus der

[3] Venediktov – Putin, Putin, Lesja, Putin. вДудь 2018, Abgerufen unter: https://www.youtube.com/watch?v=f0wv89CdksM&t=306s, ca. Min. 51.20-53.00 [Stand vom 15-05-2019].

Anfangszeit von Putins Präsidentschaft. Abgesehen davon würde Putin selbst kritische Informationen aus dem Radiosender beziehen.



Abbildung 1: Aleksej Venediktov und Jurij Dud' im Gespräch (*вДудь 2018, Standbild*)

Der Radiosender bietet ein umfassendes Programm, in dem das Wort im Vordergrund steht. Konkret bedeutet dies, dass das Radioprogramm vor allem aus Diskussionssendungen und Interviews besteht. Dazu kommen tagsüber im Halbstundentakt aktuelle Nachrichten oder auf der Web-Seite die Blogs bekannter Journalisten bzw. Journalistinnen und Intellektueller. Musik wird dagegen nur in Spezialsendungen gespielt und ist vorwiegend auf die Nachtstunden beschränkt. In den Diskussionssendungen zeigt sich, was Venediktov im Interview mit Jurij Dud' als ausgewogenes Programm in Bezug auf die politische Meinung beschrieben hat. So befinden sich unter den regelmäßigen Gästen auch Personen aus dem kremlnahen Milieu und aus dem konservativen Meinungsspektrum, wie der dem konservativ-orthodoxen Lager zuzurechnende Journalist Maksim Ševčenko, der Putin nahestehende Politologe Sergej Markov oder der Chefredakteur des Boulevard-Blattes *Komsomol'skaja pravda* Vladimir Sungorkin. Dennoch sind die sogenannten liberalen oder oppositionellen Positionen eindeutig in der Überzahl.

Es ist jedoch weniger das vertretene Meinungsspektrum, als vielmehr die prinzipielle Unabhängigkeit vom staatlichen Einfluss, die in den letzten Jahren immer wieder zumindest zum Teil öffentlich in Frage gestellt wurde. So kursierten Informationen, wonach „in Einzelfällen heikle Inhalte vor ihrer Veröffentlichung mit staatlichen Stellen abgestimmt wurden" (Echo Moskwy). Im Jahr 2015 verließ das Gründungsmitglied Sergej Korzun den Sender und begründete dies damit, dass die Werte, für die *Ėcho Moskvy* einst stand und zu denen u.a. journalistische Professionalität und Redlichkeit gehören, nicht mehr auf allen Ebenen gegeben seien. Dabei galt Korzuns Kritik v.a. der jungen, umstrittenen Journalistin Lesja Rjabceva, welche die Grenzen des professionellen Journalismus durch provokante Äußerungen und eine zum Teil vulgäre Sprachverwendung überschritten hätte (vgl. Korzun 2015).

Die Web-Seiten *lenta.ru* und *Meduza*

Das populäre Online-Nachrichtenportal *lenta.ru* kann als paradigmatisches Beispiel herangezogen werden, um die komplexen Prozesse sichtbar zu machen, die hinter der Behauptung von Unabhängigkeit einerseits und versuchter politischer Einflussnahme auf russische Internetressourcen andererseits ablaufen (vgl. Konradova & Schmidt 2016). Gleichzeitig bietet sich die Geschichte von *lenta.ru* an, um die zweite eingangs formulierte These über die russische Medienlandschaft zu veranschaulichen, die folgendermaßen lautet: Wenn die politischen Entscheidungsträger es für nötig befinden, dann kann jedes beliebige Medium in Russland jederzeit gesperrt oder geschlossen werden. Diese These wurde vom renommierten TV-Moderator Vladimir Pozner in einem Interview gegenüber der *Deutschen Welle* artikuliert (vgl. Sotnikov 2015).

Der Name des Online-Nachrichtenportals leitet sich von russisch *lenta* – Band, Streifen, aber auch Newsfeed – ab. Entsprechend kombiniert das Portal Newsticker, Artikel und Meinungsbeiträge und ist mit über acht Millionen Besuchern und Besucherinnen monatlich eine der populärsten russischsprachigen Ressourcen seiner Art (vgl. Konradova & Schmidt, 2016). Die Web-Seite gehört aktuell zum Medienkonzern *Afisha-Rambler-SUP*, der personalisierte Nachrichtendienste anbietet. Gegründet wurde das Online-Nachrichtenportal 1999 und damit in einer Zeit, als zahlreiche journalistische Internet-Medien in Russland entstanden. Informationsportale, die auf Politik und/oder Kultur ausgerichtet waren, standen Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre einerseits in der Tradition von Aufklärung und Kritik, während sie andererseits bereits ein Produkt der sogenannten Polittechnologie, d.h. der politischen Meinungsbildung, waren (vgl. Konradova & Schmidt 2016).

Lenta.ru wurde wie vergleichbare Internet-Medien (u.a. *gazeta.ru*) von der *Stiftung für effektive Politik* (*Fond ėffektivnoj politiki, FEP*) gegründet. Diese Stiftung trug rund um den politischen Wechsel von Präsident Boris El'cin zu Vladimir Putin wesentlich dazu bei, bestimmte Nachrichtenformate im russischen Internet zu etablieren. Der Leiter dieser Stiftung war der Polit-Stratege Gleb Pavlovskij, der in den 2000er Jahren in seiner Funktion als Polittechnologe als mächtige und einflussreiche Figur galt. Seit dem Scheitern der Bürgerproteste gegen Wahlmanipulation in den Jahren 2011–12 positioniert sich Pavlovskij kritisch gegenüber dem „System Putin". In diesem Wechsel von einem Unterstützer des politischen Systems zu dessen Kritiker werden die Widersprüche der gegenwärtigen russischen Medienelite sichtbar, die in der späten Sowjetzeit und in den 1990er Jahren ihre kulturellen und gesellschaftlichen Prägungen erhielt. Dabei treffen, wie dies Natalja Konradova und Henrike Schmidt pointiert formulieren (vgl. Konradova & Schmidt 2016), unterschiedliche Faktoren aufeinander: die Haltung der spätsowjetischen Dissidenz und damit eine ablehnende Haltung gegenüber dem System vermischt sich mit der Kreativität der Werbebranche, die ihrerseits sowohl ökonomische als auch politische Interessen bedient und verbindet.

Wie wirkte sich nun die Ukraine-Krise 2014 auf die russischen Online-Medien aus und wie lief die Einmischung in die Arbeit von *lenta.ru* konkret ab? Das Jahr 2014 begann mit den olympischen Winterspielen im Schwarzmeer-Ort Soči und parallel dazu zeichnete sich spätestens im Februar eine Eskalation der Demonstrationen am Majdan in Kiev ab. Am 22. Februar erklärte das ukrainische Parlament den aus Kiew geflüchteten ukrainischen Staatspräsidenten Viktor Janukovyč für abgesetzt. Am 27. Februar wird erstmals über den Einsatz russischer Truppen auf der Krim berichtet, noch im März wird die Krim an die Russische Föderation angegliedert und bald darauf beginnt der Krieg in der Ostukraine, der bis heute andauert. Diesen politischen Ereignissen begegnete man in Russland mit einer Informationskampagne, die mit den obersten politischen Entscheidungsträgern abgestimmt war und die der Soziologe Denis Volkov in einem Kommentar für die Zeitung *Vedomosti* wie folgt beschreibt: „Mit dem Beginn des Ukraine-Konflikts hat sich der Propaganda-Ton in Sendungen heftig verschärft. Dann haben die Fernsehsender fast zwei Jahre lang in einem Ausnahmemodus gearbeitet“ (Wolkow 2016).[4]

In genau diese Zeit des verschärften Propaganda-Tons fällt die offensichtliche Einmischung in die Informationspolitik des Nachrichtenportals *lenta.ru*. Dabei handelt es sich nicht um direkte Zensur, sondern um indirekten, politisch motivierten Druck. Im März 2014 veröffentlichte *lenta.ru* ein Interview mit einem Protagonisten des ukrainischen Euro-Majdan – mit dem Mitglied der ukrainischen rechtsradikalen Formation *Pravyj sektor* (Rechter Sektor) Andrej Tarasenko. Das Interview enthielt eine Verlinkung mit einem Text des ukrainischen Nationalisten Dmytro Jaroš und genau dieser Link wurde von der Aufsichtsbehörde für Massenmedien und Telekommunikation *Roskomnadzor* beanstandet. Dem Online-Medium wurde die Verbreitung extremistischer Anschauungen und „Anstiftung zu internationalem Unfrieden“ vorgeworfen (vgl. Konradova & Schmidt 2016). Obwohl der Link von der Redaktion umgehend entfernt wurde, reagierte der Mehrheitsaktionär der Medienholding *Afisha-Rambler-SUP*, Aleksander Mamut, auf die Beanstandung mit der Entlassung der Chefredakteurin Galina Timčenko. Daraufhin kam es zur Selbstauflösung der gesamten Redaktion und zur Gründung des Online-Portals *Meduza* jenseits der russischen Staatsgrenzen. Dieses hat seinen Hauptsitz in Riga – ein Ort, an dem sich heute mehrere russische „Dissidenten“, die der Ukraine-Konflikt befördert hat, befinden.

Meduza richtet sich vor allem an ein junges, internet-affines Publikum. Nach seiner Gründung im Oktober 2014 war die Web-Seite vor allem ein Medien-Aggregator, der die wichtigsten Meldungen und Reportagen von anderen russischsprachigen Ressourcen sammelte. Inzwischen werden aber mehr und mehr eigene Artikel sowie aktuelle Informationen, Reportagen und Kommentare veröffentlicht. Seit Januar 2015 werden

4 Im russischen Original: „С началом украинского конфликта резко вырос пропагандистский накал вещания, и почти два года телеканалы работали в чрезвычайном режиме [...]“ (Volkov 2016).

ausgewählte Artikel auch ins Englische übersetzt. Chefredakteur ist derzeit ein ehemaliges Redaktionsmitglied von *lenta.ru*, der aus Perm' stammende Ivan Kolpakov, während die Gründerin Galina Timčenko offiziell als Herausgeberin auftritt.

Medienaktivismus und EinzelkämpferInnen

Aufgrund der verschiedenen, oft politisch motivierten Regulierungsmaßnahmen der Medien spielen Blogs und Soziale Medien in Russland erwartungsgemäß eine große Rolle. Daran lässt sich die dritte These über das gegenwärtige Mediensystem in Russland anschließen, die darin besteht, dass es – wie es Vladimir Pozner formuliert hat – in Russland keine unabhängigen Medien und keinen Journalismus als solchen gibt, sondern lediglich einzelne Journalisten und Journalistinnen. An Medienaktivisten und -aktivistinnen sowie Einzelkämpfer und -kämpferinnen ist Russland tatsächlich reich und diese sind zum Teil nicht nur national, sondern auch international bekannt. Zu denken ist dabei beispielsweise an die Intervention der Gruppierung *Pussy Riot* während des Finalspiels der Fußball-WM in Moskau, als vier junge, als Polizisten und Polizistinnen verkleidete Menschen in memoriam des Dichters Dmitrij Prigov auf das Fußballfeld liefen (vgl. Sasse 2018). Ebenfalls über die Grenzen Russlands hinaus bekannt ist der Blogger Aleksej Naval'nyj, der seit einigen Jahren Dokumentarfilme über Korruption in Regierungskreisen macht und diese auf einem eigenen YouTube-Kanal veröffentlicht. Die bislang größte Resonanz erzielte er mit seinem Enthüllungsfilm *On vam ne Dimon* (dt. in etwa: Nennt ihn nicht Dimon)[5] über Premierminister Dmitrij Medvedev und seine zahlreichen Immobilien, die er über das ganze Land verteilt besitzt. Kaum bekannt außerhalb Russlands ist dagegen der Blogger und Fotograf Il'ja Varlamov, der fotografisch dokumentiert, was um ihn herum geschieht und diese ‚Chroniken' unserer Zeit auf *Livejournal* unter *varlamov.ru* veröffentlicht. Varlamovs Zugang ist es, das zum Thema zu machen, was in den großen Medien kaum Beachtung findet – wie etwa die Frage danach, wie man das Leben in den Städten für die Menschen lebenswerter gestalten könnte (vgl. Kaltseis 2018).

Das paradigmatische Beispiel für Medienaktivismus und journalistisches Einzelkämpfertum wird in diesem Beitrag der YouTuber Jurij Dud' sein.[6] Der 1986 in Potsdam geborene Dud' war im Land bereits als Sportjournalist bekannt, als er im Februar 2017 mit seinem Interview-Projekt *вДудь* (*vDud'*) online ging. Nach zwei Jahren kann das Projekt ca. 80 Videos und fast 5 Millionen Abonnenten vorweisen. Die Erfolgsstrategien von Jurij Dud' sind einfach, transparent und unverhohlen kommerziell. Dies schmälert jedoch

---

5 Der Dokumentarfilm ist auf YouTube mit englischen Untertiteln frei verfügbar. Abgerufen unter: https://www.youtube.com/watch?v=qrwlk7_GF9g [Stand vom 15-05-2019].

6 Der Textteil über Jurij Dud' ist eine aktualisierte und überarbeitete Version der „Gnose", die 2018 auf der Russland□Medien□Plattform *дekoder [Russland entschlüsseln]* publiziert wurde (vgl. Binder 2018).

keineswegs die gesellschaftliche und politische Relevanz sowie die Brisanz der Interviews, die Dud' wöchentlich führt und online stellt.

вДудь ist als Gegenpol zum überästhetisierten und überregulierten Fernsehen konzipiert. Mit dem Interview bedient Dud' ein klassisches Fernsehformat, doch sein legeres Auftreten, sein Nicht-Still-Sitzen-Können und seine direkten Fragen – insbesondere in Bezug auf Geld, Vermögensverhältnisse und Sex – sind gerade ein Beispiel dafür, wie man es nach Lehrmeinung nicht machen sollte. Dennoch wirkt er, wie ihm wohlgesonnene Kritiker und Kritikerinnen immer wieder bescheinigen, gut auf seine Gesprächspartner und -partnerinnen vorbereitet, stimmt die Fragen gezielt auf sein Gegenüber ab und nimmt sich die Zeit, die er für angemessen hält (die Dauer eines Interviews beträgt in der Regel zwischen 40 und 90 Minuten). Das Interview-Setting ist minimalistisch, die Kamera meist statisch auf die beiden frontal einander gegenübersitzenden Gesprächspartner und -partnerinnen gerichtet. Abgesehen von nur wenigen, kurz eingespielten Standbildern oder Videoclips und einer alternierenden Position, welche die Gesprächspartner und -partnerinnen im Stehen zeigt, ist die Konzentration auf das Interview selbst gerichtet.

Während die Unterhaltungsprogramme und Talkshows in den großen russischen Fernsehkanälen immer pompöser, gleichförmiger und starrer werden, vermitteln bereits die Anordnung und der Ablauf von Dud's Interviews den Eindruck des Ungezwungenen und Spontanen. So strahlen, verglichen mit den TV-Talkshows, der YouTube-Kanal *вДудь* und sein Schöpfer Freiheit aus: die Freiheit, sich nicht an Sprachkonventionen halten zu müssen und die russische Vulgärsprache *Mat* nach Lust und Laune verwenden zu können (was insbesondere für die Interviewpartner und –partnerinnen gilt), die Freiheit, politisch brisante und gesellschaftlich tabuisierte Themen diskutieren zu können und schließlich die Freiheit, die Interviewpartner und –partnerinnen unabhängig von politischen Vorgaben auszuwählen. Dass Dud' ein Gegenkonzept zum Staatsfernsehen verfolgt, bemerkte auch die Kolumnistin der *Novaja Gazeta* Slava Taroščina, als sie vom „Dud'-Effekt" sprach: von einer zunehmenden Abkehr junger Menschen – von Journalisten und Journalistinnen sowie Rezipienten und Rezipientinnen gleichermaßen – von den staatsnahen Mainstream-Medien (vgl. Taroščina 2017).

Waren es am Anfang noch Vertreter und Vertreterinnen der Musikszene (den Auftakt bildeten die Rapper Basta und L'One sowie der Punk-Rock-Star Šnur), so weitete Jurij Dud' den Personenkreis sehr schnell auf ausgeprägte Persönlichkeiten des kulturellen Lebens und der Medienszene aus. Unter den Gästen der jeweils dienstags erscheinenden Interviews finden sich der Chefredakteur von Radio *Ėcho Moskvy* Aleksej Venediktov, der Fernseh-Interviewer Nummer eins Vladimir Pozner oder der mächtige Generaldirektor der Nachrichtenagentur *Rossija Segodnja* und TV-Moderator Dmitrij Kiselev. Darüber hinaus zielt Dud's Strategie darauf ab, Persönlichkeiten in die mediale Öffentlichkeit zurückzuholen, welche die russischen Staatsmedien mit einem Bann belegt haben, wie beispielsweise Aleksej Naval'nyj oder Michail Chodorkovskij. Nebenbei bemerkt erscheint die Verwendung der geschlechtsspezifischen männlichen Form durchaus

adäquat, stellen weibliche Gäste doch die Ausnahme dar. Umso größer jedoch scheint das Publikumsinteresse an diesen Konfrontationen zu sein: 23 Millionen Aufrufe und damit bei weitem am meisten Klicks überhaupt sind es bislang für die Bloggerin und Fernsehmoderatorin Nastja Ivleeva, 11 Millionen für die prominente oppositionelle Journalistin Ksenija Sobčak.

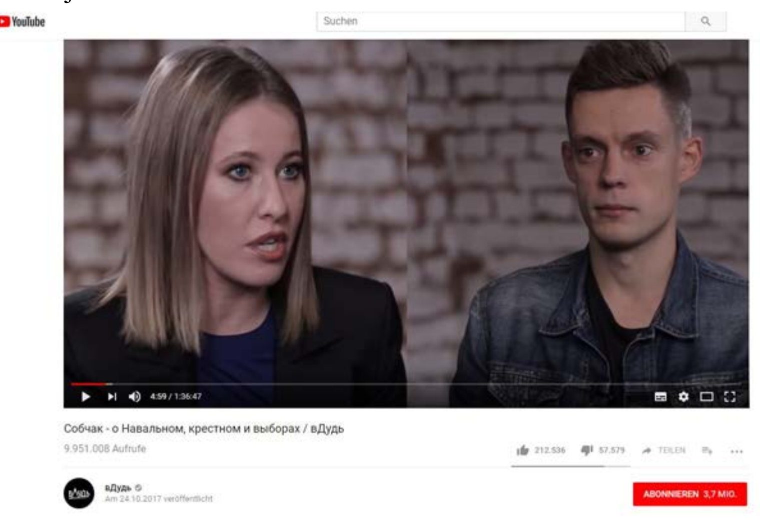


Abbildung 2: Ksenija Sobčak und Jurij Dud' im Gespräch (*вДудь 2017, Screenshot*)

Die Auswahl der Gäste und Diskussionsthemen zeigt, dass Dud' einerseits seine eigene Generation und vor allem junge Menschen ansprechen will, während er andererseits über seine Diskussionspartner und -partnerinnen die jüngere Vergangenheit des Landes zu ergründen versucht. Das Interesse an der Zeit und den Personen, die ihn persönlich geprägt haben, verpackt er häufig in bewusst naive, mitunter provokative, jedenfalls aber ungewohnt direkte Fragen. Dies gerade verleiht den Interviews eine Lebendigkeit, Natürlichkeit und Aufrichtigkeit, die man im Fernsehen mittlerweile kläglich vermisst. Im Interview mit Chodorkovskij beispielsweise lautete eine Frage so: Warum hat man damals, im Jahr 1996, auf einen lebenden Leichnam gesetzt – bei aller Wertschätzung für Boris El'cin? Mit der gleichen Neugier und dem spürbaren Wunsch, jene zu verstehen, welche die ersten beiden postsowjetischen Jahrzehnte gestaltet haben, leuchtet Dud' die Persönlichkeit des mutigen Politreporters der Jahrtausendwende Sergej Dorenko aus. Das Ergebnis ist erhellend und erschütternd zugleich: Mit all den rhetorischen Worten würde Dorenko nur die Angst rechtfertigen, in einem einzigen Augenblick alle liebgewonnenen Annehmlichkeiten des Lebens wieder verlieren zu können. Auf diese Weise erleben wir das traurige Schauspiel eines gebrochenen Menschen, wie die Kolumnistin der *Novaja Gazeta* Slava Taroščina treffend bemerkt hat (vgl. Taroščina 2017).

вДудь ist ein gelungener Hybrid, in dem das alte Fernsehinterview mit seinem Fokus auf Gesprächsinhalte auf die Aufmerksamkeitsökonomien der neuen Internet-Formate trifft. So ist jede Interview-Folge mit effektvollen Schlagwörtern versehen, zentrale Aussagen und „starke" Ausdrücke der Interviewpartner und -partnerinnen werden durch Einblendungen zusätzlich akzentuiert. Tabubrüche sind grundlegend, gleichzeitig wirken sie jedoch gemäßigt und gezähmt. Dies zeigt sich bereits im Titel des Kanals, in dem nicht nur der Nachname seines Schöpfers steckt, sondern auch das Thema Sex, über das dieser so gerne spricht (*vdut'* ist gleichbedeutend mit dt. *durchficken*).

Jurij Dud' selbst repräsentiert weder die Rolle eines Intellektuellen, noch die eines Oppositionellen und Revoluzzers und schon gar nicht die eines Outsiders. Vielmehr ist er ein Hipster mit perfekt gestyltem Haar, lässig gekleidet in Jeans, T-Shirt und Turnschuhen, das iPhone stets griffbereit. Er bewirbt in einem integrierten Werbespot Gadgets jeder Art und macht keinen Hehl daraus, dass sich damit gutes Geld verdienen lässt. Damit deklariert sich Dud' offen als Vertreter einer westlich orientierten, dynamischen Pop- und Konsumkultur, der die Grenzen zwischen traditionellen und neuen Medien, Alt und Jung sowie intellektuell und kommerziell einebnet.

Resümee

Wie ich in dem Beitrag versucht habe zu zeigen, gibt es in Russland trotz sich verschärfender Versuche der staatlichen Lenkung der Massenmedien auch heute noch eine gewisse Mediendiversität. Allerdings ist das Verhältnis dieser Diversität zu beachten, insbesondere wenn es darum geht, vom politisch-gesellschaftlichen Mainstream abweichende Meinungen öffentlich zu machen. Artikulationen gegen dominierende Diskurse sind nur in Nischenmedien oder durch medial agierende Einzelpersonen möglich. Wenn ein Medium zu erfolgreich wird, wenn es zu viele Rezipienten und Rezipientinnen anspricht, dann drohen diesem Medium Einschränkungen – in welcher Form auch immer. Diesen Befund bestätigt auch der Soziologe Denis Volkov, der die erzwungene Nischenexistenz von kritischen Medien in Russland wie folgt beschreibt (vgl. Volkov 2016; Wolkow 2016):

> „Новое издание «Медуза», учрежденное частью прежнего журналистского коллектива, пока что пользуется популярностью у менее чем 1% населения. Иными словами, когда российское независимое издание становится популярным, оно рискует потерять свою независимость. Качественная журналистика в России оказывается возможной лишь в небольших и тщательно охраняемых государством информационных гетто. При этом значительная часть российского населения оказывается вне пределов досягаемости независимых СМИ."

> „Das neue Onlineportal *Meduza*, das von einem Teil der einstigen Redaktionsmitglieder [von *lenta.ru*] gegründet wurde, wird bisher von weniger als einem Prozent der Bevölkerung regelmäßig genutzt. Mit anderen

Worten: Erfreut sich ein russisches unabhängiges Medium zunehmender Beliebtheit, riskiert es den Verlust seiner Unabhängigkeit. Qualitätsjournalismus ist in Russland nur in kleinen, vom Staat sorgfältig überwachten Informationsghettos möglich. Wobei ein großer Teil der russischen Bevölkerung außerhalb der Reichweite der unabhängigen Medien liegt.“

Literatur

Binder, Eva (2018): Jurij Dud. *∂ekoder [Russland entschlüsseln]*. Abgerufen unter: https://www.dekoder.org/de/gnose/juri-dud-vdud-youtube [Stand vom 28-02-2019].

Ėcho Moskwy (2014): Timeline. Abgerufen unter: https://echo.msk.ru/about/history/timeline.html [Stand vom 28-02-2019].

Kaltseis, Magdalena (2018): Ilya Varlamov. *∂ekoder [Russland entschlüsseln]*. Abgerufen unter: https://www.dekoder.org/de/gnose/ilya-varlamov [Stand vom 28-02-2019].

Konradova, Natalja & Schmidt, Henrike (2016): Lenta.ru. *∂ekoder [Russland entschlüsseln]*. Abgerufen unter: https://www.dekoder.org/de/gnose/lentaru [Stand vom 28-02-2019].

Korzun, Sergej (2015): O grustnom. *Livejournal*. Abgerufen unter: https://bez-durakoff.livejournal.com/13409.html [Stand vom 28-02-2019].

Kutscher, Tamina & Himmelspach, Anton (2018): Die russische Medienlandschaft. *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen unter: http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47996/medienlandschaft [Stand vom 28-02-2019].

Litvinenko, Anna (2019): Bystro #10: Wie frei ist das Internet in Russland?. *∂ekoder [Russland entschlüsseln]*. Abgerufen unter: https://www.dekoder.org/de/article/bystro-internet-meinungsfreiheit-zensur-gesetz-fake-news [Stand vom 22-03-2019].

o.A. (2019): Echo Moskwy. *∂ekoder [Russland entschlüsseln]*. Abgerufen unter: https://www.dekoder.org/de/source/echo-moskwy [Stand vom 28-02-2019].

Orttung, Robert (2006): Die Lage der Massenmedien in Russland. *Russlandanalysen*, 118, S. 2–5. Abgerufen unter: http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen118.pdf [Stand vom 28-02-2019].

Orttung, Robert W. & Walker, Christopher (2013): Putin und Russlands gelähmte Medien. *Russlandanalysen* 253, S. 2–6. Abgerufen unter: http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen253.pdf [Stand vom 28-02-2019].

Sasse, Sylvia (2018): „Der Milizionär kommt ins Spiel“ – Wie Pussy Riot den Dichter Dmitrij Prigov zitieren und das Politische poetisch wird. *Geschichte der Gegenwart*. Abgerufen unter: https://geschichtedergegenwart.ch/der-milizionaer-kommt-ins-spiel-wie-pussy-riot-den-dichter-dmitrij-prigov-zitieren-und-das-politische-poetisch-wird/ [Stand vom 28-02-2019].

Schlindwein, Simone (2007): *Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)-freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa*. Wiesbaden: netzwerk recherche, S. 1–15; 16–29. Abgerufen unter: https://issuu.com/netzwerkrecherche/docs/nr-studie-pressefreiheit [Stand vom 28-02-2019].

Schmid, Ulrich (2015): *Technologien der Seele. Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartskultur*. Berlin: Suhrkamp.

Sotnikov, Ivan (2015): Vladimir Pozner: V Rossii segodnja net žurnalistiki. *DW* [Deutsche Welle]. Abgerufen unter: https://p.dw.com/p/1FWJ9 [Stand vom 28-02-2019].

Taroščina, Slava (2017): Ėffekt Dudja: Čto vse oni skažut Putinu, okazavšis' pered nim?. *Novaja gazeta*. Abgerufen unter: https://www.novayagazeta.ru/articles/2017/10/03/74054-effekt-dudya [Stand vom 28-02-2019].

Volkov, Denis (2016): Rodina vne kritiki. *Vedomosti*. Abgerufen unter: https://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2016/03/18/634111-rodina-kritiki [Stand vom 28-02-2019].

Wolkow, Denis (2016): Das überschätzte Internet. *дekoder [Russland entschlüsseln]*. Abgerufen unter: https://www.dekoder.org/de/article/das-ueberschaetzte-internet [Stand vom 28-02-2019].

„Wer sagt, dass ich genauso bin?“[1] Konstruktionen von Diversität in digitalen Spielen

Christina Gmeinbauer

Zusammenfassung

Seit digitale Spiele Mitte der 1980er Jahre begannen, die Unterhaltungsindustrie zu erobern, haben sich Video- und Computerspiele technologisch wie auch ästhetisch stark weiterentwickelt. Ihr komplexer Aufbau und ihre aussagekräftigen Stilmittel ermöglichen es, Ideen zu bestimmten Sachverhalten bis hin zu Diskursen über gesellschaftliche Probleme zum Ausdruck zu bringen. Digitale Spiele können demnach gesellschaftsrelevante Aussagen beinhalten, wobei auch das breite Spektrum des Themas ‚Diversität‘ keine Ausnahme bildet. In diesem Artikel soll anhand von drei Fallbeispielen auszugsweise festgestellt werden, dass digitale Spiele auf unterschiedliche Weise zu gesellschaftlicher Vielfalt Stellung beziehen. Dabei soll nicht nur auf den erzählerischen Inhalt, sondern auch auf spezifische Stilmittel wie spielerische Sequenzen und Spielregeln eingegangen werden.

Einleitung

Der amerikanische Spieleforscher und -designer Ian Bogost schrieb 2011 über digitale Spiele, dass sie eigentlich „gar nicht etwas Besonderes [sind]. Tatsächlich werden sie, während sie immer mehr für uns tun und wir immer mehr an ihnen entdecken, von Tag zu Tag gewöhnlicher (Bogost 2015, S. 398).“ Bogost spricht damit eine Entwicklung an, die sich seit der Veröffentlichung erster kommerzieller Spiele in den 1970er und 1980er Jahren vollzieht: Computer- und Videospiele werden für zunehmend mehr Menschen ein Bestandteil des täglichen Lebens. Dass digitale Spiele in unseren Alltag aufgenommen werden, führt nach und nach zu einem Paradigmenwechsel bei der Betrachtung des Mediums: So zog beispielsweise das Erscheinen eines neuen Teils der Ego-Shooter-Serie „Doom“ (id Software, seit 1993) 2016 keine abwertende, sondern teilweise sogar positive Berichterstattungen in deutschen Zeitungen nach sich (Feige 2018, S. 15). Bedenkt man, dass die Spieleserie einst als möglicher Auslöser für den Amoklauf an der Columbine High School diskutiert wurde, so wird deutlich, in welchem Ausmaß sich die Sichtweise auf digitale Spiele verändert hat.

Ähnliche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auch auf die Wissenschaft: Generationen, die bereits mit digitalen Spielen aufgewachsen sind, schaffen nun akademisches Wissen über selbige (Wolf 2006, S. 116). Die Spiele werden dabei als kulturelle Artefakte betrachtet, die einerseits als Spiegel von Gesellschaften verstanden werden können (Fernández-Vara 2005, S. 38), andererseits aber auch das Potenzial besitzen, diese Gesellschaften zu beeinflussen (Crawford/Rutter 2006, S. 148). Während

[1] (Guerrilla Games 2017, Quest „Mutterherz“)

Johan Huizinga Spiel und Wirklichkeit in „Homo Ludens“ (1938) noch klar voneinander trennte, betonen aktuellere Ansätze, dass sich beides überschneidet, sobald das Spiel gespielt wird (vgl. bspw. Misoch 2010, Klager 2016): Die Spielinhalte mögen zwar fiktiv sein, doch erzielen sie eine Wirkung auf reale Menschen, welche die ihnen zur Verfügung gestellten Informationen interpretieren und verarbeiten. Holger Zapf betont in diesem Zusammenhang, wie digitale Spiele das Ausprobieren verschiedener sozialer Rollen sowie Identitäten ermöglichen und bezeichnet sie daher als „de[n] verstetigte[n] Konjunktiv des ‚was-wäre-wenn…?‘“, dessen Bedeutung für die Gesellschaft nicht davon abhängt, „ob inhaltlich ein Bezug auf die Wirklichkeit vorliegt oder ob fiktive Gehalte im Mittelpunkt stehen“ (Zapf 2009, S. 1314).

Unabhängig vom Inhalt besteht daher die Möglichkeit, dass virtuell erlebte Erfahrungen auf die Wirklichkeit übertragen werden. Zapf unterstreicht, dass durch fehlende Momente des Innehaltens beim Spielen, was vor allem auf eine permanente Interaktion mit diesem zurückzuführen ist, vielleicht sogar die nötige Reflexion über die Inhalte oder die eigene Rolle im Geschehen eingeschränkt wird und sich Spielende daher weniger kritisch damit auseinandersetzen (ebd., S. 14–15). Umso relevanter erscheint die Erforschung mit digitalen Spielen folglich, wenn diese gesellschaftsrelevante Angelegenheiten thematisieren. Die Erforschung von Computer- und Videospielen soll daher unter anderem in Erfahrung bringen, wie sie Informationen zu bestimmten Themen an Spieler und Spielerinnen weitergeben und mit welchen konkreten Inhalten diese somit konfrontiert werden.

Diese Inhalte können progressiver und gesellschaftskritischer Natur sein – und das zu betonen erscheint in Anbetracht der Tatsache, dass digitale Spiele trotz der oben beschriebenen Entwicklungen nach wie vor im Zusammenhang mit Gewaltverbrechen genannt werden[2], umso bedeutsamer. Exemplarisch soll daher in diesem Beitrag anhand von drei Beispielen untersucht werden, wie sich digitale Spiele positiv an verschiedenen Diskursen über gesellschaftliche Diversität beteiligen. Dafür werden Spiele untersucht, die sich auf unterschiedlichen Ebenen klar für eine aufgeschlossene Betrachtungsweise der eigenen Umwelt aussprechen und sich durch ihre diversitätsbejahenden Botschaften auszeichnen. Bedenkt man, dass das Thema ‚Diversität‘ nicht nur im akademischen Kontext, sondern auch in öffentlichen und privaten Diskursen zu einem relevanten Schlagwort geworden ist, so wird die gesellschaftliche Bedeutung von Computer- und Videospielen – und die damit einhergehende Wichtigkeit, diese zu erforschen – einmal mehr deutlich.

[2] Vgl. hierzu etwa die Äußerungen von US-Präsident Donald Trump 2018. Abgerufen unter: https://futurezone.at/digital-life/trump-gibt-videospielen-schuld-an-schulmassaker/400004765 [Stand vom 06-03-2019].

Interdisziplinäre Herangehensweisen für hybride Forschungsgegenstände

Die sogenannten *Game Studies* bilden eine relativ junge Forschungsdisziplin, die etwa seit den 1990er Jahren besteht und besonders in den letzten fünfzehn Jahren einen rasanten Interessenszuwachs verzeichnen konnte. Von einer generellen Institutionalisierung kann dennoch nicht gesprochen werden: Benjamin Beil et al. betonen etwa, dass „Game Studies […], auch im Zeitalter des Massenmediums Computerspiel, in vielen Fällen ein akademischer ‚Liebhaberdiskurs‘, ein ‚zweites Standbein‘ [bleiben], das neben dem ‚offiziellen‘ Forschungsinteresse existiert (Beil et al. 2015, S. 8).“ Aus diesem Grund setzen sich die *Game Studies* aus Forschern und Forscherinnen zusammen, die ursprünglich verwandten Disziplinen entstammen und sich häufig auch der Herangehensweisen dieser Forschungsbereiche bedienen, wenn sie sich mit digitalen Spielen beschäftigen. Die Perspektiven der *Game Studies* erstrecken sich unter anderem über medienwissenschaftliche, soziologische, pädagogische, wirtschaftswissenschaftliche oder philosophische Ansätze, die sich je nach Forschungsfrage wiederum überschneiden können und so die Game Studies zu einer stark interdisziplinär ausgerichteten Forschungsdisziplin machen. Gemeinhin betonen die *Game Studies* vor allem die Wichtigkeit, Computer- und Videospiele in ihrer hybriden Gesamtheit zu betrachten: Gerade das Spannungsverhältnis, das sich aus der komplexen Kombination von ludischen und narrativen Elementen ergibt, gilt es demnach herauszuarbeiten (Beil 2013, S. 27).

Besonders deutlich wird dies am Beispiel der bereits angesprochenen Interaktion mit dem Spiel, die es den Spielern und Spielerinnen während des Spielgeschehens erlaubt, dieses nicht nur zu beobachten, sondern es auch aktiv mitzugestalten (Ackermann 2015, S. 64; Wolf 2006, S. 117). Das Ausmaß der Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Spielwelt kann dabei von Spiel zu Spiel unterschiedlich sein und hängt auch stark vom Veröffentlichungszeitpunkt und dem damaligen technischen Fortschritt ab, doch kann grundsätzlich festgehalten werden, dass die Handlung eines Spiels überhaupt erst durch das Interagieren mithilfe eines Eingabegeräts vollzogen werden kann. Die Spieler und Spielerinnen werden somit gleichzeitig zu Beobachtern bzw. Beobachterinnen und Akteuren bzw. Akteurinnen der Spielwelt, was auch durch die Tatsache deutlich wird, dass Spieler und Spielerinnen in der Regel über ihre Spielfigur in der Ich-Form sprechen und sich mit dieser bis zu einem gewissen Grad identifizieren (Misoch 2010, S. 182). Die interaktive Einbindung der Spieler und Spielerinnen kann in diesem Sinne als ein charakteristisches Merkmal von Computer- und Videospielen betrachtet werden, das diese auch von anderen populärkulturellen Medien wie Literatur, Film oder Comics abgrenzt.

Die Folgen der Manipulation der Spielwelt können kaum erwähnenswert oder auch weitreichend sein: Besonders in frühen Spielen werden oft Antwortmöglichkeiten in Dialogsequenzen angeboten, die jedoch kaum Einfluss auf die nachfolgende Handlung haben. Im erst kürzlich erschienenen Spiel „Detroit. Become Human“ (Quantic Dream, 2018) können Entscheidungen (oder auch Misserfolge aufgrund von mangelnder

Geschicklichkeit) seitens der Spieler und Spielerinnen die Erzählung dagegen maßgeblich beeinflussen und zu verschiedensten Ausgängen der Handlung führen. Dies mag zunächst so klingen, als würden digitale Spiele die Spielenden mit schier unendlichen Möglichkeiten ausstatten. Interaktive Bestandteile werden allerdings auch durch Spielregeln begrenzt: So ergibt sich eine Wechselwirkung, indem die Spielenden stets ermutigt werden, die Möglichkeiten des Spiels auszutesten, aber auch durch das Regeldesign in ihren Möglichkeiten und Freiheiten eingeschränkt werden.

Gerade dieses Zusammenwirken aus freiem und geregeltem Spiel kann wiederum Botschaften aufdecken, die bei einer oberflächlicheren Betrachtung eines Spiels vielleicht unentdeckt bleiben würden: Bei „Skyrim" (Bethesda Game Studios 2011) fällt beispielsweise auf, dass ein hoher Grad an Gewalttätigkeit zugelassen oder sogar durch bestimmte Aufgabenstellungen befürwortet wird. So liegt es in den Händen der Spielenden, die Hauptfigur als rechtschaffene Person oder auch als brutalen Verbrecher zu spielen, da beide Varianten prinzipiell vom Spiel zugelassen werden. Trotz dieser gewährten Freiheit zur Gewaltausübung kann bei tiefgründigerer Betrachtung festgestellt werden, dass Kinder – selbst wenn man es versucht – nicht verwundet oder getötet werden können. So lässt sich unter verschiedensten Ebenen der Brutalität dennoch ein moralisches Gefüge erkennen, das Gewalt an Kindern tabuisiert und den Spielern und Spielerinnen diesbezüglich klare Grenzen setzt. Nicht umsonst verweist Yoshida Hiroshi daher darauf, dass die interaktive Einbindung der Spieler und Spielerinnen in das Spiel auch bedeutet, „dass Computerspiele unseren Erkenntnissen und Wahrnehmungen sowie unserer Art zu handeln eine starke Richtung vorgeben (Yoshida 2013, S. 96, eigene Übersetzung)."

Dieses Beispiel unterstreicht, dass durch die Kombination von Spielregeln und interaktiven Bestandteilen wiederum Aussagen getroffen werden, die jedoch nur offensichtlich werden, wenn man das Spiel wie oben beschrieben als ein Arrangement aus spielerischen und erzählerischen Elementen betrachtet. Im Folgenden soll diese Sichtweise angewendet werden, um zu untersuchen, welche Möglichkeiten digitale Spiele besitzen, sich zu gesellschaftsrelevanten Themen wie dem der ‚Diversität' zu äußern und welche Denkanstöße sie daher potenziell ihren Spielern und Spielerinnen geben können.

„Im Grunde sind wir doch alle gleich"[3]: Über den Aufbau einer inkludierenden Gesellschaft

Je nach Genre können digitale Spielwelten unterschiedlich ausgeprägt konstruiert sein: Zahlreiche Rollenspiele drehen sich um die Reise der Hauptfigur durch verschiedenste, meist fiktive Länder, Städte und Dörfer, wo sie ansässigen Personen begegnet und mit den Traditionen und Bräuchen der jeweiligen Region in Kontakt kommt. Nicht selten bedienen sich diese Spielwelten reichlicher Klischees, um so eine ethnische und kulturelle Vielfalt zu simulieren: So bietet das erst kürzlich erschienene „Super Mario Odyssey" (Nintendo,

[3] (Intelligent Systems 2007, Kapitel 4.Z.3., eigene Übersetzung)

2017) beispielsweise ein Wüstenlevel an, in dem die Bewohner und Bewohnerinnen mit Ponchos und Sombreros ausgestattet wurden.

Für die folgende Untersuchung wurde allerdings ein Spiel ausgewählt, das die Begegnung und den Umgang mit ‚anderen‘ Kulturen und Völkern nicht nur als ausschmückendes Hintergrundelement, sondern als Kernpunkt der Spielhandlung beschreibt. In „Fire Emblem. Path of Radience“ (Intelligent Systems, 2005) und seiner Fortsetzung „Radiant Dawn“ (Intelligent Systems, 2007) werden die Reibungspunkte, die durch die Begegnungen mit anderen Kulturen entstehen, zum Mittelpunkt des Handlungsgeschehens; der Umgang mit ‚Andersartigkeit‘ und Vielfalt wird während des gesamten Spielverlaufs diskutiert und aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet.[4]

Die Spiele drehen sich um den Söldner Ike, der auf der Reise mit seinem Trupp durch die Spielwelt erfährt, dass sich in dieser seit Jahrhunderten Konflikte zwischen zwei ethnischen Gruppen zutragen: Die sogenannten „Beoku“[5], ein menschliches Volk, und die Raguzu, ein tierisches Volk, das ebenfalls eine menschenähnliche Gestalt annehmen kann, sind bereits seit jeher verfeindet und bekriegen einander. Die Raguzu wurden lange Zeit von den Beoku gejagt und versklavt. Auch wenn dies inzwischen durch Gesetze verboten ist, gibt es nach wie vor Beoku, die Raguzu auf dem Schwarzmarkt handeln – was schließlich dazu führt, dass die noch relativ jungen Raguzu-Königreiche einen Befreiungskrieg gegen ein menschliches Kaiserreich beginnen. Die anderen Reiche des Kontinents mischen sich aus verschiedenen Gründen in diesen Konflikt ein, sodass es zu einer Art Weltkrieg kommt, der schließlich dadurch beendet wird, dass die Göttin, die diese Welt einst erschaffen hatte, beschließt, alles Leben auf dieser Welt auszulöschen, um weitere Kämpfe zwischen den von ihr erschaffenen Beoku und Raguzu zu vermeiden. Im Angesicht dieser apokalyptischen Entwicklungen schließt sich Ike, der im Krieg auf Seiten der Raguzu gekämpft hatte, mit Vertretern und Vertreterinnen der anderen Reiche des Kontinents zusammen. Gemeinsam ziehen sie gegen diejenigen in den Kampf, die eine klare Trennung zwischen Beoku und Raguzu aufrechterhalten wollen. In einem abschließenden Kampf gegen die Göttin kann diese schließlich umgestimmt und die Katastrophe abgewendet werden. Die Beoku und Raguzu beginnen, eine Gesellschaft aufzubauen, in der Herkunft und Aussehen keine Rolle spielen. Die neuen Städte der Spielwelt zeichnen sich schließlich durch ihre Vielfalt aus.

Die beiden „Fire Emblem“-Spiele beschreiben die Begegnungen der einzelnen Ethnien zunächst als problemreich: Mehrere Bevölkerungsgruppen stehen sich in einem Konflikt gegenüber, der schon seit hunderten Jahren besteht und durch vorurteilsbeladene und stereotypisierte Darstellungen immer wieder an folgende Generationen weitergegeben wird. Die Auseinandersetzungen werden mit neuer Angst und weiterem Hass angeheizt,

---

4 Für eine genauere Auseinandersetzung mit dem Spiel vgl. Gmeinbauer 2017.

5 Da die Spiele auf Japanisch gespielt wurden, wird die Umschrift der japanischen Namen, falls keine englische oder deutsche Ursprungsform erkennbar ist, beibehalten.

sodass es zunächst beinahe unmöglich scheint, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Während besonders die Antagonisten und Antagonistinnen, aber auch weniger beteiligte Nebenfiguren in Dialogen immer wieder auf rassistische Bezeichnungen zurückgreifen, Homogenität befürworten und ausgrenzendes Verhalten an den Tag legen, beginnen die Figuren um Ike nach und nach, sich von dieser Umgebung abzuheben: So bestehen Ikes Truppen zu Beginn ausschließlich aus Beoku, weisen aber gegen Ende der Handlung auch zahlreiche Raguzu auf. Des Weiteren inkludiert Ike auch sogenannte „Zeichenträger und -trägerinnen", also Kinder, die aus Beziehungen zwischen Raguzu und Beoku hervorgegangen sind und gewöhnlich in der Spielwelt von beiden Seiten verstoßen und verfolgt werden. Kommt es innerhalb der Gruppe doch einmal zu Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Ethnien oder zu Zweifeln an diesem diversitätsbejahenden Weg, so kann Ike die Streitereien schlichten und wird zum Befürworter von kultureller und ethnischer Vielfalt: Im Gegensatz zur umliegenden Spielwelt sieht er vor allem positive Effekte in der Begegnung mit ‚anderen' Kulturen und Völkern und setzt sich für eine generelle Gleichberechtigung ein. Seine Haltung, Beoku und Raguzu gleichgestellt zu betrachten, wird weiter dadurch deutlich, dass er im Verlauf der Handlung nach und nach damit beginnt, beide nur noch mit dem japanischen Wort *hito* (dt. „Person") zu bezeichnen. Zwischen den beiden Gruppen zu unterscheiden ist für ihn so unbedeutend, dass er in Situationen, in denen er von anderen Beoku für einen Raguzu gehalten wird, dieses Missverständnis auch nicht aufklärt (Intelligent Systems 2007, Kapitel 3.1.; 3.2.).

Homogenität, Intoleranz und Diskriminierung werden auf diese Weise stark kritisiert, während eine heterogene und diverse Gesellschaft klar befürwortet wird. Als Erfolgsrezept werden dafür Zusammenhalt, Kompromissbereitschaft und ein vorurteilsfreier Umgang miteinander vorgeschlagen. Zusätzlich werden diese Aussagen durch ludische Umsetzungen unterstrichen: Grundsätzlich besteht in allen Spielen der „Fire-Emblem"-Serie die Möglichkeit, zu Beginn eines Kampfes aus allen verfügbaren Spielfiguren einen kleineren Trupp zusammenzustellen, mit dem die Schlacht anschließend ausgetragen wird. Zum Schwierigkeitsgrad der Serie trägt maßgeblich bei, dass Figuren, die im Kampf besiegt werden, sterben und somit komplett aus dem Spielgeschehen entfernt werden. Meist gibt es eine oder zwei Figuren, die unausweichlich am Kampf teilnehmen müssen und deren Tod zu einem Game Over führt, da es sich dabei um Protagonisten und Protagonistinnen handelt: Ihr Ausscheiden aus der Geschichte ist daher unmöglich.

Die beiden untersuchten „Fire Emblem"-Spiele sind in dieser Hinsicht insofern auffällig, als dass sie eine ganze Vielzahl an Figuren festlegen, die weder abgewählt werden noch im Kampf fallen dürfen. Neben dem Protagonisten Ike handelt es sich dabei unter anderem um die Vertreter und Vertreterinnen der anderen Reiche, zu denen sowohl Raguzu als auch Beoku sowie eine Zeichenträgerin zählen. Automatisch ergibt sich so die vielfältige Truppe, die schließlich gegen Homogenität und Intoleranz vorgeht. Hier werden die interaktiven Möglichkeiten der Spieler und Spielerinnen also bewusst begrenzt, um zu garantieren, dass sich die Spielsequenzen mit den durch die erzählte Handlung getroffenen

Aussagen überschneiden: Den Spielern und Spielerinnen bleibt keine andere Wahl, als Figuren aller beschriebenen Ethnien gleichermaßen zu spielen. Rassistisches und ausgrenzendes Verhalten gegenüber einer der beiden Gruppen wird somit vom Spiel nicht zugelassen. Die Kritik an Homogenität und Diskriminierung, die auf der narrativen Ebene geäußert wird, wird also durch spielerische Elemente weiter untermauert.

Die beiden Spiele beschreiben somit den Werdegang einer Gesellschaft, die sich von althergebrachten und konservativen Sichtweisen auf ‚andere‘ Ethnien und Kulturen befreien kann und schlussendlich stolz zu ihrer divers zusammengesetzten Bevölkerung stehen kann. Zusätzlich wird verhindert, dass die Spieler und Spielerinnen an diesen veralteten Betrachtungsweisen festhalten, indem sowohl narrativ als auch spielerisch keine andere Möglichkeit gegeben wird als Ike auf seinem Weg zu einer Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen zu folgen. Die Spiele beschreiben somit kulturelle und ethnische Diversität und eine damit verbundene Chancengleichheit unmissverständlich als ein zu erreichendes Ziel in modernen Gesellschaften.

„Deine Masken sind von Freude erfüllt“[6]: Identität als veränderliches und vielschichtiges Konstrukt

Während sich die beiden „Fire Emblem“-Spiele hauptsächlich mit den Einflüssen einer vielfältigen Bevölkerung auf die Gesellschaftsentwicklung beschäftigen, skizziert „The Legend of Zelda. Majora’s Mask“ (Nintendo, 2000)[7] ein völlig anderes Bild[8]: Hier treffen die vier ethnischen Gruppen der Menschen, der Deku-nattsu, der Goron und der Zōra in einem friedlichen Setting aufeinander. Obwohl diese Völker getrennt voneinander in bestimmten Bereichen der Spielwelt leben, lässt sich auch eine gewisse Vernetzung erkennen: So werden allerorts touristische Attraktionen angeboten, an denen Vertreter und Vertreterinnen der unterschiedlichen Ethnien auch teilnehmen und eigens dafür anreisen. Des Weiteren können Händler der Deku-nattsu auch außerhalb des Deku-Reiches in der Spielwelt verstreut gefunden werden, wo sie sich angesiedelt haben, um ihre Waren zu verkaufen. Während des Spiels bereist der Protagonist und Mensch Link die verschiedenen Regionen und interagiert mit den dort lebenden Völkern. Dabei ist es ihm möglich, nach und nach Masken zu erlangen, die ihn in eine Person der jeweiligen Ethnie verwandeln. „Majora’s Mask“ setzt sich ähnlich wie die beiden „Fire Emblem“-Spiele mit dem Thema des kulturellen Austausches auseinander – allerdings mit Bezug auf modernere Formen wie Migration und Tourismus. Dabei wird jedoch thematisiert, wie sich dieser auf eine Einzelperson auswirken kann: Der Protagonist reist selbst als ‚Anderer‘ durch die von kultureller und ethnischer Vielfalt geprägte Welt und passt sich an die unterschiedlichen Kulturräume an, um so von ihnen zu lernen.

6 (Nintendo 2015, Ende, aus eigener Übersetzung)

7 Für die Analyse wurde die erneuerte Auflage aus dem Jahr 2015 gespielt.

8 Für einen genaueren Überblick über das Spiel vgl. Gmeinbauer 2017.

Diese Anpassung wird vom Spiel jedoch auch als schmerzhaft beschrieben: Links erste Verwandlung wird ihm als eine Art Fluch vom Antagonisten des Spiels auferlegt und wird durch eine Videosequenz akzentuiert, in der Link von einer Gruppe von Deku-nattsu verfolgt wird, um schließlich selbst zu einem zu werden (Nintendo 2015, Intro). Die erste Aufgabe des Spiels lautet daher auch, diese Verwandlung rückgängig zu machen. Mithilfe eines Maskenhändlers kann Link die Gestalt des Deku-nattsu in eine Maske verbannen, die es ihm fortan ermöglicht, sein Aussehen nach Belieben zu verändern – was Link in einer weiteren Videosequenz mit großer Erleichterung aufnimmt (Nintendo 2015, Abschnitt 1.6). Doch auch die freiwilligen Verwandlungen werden weiterhin als unangenehm geschildert: Stets werden diese von einer Sequenz begleitet, die Link mit aufgerissenen Augen und laut schreiend zeigt. Link erlebt demnach bei seinen Verwandlungen eine Art Kulturschock – was in Anbetracht der Tatsache, dass er als Goron und Zōra sogar die Identitäten verstorbener Persönlichkeiten und somit auch bestimmte Rollen innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung der beiden Völker übernimmt, nicht wenig verwunderlich erscheint.

Die Verwandlungen betreffen daher nicht nur Links Äußeres: Durch das Tragen der Masken wird er einerseits wesentlich freundschaftlicher von den einzelnen Völkern empfangen, andererseits auch mit unterschiedlichen Fähigkeiten ausgestattet, die es ihm ermöglichen, spielerische Aufgaben auf seinem Weg zu lösen. Den schmerzhaften Kulturschock zu ertragen ist also notwendig, um in der Spielwelt voranzukommen, da die Ziele des Spiels erst durch die Verwandlung und das damit gewonnene Vertrauen der Völker sowie die neu erhaltenen Fähigkeiten erreicht werden können. Dabei werden narrative und ludische Elemente stark miteinander verflochten: Durch das Tragen der Masken können beispielsweise in Dialogen Ereignisse ausgelöst werden, welche die erzählerische Handlung vorantreiben, oder plötzlich Schriftsysteme entziffert werden, die vorher unlesbar waren. Des Weiteren können aber auch Rätsel gelöst werden: So kann etwa lediglich Deku-nattsu-Link sogenannte Deku-Blumen verwenden, die überall in der Spielwelt verstreut sind und sich in die Luft katapultieren, um höher gelegene Orte zu erreichen.

Die so erlernten Fertigkeiten müssen die Spieler und Spielerinnen während des gesamten Spielverlaufs immer wieder anwenden und sind somit nicht nur auf die Regionen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe beschränkt: Je nach Situation ist es notwendig, Link in einen Deku-nattsu, einen Goron oder einen Zōra zu verwandeln, um voranzukommen. Links Identität wird so durch das Tragen der Masken stetig neu definiert und entwickelt sich über den gesamten Spielverlauf weiter. Er wird zu einer Art transkulturellen Figur, die durch die verschiedenen Reiche der Spielwelt streift und ihre Einflüsse in sich aufsaugt. Die divers zusammengesetzte Umgebung wirkt sich so direkt auf ihn und seine Persönlichkeit aus.

Im Vergleich zu den beiden „Fire Emblem“-Spielen dreht sich die Handlung in „Majora’s Mask“ daher weniger darum, eine Gesellschaft zu bilden, in der diverse

Bevölkerungsgruppen Anerkennung finden; die Spielwelt wird bereits durch die darin vorhandene und respektierte kulturelle Vielfalt gekennzeichnet. Vielmehr wird thematisiert, was eine solche Umgebung bei einer Einzelperson bewirken kann: Die Begegnung mit anderen Völkern und Kulturen wird als lehrreich und charakterbildend beschrieben. Ein richtiges Verständnis dieser Räume kann jedoch nur erlangt werden, wenn man bereit ist, sich auch selbst an diese anzupassen. Ganz nach dem Prinzip „Andere Länder, andere Sitten“ schlägt das Spiel daher den Lösungsansatz vor, sich nicht von der ‚Andersartigkeit‘ abzugrenzen, sondern diese zum Teil der eigenen Persönlichkeit zu machen. Diversität wird somit als ein Konzept diskutiert, das nicht nur im großen Rahmen wie einer Spielwelt oder den darin liegenden Reichen zum Ausdruck kommen kann, sondern auch in jedem Einzelnen immer wieder neu verhandelt wird und so zur Identitätsbildung beiträgt.

„Stur, unaufhaltbar sogar – aber mit genug Mitgefühl, um die Welt zu heilen“[9]: Alternative Frauenfiguren für den Mainstream-Markt

Während die bisher besprochenen Dimensionen der Darstellung von Diversität in digitalen Spielen möglicherweise überraschend sein mögen, kann leider nicht dasselbe über Gender-Diversität gesagt werden: Mann und Frau werden hier zumeist klar voneinander getrennt, was sich schon bei der Figurenerstellung zu Beginn vieler Spiele zeigt, wo zwischen den beiden Geschlechtern gewählt werden kann. Besonderen Antrieb für damit zusammenhängende Auseinandersetzungen gab die sogenannte „Gamergate-Kontroverse“ 2014, bei der unter anderem auf *Social-Media*-Plattformen über die Rolle von Frauen in der Spieleindustrie – als Spielerinnen, Entwicklerinnen und fiktive Figuren – diskutiert wurde[10] (Fink 2018, S. 57–58). Dabei wurde besonders die verhältnismäßig geringe Repräsentation sowie die stereotype Darstellungsweise weiblicher Figuren kritisiert: Diese würden zumeist als sexualisiert oder als sogenannte *damsels in distress*[11] auftreten.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch wissenschaftliche Herangehensweisen (vgl. etwa Dickerman et al. 2008). Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass nach und nach auch weniger stereotype *Gender*-Konstruktionen Einzug in Spielewelten finden; selten findet man jedoch Hauptfiguren, die aus herkömmlichen heteronormativen Mustern ausbrechen. Die Zahl weiblicher Protagonistinnen steigt dagegen zumindest sukzessive an,

9 (Guerrilla Games 2017, Ende)

10 Vgl. hierzu bspw. die Video-Blog-Serie von Anita Sarkeesian „Tropes vs. Women in Video Games“. Abgerufen unter: https://www.youtube.com/playlist?list=PLn4ob_5_ttEaA_vc8F3fjzE62esf9yP61 [Stand vom: 06-03-2019].

11 Dies ist keineswegs ein Relikt aus vergangenen Tagen: Aktuelle Spiele wie „The Legend of Zelda: Breath of the Wild“ (Nintendo, 2017) oder „Final Fantasy XV“ (Square Enix, 2016) präsentieren nach wie vor Frauen-Figuren ohne Handlungsbefähigung, welche die Ankunft des männlichen Protagonisten erwarten.

was somit als ein erster Schritt in Richtung einer *Gender*-diverseren Gestaltung von Spielfiguren gedeutet werden kann. Von Seiten der Forschung wird allerdings betont, dass diese Entwicklung rein quantitativer Natur ist und sich Konstruktionen von sexualisierten Hauptfiguren häufen (Han/Song 2014, S. 32). Als anschauliches Beispiel dient hierzu die wohl bekannteste Spieleheldin Lara Croft aus der „Tomb Raider"-Serie (seit 1996), doch auch neuere Beispiele wie etwa „Bayonetta" (Platinum Games, seit 2009) folgen diesem Vorbild und legen aufgrund ihrer visuellen Gestaltung den Schluss nahe, dass weibliche Hauptfiguren nicht nur gespielt, sondern auch angesehen werden sollen.

Während man im Indie-Sektor schon seit geraumer Zeit auf vielschichtige Frauen-Figuren wie beispielsweise in „The Cat Lady" (Harvester Games, 2012) stößt, ändert sich der Mainstream-Markt nur langsam. Dennoch lassen sich Spiele ausmachen, deren Protagonistinnen sich von den beschriebenen herkömmlichen Konstruktionsweisen unterscheiden. Dazu zählt auch „Horizon Zero Dawn" (Guerrilla Games, 2017), dessen Hauptfigur Aloy sowohl durch ihre visuelle Gestaltung als auch durch ihre Persönlichkeit auffällt. Die Handlung findet in einem postapokalyptischen Nordamerika statt, das von Menschen und Tieren, aber auch Maschinen bevölkert wird. Aloy beginnt ihre Reise, um ihre Mutter zu suchen und erfährt auf ihrem Weg immer mehr über den einst stattgefundenen Untergang der Menschheit: So hatte ein Forscher einen Kriegsroboter entwickelt, der sich selbständig mit Biomasse-Treibstoff versorgen konnte, was zum unausweichlichen Vertilgen jeglicher Flora und Fauna der Erde geführt hatte. Eine Forscherin konnte jedoch der vollständigen Vernichtung allen Lebens entgegenwirken und erschuf eine künstliche Intelligenz, die – sobald den Robotern der Treibstoff ausging – mit der Wiederbelebung des Planeten begann. Aloy erfährt schlussendlich, dass sie eigentlich keine Mutter hat: Um Menschen, die versuchen, die alten Kampfroboter wieder zu aktivieren, aufzuhalten, wurde sie von der künstlichen Intelligenz aus der DNA jener Forscherin geklont, die bereits einmal die Welt retten konnte. Nach dem Vorbild ihrer ‚Mutter' kann Aloy die drohende Katastrophe am Ende der Handlung abwenden und eine weitere Apokalypse verhindern.

Spannend ist in dieser Hinsicht nicht nur, dass Aloy zunächst ihrer Mutter nacheifert und schließlich nicht nur für deren, sondern eigentlich auch für ihr eigenes Vermächtnis eintritt und somit die Hauptrolle in ihrer eigenen Geschichte spielt; während des gesamten Spielverlaufs wird wiederholt auf Aloys Neugier und Aufgeschlossenheit verwiesen. So wächst Aloy mehr oder weniger in einem matriarchalischen Stamm auf, in dem es aus rituellen Gründen verboten ist, die Ruinen der früheren Menschen zu besuchen. Trotzdem interessiert Aloy sich schon als Kind für die Technologien, die in den Ruinen gefunden werden können und weigert sich beispielsweise, ihrem Ziehvater einen sogenannten Fokus – ein Kommunikations- und Informationsgerät, welches sie dort entdeckt hat – auszuhändigen (Guerrilla Games 2017, Quest „Ein Geschenk aus der Vergangenheit"). Besonders als Erwachsene hält Aloy daran fest, dass die Ruinen nicht verflucht sind, sondern von Menschen erbaut wurden: Als eine Stammesmutter sie beispielsweise in

einen Berg hineinführt und ihr erklärt, dass sie dort von einer Göttin geboren wurde, steigt Aloy demonstrativ auf den Eingang zum Inneren des Berges, der von den anderen Stammesmitgliedern als eine Art Altar verehrt wird und wo – wie sich später herausstellt – die künstliche Intelligenz ruht. Sie beteuert, dass dies keine Göttin, sondern eine Tür sei und dahinter Menschen sein müssten (Guerrilla Games 2017, Quest „Der Leib des Berges“).

Aloys Stärke liegt auch spielerisch klar in ihrer Scharfsinnigkeit: So sollen die Spieler und Spielerinnen in zahlreichen Aufgaben Tatorte untersuchen oder Spuren lesen, die nicht selten dazu führen, dass Aloy zuvor falsch beurteilte Kriminalfälle auflösen und die Ansichten von anderen Figuren revidieren kann (z.B. Guerrilla Games 2017, Quest „Das Feld der Gefallenen“). Darüber hinaus ist es auch im Kampf häufig erforderlich, sich zuerst einen Plan zu überlegen, da ein einfaches Zustürmen auf Gegner leicht in einer Niederlage enden kann. Aloy hat die Möglichkeit, Fallen zu stellen oder sich anzuschleichen und so überraschend zuzuschlagen. Mithilfe ihres Fokus kann sie außerdem Schwachstellen ihrer Gegner eruieren und so mehr Schadenspunkte zufügen. Des Weiteren lernt sie im Verlauf der Handlung, Maschinen so umzuprogrammieren, dass sie ihr gehorchen und sie nicht mehr angreifen. Eine solche Herangehensweise wird vom Spiel auch direkt belohnt: Werden Gegner beispielsweise besiegt, ohne entdeckt zu werden, oder durch einen gezielten Pfeilschuss entwaffnet, erhält Aloy zusätzliche Erfahrungspunkte, die die Entwicklung der Figur somit beschleunigen.

Für das Vorankommen im Spiel sind daher hauptsächlich Aloys denkerische Fähigkeiten von Bedeutung. Dass ihre äußere Erscheinung dabei weniger relevant ist, wird auch durch ihre visuelle Gestaltung deutlich: Zwar werden verschiedene Rüstungen zur Auswahl angeboten, doch scheinen diese sich eher an ihrer Zweckmäßigkeit im Kampf zu orientieren als dazu zu dienen, Aloys Körper zu betonen. Ihr Aussehen rückt dadurch in den Hintergrund: Sie wird nicht objektifiziert, sondern verkörpert stattdessen als Jägerin und Forscherin eine gebildete und vielseitige Frauen-Rolle. Besonders der Bereich der Forschung wird in diesem Zusammenhang als eine alternative Form der Wissenschaft von der herkömmlichen unterschieden: So ist die Forschung von Aloys ‚Mutter‘ dem Leben verschrieben und steht damit konträr den Kampfrobotern gegenüber, die von einem männlichen Forscher entworfen wurden. Weder Aloy, noch ihre ‚Mutter‘ eifern daher einer ‚männlich‘ geprägten Norm nach, sondern gehen ihren eigenen Weg.

Insgesamt fällt auf, dass sowohl auf der narrativen als auch auf der ludischen Ebene eine Figur konstruiert wird, die sich durch ihre Denkweise und Kombinationsgabe von der restlichen Spielwelt abhebt. Dass es sich bei dieser Figur um eine Frau handelt, ist umso gewichtiger, wenn man sich die oben beschriebene herkömmliche Konstruktion von weiblichen Figuren in digitalen Spielen in Erinnerung ruft. „Horizon Zero Dawn“ schafft es daher, durch die Präsentation einer alternativen Frauen-Rolle das gängige Weiblichkeitsbild in Mainstream-Spielen zu erweitern: Sexualisierung und Handlungsunfähigkeit werden dabei durch Aufgeschlossenheit und eine kritische sowie

unvoreingenommene Denkfähigkeit ersetzt. Die öffentlich und akademisch viel diskutierten und kritisierten Gestaltungsmuster weiblicher Spielfiguren werden aufgebrochen und neu definiert, was zu einer vielfältigeren Konstruktion von Frauenfiguren führt. Aloy kann daher nicht nur als eine Alternative unter zahlreichen anderen weiblichen Protagonistinnen betrachtet werden, sondern auch als ein wichtiger Schritt in Richtung einer diverseren Repräsentation von Frauen in digitalen Spielen. Wie sich dies auf folgende *Gender*-Konstruktionen in Spielen auswirken wird, bleibt mit Spannung zu erwarten.

Fazit

Eingangs wurde festgehalten, dass Computer- und Videospiele die Möglichkeit haben, durch ihre Inhalte auf Menschen zu wirken und diese in ihrer Denkweise sogar zu beeinflussen. In Bezug auf die hier exemplarisch vorgestellten Beispiele fällt die Untersuchung der Botschaften über gesellschaftliche Vielfalt höchst positiv aus: Während im ersten Beispiel der Aufbau einer ethnisch vielfältigen und toleranten Gesellschaft im Vordergrund steht, thematisiert das zweite Spiel, wie veränderlich und dehnbar die persönliche Identität durch den Kontakt mit ‚Anderen' sein kann. Das letzte Beispiel präsentiert schließlich eine weibliche Protagonistin, die sich nicht nur von Spielen mit männlichen Hauptfiguren abhebt, sondern sich in visueller und narrativer Gestaltung auch von anderen weiblichen Protagonistinnen unterscheidet, und verhandelt so Konstruktionsweisen von Frauen speziell am digitalen Mainstream-Markt neu. Wenn auch in diesem Fall noch nicht von einer tatsächlichen *Gender*-Diversität gesprochen werden kann, so zeigt das Spiel doch, dass auch in diesem Bereich Entwicklungen stattfinden, die eventuell den Weg für weitere Konstruktionen abseits der Heteronormativität ebnen. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich alle drei Beispiele durch ihre inkludierenden Botschaften auszeichnen und in verschiedener Hinsicht zur Gleichstellung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen anhalten. Normative Betrachtungsweisen werden dabei hinterfragt und aufgebrochen; dabei werden den Spielenden alternative Perspektiven aufgezeigt, die es schließlich im Spielverlauf zu verfolgen gilt.

Für die Diskussion dieser Themen werden nicht nur narrative und visuelle Gestaltungsmittel in Form von Texten oder Filmen, sondern auch ludische Bestandteile gebraucht. Die anfangs beschriebene Korrelation von Spielregeln und Interaktion wirkt sich in den „Fire Emblem"-Spielen einerseits so aus, dass diskriminierendes Verhalten dezidiert verboten wird. Andererseits findet sich in diesem Zusammenhang aber auch die Möglichkeit, den Umgang mit einer diversen Umgebung zu erproben, wie es in „Majora's Mask" der Fall ist. Durch die Gestaltung der Spielwelt und der Rätsel wird jedoch auch hier das Festhalten am Gewohnten ausgeschlossen und die Verschmelzung von diversen Einflüssen mit der eigenen Identität als einzige Lösungsoption angeboten. „Horizon Zero Dawn" zeichnet sich in dieser Hinsicht schließlich weniger durch Einschränkungen, sondern eher durch Belohnungssysteme und den Einklang von Narration und Spiel aus:

Durch den Aufbau der Spielaufgaben und die Vergabe von Bonuspunkten wird die neugierige Persönlichkeit der Protagonistin noch weiter betont und dazu aufgefordert, auch in Spielsequenzen dementsprechend mit Bedacht vorzugehen, was die Konstruktion dieser alternativen Frauen-Rolle maßgeblich stützt.

Die Aussagen, die auf der erzählerischen Ebene getätigt werden, werden daher auch von spielerischen Bestandteilen bestärkt und ermöglichen ein noch besseres Nachvollziehen der angesprochenen Themen. Durch die Interaktion mit dem Spiel werden die Spieler und Spielerinnen in das Geschehen involviert. So sind es nicht nur die Protagonisten und Protagonistinnen, die sich auf diese Weise mit dem Thema der Diversität auseinandersetzen: Die Spieler und Spielerinnen selbst kommen in diesen Realitätsentwürfen mit gesellschaftlicher Vielfalt in Berührung und können die durch die Spiele vorgegebenen Herangehensweisen an diese erproben. Als Akteure und Akteurinnen erleben sie die Ereignisse in den Spielwelten und werden von den Spielen zu diversitätsbejahenden und toleranten Sichtweisen angeleitet. Diversität wird in diesen Spielen nicht nur erzählt, sondern auch erfahren.

Literatur

Ackermann, Judith (2015): Digital Games und Hybrid Reality Theatre. In: Beil, Benjamin; Freyermuth, Gundolf S. & Gotto, Lisa (Hrsg.): *New Game Plus. Perspektiven der Game Studies. Genres – Künste – Diskurse*. Bielefeld: Transcript Verlag, S. 63–88.

Beil, Benjamin (2013): *Game Studies. Eine Einführung*. Berlin: Lit Verlag Dr. W. Hopf.

Beil, Benjamin; Freyermuth, Gundolf S. & Gotto, Lisa (2015): Vorwort zu *New Game Plus. Perspektiven der Game Studies. Genres – Künste – Diskurse*. Bielefeld: Transcript-Verlag, S. 7–18.

Bogost, Ian (2015): Das Ende der Gamer. In: Beil, Benjamin; Freyermuth, Gundolf S. & Gotto, Lisa (Hrsg.): *New Game Plus. Perspektiven der Game Studies. Genres – Künste – Diskurse*. Bielefeld: Transcript Verlag, S. 397–406.

Crawford, Garry & Rutter, Jason (2006): Cultural Studies and Digital Games. In: Bryce, Jo & Rutter, Jason (Hrsg.): *Understanding Digital Games*. London: Sage, S. 148–204.

Dickerman, Charles; Christensen, Jeff & Kerl-McClain, Stella Beatríz (2008): Big Breasts and Bad Guys. Depictions of Gender and Race in Video Games. *Journal of Creativity in Mental Health*, 3 (1), S. 20–29.

Feige, Daniel Martin (2018): Das Computerspiel als Forschungsgegenstand der Philosophie. In: Hust, Christoph (Hrsg.): *Digitale Spiele. Interdisziplinäre Perspektiven zu Diskursfeldern, Inszenierung und Musik*. Bielefeld: Transcript Verlag, S. 15–33.

Fernández-Vara, Clara (2005): *Introduction to Game Analysis*. New York: Routledge.

Fink, Hanna (2018): Videospiele und Genderforschung. In: Hust, Christoph (Hrsg.): Digitale Spiele. Interdisziplinäre Perspektiven zu Diskursfeldern, Inszenierung und Musik. Bielefeld: Transcript Verlag, S. 57–72.

Gmeinbauer, Christina (2017): *Begegnung in 3D. Über Konstruktion und Bedeutung des Verhältnisses zwischen ‚Eigenem' und ‚Fremdem' in japanischen Computerspielen*. MA-Arbeit, Universität Wien.

Han, Hye-Won & Song, Se-Jin (2014): Characterization of Female Protagonists in Video Games. A Focus on Lara Croft. *AJWS*, 20 (3), S. 27–49.

Huizinga, Johan (1987): *Homo Ludens. Vom Ursprung der Kultur im Spiel*. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH.

Klager, Christian (2016): *Spiel als Weltzugang. Philosophische Dimensionen des Spiels in methodischer Absicht*. Weinheim & Basel: Beltz Juventa.

Misoch, Sabine (2010): Avatare. Spiel(er)figuren in virtuellen Welten. In: Hugger, Kai-Uwe (Hrsg.): *Digitale Jugendkulturen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 169–185.

Wolf, Mark J.P. (2006): Game Studies and Beyond. *Games and Culture*, 1 (1), S. 116–118.

Yoshida, Hiroshi 吉田寛 (2013): Naze ima bideogēmu kenkyū na no ka. Gurōbarizēshon to kankaku henyō no shiten kara なぜいまビデオゲーム研究なのか. グローバリゼーションと感覚変容の視点から [Videospielforschung – warum jetzt? Mit Blick auf die Globalisierung und einen Wandel der Wahrnehmung]. *Ritsumeikan Studies in Language and Culture* 立命館言語文化研究 24 (2), S. 93–98.

Zapf, Holger (2009): Computerspiele als Massenmedien. Simulation, Interaktivität und Unterhaltung aus medientheoretischer Perspektive. In: Bevc, Tobias & Zapf, Holger (Hrsg.): *Wie wir spielen, was wir werden. Computerspiele in unserer Gesellschaft*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH, S. 11–25.

Spieleverzeichnis

Bethesda Game Studios (2011): *Skyrim*. Rockville: Bethesda Softworks.

Eidos Montreal [u.a.] (seit 1996): *Tomb Raider*. Tōkyō: Square Enix [u.a.].

Guerrilla Games (2017): *Horizon Zero Dawn*. San Mateo: Sony Interactive Entertainment.

Harvester Games (2012): *The Cat Lady*. Wallingford: Screen 7.

id Software (seit 1993): *Doom*. Santa Monica: Activision [u.a.].

Intelligent Systems (2005): *Faiā emuburemu. Sōen no kiseki* ファイアーエムブレム. 蒼炎の軌跡 (*Fire Emblem. Path of Radiance*). Kyōto: Nintendo. GameCube.

Intelligent Systems (2007): *Faiā emuburemu. Akatsuki no megami* ファイアーエムブレム. 暁の女神 (*Fire Emblem. Radiant Dawn*). Kyōto: Nintendo. Wii.

Nintendo (2015): *Zeruda no densetsu. Mujura no kamen 3D* ゼルダの伝説. ムジュラの仮面3D (*The Legend of Zelda. Majora's Mask 3D*). Kyōto: Nintendo. Nintendo 3DS [12000, Nintendo 64].

Nintendo (2017): *Super Mario Odyssey*. Kyōto: Nintendo.

Nintendo (2017): *The Legend of Zelda*. Breath of the Wild. Kyōto: Nintendo.

Platinum Games (seit 2009): *Bayonetta*. Tōykō: Sega [u.a.].

Quantic Dream (2018): *Detroit. Become Human*. San Mateo: Sony Interactive Entertainment.

Square Enix (2016): *Final Fantasy XV*. Tōykō: Square Enix.

Audiovisuelle Diversität. Wandel von Geschlechterrollen am Beispiel von zwei Jahrzehnten SOKO Kitzbühel

Claudia Paganini

Zusammenfassung

Als Begriff und als Konzept ist die *Diversität* Gegenstand wissenschaftlicher Diskurse. Ihren Sitz im Leben aber hat sie – oder eben auch nicht – in der Populärkultur, der Trivialliteratur, dem Magazin, dem Computerspiel, der Fernsehserie usw. Damit aber wird das Alltägliche zum potentiellen Kandidaten für Untersuchungen, denn was gespiegelt wird, ist nicht nur die gesellschaftliche Praxis, es sind Haltungen, Überzeugungen, die oft nur implizit vorhanden sind, nichtsdestotrotz aber Denken und Handeln beeinflussen und insofern Einfluss darauf haben, wie vielfältig eine Gesellschaft sich gibt, wie vielfältig sie sein darf. Im folgenden Beitrag soll die Aufmerksamkeit daher auf eine österreichische Krimiserie gerichtet werden, die mittlerweile seit beinahe zwei Jahrzehnten ausgestrahlt wird und somit als ebensolcher Spiegel fungiert. Wie haben sich die filmisch umgesetzten Geschlechterrollen verändert? Was ist gleich geblieben? Wo sind Stereotype festzustellen, die das Publikum in eine starre Zwei-Geschlechter-Logik drängen, anstatt die oder den Einzelnen zu ermächtigen, ein selbstbestimmtes Leben zu wählen.

Welche Diversität?

In Abgrenzung vom Platonischen Ideal der Einheit und in Anbetracht der nicht zu leugnenden Vielfalt der Natur plädiert Aristoteles nämlich dafür, in der Philosophie der Natur nach mehreren Prinzipien und nicht nur nach einem einzigen zu suchen (Meyer 2016, S. 59–86). Ein weiterer namhafter Philosoph, der als Vorläufer der heutigen Diversitätskonzepte angesehen werden kann, ist Wilhelm von Ockham. Er stellt die These auf, dass es in der Realität keine Einheit, sondern lediglich eine Vielheit von kontingenten Einzeldingen gäbe, die erst im menschlichen Denken zu einer Einheit zusammengefasst werden (Kirchhoff 2016, S. 87–114). Auch Gottfried Wilhelm Leibniz plädiert in seiner Monadenlehre dafür, das wissenschaftliche Ideal der Einheit zugunsten der de facto existierenden Vielheit zu modifizieren (Busche 2016, S. 115–150) und selbst Immanuel Kant gesteht zu, dass die vielfältigen Formen der Natur die Naturforschung vor eine Herausforderung stellen – die Herausforderung nämlich, mit der Spannung zwischen dem wissenschaftlichen Ideal der Einheit und der in der Natur vorgefundenen Vielheit gerecht zu werden (Ingensiep 2016, S. 171–184).

An Bedeutung gewonnen hat die Diversität aber erst mit den Werken verschiedener postmoderner Denker und Denkerinnen, die – anknüpfend an die aufklärerische Infragestellung des kulturellen Eurozentrismus – die ungerechte und (teilweise) unbewusste Verteilung von Macht und Privilegien sichtbar gemacht und kritisiert haben. Gesellschaftliche Entwicklungen wie die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung, das Erschaudern über die Nazi-Verbrechen, insbesondere den Genozid an Juden, Sinti und

Roma, und schließlich auch die Globalisierung mit dem durch sie bedingten Aufeinanderprallen von Ungleichem haben dazu beigetragen, dass das Konzept der Diversität schnell an Komplexität und Wirkkraft gewonnen hat (Blum 2016, S. 139–146). Wer daher heute an einem Beitrag zur Diversität arbeitet, tut gut daran, klar zu machen, von welcher Diversität die Rede sein soll.

Die Breite des Begriffs schließt nämlich eine Vielfalt von Differenzmerkmalen ein (Allemann-Ghionda 2011, S. 27), so etwa Ethnie, Kultur, Hautfarbe, Religion, Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung und so fort. Aber auch weniger offensichtliche Gegebenheiten sind grundsätzlich zu berücksichtigen wie beispielsweise Milieu, Dialekt etc. Im Hinblick auf die Themenstellung des vorliegenden Bandes muss man außerdem fragen, welche Art von Mediendiversität gemeint ist, das Nebeneinander-Vorkommen verschiedener Medien bzw. von unterschiedlichen Kommunikationsakten, die Verschiedenheit nationaler oder regionaler Medienkulturen oder die Art und Weise, wie gesellschaftliche Diversität medial vermittelt zur Sprache kommt. Auf den folgenden Seiten soll es um Letzteres gehen und zwar unter besonderer Berücksichtigung des Genderaspekts von Diversität – konkret dem Wandel oder eben Nicht-Wandel von Geschlechterrollen, wie er sich in zwei Jahrzehnten österreichischer Fernsehgeschichte manifestiert.

Welches Genderverständnis?

Neben der Vielzahl von feministischen Ansätzen, die sich mit Machtstrukturen und Diskursen in der Gesellschaft allgemein befassen, aber kein spezifisches Interesse an audiovisuellen Medien zeigen, sind in den letzten 50 Jahren in den Filmwissenschaften eine Reihe von unterschiedlichen feministischen Filmtheorien entstanden. Ausgehend von der Analyse patriarchalischer Kodierungen in den 1970er Jahren wurde die Kritik der Inhalte rasch zu einer tiefer greifenden Kritik der Repräsentationsmodi (Friedrich 2008, S. 41). So wurde mit Fokus auf das Kino die fetischartige Inszenierung der Frau für den voyeurhaften männlichen Blick (Mulvey 1975, S. 30–46) zum Thema – eine Inszenierung, durch die weibliche Zuschauerinnen in eine gewissermaßen masochistische Rolle gedrängt werden, die kaum Emanzipationspotential bietet. Es folgte eine Abkehr von den psychoanalytisch orientierten Ansätzen hin zur Semiotik, die Frau wurde vermehrt als Konstrukt filmischer Narrationsstrukturen gesehen. In diese Phase fallen besonders Untersuchungen zur genrespezifischen Geschlechterkonstruktion etwa im Western oder in Kriegsfilmen.

Eine entscheidende Veränderung erfuhr die feministische Filmtheorie dann mit der Integration der Queer Studies, die erstmals die Sensibilität auf Marginalisierungsprozesse lenkten und die Normativität der weißen heterosexuellen Männlichkeit sichtbar machten. Richtungsweisend war in diesem Kontext Judith Butler mit ihrer These, dass durch die ebenso normierenden wie naturalisierenden Verfahren der Zwangsheterosexualität das soziale und (auch) das biologische Geschlecht erst konstruiert würden. Wer nicht in die

Logik von zwei eindeutigen, sich gegenseitig begehrenden Geschlechtern passt, unterliegt in der Folge Repressionen (Kosnick 2011, S. 162). Die Gesetze, die das Individuum daran hindern, authentisch *er* oder *sie* selbst zu sein, sind nicht in Paragraphen festgeschrieben, sondern werden in Rollenbildern tradiert, die – wie Michel Foucault aufzeigt – durch ihre Performativität, also durch den Umstand, dass sie fortlaufend konstituiert werden, noch an Macht gewinnen (Friedrich 2008).

Diesen Zugängen ist gemeinsam, dass sie sowohl auf der Ebene der Theoriebildung als auch auf der Ebene der praktischen Umsetzung eine Vielzahl von Fragemöglichkeiten auftun, wie beispielsweise im Zusammenhang mit den zuletzt genannten Autoren Butler und Foucault die Frage, in was für einem Verhältnis Repräsentation, Dekonstruktion und Konstruktion zu einander stehen. All das soll auf den folgenden Seiten aber ausgeklammert werden. Vielmehr werde ich die Aufmerksamkeit – wie schon angedeutet – auf einen verhältnismäßig trivialen Aspekt legen, nämlich auf die Frage, mit welchen Rollenbildern die Fernsehzuschauer und -zuschauerinnen heute konfrontiert werden bzw. wie sich diese verändert haben. Dieser Aspekt ist insofern trivial, als die feministische Filmtheorie mittlerweile eine große Bandbreite von komplexem Analysewerkzeug anzubieten hat. Nichtsdestotrotz erscheint er mir von Bedeutung, denn gerade die tagtäglich konsumierten Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit sind es, die unser Rollenverständnis prägen und die insofern eine nicht zu unterschätzende normative Kraft ausüben, als sie den Zuschauern und Zuschauerinnen vorführen, wie sie sich als Männer und Frauen zu verhalten und zu fühlen haben.

Welche Narrative?

Die Rollenbilder, von denen die Rede ist, sind also nicht in erster Linie das Produkt oder der Gegenstand theoretischer Reflexion. Sie sind Bestandteil von Geschichten, werden in Geschichten zum Ausdruck gebracht, lebendig und wirkmächtig. Geschichten zu erzählen aber ist etwas genuin Menschliches, eine anthropologische Konstante gewissermaßen. Von den frühen Hochkulturen bis in die Gegenwart wurden und werden diese Geschichten häufig seriell organisiert, waren nicht ein punktuelles Ereignis, sondern haben ihre Zuhörer und Zuhörerinnen über lange Zeiträume begleitet (Notopoulos 1999, S. 94–112). Eine solche, zu Beginn der 21. Jahrhunderts besonders erfolgreiche Form des seriellen Erzählens ist die Fernsehserie, durch deren ritualisierte Rezeption dem Alltag Orientierung und dem Publikum das Gefühl von Geborgenheit verliehen wird. Die nicht abreißende Erzählung entwickelt sich zum Weggefährten, schafft Ordnung und erweist sich schließlich als konstitutiv für die kulturelle Wahrnehmung und zwar unabhängig davon, ob sie auf dem Prinzip des Nichtvorhersehbaren beruht oder ob sie den Zusehern und Zuseherinnen die Gewissheit gibt, offene Fragen – wie zum Beispiel Identität und Motive des Mörders – noch in derselben Folge zu lösen (Schleich et al. 2016, S. 33–47).

Um letzteren Typ handelt es sich bei der in Kooperation von ORF und ZDF produzierten österreichischen Fernsehserie SOKO Kitzbühel. In insgesamt 17 von 2001 bis 2018

ausgestrahlten Staffeln lösen Nina Pokorny (bzw. ursprünglich Karin Kofler) und Lukas Roither (ursprünglich Andreas Blitz, dann Klaus Lechner) vor der landschaftlichen Idylle der Tiroler Berge knifflige Mordfälle. Mit seinen bis dato 224 Folgen ist SOKO Kitzbühel nicht nur äußerst erfolgreich, die Serie spiegelt zugleich die österreichische Gesellschaft der letzten 17 Jahre wider.

So konnte Andreas Blitz in der ersten Folge (Soko Kitzbühel, Staffel 1, Ein Bombenanschlag) einer attraktiven blonden Passantin mit wallendem Haar und sehr kurzem Minirock noch in unhinterfragter Machomanier[1] seine Avancen machen, diese tags darauf nach einem kurzen Wortwechsel küssen und mit ihr eine leidenschaftliche Liebesnacht verbringen. 15 Jahre später hat es Lukas Roiter (SOKO Kitzbühel, Staffel 15, Der schönste Tag) schon schwerer: Trotz mangelndem Talent und ebenso wenig vorhandener Begeisterung muss er den Kochlöffel schwingen, um seine Herzensdame mit einem selbstgekochten Abendessen von seinen Fähigkeiten zu überzeugen. Und auch die sexuelle Belohnung bleibt aus, denn im Moment der ersten Annäherung wird er zu einem Einsatz gerufen. 2018 kann das Flirten zwischen Mann und Frau – dieses Mal sind es Kommissar und Kommissarin – dann überhaupt nur noch als ironisierendes Aufgreifen von bzw. Spielen mit dem politisch korrekten Verhalten erfolgen (SOKO Kitzbühel, Staffel 17, Rolling Gams). Die Frage, wer wem die Tür aufhält, wird kunstvoll ironisierend in Szene gesetzt und damit das Rollenverhältnis Mann-Frau zum Thema gemacht.

Ungleiche Gleichheit

Beispiele wie diese gibt es zur Genüge. Doch bevor weitere konkrete Situationen in den Blick kommen, soll das Verhältnis der Charaktere zueinander kurz skizziert werden. Dabei scheint es sinnvoll, sich auf die drei Mann-Frau-Paare zu konzentrieren, wie sie in der ersten Staffel eingeführt wurden und die Serie – mit Ausnahme der Figur der Petra, die nach Staffel 2 verabschiedet wurde – auch im Jahr 2019 noch prägen, nämlich Kommissar-Kommissarin, Kroisleitner-Petra und Koch-Gräfin. Diese drei Paare unterscheiden sich insofern, als ihnen sowohl innerhalb der Gesellschaft, als auch innerhalb der Serie ein unterschiedlicher Status zukommt. Zugleich interagieren sie in der Mann-Frau-Konstellation auf Basis einer bewusst inszenierten Gleichheit, die bei näherem Hinsehen aber klare Konturen der Ungleichheit trägt. So treten sowohl die Kommissare – Andreas Blitz (2001–2006), Klaus Lechner (2006–2009) und Lukas Roither (seit 2009) –

[1] Der an seinem Motorrad hantierende Kommissar spricht die Passantin an: „Tschuldigung, haben Sie zufällig a Zündkerze dabei?“ Auf ihre Rückfrage „Wieso?“ antwortet er mit schelmischem Lächeln „Naja, weil Sie so atemberaubend ausschauen, ist mir gleich mei Motorradl eingangen.“ Dann erklärt er selbstbewusst, dass er leider keine Zeit für sie habe, weil er ein Verbrechen aufklären müsse, und antwortet auf den mahnenden Kommentar seiner Kollegin Karin Kofler entschuldigend „Wenn sie so fesch ist…“

als auch die Kommissarinnen – Karin Kofler (2001–2014) und Nina Pokorny (seit 2015) – selbstbewusst auf, sind erfolgreich und erteilen Befehle, die selbstverständlich von ihren Untergebenen befolgt werden. Das ändert aber nichts daran, dass die drei männlichen Kommissare sich durchgehend in den aktiveren Rollen befinden und zugleich auch diejenigen sind, die ihren beiden weiblichen Kolleginnen nach emotional belastenden Einsätzen fürsorglich und tröstend den Arm auf die Schulter legen etc.

Eine ähnliche Konstellation von ungleicher Gleichheit findet sich im Polizisten-Gespann Kroisleitner und Petra. Dem jeweiligen Kommissare-Duo klar untergeordnet haben die beiden unter den Launen bzw. den aufwändigen Arbeitsaufträgen ihrer Chefs zu leiden und bieten damit ausreichend Identifikationspotential für das Publikum, das seinerseits selbstverständlich zu einem Großteil nicht aus Personen besteht, die Befehle erteilen, sondern vielmehr, die sie entgegennehmen und umzusetzen haben. Zueinander in Beziehung gesetzt handelt es sich bei der Figur der Petra um den deutlich schwächeren Charakter. Im Unterschied zu Alois Kroisleitner trägt sie nur einen Vornamen und wird noch dazu von Kommissar Andreas Blitz regelmäßig auf chauvinistische Art degradiert und als nicht ernst zu nehmendes Dummerchen hingestellt. Diese teils unangenehm überzeichnete Erniedrigung dürfte unter Umständen der Grund dafür gewesen sein, warum die Gestalt der Petra nach der zweiten Staffel entfernt werden musste, denn man hätte sie wohl weder rehabilitieren noch – aufgrund der mangelnden politischen Korrektheit gegenüber einer Frau – nach dem ursprünglichen Konzept weiterführen können.

Das dritte Protagonistenpärchen bilden die Gräfin Schönberg und der Haubenkoch bzw. Vater der ersten Kommissarin Hannes Kofler. Die beiden agieren – unerlaubter Weise – als verdeckte Ermittler, setzen sich über Gesetze hinweg, bringen sich in unglückliche Situationen, tragen aber oft genug entscheidend zur Lösung eines Falles bei. Als Duo sind sie gleichberechtigt, bedienen Stereotype und treiben sie bis zur Parodie auf die Spitze – so zum Beispiel die Gräfin, wenn sie für einen Kurztrip mit einer Armada an Koffern anrückt (SOKO Kitzbühel, Staffel 15, Blutgericht) –, konterkarieren sie aber auch – etwa wenn sich Hannes Sorgen macht, dass seine Tochter Karin keinen Mann hat, der für sie kocht (SOKO Kitzbühel, Staffel 14, Ball des Anstoßes) – und setzen sie damit außer Kraft. Obwohl das Verhältnis von Gräfin und Koch von tiefer Freundschaft und inniger Zuneigung geprägt ist, werden sie doch nie ein Liebespaar und sprechen einander durchgehend in der Höflichkeitsform an. Insofern könnte man diese beiden tatsächlich gleichgestellten Gestalten als Figuren ohne Sexualität verstehen und damit – schlussendlich – auch als Figuren ohne Geschlecht, die (nur bzw. erst) durch ihre Sachlichkeit die Grenzen des Geschlechts zu überwinden vermögen.

Wiederkehrende Stereotype

Die handelnden Charaktere von SOKO Kitzbühel agieren also vor dem Hintergrund einer bewusst konzipierten und inszenierten Gleichheit, die sich bei näherem Hinsehen aber nicht selten als Ungleichheit entpuppt. Das trifft besonders auf eine ganze Reihe von Stereotypen zu, die – anders als in den Koch-Gräfin-Episoden – nicht zum Thema gemacht werden, sondern selbstverständlich und unhinterfragt in die Narration einfließen und also gewissermaßen subliminal wirken. Bei den drei wichtigsten weiblichen Stereotypen, die regelmäßig wiederkehren und in fast zwei Jahrzehnten Seriengeschichte weitgehend unverändert bleiben, handelt es sich einmal um die schwache Frau, weiters um die unfähige Frau und schließlich um die Frau als Sexualobjekt. Die schwache Frau muss beschützt werden und zwar sowohl in der körperlichen Konfrontation als auch im Hinblick auf ihre mentale Verfassung. Sie ist häufig das Mordmotiv für einen Bruder, Vater, Ehemann etc., der sich dazu berufen fühlt, sie zu retten oder zu rächen, und sie wird als unmündig ausgewiesen, wenn beispielsweise Kommissar Andreas Blitz auf die Kritik einer Frau nicht mit Sachargumenten reagiert, sondern mit Schmeicheleien (SOKO Kitzbühel, Staffel 2, Sonnwendfeuer) und seinem weiblichen Gegenüber, indem er ihr eine ernsthafte Auseinandersetzung verweigert, letztlich die Kompetenz abspricht, eigenständig zu denken.

Die unfähige Frau klappert unsicher auf Stöckelschuhen durch die Straßen Kitzbühels (SOKO Kitzbühel, Staffel 1, Ein Bombenanschlag), stolpert ebenso planlos wie panisch durch altes Gemäuer, wenn sie sich auch durch klares Denken und ruhiges Agieren leicht aus der Geiselhaft befreien könnte (SOKO Kitzbühel, Staffel 9, Weißer Kaviar), macht dilettantische Fehler in der Durchführung eines Mordes[2] und wird dafür von ihrem Komplizen beschimpft und bloßgestellt (SOKO Kitzbühel, Staffel 2, Fit für den Tod). Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Karins Fehlentscheidung bzw. Versagen – sie schießt im entscheidenden Moment nicht – am Ende ihrer langen SOKO-Karriere, in der sie durchwegs als kompetent dargestellt worden ist, über drei Folgen Thema bleibt und regelrecht zelebriert wird (SOKO Kitzbühel, Staffel 13, Vergeltung 1, Vergeltung 2, Ein gutes Team). Die Frau als Sexualobjekt schließlich begegnet dem Zuschauer bzw. der Zuschauerin in vielerlei Gestalten, so beispielsweise als leicht bekleidete Tänzerin (SOKO Kitzbühel, Staffel 1, Die letzte Seilbahn) oder als Köchin (SOKO Kitzbühel, Staffel 2, Ein tiefer Fall), die Pornofotos von sich machen lässt. Der einzige männliche Callboy (SOKO Kitzbühel, Staffel 16, Fatale Begierde), der aber nie bei der Arbeit und also nicht als Gegenstand der sexuellen Begierde dargestellt wird, ist bisexuell und wird dadurch aus der Sphäre des Männlichen herausgelöst, in die Nähe der sexuell passiv gedachten Frau

[2] Besonders deutlich wird dies – neben anderen ähnlichen Situationen – in SOKO Kitzbühel, Staffel 22, Der falsche Kiefer, wo die Mörderin sich verletzt, das Blut abwischt und ihr Taschentuch vor Ort liegen lässt.

gerückt. Nur Frauen müssen sich sexuell anzügliche Anspielungen gefallen lassen[3] und zeigen selbstverständlich auch mehr Haut, weshalb die Standardbekleidung der Kommissarin die Bluse ist, die des Kommissars dagegen Hemd, Schulterholster mit Waffe und Jacke.

Das Dogma des aktiven Mannes findet sich gleich in mehreren Stereotypen wieder: im kaltblütigen männlichen Mörder, im Helden und im Schürzenjäger. Wenngleich die meisten Morde in emotionalen, oft bedrängten Situationen verübt werden, kommen immer wieder auch skrupellos und unbarmherzig agierende Mörder vor. Diese sind ausnahmslos männlich.[4] Frauen morden nur dann kaltblütig, wenn sie die Partnerinnen von Männern sind (SOKO Kitzbühel, Staffel 7, Todbringendes Erbe; SOKO Kitzbühel, Staffel 12, Snipper), bzw. wirken lediglich kaltblütig, werden jedoch – sobald die wahren Hintergründe an den Tag kommen – zunehmend in die Nähe des Manischen, Psychotischen, kurzum Psychopathologischen (SOKO Kitzbühel, Staffel 6, Stalking; SOKO Kitzbühel, Staffel 15, Bling Bling tot) gerückt.

Der klare Gegenspieler zum unbarmherzigen männlichen Mörder ist – wenig überraschend – der männliche Held. Wenngleich hier eine Entwicklung stattfindet, die weiter unten beschrieben werden soll, bleiben Action und Heldentum doch in erster Linie Männersache. Es ist der Kommissar, der sich wilde Verfolgungsjagden[5] mit dem Mordverdächtigen liefert, der von seiner Schusswaffe Gebrauch macht, auch auf Menschen zielt – während die Kommissarinnen sich meist damit begnügen, Türen aufzuschießen – und die Täter schließlich entwaffnet. Das typische Szenario der Entwaffnung zeigt die Kommissarin, die mit gestreckter Waffe dem Verbrecher gegenübersteht und damit für eine Verlangsamung, ein Innehalten sorgt, während der Kommissar die Situation ausnützt, um sich unbemerkt anzuschleichen, und den Bösewicht dann mit einem gezielten kräftigen Schlag entwaffnet bzw. außer Gefecht setzt.[6] Ähnlich dominierend und erfolgreich sind die Kommissare in ihren sexuellen Beziehungen, allen voran Andreas Blitz, dessen Liebesleben einmal sogar den Erfolg der Ermittlungen gefährdet[7], aber auch der Kurzzeit-Kommissar Klaus Lechner

---

3 So meint der Mörder in SOKO Kitzbühel, Staffel 2, Fit für den Tod, gegenüber der Polizistin Petra: „Na, Fesselungsspiele scheinen Ihnen wohl besonders viel Spaß zu machen."

4 SOKO Kitzbühel, Staffel 1, Doppelfehler; SOKO Kitzbühel, Staffel 2, Sonnwendfeuer; SOKO Kitzbühel, Staffel 2, Ein tiefer Fall; SOKO Kitzbühel, Staffel2, Fit für den Tod; SOKO Kitzbühel, Staffel 7 Der Alpenkönig; SOKO Kitzbühel, Staffel 12, Kilts und Killer; SOKO Kitzbühel, Staffel 14, Fliegende Augen; SOKO Kitzbühel, Staffel 14, Ball des Anstoßes; SOKO Kitzbühel, Staffel 14, Mülltaucher; SOKO Kitzbühel, Staffel 14, Erlösung; SOKO Kitzbühel, Staffel 15, Der schönste Tag; SOKO Kitzbühel, Staffel 16, Tod zum Selbermachen; SOKO Kitzbühel, Staffel 16, Liebe bringt den Tod.

5 Als eines von vielen Beispielen siehe SOKO Kitzbühel, Staffel 4, Lockvogel.

6 Ebenso exemplarisch: SOKO Kitzbühel, Staffel 12, Sterbender Schwan.

7 SOKO Kitzbühel, Staffel 5, Tödliche Trugbilder. Zwar verbringt auch Karin – in SOKO Kitzbühel, Staffel 13, Vergeltung 2 – eine Liebesnacht mit einem Kollegen und (zugleich) Mörder, allerdings ist

flirtet mit einer Mörderin (SOKO Kitzbühel, Staffel 6, Roter Wein) und Lukas Roither beginnt eine Affäre mit der Psychotherapeutin, die seine Diensttauglichkeit feststellen soll (SOKO Kitzbühel, Staffel 15). Außerdem tauchen in den Beziehungskonstellationen der Nebenpersonen häufig erfolgreiche, reiche Männer auf, die ihre Frauen betrügen und zahlreiche Liebschaften pflegen, während die fremdgehende Frau meist nur einen Liebhaber hat und sich mit ihm über Probleme in der Partnerbeziehung hinwegtröstet.

Aufbrechende Stereotype

Neben diesen Stereotypen, die sich im Wesentlichen durch zwei Jahrzehnte SOKO Kitzbühel hindurchziehen, begegnen dem Publikum aber auch Stereotype, die eine Veränderung erfahren, allmählich aufbrechen und zwar durch explizites Thematisieren, durch ironisierendes Aufgreifen, vor allem aber durch neue Bilder, die leise und (beinahe) unbemerkt die alten ersetzen. Im Hinblick auf die Frau betrifft das ihr Verhältnis zur Technik, zur Kleidung und schließlich zur Gewalt. Die Frage nach dem technischen Verstand der Frau, durch welche zugleich die grundlegendere Frage nach der weiblichen Kompetenz in den Blick kommt, wird in den Folgen „Sonnwendfeuer" (Staffeln 2) und „Der schönste Tag" (Staffel 15) geradezu konträr beantwortet. In beiden Episoden kommt nämlich eine Szene vor, in der eine Frau den Drucker am Polizeirevier repariert. Während die Polizistin Petra diese Aufgabe im Jahr 2002 mehr schlecht als recht bewältigt und dabei eine Körpersprache an den Tag legt, die Überforderung und misstrauische Fremdheit der Technik gegenüber zum Ausdruck bringt, ist Kommissarin Nina Pokorny 14 Jahre später Herrin der Lage. Selbstbewusst und ohne zu zögern macht sie sich am Gerät zu schaffen, die Art und Weise, wie Nina sich bewegt, wie sie an das Problem herangeht, lässt keinen Zweifel daran, dass sie ihrer Aufgabe gewachsen ist. Auch wenn die Intertextualität hier eher Zufall als Absicht sein dürfte, lässt sich die Entwicklung hin zur souveränen Frau doch deutlich nachvollziehen. Mit einem Schuss Ironie verfeinert wird die Szene übrigens dadurch, dass der wieder instand gesetzte Drucker als Erstes ein Kochrezept für Lukas hervorbringt.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich in Puncto Kleidung feststellen, wo Nina die unbeholfen in ihren zu engen Röckchen und Stöckelschuhen herumzappelnden Damen der ersten Staffeln klar konterkariert: Zwar ist sie aufgrund eines gesellschaftlichen Events ausnahmsweise mit Abendkleid und (eben solchen) High Heels unterwegs (SOKO Kitzbühel, Staffel 15, 15 Minuten), mit einem neuen Mordfall konfrontiert, zieht sie die Schuhe aber kurzerhand aus und schiebt das Kleid so weit nach oben, dass sie ungehindert die Verfolgungsjagd aufnehmen kann. Diese neue Souveränität lässt sich nicht nur bei der Kommissarin selbst feststellen, auch die Psychotherapeutin Mira verwandelt den unpraktischen Stöckelschuh in eine Waffe, wenn sie ihrem Entführer mit dem spitzen

sie in der passiven Rolle der überarbeiteten und belasteten Frau, die von ihm bei einem gemeinsamen Abendessen abgelenkt, aufgebaut und schließlich „sexuell versorgt" wird.

Absatz kräftig auf den Fuß tritt, sodass dieser sie kurz loslässt und sie – wenngleich nur mit der Hilfe von Lukas – entkommen kann (SOKO Kitzbühel, Staffel 15, Amour Fou).

Überhaupt dürfen die Frauen in den letzten Folgen von SOKO Kitzbühel durchaus Gewalt anwenden, eine Entwicklung, die in erster Linie durch den am Beginn der 15. Staffel vollzogenen Wechsel von Karin Kofler zur unkonventionellen, wilden und in gewisser Weise „männlich" agierenden Kommissarin Nina Pokorny vorangetrieben wird. Dass dieses Besetzen einer männlichen Domäne nicht als unproblematisch eingestuft wird, zeigt sich darin, dass Nina, die übrigens im Unterschied zur ganz und gar lauteren Karin ein dunkles Geheimnis aus der Vergangenheit mitbringt, stärker sexualisiert wird – d.h. werden muss – und damit klar in ihrer Weiblichkeit festgeschrieben wird. War Gewalt an Frauen in den ersten Staffeln so gut wie nie sichtbar, darf die starke Nina nun doch Objekt von Gewalteinwirkung werden, sie wird mit einem Elektroschocker verletzt, gewürgt etc. – wobei im letzten Fall (SOKO Kitzbühel, Staffel 16, Liebe bringt den Tod) ihr Kollege Lukas rettend eingreift, indem er den Bösewicht niederschlägt. Obwohl die Frau also immer noch beschützt werden muss, zeigt sich doch eine Tendenz, das Stereotyp des Helden, der Gewalt männlich erträgt, aufzuweichen. Wenngleich allfällige Schlägereien auch in der Gegenwart noch Sache des (männlichen) Kommissars bleiben, werden in den letzten Staffeln vermehrt auch Spuren von Gewalt – wie Kratzer im Gesicht – an Frauen gezeigt. Die Gewaltästhetik ist also nicht mehr klar männlich. Szenen wie die, in der Hannes nach der Auflösung des Falls die blutigen Peitschenstriemen am Rücken von Kommissar Andreas Blitz versorgt (SOKO Kitzbühel, Staffel 3, Blutiger Schnee) und damit eine Filmerotik bedient, in der das mannhafte Ertragen von Gewalt den Sexappeal des Helden steigert, gehören der Vergangenheit an.

Ein weiteres aufbrechendes Stereotyp betrifft das Verhältnis Mann und Action. War das Gefälle zwischen aktivem, in atemberaubende Verfolgungsjagden involviertem Kommissar und der bedacht, aus einer sicheren Position heraus agierenden Kommissarin in den ersten Folgen noch eklatant, beginnt bereits Karin Kofler den gemeinsamen Polizeiwagen zu lenken[8] und zwar – mit der Zeit – nicht nur im Alltag, sondern durchaus auch in spannungsgeladenen Situationen. Dennoch bleibt es der männliche Partner, der sich Gefahren aussetzt[9], sie dagegen erledigt Logistisches, ruft den Krankenwagen (SOKO Kitzbühel, Staffel 12, Ein fast perfekter Mord), kümmert sich um die allenfalls durch diverse Morde zu Waisen gewordenen Kinder etc. Die extreme männliche Dominanz in Action-Angelegenheiten erfährt zwar durch Nina eine spürbare Aufweichung – denn Nina schießt auch auf Menschen, stellt und entwaffnet Verbrecher etc. –, bleibt alles in allem aber als solche bestehen.

---

8 Diese Entwicklung beginnt im Wesentlichen mit SOKO Kitzbühel, Staffel 3, Blutiger Abschied.

9 Bei der Lösegeldübergabe in SOKO Kitzbühel, Staffel 3, Die Bestattung, versteckt sich Andreas Blitz im Auto und geht damit ein beträchtliches Risiko ein. Auch die gefährliche Spurensicherung in der Kletterwand von SOKO Kitzbühel, Staffel 9, Tag der Rache, bleibt Männersache – um nur zwei Beispiele zu nennen.

Eine deutlichere Veränderung erfährt dagegen das Stereotyp des erfolgreich und unhinterfragt seine Sexualität auslebenden Mannes. Wenngleich Lukas Roither seinen Vorgängern an Attraktivität um nichts nachsteht, ist sein Sexualleben komplizierter und erschöpft sich nicht in locker fröhlichen One-Night-Stands. Er kocht für seine Herzensdame, wird von Nina verführt bzw. eindeutig in ihr Bett eingeladen, ringt mit sich selbst, wenn es darum geht, wie die Affäre – zuerst mit der Psychotherapeutin Mira, dann mit Kollegin Nina – auf der Beziehungsebene einzuordnen ist, weint im Angesicht der ermordeten Geliebten (SOKO Kitzbühel, Staffel 15, Ausgeliefert) und trauert um sein in der Frühschwangerschaft verstorbenes Kind (SOKO Kitzbühel, Staffel 17, Schöpfung). Bei all dem bleibt er aber der perfekte Gentleman, der insofern auch nicht an Souveränität eingebüßt, sondern diese lediglich auf einer anderen, würdigeren – könnte man sagen – Ebene realisiert.

Die Frage, ob sich die Frauen- und Männerbilder in zwei Jahrzehnten SOKO Kitzbühel verändert haben, lässt sich also zunächst einmal mit einem vorsichtigen „Ja, aber" beantworten. Ob diese Veränderung genug ist, um der bzw. dem Einzelnen tatsächlich die Möglichkeit einzuräumen, sich von einer starren Mann-Frau-Schematik befreit als sie bzw. er selbst zu begreifen und zu entfalten, kann nicht ohne weiteres beantwortet werden. Und zwar zum einen deshalb nicht, weil trotz aller Bewegung eine Vielzahl an starren Erwartungshaltungen weiterhin bestehen bleibt. Zum anderen, weil diese Frage über die Analyse von den in der Serie gezeigten Geschlechterrollen hinausgeht und den Blick auch auf angrenzende Themenbereiche lenkt, die allerdings – so viel sei bereits vorweggenommen – nur am Rand vorkommen.

Marginalisierte Themen

Eines dieser marginalisierten Themen ist die Homosexualität, der quer durch die 17 Staffeln lediglich eine marginale Präsenz zukommt. Aber nicht nur im Hinblick auf die Quantität der Vorkommen sind gleichgeschlechtlich liebende und lebende Menschen klar unterrepräsentiert, auch die Qualität der Beziehungen lässt zu wünschen übrig. Die wenigen homosexuellen Charaktere agieren nämlich im Geheimen, Verborgenen, ihrem Tun haftet etwas Problematisches an. Durch den wohlwollenden Blick von Nina und Lukas positiv bewertet wird lediglich ein lesbisches Liebespaar (SOKO Kitzbühel, Staffel 17, Bis in alle Ewigkeit), möglicherweise weil homosexuelle Frauen den chauvinistisch heterosexuellen Blick weniger irritieren, spricht man ihnen aufgrund der Abwesenheit des männlichen Phallus doch gerne den Status einer sexuellen Beziehung ab. Quasi inexistent sind übrigens Figuren mit unkonventioneller Geschlechtsidentität, erst in Staffel 15 darf eine Dragqueen in Erscheinung treten (SOKO Kitzbühel, Staffel 15, 15 Minuten), aber auch nur, um überspitzt, schrill und lächerlich dargestellt zu werden.

Ebenso marginalisiert wird das Thema häusliche Gewalt, das meist in eine Nebenstory verpackt ist – um Ermittlerteam und Publikum auf eine falsche Fährte zu führen –, aber nicht in Verbindung mit dem Mord selbst steht. Damit steht die Aufbereitung des Themas

in klarem Widerspruch zur Realität, denn die Mehrzahl der in Österreich – und ganz besonders in Kitzbühel – sehr seltenen Mordverbrechen[10] stehen in unmittelbarem Zusammenhang zu Aggression und Gewalt in der Familie.

Natürlich ist eine Krimiserie keine Dokumentation, sie soll in erster Linie unterhalten und steht in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Vorlieben des Publikums bzw. zu seiner Akzeptanz. Nichtsdestotrotz würde sich die Chance bieten, mehr für gesellschaftlich relevante Probleme zu sensibilisieren. Das gilt umso mehr, als der Einfluss, den derartige über viele Jahre erfolgreiche Formate auf die Zuschauer und Zuschauerinnen ausüben, nicht zu unterschätzen ist. Diversität – verstanden als Art und Weise, wie die eigene Geschlechtsidentität definiert und ausgestaltet werden kann – wäre jedenfalls ein lohnender Ansatzpunkt.

Film

Soko Kitzbühel, Staffel 1, 2001, Regie: Werner, Hans; Klisch, Stefan; Zens, Michael; Huber, Regina.

Soko Kitzbühel, Staffel 2, 2002, Regie: Werner, Hans; Klisch, Stefan; Zens, Michael; Huber, Regina.

Soko Kitzbühel, Staffel 3, 2004, Regie: Lang, Carl; Zens, Michael; Sämann, Peter; Hebendanz, Johannes.

Soko Kitzbühel, Staffel 4, 2005, Regie: Liegel, Gerald; Prochaska, Andreas; Schiemann, Georg; Zens, Michael; Sämann, Peter.

Soko Kitzbühel, Staffel 5, 2005, Regie: Werner, Hans; Klisch, Stefan; Zens, Michael; Huber, Regina.

Soko Kitzbühel, Staffel 6, 2006, Regie: Werner, Hans; Klisch, Stefan; Zens, Michael; Huber, Regina.

Soko Kitzbühel, Staffel 7, 2008, Regie: Werner, Hans; Klisch, Stefan; Zens, Michael; Huber, Regina.

Soko Kitzbühel, Staffel 8, 2009, Regie: Werner, Hans; Klisch, Stefan.

Soko Kitzbühel, Staffel 9, 2010, Regie: Werner, Hans; Klisch, Stefan; Zens, Michael; Huber, Regina.

Soko Kitzbühel, Staffel 10, 2011, Regie: Werner, Hans; Klisch, Stefan.

Soko Kitzbühel, Staffel 11, 2012, Regie: Werner, Hans; Klisch, Stefan.

Soko Kitzbühel, Staffel 12, 2013, Regie: Werner, Hans; Klisch, Stefan.

Soko Kitzbühel, Staffel 13, 2014, Regie: Werner, Hans; Klisch, Stefan.

[10] Laut den eurostat-Statistiken der letzten Jahre ist Österreich regelmäßig eines der letzten Länder in der Liste der polizeilich registrierten Tötungsdelikte. Siehe https://ec.europa.eu/eurostat/de/home.

Soko Kitzbühel, Staffel 14, 2015, Regie: Kinkel, Martin; Liegl, Gerald; Zens, Michael; Hackstock, Rainer.

Soko Kitzbühel, Staffel 15, 2016, Regie: Kinkel, Martin; Liegl, Gerald; Zens, Michael; Hackstock, Rainer.

Soko Kitzbühel, Staffel 16, 2017, Regie: Kinkel, Martin; Liegl, Gerald; Zens, Michael; Hackstock, Rainer.

Soko Kitzbühel, Staffel 17, 2017, Regie: Liegl, Gerald; Hackstock, Rainer; Jüptner, Claudia; Kinkel, Martin;

Literatur

Allemann-Ghionda, Cristina (2011): Orte und Worte der Diversität – gestern und heute. In: Allemann-Ghionda, Cristina & Bukow, Wolf-Dietrich (Hrsg.): *Orte der Diversität. Formate, Arrangements und Inszenierungen*. Heidelberg: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15–34.

Blum, André (2016): Einführung: Gesellschaftliche Diversität. In: Blum, André; Zschocke, Nina; Rheinberger, Hans-Jörg & Barras, Vincent: *Diversität. Geschichte und Aktualität eines Konzepts*. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 125–154.

Busche, Hubertus (2016): Vielfalt als Prinzip der bestmöglichen Welt. Leibnitz als Denker der Diversität. In: Kirchhoff, Thomas & Köchy, Kristian (Hrsg.): *Wünschenswerte Vielheit. Diversität als Kategorie, Befund und Norm.* Freiburg & München: Verlag Karl Alber, S. 115–150.

Friedrich, Kathrin (2008): *Film. Killing. Gender. Weiblichkeit und Gewalt im zeitgenössischen Hollywoodfilm*. Marburg: Tectum Verlag.

Kirchhoff, Thomas (2016): Willkürliche Vielheit ohne Einheit. Wilhelm von Ockhams anti-rationalistische Kosmologie. In: Kirchhoff, Thomas & Köchy, Kristian (Hrsg.): *Wünschenswerte Vielheit. Diversität als Kategorie, Befund und Norm.* Freiburg & München: Verlag Karl Alber, S. 87–114.

Kosnick, Kira (2011): Gender and Diversity. In: Allemann-Ghionda, Cristina & Bukow, Wolf-Dietrich (Hrsg.): *Orte der Diversität. Formate, Arrangements und Inszenierungen*. Heidelberg: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 161–169.

Meyer, Martin F. (2016): Individuum und Artform in Aristoteles‘ Biologie. In: Kirchhoff, Thomas & Köchy, Kristian (Hrsg.): *Wünschenswerte Vielheit. Diversität als Kategorie, Befund und Norm.* Freiburg & München: Verlag Karl Alber, S. 59–86.

Mulvey, Laura (1975): Visual Pleasure and Narrative Cinema. In: *Screen*, 16 (3), S. 30–46.

Notopoulos, James (1999): Parataxis in Homer. A New Approach to Homeric Literary Criticism. In: de Jong, Irene (Hrsg.): *Homer Critical Assessments Volume IV*. London: Routledge, S. 94–112.

Ingensiep, Hans Werner (2016): Mannigfaltigkeit und „Biodiversität" bei Kant. In: Kirchhoff, Thomas & Köchy, Kristian (Hrsg.): *Wünschenswerte Vielheit. Diversität als Kategorie, Befund und Norm.* Freiburg & München: Verlag Karl Alber, S. 171–184.

Schleich, Markus & Nesselhauf, Jonas (2016): *Fernsehserien. Geschichte, Theorie, Narration*. Tübingen: A. Francke Verlag.

Websiten

Europäische Kommission: eurostat. Abgerufen unter https://ec.europa.eu/eurostat/de/home [Stand vom 10-4-2019]

Kurzbiografien der Autorinnen und Autoren

Eva Binder, Dr.; Universität Innsbruck, Institut für Slawistik; aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Russische Kultur des 20. Jahrhunderts und der Gegenwart unter dem Aspekt von kulturwissenschaftlichen, film- und literaturhistorischen sowie medienwissenschaftlichen Fragestellungen, Transkulturalitätsforschung, dokumentarisches Erzählen in Film und Literatur.

Christian Fuchs, Prof. Dr.; Professor für Medien- und Kommunikationswissenschaft an der University of Westminster in London; Direktor des Communication and Media Research Institute; Forschungsschwerpunkte: kritische Theorie, politische Ökonomie der Kommunikation, digitale Medien und Gesellschaft; Autor von mehr als 400 Publikationen in diesen Bereichen; http://fuchs.uti.at, @fuchschristian

Christina Gmeinbauer ist Doktorandin und Universitätsassistentin am Institut für Ostasienwissenschaften (Japanologie) der Universität Wien. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich insbesondere mit digitalen Spielen und untersucht diese aus einer japanologischen Perspektive hinsichtlich ihrer Inhalte und Stilmittel. Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf das Zusammenspiel von spielerischen und erzählerischen Elementen, das als ein grundlegendes Charakteristikum digitaler Spiele verstanden werden kann.

Katharina Holzmann hat in Wien Geschichte und Germanistik studiert und ist Dissertantin am Institut für Medien, Gesellschaft und Kommunikation. Sie organisiert den Medientag für das interfakultäre Forum Innsbruck Media Studies und ist Mitglied im Doktoratskolleg „Organizing the Digital“ an der Universität Innsbruck.

Theo Hug, Dr. phil., Professor für Erziehungswissenschaft am Institut für Medien, Gesellschaft und Kommunikation der Universität Innsbruck mit Schwerpunkt Medienpädagogik und Kommunikationskultur, Sprecher des interfakultären Forums *Innsbruck Media Studies* an der Universität Innsbruck.

Rainer Leschke, Prof. Dr., Medienwissenschaftler an der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen insbesondere im Bereich der Medientheorie und der Medienphilosophie. Weblink: http://www.rainerleschke.de/

Anthony Löwstedt is assistant professor of media communications at Webster Vienna Private University. He studied history of ideas, philosophy and theory of science at the universities of Göteborg and Vienna. He earned his doctorate in philosophy in Vienna with a thesis on anthropological philosophy. He has also taught at Webster University Geneva, the Austrian Media Academy in Salzburg, and at Bir Zeit University in Palestine (West Bank) and worked for human rights organizations, including the International Press Institute and Miftah and as senior media consultant to the United Nations Development Program in Palestine. He has published widely with research focused on media anthropology, communication ethics and ICT development.

Gudrun Marci-Boehncke, Prof'in Dr.; Technische Universität Dortmund: aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Digitale Medienbildung in der Lehrer*innenausbildung, Teachers Beliefs und medialer Habitus, Inklusion.

Tilmann Märk, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. mult., Rektor der Universität Innsbruck.

Claudia Paganini, Dr. phil., Institut für Christliche Philosophie der Universität Innsbruck; aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Medienethik, Technikethik, Tierethik, Medizinethik.

Josipa Palac is president and chief executive officer of the International Cultural Diversity Organization (ICDO) in Vienna, Austria, whose main objective is to promote diversity, interculturality and raise awareness of different cultural expressions and values in order to encourage development of cultural interaction with the goal of bringing people closer together and closing cultural gaps. ICDO organizes projects both on national and international levels. Prior to her position in ICDO she worked for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization at the United Nations in Vienna. She studied media communications and international relations at undergraduate levels at Webster Vienna Private University and earned her Masters degree in the CREOLE Cultural Differences and Transnational Processes program at the University of Vienna in cultural and social anthropology with research into migrant cultures.

Hermann Petz, Mag., Vorstandsvorsitzender der Moser Holding AG, Innsbruck.

Clemens Pig, Dr. Clemens Pig ist Vorsitzender der Geschäftsführung und geschäftsführender Vorstand der APA – Austria Presse Agentur Unternehmensgruppe (Wien). Pig ist zudem Vize-Präsident des Verwaltungsrates der Keystone-SDA-ATS AG (Bern), im Vorstand der EANA – European Alliance of News Agencies und Vorsitzender der ältesten Nachrichtenagenturvereinigung der Welt, Gruppe 39.

Günther Pallaver, Dr. jur., Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Medien und politische Kommunikation am Institut für Politikwissenschaft sowie Leiter des Instituts für Medien, Gesellschaft und Kommunikation an der Universität Innsbruck.

Matthias Rath, Prof. Dr. Dr.; Pädagogische Hochschule Ludwigsburg; aktuelle Arbeitsschwerpunkte: „digitale Partizipation", Medienethik, digitale Ethik, Medienbildungsforschung.

Agnieszka Szymańska – Dr. Habil., Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut f. Journalistik, Medien und Kommunikationswissenschaft der Jagiellonen Universität in Polen, aktuelle Arbeitsschwerpunkte: politische Kommunikation und Mediendiplomatie, interkulturelle Kommunikation, Journalismusforschung.

Jürgen Wilke, Prof. Dr. (em.), Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz: Arbeitsschwerpunkte: Struktur und Geschichte der Massenmedien, Nachrichtenwesen, Politische Kommunikation, Internationale Kommunikation, Fachgeschichte der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft.

Medien können auf ganz unterschiedliche Art Diversität zeigen. Einerseits gibt es eine Vielgestaltigkeit der Medienformen und ihrer Outlets. Andererseits spiegelt die Medienlandschaft die Vielfalt der Gesellschaft wider. Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen produzieren verschiedenste Medieninhalte und -formate. Aber Formen und Möglichkeiten medialer Kommunikation werden nicht nur durch neue Technologien vielfältiger.

In diesem Sammelband sind die Vorträge des gleichnamigen Medientages und der Ringvorlesung „Mediendiversität" im Wintersemester 2018/19 abgedruckt. Zentrale Inhalte waren unter anderem die Voraussetzungen für mediale Vielfalt, Gefahren, die die Vielfalt einzuschränken drohen, aber auch Medienformen, die auf unterschiedliche Weise Diversität unterstützen oder zum Thema machen.


ISBN 978-3-903187-83-2